



# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

51. Sitzung

3. Wahlperiode

---

Donnerstag, 14. Dezember 2000, Schwerin, Schloss

---

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsidentin Kerstin Kassner

<b>Inhalt</b>	Dr. Arthur König, CDU .....	3284
	Irene Müller, PDS .....	3285, 3286
	Harry Glawe, CDU .....	3286, 3288
<b>Mitteilungen des Präsidenten</b> .....	<b>B e s c h l u s s</b> .....	3277 3288
<b>Genehmigung der Tagesordnung</b> .....	Antrag der Fraktion der CDU: <b>Bahnverbindung von Rostock nach Berlin</b>	3277
<b>B e s c h l u s s</b> .....	– Drucksache 3/1642 – .....	3277 3288
	<b>Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD</b>	
	– Drucksache 3/1724 – .....	3288
Gesetzentwurf der Landesregierung: <b>Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung von Aufgaben im Öffentlichen Gesund- heitsdienst und zur Änderung des Landes- krankenhausesgesetzes (ÖGDNeuregG)</b> (Erste Lesung)	Jürgen Seidel, CDU .....	3288
– Drucksache 3/1624 – .....	Minister Dr. Rolf Eggert .....	3291
Ministerin Dr. Martina Bunge .....	Peter Ritter, PDS .....	3293
Dr. Arthur König, CDU .....	Gesine Skrzepski, CDU .....	3294
Dr. Manfred Reißmann, SPD .....	Erhard Bräunig, SPD .....	3298, 3299
Torsten Koplín, PDS .....	Georg Nolte, CDU .....	3299
<b>B e s c h l u s s</b> .....	<b>B e s c h l u s s</b> .....	3283 3301
	Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: <b>Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Schwer- behinderten in Mecklenburg-Vorpommern</b>	
Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: <b>Landesweites Pflegenottelefon</b>	– Drucksache 3/1643 – .....	3301
– Drucksache 3/1641 – .....	Irene Müller, PDS .....	3301
Dr. Margret Seemann, SPD .....	Harry Glawe, CDU .....	3303
3283, 3286, 3288	Dr. Margret Seemann, SPD .....	3304
	Barbara Borchart, PDS .....	3306
<b>B e s c h l u s s</b> .....	<b>B e s c h l u s s</b> .....	3307

Antrag der Fraktion der CDU: <b>Strukturreform der Bundeswehr</b>		Antrag der Fraktion der CDU: <b>Aufhebung des Moratoriums für die Erkundung des Salzstockes Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle – keine neue Standortsuche</b>	
– Drucksache 3/1644 – .....	3307	– Drucksache 3/1647 – .....	3355
<b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD</b>		Renate Holznagel, CDU .....	3355
– Drucksache 3/1725 – .....	3307	Minister Dr. Wolfgang Methling .....	3357
Eckhardt Rehberg, CDU .....	3307	Dr. Henning Klostermann, SPD .....	3359
Minister Dr. Gottfried Timm .....	3310	Dr. Arthur König, CDU .....	3360
Peter Ritter, PDS .....	3312	Peter Ritter, PDS .....	3361
Reinhardt Thomas, CDU .....	3314	<b>B e s c h l u s s</b> .....	3361
Erhard Bräunig, SPD .....	3317		
<b>B e s c h l u s s</b> .....	3318		
Antrag der Abgeordneten Caterina Muth und Peter Ritter, Fraktion der PDS: <b>Klimaschutzkonzept</b>		Antrag der Fraktion der CDU: <b>Konkrete Gesundheitspolitik für Frauen in Mecklenburg-Vorpommern</b>	
– Drucksache 3/1639 – .....	3319	– Drucksache 3/1649 – .....	3361
<b>Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS</b>		Renate Holznagel, CDU .....	3362, 3369
– Drucksache 3/1726 – .....	3319	Ministerin Dr. Martina Bunge .....	3363
Peter Ritter, PDS .....	3319	Karla Staszak, SPD .....	3364, 3367
Lutz Brauer, CDU .....	3320	Dr. Margret Seemann, SPD .....	3367
Minister Dr. Wolfgang Methling .....	3322	Torsten Koplín, PDS .....	3367, 3369
Ute Schildt, SPD .....	3323	<b>B e s c h l u s s</b> .....	3369
Birgit Schwebs, PDS .....	3324		
Erhard Bräunig, SPD .....	3325		
<b>B e s c h l u s s</b> .....	3326		
Antrag der Fraktion der CDU: <b>Entschließung zu Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern</b>		Antrag der Fraktion der CDU: <b>Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in Kindertagesstätten und Schulen</b>	
– Drucksache 3/1645 – .....	3326	– Drucksache 3/1648 – .....	3370
Dr. Arthur König, CDU .....	3326	Dr. Arthur König, CDU .....	3370
Minister Dr. Peter Kauffold .....	3327	Ministerin Dr. Martina Bunge .....	3370
Dr. Gerhard Bartels, PDS .....	3330	Heidemarie Beyer, SPD .....	3371
Steffie Schnoor, CDU .....	3332	Steffie Schnoor, CDU .....	3372
Dr. Manfred Reißmann, SPD .....	3333	Annegrit Koburger, PDS .....	3374
<b>B e s c h l u s s</b> .....	3334	<b>B e s c h l u s s</b> .....	3376
Antrag der Fraktion der CDU: <b>Maßnahmen zur qualitativen Fortentwicklung der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern</b>		Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS: <b>Änderung der Anlage 3 der Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern</b>	
– Drucksache 3/1646 – .....	3334	– Drucksache 3/1723 – .....	3376
Reinhardt Thomas, CDU .....	3335	Hinrich Kuessner, SPD .....	3376
Minister Dr. Gottfried Timm .....	3383, 3352	<b>B e s c h l u s s</b> .....	3377
Gerd Böttger, PDS .....	3343		
Dr. Armin Jäger, CDU .....	3347, 3354		
Siegfried Friese, SPD .....	3349		
<b>B e s c h l u s s</b> .....	3355	<b>Nächste Sitzung</b>	
		Mittwoch, 31. Januar 2001 .....	3377

**Beginn: 9.00 Uhr**

**Präsident Hinrich Kuessner:** Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 51. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Meine Damen und Herren, es liegt Ihnen auf Drucksache 3/1723 ein interfraktioneller Antrag zum Thema „Änderung der Anlage 3 der Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Nach Paragraph 40 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss über die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Das haben doch zwei Drittel bejaht.)

Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Erweiterung der Tagesordnung ist einstimmig beschlossen. Kann ich davon ausgehen, dass wir diese Vorlage am Schluss der heutigen Sitzung verhandeln? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung von Aufgaben im Öffentlichen Gesundheitsdienst und zur Änderung des Landeskrankenhausgesetzes, Drucksache 3/1624.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:  
Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung  
von Aufgaben im Öffentlichen Gesundheitsdienst  
und zur Änderung des Landeskrankenhausgesetzes  
(ÖGDNeuregG)**  
(Erste Lesung)  
– **Drucksache 3/1624** –

Das Wort zur Einbringung hat die Sozialministerin Frau Bunge. Bitte sehr, Frau Ministerin.

**Ministerin Dr. Martina Bunge:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Guten Morgen!

(Peter Ritter, PDS: Guten Morgen!)

Das vorliegende ÖGD-Neuregelungsgesetz soll und muss die Umwandlungen des Landeshygieneinstituts in ein Landesamt für Gesundheit regeln. Strukturumbrüche in den letzten zehn Jahren haben die ehemals drei Bezirkshygieneinstitute und später das Landeshygieneinstitut nicht zur Ruhe kommen lassen. Es gab viele Gründe, über die Zukunft der Einrichtung nachzudenken. Insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist eine verlässliche Perspektive dringend geboten.

Die Zeit der Ungewissheit, der Unruhen, der Ängste geht nun vorüber. Das Landeshygieneinstitut soll von einem erwerbswirtschaftlich ausgerichteten Landesbetrieb, der in einem erheblichen Umfang Untersuchungsleistungen auch für Private erbracht hat, zu einer Behörde mit hoheitlichen Aufgaben unter Beibehaltung der Serviceleistungen für andere Behörden, insbesondere für die Gesundheitsämter umgewandelt werden.

Anlässe für diese Umstrukturierungen waren zum Ersten ein Ersuchen des Landtages, Drucksache 3/950, das forderte, „ausgehend von dem Gutachten zur zukünftigen

Organisation der Labore kurzfristig wirksame Konzepte zur organisatorischen Straffung und Kostenreduzierung unter Berücksichtigung der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben in den Verantwortungsbereichen des Sozialministeriums und des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei zu erarbeiten und umzusetzen“.

Dieser Auftrag basiert zweitens auf einem Bericht des Landesrechnungshofs vom Januar 1998, in dem festgestellt wird, dass die Gebühren für die erwerbswirtschaftlich durchgeführten Untersuchungen des LHI nicht kostendeckend sind und dass bei kostendeckenden Gebührensätzen keine Erhöhung der Einnahmen, sondern wegen der Konkurrenzsituation eher ein Rückgang zu erwarten sei. Der Landesrechnungshof empfiehlt daher einen Abbau der Untersuchungskapazitäten.

Letztlich war auslösender Anlass für die Umstrukturierung drittens eine nicht kostendeckende Erfüllung der Aufgaben als Wirtschaftsbetrieb, denn erhebliche Zuschüsse, nämlich Verlustausgleiche, mussten dem LHI in der Vergangenheit gezahlt werden, zum Beispiel 1995 15 Millionen DM, deren erforderliche Herabsetzung bei dem bisherigen Aufgabenspektrum nicht mehr unter den gegenwärtigen Stand, Haushaltsplan 2000 bekanntlich 8,5 Millionen DM, möglich war. Die erwerbswirtschaftlich durchgeführten Untersuchungen zeigten, dass wegen der Konkurrenzsituation zu privaten Laboren keine höheren Entgelte am Markt durchzusetzen sind. So weit die Auftragslage.

Nachdem anfängliche Bemühungen scheiterten, ein ressortübergreifendes Laborkonzept zu entwickeln, machten wir uns im Sozialministerium gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des LHI eigenständig ans Werk. Seit März 1999 lief die Aufgabenkritik des Bisherigen und die Konzentration auf gesetzlich definierte Aufgaben für die Zukunft.

Es kam zu Aufgabenausgliederungen, die zum Teil dem freien Markt überlassen oder im Zusammenwirken mit den Universitäten und einigen Kliniken verlagert wurden. Es wurden neue Aufgaben bestimmt, so insbesondere die Überwachung der Krankenhaushygiene, die bisher den Gesundheitsämtern der Kreise oblag. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung wird verstärkt, insbesondere das Heranbilden von Amtsärzten wird ermöglicht, damit die Kreise den Generationswechsel besser bewältigen können. Zu den neuen Aufgaben gehört auch, über Arbeiten mit Krankheitserregern und über gentechnische Arbeiten zu entscheiden, was bisher im Sozialministerium geschah, aber dort nicht notwendig angesiedelt sein muss. Unverändert blieben insbesondere die Untersuchungsaufgaben, die das LHI für die Gesundheitsämter durchführt, zum Beispiel bei Trink- und Badewasser, und die Aufgabe der fachlichen Beratung der Gesundheitsämter und des Sozialministeriums.

Mit dem neuen Aufgabenspektrum ist auch eine neue Struktur verbunden. Das künftige Landesamt für Gesundheit hat seinen Sitz in Rostock mit einer Außenstelle in Neustrelitz. In Greifswald und Schwerin wird es Untersuchungs- und Beratungsstellen geben, vor allem um dem so genannten Drogentourismus entgegenzuwirken.

Trotz aller Bemühungen um neue sinnvolle Aufgaben besteht eine Diskrepanz zwischen Arbeitsumfang und Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterzahl. Dennoch ist das sozialpolitische Herangehen dieser Landesregierung an

die Umstrukturierung davon geprägt, keine betriebsbedingten Kündigungen zuzulassen. Das war nur über einen Tarifvertrag möglich, der am 10. Mai dieses Jahres unterzeichnet wurde. Eine großzügige Altersteilzeitregelung und die Reduzierung von Arbeitszeit und Lohn auf 80 Prozent, befristet auf die kommenden drei Jahre, werden den Umstrukturierungsprozess begleiten.

Lassen Sie mich neben diesen konzeptionellen Aspekten noch etwas detaillierter zum vorliegenden Gesetzentwurf kommen.

Der Gesetzentwurf enthält als Artikel 1 das so genannte Errichtungsgesetz mit einer Beschreibung der Aufgaben des zukünftigen Landesamtes für Gesundheit. Parallel dazu sind Anpassungen im Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (Artikel 2) und im Landeskrankenhausgesetz (Artikel 3) sowie in einigen weiteren landesrechtlichen Vorschriften (Artikel 4 und 5) erforderlich.

Das Gesetzgebungsvorhaben dient außerdem dazu, im ÖGDG und im Landeskrankenhausgesetz einige ohnehin erforderliche Änderungen vorzunehmen, so die Anpassung von Ministeriumsbezeichnungen, die Umwandlung der DM- in Eurobeträge, die Verlagerung der Überwachung des Arzneimittel Einzelhandels außerhalb der Apotheken von der AMÜSt, also der Arzneimittelüberwachungs- und -prüfstelle, auf die Gesundheitsämter, die Berücksichtigung einer EG-Richtlinie und der neueren Rechtsprechung bei den Datenschutzvorschriften des Landeskrankenhausgesetzes.

Der Gesetzentwurf war im Sommer dem Landesbeauftragten für den Datenschutz, den kommunalen Landesverbänden, der Krankenhausgesellschaft und dem Landesverband der Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes zur Stellungnahme zugeleitet worden. Bedenken gab es vor allem von den kommunalen Landesverbänden, und zwar gegen die Verlagerung der krankenhaushygienischen Überwachung von den Gesundheitsämtern auf das Landesamt für Gesundheit. Befürchtet wird hier anscheinend eine Schwächung der Gesundheitsämter. Stark betont wird die Ortsnähe und die hohe fachliche Kompetenz der Gesundheitsämter. Doch wir meinen, der medizinische Fortschritt und das Wohlbefinden der Patientinnen und Patienten erfordert eine landeseinheitliche Überwachung der Krankenhäuser. Als Kompromiss haben wir aufgenommen, dass die Gesundheitsämter der Kreise an den Krankenhausbesichtigungen des Landesamtes für Gesundheit teilnehmen können.

Bedenken gab es auch gegen die Verlagerung der Überwachung des Verkehrs mit nicht apothekenpflichtigen Arzneimitteln in Drogerien, Supermärkten und ähnlichen Geschäften von der Arzneimittelüberwachungs- und -prüfstelle auf die Gesundheitsämter. Hervorgebracht wurde, dass diese Aufgabe von den Gesundheitsämtern nur mit erheblich größerem Zeitaufwand als im Gesetzentwurf angenommen leistbar ist und ungedeckte Kosten verursacht würden. Es kam zu dem Vorwurf Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip. Da hier ein Gebührenrahmen von 50 bis 6.000 DM pro Einzelfall zur Verfügung steht, scheinen uns das Scheinargumente zu sein und vor allem ein Sperren gegen eine Aufgabe, die sinnfällig flächendeckend und damit in der Regel auf kommunaler Ebene wahrgenommen werden sollte.

Die ursprüngliche Absicht, die nach dem Kurortgesetz den Gesundheitsämtern obliegende Aufgabe, im Antragsverfahren auf Anerkennung als Kurort eine Stellungnahme

abzugeben, auf das Landesamt für Gesundheit zu verlagern, wurde aufgrund der Einwände der kommunalen Landesverbände fallen gelassen.

Auf Wunsch des Landesbeauftragten für den Datenschutz ist in der Gesetzesbegründung zu Paragraph 14 Absatz 1 Landeskrankenhausgesetz eine Änderung vorgenommen worden, die die Vereinbarkeit der neuen Regelung mit der EG-Richtlinie betrifft. Der weitere Wunsch des Landesbeauftragten für den Datenschutz, seine Zuständigkeit auch für nicht öffentlich-rechtliche Krankenhäuser im Landeskrankenhausgesetz zu verankern, ist zurückgestellt worden. Über die Aufgaben des Landesbeauftragten für den Datenschutz wird insgesamt im Rahmen der laufenden Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes zu entscheiden sein.

Bei der Vorbereitung des Gesetzgebungsverfahrens gab es seit dem Frühjahr 2000 mehrfach unvorhergesehene Verzögerungen, unter anderem auch, weil es zwischenzeitlich Überlegungen gab, zentrale Aufgaben des Maßregelvollzuges dort zu konzentrieren. Das alles hat dazu geführt, dass das Gesetzgebungsverfahren nicht mehr rechtzeitig zum 1. Januar 2001 abgeschlossen werden kann.

Da der Haushaltsplan 2001 bereits die neue Struktur des LHI beziehungsweise Landesamtes für Gesundheit voraussetzt, sollen diejenigen Vorschriften des Artikelgesetzes, die nur organisatorischer Art sind, rückwirkend zum 1. Januar 2001 in Kraft gesetzt werden. Soweit es sich um Befugnisse des neuen Landesamtes gegenüber Dritten handelt, ist eine solche Rückwirkung aus verfassungsrechtlichen Gründen jedoch nicht möglich. Aus diesem Grund ist das In-Kraft-Treten in Artikel 8 differenziert geregelt worden.

Gleichwohl ist es natürlich wünschenswert, das Gesetz insgesamt so schnell wie möglich zu verabschieden, damit der Schwebezustand für das neue Landesamt für Gesundheit und die dort Beschäftigten nicht länger andauert. – Ich danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr König von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr König.

**Dr. Arthur König, CDU:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ja nichts Neues und eigentlich auch allen bekannt, dass der vorliegende Entwurf und die Errichtung des Landesamtes für Gesundheit beredter Ausdruck des lange anhaltenden Lavierens um das Konzept der Umgestaltung des Landeshygieneinstitutes in ein Landesgesundheitsamt ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die anvisierten Aufgabenzuweisungen, vor allem die in der Begründung dafür notwendigen Erläuterungen sind nicht sehr stichhaltig und wohl auch nicht überzeugend.

(Georg Nolte, CDU: Genau.)

Noch weniger überzeugt, dass es keine Alternativen zum Gesetzesvorschlag gibt.

(Unruhe bei Siegfried Friese, SPD, und Georg Nolte, CDU – Georg Nolte, CDU: Wir konnten Mausi vorhin nicht verstehen. – Angelika Gramkow, PDS: Das ist eine Frechheit!)

Die Umstrukturierung, meine Damen und Herren, die Personalverschlankeung, die tariflichen Lohn- und Arbeitszeitverkürzungen sind doch bereits durchgeführt worden, als noch kein schlüssiges und verabschiedetes Gesamtkonzept für das Landesamt für Gesundheit vorlag.

(Wolfgang Riemann, CDU: Bei den Kleinen wird gespart und bei den Großen gibt es 36.000 Mark mehr.)

Und, Frau Ministerin, Sie sagten, gesicherte Perspektive für alle Mitarbeiter. Das kann zumindest für die in den Außenstellen Greifswald und Schwerin so nicht zutreffen.

Jetzt wird krampfhaft versucht, neue Kompetenzen für das Landesamt zurechtzuschneiden. Es entsteht der Eindruck einer Neigung zum Zentralismus, der sich darin äußert, dass den kommunalen Gebietskörperschaften Zuständigkeiten entzogen werden.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Abgeordneter, ich muss Sie einmal unterbrechen.

Herr Nolte, ich gebe Ihnen einen Ordnungsruf für den eben ausgesprochenen Ausdruck. Wir sollten uns gegenseitig mit Ehrfurcht anreden und nicht mit solchen Worten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Dr. Arthur König,** CDU: Meine Damen und Herren, unter dem Vorzeichen, die landeseigene Verwaltungs- und Ämterstruktur zu verschlanken, wird sie unten, da, wo wirkliche Arbeit geleistet wird, verschlankt

(Wolfgang Riemann, CDU: Und oben wird sie ausgebreitet.)

und oben,

(Wolfgang Riemann, CDU: Entschuldigung!)

wo möglicherweise Ministeriale versorgt werden sollen, aufgebläht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Ich erinnere nur an die zusätzliche Stelle A16 für einen leitenden Juristen im neu zu schaffenden Amt für Gesundheit. Künstliche Kompetenzzuweisungen wie die Zuständigkeit für die Krankenhaushygiene, also originäre Aufgaben der Landkreise, werden von Ihnen willkürlich dem Landesamt für Gesundheit zugeordnet.

Meine Damen und Herren, die Umwandlung des LHI in ein Landesamt für Gesundheit mit dem beschriebenen Aufgabenprofil ist, so hoffe ich, vielleicht der letzte Coup von Staatssekretär Professor Azzola in dieser Art. Aber mir, meine Damen und Herren, geht es in erster Linie um die Angestellten der Außenstellen in Greifswald und in Schwerin sowie um die besondere Einbindung des jetzigen LHI in die regionale Forschungslandschaft.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Für Sie wäre der Schwebezustand besser gewesen, ne?!)

Strukturelle Veränderungen im LHI dürfen nicht einseitig zu Lasten der Mitarbeiter in den Außenstellen gehen, Frau Ministerin.

(Georg Nolte, CDU: Und genau das passiert.)

Die Hansestadt Greifswald als regionales Forschungszentrum benötigt neben anderen wissenschaftlichen Einrichtungen, wie der Universität, dem Max-Planck-Institut, dem Institut für Niedertemperatur-Plasmaphysik und dem Tierseucheninstitut auf der Insel Riems, auch ein arbeitsfähiges und funktionstüchtiges LHI,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Richtig.)

in welcher Organisationsstruktur auch immer.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die mittelfristige personelle Reduzierung der Mitarbeiter in der Außenstelle Greifswald lässt dieses aber nicht mehr zu.

(Harry Glawe, CDU: Das ist unerhört.)

Es steht hier auch ein Stück Glaubwürdigkeit der Landesregierung auf dem Spiel.

(Harry Glawe, CDU: So ist das wohl. – Wolfgang Riemann, CDU: Die ist schon lange ungläubwürdig.)

Von Seiten der Landesregierung wird immer wieder betont, wie wichtig es ist, gerade im vorpommerschen Raum funktionsfähige Netzwerke aufzubauen beziehungsweise bestehende zu erhalten. Das jetzige LHI ist ein fester und unverzichtbarer Bestandteil des wissenschaftlichen Netzwerkes um die Region Greifswald. Dieser soll nun arg gestutzt und mittelfristig sogar aus diesem Netzwerk herausgebrochen werden.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Reden Sie mal mit den Betroffenen! Die sind froh über ihre sachgerechte Angliederung an die Uni, weil sie nämlich dahin gehören. Ich habe Dankesbriefe bekommen.)

Auch wenn dieser Gesetzentwurf noch in den Ausschüssen behandelt werden muss, aber genauso wie Rostock und Neustrelitz die gesetzliche Sicherheit, Frau Ministerin, ihres Bestehens in Paragraph 1 Absatz 1 Satz 2 gesichert bekommen, muss und soll gleiches Recht auch für die Außenstellen in Greifswald und Schwerin gelten. Die Entscheidung über die Sicherung dieser beiden Außenstellen darf nicht ins politische Belieben der Landesregierung gestellt werden.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig. – Götz Kreuzer, PDS: Aber auch nicht in einen territorialen Schacher.)

Ich fordere Sie deshalb auf, auch den Beschäftigten in Greifswald und Schwerin die Sicherheit für ihre Arbeitsplätze zu geben

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und gerade hier die hoch spezialisierte, gesellschaftlich notwendige und qualitativ einwandfreie Arbeit zu würdigen, und das nicht nur mit Worten, sondern mit Taten im oben genannten Sinne.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Gehen Sie mal hin und reden Sie mit denen!)

In der Begründung zum Entwurf wird den kommunalen Gesundheitsämtern, darauf gingen Sie ja schon ein, fehlende fachliche Qualifikation und Subjektivität unterstellt.

(Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS –  
Harry Glawe, CDU: Das ist starker Tobak.)

Das, meine Damen und Herren, denke ich, ist starker Tobak und fatal. Wer unsere kommunalen Aufgabenträger in einer derartigen Weise herabsetzt, diffamiert in hohem Maße sich selbst, denn die Fach- und Dienstaufsicht lag und liegt nach wie vor im Sozialministerium. Also wäre es so wie unterstellt, ist die Frage zu stellen: Was hat das Sozialministerium getan, um die kommunalen Aufgabenträger bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben fachlich zu unterstützen?

(Dr. Martina Bunge, PDS: Es gibt auch fachliche Kompetenz durch wiederholtes Anwenden. Und das ist dort nicht möglich. Aber Sie denken nicht in die Zukunft.)

Meine Damen und Herren, es ist wohl allgemein bekannt und ein offenes Geheimnis, dass man hierzulande im Sozialministerium mit der Aufgabe der Fachaufsicht möglicherweise schlichtweg überfordert ist. Erinnerung sei an die Problematik in der Forensik.

(Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

Die kommunalen Gesundheitsämter werden durch den Gesetzentwurf erheblich geschwächt. Sie müssen aber in angemessenem Umfang in die hygienischen und gesundheitsrechtlichen Überwachungen der Krankenhäuser eingebunden bleiben.

Meine Damen und Herren, die Abkehr von der Verstärkung kommunaler Kompetenzen und die Aufblähung eines zentral verwalteten Systems der allgemeinen Gesundheitsvor- und -fürsorge wird im Ergebnis zu einer Schwächung der Aufgabenwahrnehmung und vor allen Dingen zu Lasten der qualitativen und wohnortnahen Aufgabenerfüllung gehen.

(Harry Glawe, CDU: So ist es. –  
Dr. Martina Bunge, PDS: Die Kompetenzen sind auch gestärkt worden. Daran sehen Sie mal, dass die angenommen und ausgeführt werden. Gerade bei Ihren Landkreisen! –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die kommenden Anhörungen, Frau Ministerin, in den Ausschüssen werden Sie Ähnliches erleben lassen wie erst kürzlich beim Transplantationsausführungsgesetz, nämlich erhebliche Nachbesserungen. Das hätten Sie bei etwas mehr Sorgfalt, Frau Ministerin, vermeiden können.

(Georg Nolte, CDU: Die Zeit war ja da.)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Reißmann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Reißmann.

**Dr. Manfred Reißmann, SPD:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beenden als Gesetzgeber den Schwebezustand, der für die Mitarbeiter in dem Landeshygieneinstitut zu lange bestanden hat, und wir beenden die Unsicherheiten

(Georg Nolte, CDU: Aber zu ihren Lasten. –  
Harry Glawe, CDU: Zum Vorteil für Rostock. –  
Unruhe bei Heidemarie Beyer, SPD)

mit genau den Ansätzen, dass eine Landtagsentscheidung auch verbindliche Strukturen festschreiben will.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Die Einbindung der Fachkompetenz ist davon unbenommen. Es wäre unlogisch, die Kenntnisse vor Ort und vorhandene Fachkompetenz durch ein Landesamt nicht nutzen zu wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und Götz Kreuzer, PDS)

So viel lassen Sie mich vorweg sagen. Für mich ist es selbstverständlich, dass die Fachkompetenz unter den Beteiligten auch in gegenseitiger Akzeptanz für eine Sicherheit der Bevölkerung genutzt wird, und das lässt sich auch nicht mit solchen Reden, wie hier jetzt von Herrn König, in Frage stellen.

(Beifall Götz Kreuzer, PDS –  
Zurufe von Dr. Arthur König, CDU,  
und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Hintergrund dieses Gesetzentwurfes war der Auftrag des Parlamentes, genau für diese Klarheit zu sorgen, der Auftrag an die Landesregierung, Aufgabenstellung und Struktur des Landeshygieneinstitutes grundsätzlich zu überprüfen, das dazu herangezogene Gutachten, die grundsätzliche Überprüfung des LHI auch zu begleiten und zu motivieren. Es wurde festgestellt, dass das Landeshygieneinstitut als Wirtschaftsbetrieb nicht kostendeckend auf dem Markt arbeiten kann, auch das Aufgabenprofil im Rahmen des vorbeugenden Gesundheitsschutzes nicht ausreichend wahrnehmen kann. Und wenn in diesem Sinne eine Veränderung der Strukturen mit verbesserten Sicherheitsmöglichkeiten im Hygienebereich für die Bevölkerung verbunden werden kann, ist das ein Anliegen, dem die Landesregierung nun Rechnung trägt mit dem vorliegenden Entwurf, der ja in den Ausschüssen, Herr König, Herr Glawe, Herr Nolte, noch modifiziert werden kann. Das ist ja Sinn des Gesetzgebungsverfahrens.

(Harry Glawe, CDU: Dann müssen Sie aber auch mitmachen, Herr Reißmann! – Georg Nolte, CDU:  
Da bin ich aber gespannt. Dann müssten Sie aber mitmachen. Das wäre schön.)

Vor dem Hintergrund einer zunehmend komplexen Gesundheitslage der Bevölkerung besteht die Absicht, einen Öffentlichen Gesundheitsdienst aufzubauen, der über eine leistungsfähige medizinische Versorgung hinaus sich verstärkt auf Gesundheitsförderung, Gesundheitsschutz, Gesundheitsvorsorge orientiert, um gesundheitsgerechte Lebensverhältnisse und Lebensweisen bei uns zustande zu bringen.

(Georg Nolte, CDU: Lassen Sie uns mal lieber über die Gehaltsregelungen sprechen!)

Meine Damen und Herren, mit der Umstrukturierung des Landeshygieneinstitutes in ein Landesamt für Gesundheit wird also den Beschlüssen des Landtages zur Neukonzeption in diesem Bereich und den Anregungen des Landesrechnungshofes, aber auch sachlich veränderten Aufgabenstellungen entsprochen. Mit der Umsetzung des Struktur- und Aufgabenkonzeptes für ein Landesamt werden auch zukünftig öffentliche Aufgaben in

Landesverantwortung belassen. Und das finde ich auch richtig so. Das Landesamt für Gesundheit soll die im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben verstärkt bearbeiten und darüber hinaus mit hoheitlichen Aufgaben betraut werden.

Die öffentlich-rechtlichen Aufgaben des künftigen Landesamtes werden gesetzlich definiert. Deswegen ist durchaus zu hinterfragen, ob es richtig ist, wenn die Landesregierung ermächtigt wird, dem Landesgesundheitsamt über Paragraph 2 Absatz 2 hinausgehende weitere Aufgaben zuzuweisen. Meiner Meinung nach sollte das sehr aufmerksam auch von uns als Gesetzgeber begleitet werden und nicht ohne unsere Kenntnisnahme von einzelnen zusätzlichen Aufgaben abgehandelt werden, genauso, wie es sicher richtig ist, dass einem Amt wieder Aufgaben entzogen und auf andere verlagert werden können. Auch das muss eigentlich mit einer gesetzlichen Regelung abgesichert werden. Bis zum Januar 2001 schaffen wir das nicht mehr, alles unter Dach und Fach zu bringen. Das hat die Ministerin schon gesagt.

Das Landesamt soll als obere Landesbehörde auf den Gebieten Infektionsschutz, Krankenhaushygiene und Gesundheitsförderung tätig werden sowie konzeptionelle und beratende Unterstützung für die Landesregierung und für die kommunalen Gebietskörperschaften leisten. Ich finde es einen richtigen Ansatz, ein Niveau im Land garantieren zu wollen und zu diesem Behufe also eine zentrale Aufgabenstellung unter Einbeziehung, ich sage das hier ausdrücklich, der vor Ort vorhandenen Kompetenz der Gesundheitsämter.

Ich möchte nur kurz noch etwas zur Krankenhaushygiene sagen. Experten sind der Meinung, dass die Sicherstellung der Krankenhaushygiene auch künftig gemeinsam mit den Gesundheitsämtern der Landkreise und kreisfreien Städte und der zuständigen Landesbehörde gewährleistet werden sollte. Auch die Krankenhäuser selber haben eine Verpflichtung, die Kenntnisse über die jeweilige individuelle Situation, über Schwerpunkte, Infektionsgefährdungen mit einzubringen. Mithin wird mit dieser zentralen Stellung vor Ort Kompetenz plus Sachkompetenz auch der Krankenhäuser einbezogen.

(Harry Glawe, CDU: Ja, das machen die Krankenhäuser sowieso. Das ist deren Pflicht.)

Die kommunalen Gesundheitsämter müssen auch nach der Schaffung eines Landesgesundheitsamtes in die hygienische und gesundheitsrechtliche Überwachung einbezogen bleiben. Ob das als ausreichend angesehen werden kann – da stimme ich Ihrer Kritik zu –, dass lediglich an Besichtigungen des Landesamtes teilgenommen wird, da würde ich noch Klärungsbedarf sehen.

(Georg Nolte, CDU: Für solche mageren Regelungen hat man fast ein Jahr gebraucht.)

Das muss noch deutlich angesprochen werden. Bei den Entscheidungen des Landes müssen meines Erachtens auch wirklich die Ortsnähe und der Sachzusammenhang mit den sonstigen Hygieneaufgaben der Gesundheitsämter berücksichtigt bleiben.

Des Weiteren würde ich Nachfragebedarf haben, was unter dem Aufgabenbereich „umweltbezogener Gesundheitsschutz“ verstanden wird. Darüber kann im Ausschuss noch diskutiert werden. Nachfragebedarf kündigt ich also schon hierfür an sowie für die Frage „allgemeine Hygiene“, was darunter verstanden und eingeordnet wird.

Ich begrüße ausdrücklich, meine Damen und Herren, dass neben dem Landesamt für Gesundheit mit Sitz in Rostock und einer Außenstelle in Neustrelitz auch die derzeitigen Standorte Schwerin und Greifswald als Untersuchungs- und Beratungsstellen erhalten bleiben.

(Dr. Arthur König, CDU: Für wie lange noch, Herr Reißmann? – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Sie haben auch spezielle Kompetenz, Herr Nolte, die nicht anderswo wahrgenommen werden kann, so dass aus dem Zusammenwirken ein Schuh und eine vernünftige Konzeption wird.

Inwieweit sich die neuen Aufgaben im Bereich Suchtprävention mit den Aufgaben der Landeskoordinierungsstelle überschneiden oder ergänzen, ist auch ein Bereich, über den wir noch diskutieren müssen. Ich denke, dass das Sozialministerium uns darüber noch einiges sagen muss, auch was die Einrichtung des mobilen Aufklärungsdienstes zu Sexualität und Aids betrifft.

Betonen möchte ich am Schluss noch einmal, dass ich die Umstrukturierung des Landeshygieneinstitutes in ein Landesgesundheitsamt unter der Vorbedingung befürworte, dass es sinnvolle Aufgaben zugeteilt bekommt, die auch nachvollziehbar sind, und dass hier die Sach- und Fachkompetenz gebündelt wird. Ich glaube, wir haben wirklich noch ausreichend Gelegenheit für die Diskussion in den Ausschüssen zu den einzelnen auch von Ihnen, Herr König, angesprochenen Punkten. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Koplín von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Koplín.

**Torsten Koplín, PDS:** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landesregierung legt uns einen Gesetzentwurf zur Neuregelung von Aufgaben im Öffentlichen Gesundheitsdienst vor. Die Ministerin hat nun vorhin hier begründet. Insbesondere handelt es sich um die Errichtung eines Landesamtes für Gesundheit.

Uns ist bekannt, dass das Landeshygieneinstitut bisher keine hoheitlichen Aufgaben hatte. Mit der beabsichtigten Neuregelung sollten dem Landeshygieneinstitut hoheitliche Aufgaben, dem Landesgesundheitsamt hoheitliche Aufgaben in Form von Überwachung und Genehmigung zukommen. Das im Artikel 17 Absatz 2 der Landesverfassung fixierte Fürsorgegebot des Staates würde durch dieses Gesetz eine weitere konkrete Ausformung in neuer Qualität erhalten. Insbesondere der Aufgabenzuschnitt des zukünftigen Landesamtes entspricht gesundheitspolitischen Notwendigkeiten. Und da widerspreche ich Ihnen ...

(Georg Nolte, CDU: Das haben Sie schon mal anders gesagt, Sie selber in der Presse!)

Ja, bleiben Sie mal ganz entspannt, Herr Nolte. Ich komme noch zu Ihnen.

(Harry Glawe, CDU: Was? Was?)

Ja, also verbal, verbal.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist auch besser. – Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Da widerspreche ich Ihnen, Herr Dr. König, ein erstes Mal. Ich sehe nämlich gesundheitspolitische Notwendig-

keiten. Die möchte ich zumindest in vier Punkten näher erläutern.

Erstens. Das Landesamt für Gesundheit soll zum Beispiel die für das öffentliche Gesundheitswesen bedeutsame wissenschaftliche Entwicklung verfolgen und entsprechende Richtlinien und Empfehlungen erarbeiten. Die Fraktion der PDS sieht hierin die große Chance, einheitliche Standards zu formulieren beziehungsweise sie weiterzuentwickeln. Das bringt eine neue Qualität in das öffentliche Gesundheitswesen.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Zweitens. Zu den Aufgaben soll die Beobachtung der epidemiologischen Lage und des Impfschutzes der Bevölkerung gehören. Das Amt soll selbst Schutzimpfungen durchführen und Ärzte auf diesem Gebiet fortbilden. Zu Recht ist das Thema Impfstatus der Bevölkerung von dauerhafter Natur. Mit der Aufgabenzuweisung an das Landesamt für Gesundheit würden wir einen Weg gehen, den das Landesgesundheitsamt Brandenburg bereits mit einem gewissen Erfolg beschreitet. Frau Ellsäßer vom Landesgesundheitsamt Brandenburg berichtete auf dem bundesweiten Kongress „Armut und Gesundheit“, der Anfang dieses Monats in Berlin stattfand, von einer beachtlichen Verbesserung des Impfstatus bei Kindern, seit das dortige Landesgesundheitsamt mit dieser Aufgabe betraut ist.

Drittens. Das Landesamt für Gesundheit soll zukünftig die für das öffentliche Gesundheitswesen bedeutsamen Daten erheben, zusammenfassen und auswerten. Mit dieser Aufgabenzuweisung verbinden sich mehrere Chancen. Zum einen kommen wir nun möglicherweise zu dem Punkt, geschlechtsspezifische Daten zu erhalten, eine Forderung, die alle Parteien dieses Hauses erheben, insbesondere wenn ich an Ihren Antrag, den Antrag seitens der CDU, den wir heute Abend noch behandeln werden, denke.

(Dr. Ulrich Born, CDU:

Das ist ein sehr guter Antrag.)

Die PDS regt an, dass mit der Erfüllung dieser Aufgabe die Erstellung einer Sozialanamnese für Schulanfänger verbunden wird. Eine Sozialanamnese würde nach einem einheitlichen Status anonymisierte Befundergebnisse der Untersuchung von Schulanfängern in Verbindung mit Aussagen zur Schulbildung und Erwerbstätigkeit von Vater und Mutter aufarbeiten. Wir erhalten dann Aussagen zu sozialen Benachteiligungen, zu frühförderrelevanten Befunden und zu Beeinträchtigungen der intellektuellen Entwicklung, auf die wir mit politischer Gestaltung Einfluss nehmen könnten.

Viertens. Es gehört zu den zukünftigen Aufgaben des Landesamtes die Mitwirkung an der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Mitarbeitern des Gesundheitswesens. Wie wichtig diese Frage ist, zeigt eine Petition, die Frau Bretschneider und ich in der vergangenen Woche in Neubrandenburg an der Berufsschule am Klinikum Neubrandenburg zum Beruf des Altenpflegers aus den Händen der Auszubildenden entgegengenommen haben. Die Petition wurde von sage und schreibe 1.200 Personen unterschrieben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Gesetzentwurf wird mit aller Sorgfalt im Ausschuss zu diskutieren sein. Ich denke, da sind wir uns wohl einig. Dann werden auch bereits an den Ausschuss gerichtete Bedenken abgewogen.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten König?

**Torsten Koplín,** PDS: Ich würde die Frage am Ende beantworten wollen, weil ich mich jetzt ganz gern noch mal mit Ihrem Redebeitrag auseinander setzen wollte.

(Zuruf von Götz Kreuzer, PDS)

Dann könnten wir die Frage entweder für erledigt erklären oder ich stehe Ihnen gern zur Verfügung.

Erstens. Wissen Sie, Sie begannen Ihren Redebeitrag damit, dass Sie sagten, es gäbe ein lang anhaltendes Lavieren der Landesregierung. So kann man urteilen, wenn man nicht das Interesse hat an der Lösung von Aufgaben.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

So kann man urteilen aus meiner Sicht, wenn man bösgläubig ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –

Dr. Arthur König, CDU: Was haben Sie den Leuten denn erzählt und was erzählen Sie jetzt?)

Ich würde das anders definieren. Es ist mit sehr viel Sorgfalt gearbeitet worden, mit sehr viel Sorgfalt.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Zweitens zur Gehaltsregelung, die hier von Herrn Nolte laut schreiend reklamiert wurde. Wissen Sie, man kann dazu stehen, wie man will, so oder so die Sache sehen. Die Tarifpartner haben sich entschieden. Ihnen spreche ich aber das Recht ab, das zu reklamieren.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Sie waren es doch, Frau Schnoor. Wie viel Tausende Leute wollten Sie entlassen aus dem Landesdienst? Und jetzt reklamieren Sie diese Regelung. Das ist doch doppelzünftig, das halte ich für doppelzünftig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –

Zuruf von Dr. Arthur König, CDU)

Ich komme gern nach Greifswald, war ja auch mehrfach in Greifswald.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Drittens. Sie konstruieren in Ihrer Rede, Herr Dr. König, einen Standortkonflikt.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Außerdem hat Herr Nolte erst eine Diätenerhöhung gekriegt.)

Ich denke, mit diesem Gesetzentwurf und auch mit dem, was die Ministerin hier vorgetragen hat, ist Transparenz eingekehrt in die Zukunft des Standortes. Das halte ich für hervorhebenswert, nicht für kritikwürdig.

Und zu den Gesundheitsämtern. Ich habe mich mit Amtsleitern unterhalten und wissen Sie, was die sagen? Zum Beispiel sagte der Amtsleiter aus Uecker-Randow zu mir: Wenn es um Krankenhausmedizin geht, wissen Sie, da gibt es Punkte, wo wir an die Grenzen unserer Kompetenz stoßen. Es ist doch dann nur zweckdienlich zu sagen, hier gibt es einen anderen Aufgaben- und Zuständigkeitszuschnitt. Die Kreise werden an dieser Stelle nicht entmündigt, sondern es wird natürlich ein weiteres Zusammenwirken geben. Das besagt der Gesetzentwurf sehr wohl und das ist hier auch durch die Ausführungen der Ministerin deutlich geworden.

Wir haben im Ausschuss jetzt die Möglichkeit – und damit möchte ich schließen – abzuwägen. Die Bedenken, die aus Vorpommern vorgetragen wurden, nun gut, nun kann man zu der Substanz so oder so stehen. Ich sage mal, unter dem Schlagwort Zentralismus ist substantiell für mich noch nicht sehr viel in Erfahrung zu bringen gewesen, aber wir werden ja auch anhören. Dann werden wir abzuwägen haben, was noch aufzunehmen ist und was nicht. Ich denke, es ist gut und richtig, dass wir hier etwas vorgelegt bekommen haben, denn es gibt ja entsprechende Beschlusslagen – darauf hat die Ministerin hingewiesen –, die dazu geführt haben, dass es hier zum Thema wurde. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Herr Dr. König, ich stehe Ihnen jetzt gern zur Verfügung.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Darf der Abgeordnete König jetzt eine Frage stellen?

**Torsten Koplín,** PDS: Ja.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Bitte sehr, Herr König.

**Dr. Arthur König,** CDU: Herr Koplín, ich möchte eine Frage stellen Bezug nehmend auf Ihren Presseartikel vom Sommer. Stehen Sie noch zu dem, was Sie im Presseartikel gesagt haben, dass das LHI in die Forschungslandschaft Greifswald vernetzt werden muss? Und wenn ja, sehen Sie das auch mit dem vorliegenden Gesetzentwurf noch als gegeben an?

(Angelika Gramkow, PDS: Erstens ja und zweitens nein. – Zuruf von Götz Kreuzer, PDS)

**Torsten Koplín,** PDS: Ja, ich stehe dazu. Ich habe dazu zum Beispiel zweimal mit Herrn Dr. Jülich in Greifswald gesprochen, einmal zu Beginn des Sommers und im Herbst dann noch mal. Wir haben uns dazu ausgetauscht. Ich habe ihn befragt, wie er die Sache sieht. Und wenn Sie mir aufmerksam zugehört haben, ich sehe natürlich in dem ersten Punkt der gesundheitspolitischen Notwendigkeiten, die durch diesen Gesetzentwurf realisiert werden, nämlich dass bedeutsame wissenschaftliche Entwicklung weiter verfolgt werden soll, dass dem entsprochen wird. Die Frage ist nachher die der Qualität, aber da habe ich angesichts der Kompetenzen, die in Greifswald sind, keine Sorgen. Ich sehe es so. Ich würde es bejahen.

(Beifall Heinz Müller, SPD)

**Dr. Arthur König,** CDU: Okay.

**Torsten Koplín,** PDS: Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –  
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Na sehen Sie, Herr König!)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/1624 zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss sowie an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Überweisungsvorschlag ist damit mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Landesweites Pflegenottelefon, Drucksache 3/1641.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:  
Landesweites Pflegenottelefon  
– Drucksache 3/1641 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Seemann von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Seemann.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS –  
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na, na, na!)

Von der SPD natürlich. So ist es. Es gibt keine Unklarheiten hier.

**Dr. Margret Seemann,** SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Da ich pressemäßig ja auch schon bei den Grünen war, ist jetzt PDS mal was Neues.

Seit Jahren gibt es immer wieder Pressemeldungen oder auch Fernsehsendungen über Gewalt gegen alte Menschen. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass es sich dabei um Einzelfälle handelt. Diese Einzelfälle bestimmen aber bedauerlicherweise dann die Meinung insgesamt, obwohl in den Pflegeeinrichtungen, von den Pflegediensten, von den pflegenden Angehörigen in der Mehrheit aufopferungsvolle Arbeit geleistet wird. Für diese aufopferungsvolle Arbeit sei an dieser Stelle allen Pflegenden Dank gesagt.

(Beifall Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Aber, meine Damen und Herren, auch wenn es sich um Einzelfälle handelt, muss alles getan werden, um jeden einzelnen Fall zu verhindern, im Interesse der betroffenen alten Mitmenschen, aber auch um Schaden von denjenigen, die hierdurch unverschuldet in Verruf geraten, abzuwenden.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD)

Auf vielen wissenschaftlichen und praxisorientierten Fachtagungen wird in den letzten Jahren das Problemfeld in der Bundesrepublik vermehrt diskutiert. Welche Beratungsstelle fühlt sich hier zuständig? Alte Menschen finden kaum eine Stelle, an die sie sich wenden können. Wenig Hilfe gibt es auch für Angehörige von alten Menschen oder für professionelle Helfer, die zudem auch häufig unter strukturellen Unzulänglichkeiten leiden. Natürlich gibt es Stellen, an die sich alte Menschen und ihre Angehörigen wenden können, wenn Krisensituationen, Pflegemängel et cetera bestehen. Das sind Beratungsstellen für ältere Menschen und ihre Angehörigen sowie die Alzheimer-Gesellschaften. Allerdings, meine Damen und Herren, verfügen diese über keine speziellen Angebote für Menschenrechtsverletzungen an alten Menschen. Zudem sind viele Angebote trägergebunden, so dass viele Betroffene sich nicht an diese wenden, da sie Nachteile beruflicher oder pflegerischer Art befürchten.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wohin soll sich ein alter Mensch wenden, wenn er zum Beispiel von seinem Kind finanziell ausgebeutet wird, wenn er den familiären Belastungen nicht mehr gewachsen ist, wenn er körperlich misshandelt wird, wenn er isoliert wird, wenn er gezwungen wird, in ein Altenheim umzusiedeln, wenn er – in Unkenntnis, was eine rechtliche Betreuung ist – unter

Betreuung gestellt wird? Wo soll sich ein Angehöriger eines alten Menschen hinwenden, der den familiären Krisensituationen nicht mehr gewachsen ist, an der Überbelastung durch die Pflege verzweifelt und sozial isoliert ist? Wo soll sich eine Pflegeperson hinwenden, die zum Beispiel ständig Mehrarbeiten übernehmen muss, da zu wenig Personal in der Einrichtung ist, die fachlich oder psychisch nicht für die schwere Arbeit ausgerüstet, den vielfältigen gleichzeitigen Arbeiten und dem Zeitdruck nicht mehr gewachsen ist, die Maßnahmen durchführen muss, die sie für menschenunwürdig oder ungesetzlich hält?

Hinzu kommt, dass auf dem so genannten Pflegemarkt die Situation gerade für die Betroffenen unübersichtlicher geworden ist. Nach wie vor gibt es ein Informationsdefizit über bestehende Einrichtungen, Dienste und Angebote sowie deren Qualität, über Möglichkeiten des Handelns, wenn das Angebot nicht den Erwartungen entspricht. Kontroll- und Aufsichtsorgane sowie eine Interessenvertretung der Betroffenen sind zum Teil noch unzureichend. Gerade in den letzten Jahren wurde bundesweit verstärkt über Probleme in der Versorgung und Pflege älterer, hilfsbedürftiger Menschen zu Hause oder im Heim berichtet. Häufig wurde dabei eine Stelle gefordert, an die sich Pflegebedürftige, Angehörige oder auch Pflegekräfte mit ihren Problemen wenden können.

Meine Damen und Herren! Der Ihnen heute vorliegende Antrag kann dem Abhilfe schaffen. Mit diesem Antrag wollen wir erreichen, dass eine neutrale Beratungsstelle für ältere, pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen, die sich in einer – sozusagen Notpflegesituation – befinden, geschaffen wird. Das PflegeNotTelefon soll insbesondere Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen sowie betreuenden Personen als zentrale Anlauf- und Hilfestelle zur Verfügung stehen. Die Hilfe suchende Person beziehungsweise ihre stellvertretend sprechende Person, wie zum Beispiel Pflegekräfte, Nachbarn, Freunde, Betreuer, Sozialarbeiter und Ärzte, sollen durch diese Telefonberatung Unterstützung in Form von Beratungsgesprächen erhalten. Das Angebot könnte meines Erachtens darin bestehen, zuzuhören, Probleme zu klären, zu eigenen Entscheidungen hinzuführen, aber auch zu ermutigen, vorhandene Beratungs- und Hilfsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen und im Hinblick auf weiterführende Hilfen zentrale Ansprechpartnerinnen zu nennen. Insbesondere sollte es eine Anlaufstelle für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen sein, die in Gefahr sind, von Gewalt betroffen zu werden oder bereits Gewalt ausgesetzt sind. Ebenso sollte es aber Hilfe für Pflegenden bieten, die mit ihrer Situation und Arbeitsbelastung nicht mehr klarkommen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Pflegenottelefons benötigen dafür einen medizinischen, pflegerischen, pflegewissenschaftlichen oder psychologischen Ausbildungshintergrund.

Meine Damen und Herren! Gerade auch für die Träger von Pflegeeinrichtungen würde eine derartige trägerneutrale Einrichtung von Nutzen sein. Sie dient nämlich auch dazu, eine Überforderung der Pflegeperson zu vermeiden oder zu mindern. Unter anderem kann durch die Einrichtung eines unabhängigen landesweiten Pflegenottelefons ein wichtiger Beitrag zur viel beschworenen Qualitätsentwicklung in der Pflege für Mecklenburg-Vorpommern geleistet werden.

Meine Damen und Herren! Notwendig – und das möchte ich betonen – ist dabei aber zunächst, die Akzeptanz für

ein Pflegenottelefon herzustellen. Damit meine ich, dass die Einrichtung eines solchen Instruments nicht ohne und schon gar nicht über die Köpfe der betroffenen Organisationen, Träger oder Einrichtungen hinweg geschehen kann. Vorderhand soll die Landesregierung sich deshalb mit den Betroffenen an einen Tisch setzen und über die Möglichkeiten und Konzepte eines trägerunabhängigen landesweiten Pflegenottelefons beraten. Es soll nichts über das Knie gebrochen werden, es soll nicht gegen den Willen, sondern nur gemeinsam mit den Betroffenen gearbeitet werden, ansonsten wäre das gesamte Vorhaben von vornherein zum Scheitern verurteilt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Die Landesregierung soll ähnlich wie in Schleswig-Holstein für die Koordination den Hut aufhaben.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag, der ein Entlastungs- und Beratungs- und Informationsangebot sein soll für alle, die mit Pflege in unserem Land zu tun haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr König von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr König.

**Dr. Arthur König, CDU:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diesen Antrag habe ich mit einiger Verwunderung zur Kenntnis genommen,

(Götz Kreuzer, PDS: Klar!  
Lag aber nicht am Antrag.)

denn eigentlich kann er nur Kopfschütteln auslösen. Wenn Sie, meine Damen und Herren, schon so intensiv und für meinen Geschmack etwas zu intensiv nach Schleswig-Holstein hinüberschauen, dann müsste Ihnen aufgefallen sein, dass die Einrichtung von Pflegenottelefonen dort, was an sich sinnvoll ist, das will ich nicht in Abrede stellen, keinerlei parlamentarischen Aktes bedarf.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Ach so?)

Dies war und ist allerorten eine rein exekutive Aufgabe, eine Aufgabe, der sich die Landesregierung und im Speziellen das Sozialministerium längst hätte annehmen müssen,

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS:  
Aber wir machen das hier anders.)

ja, die sie sogar hätte realisieren müssen.

(Beifall Dr. Christian Beckmann, CDU)

Meine Damen und Herren! Ich kann diesen Antrag nur so verstehen, dass eine erhebliche Sprachlosigkeit zwischen Sozialministerium und Regierungsfractionen besteht.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS:  
Was Sie sich auch immer denken.)

Nun muss das Parlament für diese atmosphärischen Störungen herhalten. Nur, der Landtag ist hierfür eigent-

lich der falsche Ort. Es kann nicht sein, dass wir uns im Parlament mit derartigen relativ starken Selbstverständlichkeiten beschäftigen. Wir richten durch Beschluss des Landtages Pflegenottelefone ein, und das nicht etwa sofort, sondern frühestens im Sommer 2001 soll der Sozialausschuss über das Ergebnis der Sondierungen des Sozialministeriums in Sachen landesweites Pflegenottelefon informiert werden. Welches Bild, welche Außenwirkung von der Arbeit hier im Landtag liefern wir mit der Behandlung solcher doch zugegebenermaßen etwas schlichten Anträge? Was in anderen Bundesländern durch Verwaltungshandeln problemlos und zügig umgesetzt wird, wird in Mecklenburg zum parlamentarischen Vorgang hochstilisiert. Und das, meine Damen und Herren, kann es ja wohl nicht sein!

Frau Ministerin, prüfen Sie nicht, handeln Sie, und das relativ schnell! Andere Bundesländer haben es Ihnen vorgemacht. Es gibt keinen vernünftigen Grund, diesen relativ dünnen Antrag heute und hier zu behandeln. Ich kann den Koalitionären daher nur empfehlen, ziehen Sie Ihren Antrag zurück! Und zu Ihnen, Frau Ministerin: Sie brauchen für die Umsetzung und Einrichtung eines Pflegenottelefones keine gesonderte Aufforderung durch den Landtag. – Herzlichen Dank.

(Beifall Jürgen Seidel, CDU)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Müller von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Müller.

**Irene Müller,** PDS: Werter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Pflegenottelefon ist heute das Thema, mit dem wir uns hier beschäftigen wollen. Folgendes möchte ich als Vertreterin der PDS-Fraktion dazu sagen:

In den letzten Jahren hat sich bei uns in Mecklenburg-Vorpommern eine Trägervielfalt herausgebildet mit vielfältigen Angeboten und diese Angebote werden natürlich durch die Trägervielfalt auch auf unterschiedlichste Art und Weise der Öffentlichkeit kundgetan beziehungsweise es werden Lösungen zu Problemen angeboten. Diese unterschiedlichen Angebote sind sehr gut, aber sie müssen natürlich für die betroffenen Personen auch irgendwie zu ergreifen, zu begreifen sein, sprich handhabbar gemacht werden. Es ist schon so, wie Frau Dr. Seemann in der Einbringung zu diesem Beschlussentwurf sagte, dass es ziemlich schwierig ist, den Überblick zu behalten in bestimmten Rubriken des Gesundheitswesens und auch in der Pflege.

Ich muss natürlich Folgendes von dieser Stelle aus sagen: Dass wir uns hier mit Pflegenottelefonen überhaupt beschäftigen, heißt für meine Begriffe nicht – das möchte ich ausdrücklich betonen –, dass ausgerechnet Pflege bei uns in Mecklenburg-Vorpommern in einer Art und Weise in die Kritik geraten ist, wie Medien es uns manchmal wahrhaben lassen wollen.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Im Gegenteil, Pflege in Mecklenburg-Vorpommern hat sich eine ordentliche und sehr solide Grundlage geschaffen, arbeitet hoch engagiert mit Frauen und einigen Männern in richtig großem Umfang

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und vor allen Dingen auch engagiert gegenüber den betroffenen Menschen. Wie oft ist es, dass Pflegende von Sozialstationen oder pflegende Angehörige mit keinem

Auge auf ihre eigene Freizeit gucken, Familie fängt irgendwann hinten mal an, Sonn- und Feiertage sind gestrichen und so weiter und so fort, um im Sinne der Menschen zu arbeiten, die ihnen anvertraut sind. Viele Dinge sind da immer zu beachten, viele Dinge sind dahin gehend auch manchmal schwierig zu gestalten, so dass pflegende Angehörige ganz besonders belastet sind. Und gerade das ist ein Punkt, dem das Pflegenottelefon schnelle Hilfe angeeignet lassen soll.

Es gibt die unterschiedlichsten Varianten, wie schon in unserem Land effektiv miteinander gearbeitet wird. Deshalb bitte ich, auch wenn dieser Antrag hier das Parlament passiert hat, dass von Seiten des Sozialministeriums sehr sensibel und sehr feinfühlig auf bestehende Vernetzungen gesehen wird und zusammen mit Leistungsträgern und Leistungsempfängern beraten wird, wie man eine noch höhere Effektivität in die Weiterleitung von Informationen hineinbringen kann.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Denn sehr wohl ist es so, dass, wenn Pflege akut gebraucht wird, manchmal schon der Angehörige, der vielleicht pflegender Angehöriger sein möchte, der erstmals sich um einen pflegenden Menschen mühen muss, oder der Betroffene selbst nicht weiß, wohin denn nun vor Schreck an allererster Stelle.

Wir haben hier im Land schon die unterschiedlichsten Institutionen und Gremien, die sich mit diesen Dingen beschäftigen. Also, denke ich mir, ist es im Zusammenhang mit Pflegenottelefonen wichtig, diese Vernetzungen noch tiefer zu gestalten. Da meine ich Vernetzungen mit Selbsthilfekontaktstellen, Vernetzungen von Ligamitgliedern untereinander, die, wie gesagt, in Ansätzen vorhanden sind, aber noch nicht überall so effektiv, dass sie auch von jedem Menschen gleich gefunden werden können. Wichtig ist dabei, dass schnell und unkompliziert geholfen wird und, was ich auch für unwahrscheinlich wichtig halte, dass am Pflegenottelefon natürlich trägerunabhängig agiert werden kann und demzufolge über das regionale Angebot von Pflege, ambulanter Pflege, stationärer Pflege, rechtlichen Gegebenheiten, Pflegegeld, Einzahlung von Pflegegeld, Abgabe von Pflegegeld und so weiter beraten und unterstützt werden kann. Es ist ganz einfach in einem Fall der akuten Pflege keine Zeit für weite behördliche Wege, sondern es muss jemand gefunden werden, der sofort reagiert.

Ich sehe diesen Antrag auch als ersten kleinen Schritt in Richtung Umsetzung Gesundheitsstrukturreform.

(Harry Glawe, CDU: Auweia!)

Die Gesundheitsstrukturreform hat gewiss ihre Ecken und Kanten, hat aber auch ihre positiven Ansätze. Ein großer positiver Ansatz ist, wie ich auch schon mal sagte von dieser Stelle aus, die ganze Angelegenheit Patientenvertretungen, Patientenrechte. Wir müssen den Patienten im Sinne des Gesundheitsstrukturreformgesetzes als Kunden des Gesundheitswesens begreifen. Als Kunde des Gesundheitswesens hat der Patient oder der Betroffene, der Klient Rechte und Pflichten, die er durchsetzen können will und muss.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Frau Müller, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Glawe?

**Irene Müller,** PDS: Ja, bitte, Herr Glawe.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Bitte sehr, Herr Glawe.

**Harry Glawe**, CDU: Frau Kollegin Müller, würden Sie mir zustimmen, wenn ich davon ausgehe, dass die Pflegeversicherung die größte Errungenschaft der letzten hundert Jahre in Deutschland ist?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

**Irene Müller**, PDS: Ich würde Ihnen als Erstes darin zustimmen, dass es unfair ist, Suggestivfragen zu stellen, die ich nicht mit Ja und Nein beantworte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Dann muss ich Ihnen sagen, die Pflegeversicherung ist ein Stückchen auf dem Weg. Sie ist noch lange nicht dort, wo sie sein soll. Und da Sie einer der fast ständigen Besucher bei den Ligaversammlungen sind, müssten Sie eigentlich wissen, dass die Pflegeversicherung so viele Ecken und Kanten hat, dass sie bei weitem nicht das erfüllen kann, was an sie an Hoffnungen gestellt wurde.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner**: Der Abgeordnete Glawe hat noch eine Nachfrage. Erlauben Sie die Nachfrage, Frau Müller?

**Irene Müller**, PDS: Aber bitte.

**Präsident Hinrich Kuessner**: Bitte sehr, Herr Glawe.

**Harry Glawe**, CDU: Frau Müller, Sie bezogen sich ja in Ihren Ausführungen insbesondere auf die Gesundheitsreform, die durch ...

**Irene Müller**, PDS: Gesundheitsstrukturreform.

**Harry Glawe**, CDU: ... auf die Gesundheitsreform, die ja in besonderer Weise erst ab dem Jahre 2002 richtig greifen wird. Sind Sie sich sicher, dass die Pflegeversicherung den Menschen nicht hilft?

**Irene Müller**, PDS: Mit welchem Wort habe ich das gesagt?

**Harry Glawe**, CDU: Weil ich in Ihrer Rede vermisse ...

**Präsident Hinrich Kuessner**: Sie sollen jetzt keine Begründung geben, Sie haben eine Frage gestellt, auf die Frage wird geantwortet. Herr Glawe, Sie haben nicht das Wort.

**Irene Müller**, PDS: Es tut mir Leid. Es ist wahrscheinlich besser, Sie hören sich meine Rede bis zum Ende an und machen sich dann Ihre Gedanken oder auch nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

In verschiedenen Lebenslagen ist also Hilfe anzubringen und die ist effektiv zu gestalten. Mit der Gesundheitsstrukturreform und den verschiedenen Dingen, die da angedacht werden müssen, ist geplant, so genannte Service- und Zentralstellen einzurichten, wo gerade das, worüber wir heute reden, auch mit in eine Form gefasst werden soll, die pflege- und trägerunabhängig agieren und in allen möglichen Lebenslagen Kunden des Gesundheitswesens Rat und Hilfe bringen. Da sollten wir sehr wohl im Hinblick auf diese Angelegenheit schon mal sehen, was bei uns hier im Lande existiert, auf welche Art und Weise es arbeitet und wo wir es unterstützen können, um effektiv zu arbeiten. Denn es gibt in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern – Herr Glawe, hören Sie jetzt bitte ganz genau zu! – sehr wohl Gremien, die sich heute

schon mit der Qualität und der Qualitätssicherung von Pflege äußerst intensiv beschäftigen und ständig am Erarbeiten und am Verbessern von Qualitätsstandards sind, die in der Pflege dargestellt werden sollen. Demzufolge ist natürlich auch nach wie vor unwahrscheinlich wichtig, dass wir am Pflegenottelefon, wenn es das dann geben sollte, in der Lage sind, darüber zu berichten, in welcher Art und Weise und wo welche Art von Pflege erbracht wird, in welcher Art und Weise verschiedene Träger arbeiten, mit welchem Personal und so weiter und so fort.

Die Pflege an sich – das habe ich übrigens vorhin schon mal gesagt – wird bei uns in guter Qualität durchgeführt. Es muss aber für alle zu wissen sein, wo, durch wen und was. Ich denke mir, es wird auch die Analyse gebraucht, was im Lande Mecklenburg-Vorpommern noch fehlt an Arbeit in Gremien, nicht neue Gremien, Herr Glawe, sondern an Arbeit in Gremien, um bestimmte Dinge besser in die Einheit zu bringen. Wir brauchen ein Gesamtkonzept, um den Menschen als ganzheitlichen Menschen zu sehen, und in dieser Art und Weise sehe ich auch diesen Antrag. In dieser ganz bestimmten Rubrik Pflege fangen wir an, sehen wir, wie effektiv zu arbeiten ist. Alles andere muss dann sowieso noch gestaltet werden, da ja auch im Bund nicht geschlafen wird. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner**: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Seemann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Seemann.

**Dr. Margret Seemann**, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Dr. König, ich habe selten so eine peinliche Rede von Ihnen erlebt wie eben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Sie haben sich mit der Sache überhaupt nicht auseinander gesetzt. Ich habe einen ganzen Aktenordner voller Unterlagen auf dem Tisch liegen. Ich biete Ihnen persönlich an, dass Sie diese Unterlagen mal studieren. Allein Ihre Behauptung, es hätte keines Beschlusses des Landtages bedurft beziehungsweise in Schleswig-Holstein wurde einfach mal so losgelegt,

(Dr. Arthur König, CDU:  
Nicht einfach mal so losgelegt.)

kann ich widerlegen.

(Dr. Arthur König, CDU: Wenn es so ein reges Problem ist, dann soll die Ministerin das auch durchsetzen.)

Ich werde mal aus dem Zwischenbericht des Pflegenottelefons für Schleswig-Holstein kurz zitieren. Hören Sie bitte gut zu! Dieser Bericht fasst die Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes „Pflegenottelefon“ für Schleswig-Holstein zusammen. Und jetzt hören Sie bitte zu, Herr Dr. König: „Grundlage dieses Projektes ist ein Landtagsbeschluss zu dem Bereich Gewalt gegen ältere Menschen, Prävention und Intervention vom 16. Januar 1998 und die daraus abgeleiteten Umsetzungsvorschläge durch das Referat Pflegeversicherung und Seniorenpolitik des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Schleswig-Holstein vom 8. Juli 1998.“

(Götz Kreuzer, PDS: Über Unbekanntes diskutiert es sich immer am besten. – Zuruf von Dr. Arthur König, CDU)

Das heißt, in Schleswig-Holstein, Herr Dr. König, ist man den gleichen Weg gegangen, weil nämlich der Ansatz besteht, Trägerneutralität herzustellen, und dazu braucht man das Ministerium, damit diese Trägerneutralität hergestellt wird.

(Dr. Arthur König, CDU: Das ist ja richtig.)

Und, Herr Dr. König, die Idee eines Pflegenottelefons ist ja an sich nicht neu. In der Bundesrepublik Deutschland existieren gegenwärtig mehrere Projekte, die Menschen in problematischen Pflegesituationen übergreifend telefonisch beraten. Jetzt erkläre ich Ihnen mal einige Projekte, dann wissen Sie wahrscheinlich auch, was wir damit gemeint haben. Sie unterscheiden sich allerdings in erheblichem Maße in ihrer konzeptionellen Ausrichtung und ihrer organisatorischen Anbindung. Wie gesagt, ich stelle Ihnen einige kurz vor:

Die bekannteste Institution ist wahrscheinlich das Pflegenottelefon für Schleswig-Holstein, das vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Schleswig-Holstein initiiert wurde. Das Pflegenottelefon beteiligt mit seiner trägerübergreifenden Projektarbeit in beträchtlichem Umfang die Gestalter der pflegerischen Infrastruktur des Landes. Es wurde in Zusammenarbeit mit 45 Einrichtungen und Organisationen am 1. April 1999 eingerichtet. Herr Dr. König, und da können Sie mir doch nicht erzählen, dass da niemand den Hut aufhaben muss, um das erst mal zu koordinieren.

(Dr. Arthur König, CDU: Natürlich die Sozialministerin oder der Arbeitsminister.)

Die Koordinierung der Arbeit hat jetzt der Landesverband der Arbeiterwohlfahrt übernommen, allerdings – und das möchte ich hier deutlich betonen – unter einem hohen Einsatz von ehrenamtlicher Tätigkeit seitens aller Beteiligten. Dabei sind die in den Telefonaten durch die Betroffenen dargestellten Sachverhalte von erheblichem Interesse für die beteiligten Organisationen und Institutionen. Das Zwischenergebnis, von dem ich schon eben gesprochen habe, dieses Projektes zeigt, dass die Bürger diese Anlaufstelle angenommen haben. Für die überwiegende Mehrheit der Anruferinnen und Anrufer wurde das Pflegenottelefon die erste Anlaufstelle. Dies offenbart, dass eine solche Einrichtung einen ersten Weg aus der Sprach- und Hilflosigkeit eröffnen kann. Nach Angaben der Sozialministerin Heide Moser wurden allein zwischen April und Dezember 1999 447 Beratungsgespräche protokolliert und ausgewertet. Erste Trends zeigten, meine Damen und Herren, dass sich vor allem Angehörige, insbesondere Frauen an das Pflegenottelefon gewandt haben. In den meisten Fällen geht es um die häusliche Pflegesituation und um Überforderung und Übergriffe.

Eine weitere Institution ist das Berliner Krisentelefon – vielleicht haben Sie davon wenigstens schon gehört, Herr Dr. König – „Pflege in Not“, das auch seit 1999 besteht. Hier arbeiten qualifizierte Ehrenamtliche mit. Im Mittelpunkt steht dabei Gewalt in der Pflege älterer Menschen. Das Krisentelefon besteht aus Gesprächsgruppen für pflegende Angehörige, für Pflegepersonal, Sprechstunden zum persönlichen Gespräch sowie Fortbildungen für Pflegepersonal. Die Ziele des Krisentelefon sind die Entschärfung einer akuten Notfallsituation, die Erarbeitung von Handlungsmöglichkeiten, unbürokratische und rasche Vermittlung weiterer Hilfen bis hin zur Prophylaxe von Vermeidung von Gewalt.

Auch das Pflegetelefon Hamburg, Herr Dr. König, wurde für Pflegebedürftige und Angehörige als zentrale Anlauf- und Beschwerdestelle gegründet.

(Dr. Arthur König, CDU: Na dann sollen sie es doch endlich machen, Frau Dr. Seemann. Was nützt es denn, wenn wir dieses prüfen.)

Es ist ein Projekt des Landespflegeausschusses Hamburgs. Die Mitarbeiterinnen haben eine medizinische, pflegerische und pflegewissenschaftliche Ausbildung. Die Aufgaben gehen von Informationen zur Pflegeversicherung, Pflegekosten, Finanzierung, Orientierungshilfe bei Auswahl von Pflegedienst oder Pflegeheim bis hin zur Entgegennahme von Beschwerden und der gemeinsamen Lösungssuche. Beteiligte dabei sind die Kostenträger und Leistungserbringer, die Rückmeldung über Anliegen der Nutzer erhalten, mit dem Ziel, die Qualität der Pflege zu verbessern.

In München gibt es seit 1997 die Städtische Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege, an die sich Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und Pflegekräfte wenden können. Sie ist eine Einrichtung „im Vorfeld der staatlichen Heimaufsicht“ und ein Angebot der Kommune für Bürger im Rahmen des Paragraphen 8 Pflegeversicherungsgesetz. Diese Beschwerdestelle hat dabei auch die Kompetenz zur Kontrolle beziehungsweise Erteilung von Auflagen. Die Zusammenarbeit mit allen betroffenen Stellen, zum Beispiel der Heimaufsicht, der Regierung von Oberbayern, der Kommunalen Heimaufsicht, den zuständigen Stellen der Sozial- und Gesundheitsverwaltung, dem MDK, den Pflegekassen, den Trägern der Altenpflegeheime, dem Münchner Seniorenbeirat, den Grauen Panther, den berufsständischen Organisationen der Pflegekräfte und so weiter, spielt dabei eine große Rolle. In allein sechs Monaten gab es über 300 Anliegen, davon 117 Beschwerden. 80 Prozent kamen dabei von Angehörigen.

Eine Bonner Initiative „Handeln statt Misshandel“, durch den Förderverein Gerontopsychiatrie 1997 ins Leben gerufen, hat mit Unterstützung der Stadt Bonn ein Notruftelefon mit Krisenberatungsstelle eingerichtet. Die Initiative „Handeln statt Misshandel“ wird durch Spenden und durch das Verzeichnis der Empfänger von Geldauflagen im Strafverfahren gefördert. Zu diesem Projekt liegt auch eine wissenschaftliche Arbeit vor. Ich könnte diese Liste noch weiter fortführen. Ich betone es noch mal, wer Material von mir haben möchte, kann sich das gern holen, ich habe es hier bei mir.

Meine Damen und Herren, bei der Erstellung einer Konzeption des Notrufdienstes kann also auf bestehende Konzepte und Erfahrungen anderer Bundesländer zurückgegriffen werden sowie auf deren wissenschaftliche Untersuchungen.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Frau Seemann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Glawe?

**Dr. Margret Seemann, SPD:** Zum Schluss meiner Rede.

Ich denke, die bestehenden Projekte sind eine gute Diskussionsgrundlage für das Gespräch der Landesregierung mit den betroffenen Organisationen, zumal sich schon einige Verbände in Mecklenburg-Vorpommern mit diesem Thema beschäftigt haben. Deshalb sollten wir offensiv, ohne Vorurteile, aber mit dem Blick auf Vorteile in die Gespräche gehen. Und ich verschweige nicht, dass bei allen Unterschieden zwischen den verschiedenen Pro-

jekten wir auf das ehrenamtliche Engagement und das uneigennütziges Mittun aller angewiesen sind. Auch dieses sollten wir von vornherein mit in den Beratungen beachten. Ich bitte Sie nochmals um Zustimmung zum vorliegenden Antrag. – Danke.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

**Präsident Hinrich Kuessner:** So, Herr Glawe, jetzt können Sie Ihre Frage stellen. Bitte sehr.

**Harry Glawe,** CDU: Frau Kollegin Seemann, ich will nur eins bei Ihnen noch mal hinterfragen: Würden Sie mir zustimmen, dass das Sozialministerium dieses Nottelefon hätte schon in eigener Regie einrichten, die Konzepte dafür erstellen oder Modellversuche ausschreiben können?

**Dr. Margret Seemann,** SPD: Herr Glawe, ich habe das vorhin versucht deutlich zu machen. Das Sozialministerium soll lediglich die Koordinierung übernehmen und hat dabei natürlich, weil es eine Trägerneutralität geben soll, mit sehr vielen Verbänden und Organisationen zu tun. Und da halte ich es für sehr vorteilhaft, wenn der Landtag seinem Wunsch Ausdruck verleiht, dass das Sozialministerium dieses Vorhaben umsetzt. Wir haben schon in anderen Bereichen Landtagsaufträge –

(Martin Brick, CDU: Das ist doch Quatsch.  
Das hält doch nur unsere Arbeit auf.)

auch schon zu Regierungszeiten von Ihnen – erteilt, um die Handlungsmöglichkeiten der Ministerien zu vergrößern.

(Beifall Heike Polzin, SPD,  
und Ute Schildt, SPD)

Und ich weiß nicht, Herr Glawe, weshalb Sie heute diese Sache, wenn Sie inhaltlich mitgehen können, dermaßen abqualifizieren. Das tut mir Leid, das kann ich nicht nachvollziehen.

(Martin Brick, CDU: Das ist  
Beschäftigungstherapie, weiter nichts.)

Statt dass Sie sich freuen, weil hier Pflegequalität offensiv angegangen wird, versuchen Sie das schlecht zu reden. Ich kann es nicht nachvollziehen und ich kann es auch nicht akzeptieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Gestatten Sie noch eine Nachfrage des Abgeordneten? (keine Zustimmung)

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1641. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1641 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei zwei Enthaltungen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Bahnverbindung von Rostock nach Berlin, auf Drucksache 3/1642. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1724 vor.

**Antrag der Fraktion der CDU:  
Bahnverbindung von Rostock nach Berlin  
– Drucksache 3/1642 –**

### **Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD – Drucksache 3/1724 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Seidel von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Seidel.

**Jürgen Seidel,** CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Immer wieder haben die wirtschaftswissenschaftlichen Institute in Bezug auf die Entwicklung der neuen Bundesländer auf den nach wie vor vorhandenen Rückstand bei der Infrastruktur hingewiesen. Wenn Sie sich erinnern, die Ministerpräsidenten haben ihrerseits diesen Rückstand mit annähernd 300 Milliarden DM beziffert. Gerade in diesen Tagen erleben wir am Beispiel des österreichischen Holzkonzerns Klausner-Nordik-Timber, wie eben Infrastruktur, in diesem Falle die Bahnverbindung in Bezug auf Lubmin, entscheidend ist für eine mögliche Ansiedlung an dem Standort in der Nähe von Greifswald. Übrigens, ich habe gerade aktuelles Material von BMW bekommen. Auch dort wird noch mal davon gesprochen, dass natürlich für einen Standort in Bezug auf das neue Werk eine exzellente Bahnanbindung eines der entscheidenden Kriterien für die Standortentscheidung selbst ist.

Man müsste also meinen, dass die Bedeutung von Infrastruktur zwischen uns unstrittig ist, ich denke, im Wirtschaftsausschuss, Herr Bräunig, hat es da auch nie Zweifel gegeben. Doch ich muss – und das zu meinem Bedauern – feststellen, dass sich in Mecklenburg-Vorpommern, zumindest was die Deutsche Bahn AG betrifft, die Uhren anfangen, rückwärts zu drehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so sehr wir uns oder, ich muss wohl richtigerweise sagen, so sehr sich große Teile dieses Hauses über die Fertigstellung der A 20 freuen, weil damit ohne Zweifel die Straßeninfrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern verbessert wird, so sehr muss man sich doch große Sorgen über die Entwicklung der Schienenverbindungen in Mecklenburg-Vorpommern, sowohl was die Nahverbindungen, also den Schienenpersonennahverkehr, betrifft als auch die Fernverbindungen, machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Siegfried Friese, SPD: Ja, weil in den vergan-  
genen Jahren nichts gemacht worden ist.)

Ja, wenn das so einfach wäre von der Begründung, dann, glaube ich, könnte man es ja leicht lösen. Dann hätten Sie es jetzt in der Hand, Herr Friese.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Das ist natürlich eine völlig daneben liegende Begründung. Es ist leider etwas anders. Ich werde es Ihnen aber auch sagen. Meine Damen und Herren, erinnern wir uns, Herr Friese, erinnern wir uns doch mal nur ein halbes Jahr zurück.

(Zurufe von Siegfried Friese, SPD,  
und Martin Brick, CDU)

Herr Friese, wenn Sie mir vielleicht zuhören würden.

Erinnern wir uns ein halbes Jahr zurück. Im Juli 2000 gab es die ersten Nachrichten, dass die Deutsche Bahn AG erhebliche Reduzierungen bei den Interregionstrecken in Mecklenburg-Vorpommern plant. Wie dann auch im Wirtschaftsausschuss deutlich wurde, war auf einigen Strecken, eben auch Rostock–Berlin, eine Reduzierung

auf Null, so die seinerzeitigen Aussagen, vorgesehen. Viele Proteste und Unterschriftensammlungen führten letztlich dazu, dass diese Pläne – ich betone jetzt: zunächst – nicht Wirklichkeit wurden. Parallel dazu, auch daran will ich noch mal erinnern, kam Herr Minister Holter stolz mit der Zusage des Bundeskanzlers über den Einsatz von 400 Millionen DM auf der Strecke von Rostock nach Berlin von den Steuerreformverhandlungen mit der Bundesregierung nach Mecklenburg-Vorpommern zurück.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Den Signalen entsprechend soll auch gebaut werden, aber ob Interregios oder Bummelzüge auf der Strecke fahren, das steht noch in den Sternen.

Wie meine Schreiben an den Bahnchef Mehdorn oder auch an den Bundesverkehrsminister deutlich machen, trat und tritt übrigens auch die Deutsche Bahn AG bis heute von ihrem ursprünglichen Vorhaben, diese Strecke Rostock–Berlin betreffend, nicht zurück.

Meine Damen und Herren, die CDU stellte deshalb mit Datum vom 20.09.2000 den Antrag, dass sich der Ministerpräsident, auch daran will ich nur noch mal erinnern, Herr Friese, persönlich in Verhandlungen mit dem Bund und der Bahn AG dafür einsetzen soll, dass die geplanten Streckenreduzierungen aufgegeben werden.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Dieser Antrag wurde natürlich wie immer abgelehnt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Jaja.)

Endlich – und darüber sind wir ganz froh –, am 01.12.2000, also drei Monate später, findet dann aber doch ein Gespräch des Ministerpräsidenten mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Herrn Mehdorn, statt, wie auch die diesbezügliche Presseerklärung aussagt.

(Siegfried Friese, SPD: Wir brauchen solche Anträge gar nicht. –  
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Der Ministerpräsident – und jetzt komme ich mal auf diese Presseerklärung – erklärt, dass der Interregioverkehr zwischen Rostock und Berlin unverändert weiterläuft

(Dr. Ulrich Born, CDU: Jaja.)

und die Strecke bis zum Jahresende 2005 für eine Geschwindigkeit von 160 Kilometern pro Stunde ausgebaut wird. Und das Ergebnis, so Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff, ist für Mecklenburg-Vorpommern – in Anführungsstrichen, sage ich jetzt mal – erfreulich.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Also auf dieses „erfreulich“ komme ich dann noch mal zurück.

(Heiterkeit bei Lutz Brauer, CDU:  
Das ist schon ein Erfolg!)

Schaut man sich dieses Ergebnis nämlich nun näher an, dann will die Bahn in der Tat weiterfahren, aber „unter Regie der DB Regio“, wie es in einem Schreiben der Deutschen Bahn AG an mich vom 13. November dieses Jahres heißt. Das wiederum bedeutet im Klartext nichts anderes, als dass das Land die Finanzierung dieser Strecke übernimmt.

(Lutz Brauer, CDU: Können Sie das noch mal wiederholen, damit man das richtig versteht?)

Und, meine Damen und Herren, mit 18 DM pro Kilometer, das sage ich Ihnen, würde ich auch diese Strecke befahren, egal, ob da Gäste im Zug sitzen oder nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Gesine Skrzepski, CDU: Genau.)

Also insofern wollen wir uns nur die Dinge vor Augen halten,

(Minister Till Backhaus:  
Dann machen Sie's doch!)

was hier erfreulich ist. 12 Millionen DM soll also das Land hier an die Deutsche Bahn AG dann jährlich überweisen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und der Ministerpräsident stimmt zu. –  
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Und, meine Damen und Herren, wenn dies das Ergebnis wäre – ich will es mal so herum sagen: das ist das Ergebnis der Verhandlungen des Ministerpräsidenten, aber ich sage es ganz bewusst noch im Konjunktiv, er hat es ja nicht geschrieben, sondern es ist ja nur zu lesen aus vielen anderen Meldungen –, so wäre das nicht erfreulich, sondern in meinen Augen ungeheuerlich,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es. –  
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und das aus zwei wesentlichen Gründen:

Erstens. Mit Sicherheit handelt es sich bei den Forderungen der Deutschen Bahn AG nur um den prinzipiellen Einstieg einer Finanzierung der Fernverbindungen in Mecklenburg-Vorpommern durch das Land selbst. Wir würden also – und dessen sollten wir uns bewusst werden – mit einer solchen Zusage für meine Begriffe einen Dammbruch zulassen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Oder glauben Sie denn ernsthaft, dass die Verhältnisse auf der Strecke Berlin–Stralsund wesentlich anders liegen?

(Gesine Skrzepski, CDU: Nee.)

Oder glauben Sie ernsthaft, dass sich jetzt mit Fertigstellung der A 20 die Verhältnisse auf der Strecke Lübeck–Stralsund

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

nicht auch in ähnlicher Weise darstellen werden?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Zweitens. Es wächst der Druck auf die ohnehin – das ist nun mal unser Problem hier in Mecklenburg-Vorpommern – stilllegungsgefährdeten Strecken im Lande, selbst im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs, denn diese 12 Millionen DM, das muss man auch klar und deutlich sagen, kommen ja nicht irgendwo aus dem Topf heraus. Im Haushalt des Wirtschaftsministers ist da nichts drin, sondern sie werden aus dem vorhandenen Topf der Regionalisierungsmittel genommen und damit steigt der Druck auf die übrigen Strecken, denn der Einsparungsdruck wird natürlich gewaltig höher. Das muss man sich vor Augen führen.

Meine Damen und Herren, eine solche Finanzverschiebung des Bundes zu Lasten eines Landes darf nicht stattfinden. Und wissen Sie, ich will Ihnen das wirklich – ich meine, das ist ein bisschen müßig – schon mal ein bisschen ins Gedächtnis rufen. Ich lese noch mal den Artikel 87 e, gestatten Sie mir das bitte, des Grundgesetzes vor. Da heißt es: „Der Bund gewährleistet, daß dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie bei deren Verkehrsangeboten auf diesem Schienennetz, soweit diese nicht den Schienenpersonennahverkehr betreffen, Rechnung getragen wird.“

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Also das ist für mich eindeutig.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Wo ist die Chefsache Ost?)

Und übrigens, das will ich jetzt auch noch mal hervorheben, das sagt ja auch der Wirtschaftsminister in seinen Presseerklärungen. Ich bin ihm sehr dankbar dafür. Er schreibt nämlich in seiner Presseerklärung vom 21.11.: „Nach Art. 87e GG ist eindeutig der Bund für den Fernverkehr auf der Schiene zuständig und damit in der Finanzierungspflicht,“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

„während die Länder nur für den Schienenpersonennahverkehr verantwortlich sind“, erläutert Wirtschaftsminister Eggert.“ Ich habe dem überhaupt nichts hinzuzufügen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine Damen und Herren, und wenn jetzt jemand kommt und sagt, in den Zügen sind aber bloß hundert Leute, konkret auf der Strecke Rostock–Berlin, das ist ja alles bloß Schienenpersonennahverkehr, dann würde ich vorschlagen, lassen Sie uns mal als Parlament eine Zugfahrt machen.

(Zuruf von Kerstin Kassner, PDS)

Lassen Sie uns mal versuchen, zu einer Zeit, meinetwegen nachmittags um 18.00 Uhr, eine Fahrkarte zum Beispiel in Waren auf dem Bahnhof zu kaufen. Sie werden zu Ihrem Erstaunen erleben, was da alles passiert. Also von den Bedingungen her könnte ich eine ganze Menge vorschlagen, was vielleicht dazu beitragen würde, dass das Zugfahren in den Fernzügen auch wieder ein bisschen vernünftiger und entsprechend attraktiver wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Also ich denke, wir sollten uns da nicht ins Bockshorn jagen lassen. Die Bahn hat auch ihrerseits hier eine ganze Menge zu tun, um die Attraktivität in dem Bereich zu erhöhen. Übrigens, im Unterschied zum Schienenpersonennahverkehr klappt das eigentlich besser, was die Attraktivität betrifft, als hier bei den Fernverbindungen.

Meine Damen und Herren, ich denke, es gibt zwei Lösungsansätze. Ich behaupte überhaupt nicht, den Stein der Weisen gefunden zu haben, aber ich denke mal, zwei Lösungsansätze sollten wir noch mal favorisieren:

Erstens. Der Bund findet selbst eine Finanzierungslösung mit der Deutschen Bahn AG in Bezug auf die Fernverbindungen in den Flächenländern.

Zweitens. Sollte dies nicht gelingen, dann kann es nur, das ist die Schlussfolgerung, eine öffentliche Ausschreibung im freien Wettbewerb geben. Das allerdings würde voraussetzen, dass die Trennung von Fahrweg und Betrieb zwingend erfolgen muss. Das ist eine Regelung, die auch intensiv gegenwärtig diskutiert wird, und ich denke, das ist die Voraussetzung für den Wettbewerb.

Meine Damen und Herren, ich kann es Ihnen nicht ersparen, man muss sich schon ein bisschen die Augen reiben. Dieses Desaster, Herr Friese, was wir hier gegenwärtig erleben in Bezug auf die Bahn, nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, auch in den übrigen Flächenländern,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

dieses Desaster findet statt bei rot-grüner Bundesregierung und hier in Mecklenburg-Vorpommern bei rot-roter Landesregierung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da ist es ziemlich  
ähnlich. – Kerstin Kassner, PDS: Wo die  
Ursachen dafür liegen, das wissen Sie doch,  
Herr Seidel. – Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Also ich weiß nicht, das müsste Ihnen ja auch ein Stück weit an die Ehre gehen. Und, Herr Ministerpräsident – er ist leider nicht da –, ich kann es Ihnen auch nicht ersparen, ich erinnere Sie jetzt mal daran, dass Sie hier in diesem Raum den Vorwurf der Meisterschaft des Einknickens an Ihren Vorgänger gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich hoffe nur, dass wir nicht über ähnliche Übungen hier sprechen müssen.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Verantwortung gegenüber unserem Land und unter Berücksichtigung der Regelung im Artikel 87 e des Grundgesetzes muss für meine Begriffe eine Landesfinanzierung von Fernstrecken der Deutschen Bahn AG abgelehnt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Und ich will auch noch mal was zu Ihrem Änderungsantrag, den wir gerade eben bekommen haben, sagen. Also das ist natürlich eine artistische Leistung, die Sie hier vollbringen, das muss ich klar sagen.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Das ist der rot-rote Spagat.)

Über Punkt 1 könnten wir gern reden, das ist kein Thema, das ist eine Formulierungsfrage, aber wir können natürlich nicht sagen, dass Ziffer 2 unseres Antrages gestrichen wird, denn die heißt eindeutig und klar: „Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern spricht sich gegen eine Finanzierung dieser Verbindung durch das Land aus.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und das wollen Sie streichen. Das wollen Sie streichen und wollen es ersetzen durch die Formulierung: „Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen,“

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist  
der Gipfel! Jämmerlich ist das.)

„diese Strecke weiterhin aus Bundesmitteln zu finanzieren.“

Also, meine Damen und Herren, wir haben über das Pflegenottelefon gerade diskutiert, da gab es ja wohl Meinungen, die sagten, ob wir das wirklich hier im Landtag beschließen müssen. Wenn wir schon im Landtag beschließen müssen, dass diese Landesregierung sich dafür einsetzen soll,

(Harry Glawe, CDU: Sie muss zur Arbeit getragen werden. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

dass Aufgaben, die der Bund eindeutig nach Verfassung zu erfüllen hat,

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

nicht durch Landesmittel finanziert werden, dann, wissen Sie, können wir hier nach Hause gehen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Lutz Brauer, CDU: Solche  
Anträge gibt's noch 'ne Menge.)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat das Wort der Wirtschaftsminister Herr Eggert. Bitte sehr, Herr Minister.

**Minister Dr. Rolf Eggert:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Immer wieder bewegt uns ein Thema hier im Landtag, was sicher wichtig ist, und ich will eins voranstellen: Die Aufgabe der Landesregierung und, ich denke, auch des Parlamentes ist die, dass für den Bürger zumindest das, was bisher an Leistungen durch die Bahn AG gebracht worden ist, wenigstens fortgesetzt wird, nämlich für die Zukunft ausgebaut und verbessert wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und CDU)

Das muss ja unser Interesse sein. Wenn wir uns an diesem Interesse allein ausrichten wollen, dann, sage ich mal, Herr Seidel, dann wissen Sie ganz genau als mein Amtsvorgänger, dass man eben gerade die Ziffer 2 oder 3, oder welche das jetzt ist, nicht beschließen kann, denn damit würden Sie ja genau das Gegenteil erreichen unter Umständen. Sie würden nämlich unter Umständen ab dem Sommerfahrplan keine Verbindung haben zwischen Berlin und Rostock, Sie würden aber auch keine Verbindung haben zwischen Stralsund und Berlin, eine ganz wichtige Verbindung für Vorpommern, und Sie würden auch keine Verbindung haben zwischen Stralsund und Rostock wie bisher.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie müssen  
sich mal einsetzen für unsere Interessen!)

Das, meine Damen und Herren, wäre die Folge der Politik, wenn wir den Antrag der CDU beschließen würden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Siegfried Friese, SPD: Richtig. –

Wolfgang Riemann, CDU: Weil Sie zu feige  
sind, sich gegenüber dem Bund einzusetzen.)

Und, Herr Seidel, ich gebe Ihnen voll und ganz Recht, Infrastruktur ist außerordentlich wichtig. Dass Sie sich jetzt plötzlich auch für die Infrastruktur der Bahn stark machen,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

das begrüße ich außerordentlich, denn das wird das erste Mal hier heute festgestellt von der CDU. Und ich will Ihnen nur mal sagen ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Lassen Sie doch  
mal die Polemik, Herr Minister! Die haben  
Sie nicht nötig, die haben Sie nicht nötig. –  
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Ich muss ja hier nicht für Ruhe sorgen im Landtag, ich will nur ganz ruhig antworten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich will ja nur ganz ruhig antworten, meine Damen und Herren.

Sie brauchen sich doch nur die nackten Zahlen anzugucken unter Ihrer Regierung, was da stattgefunden hat, Herr Rehberg. Ich weiß gar nicht, ob Sie darüber lachen können. Sie haben 1994 unter Ihrer Regierung der Deutschen Bahn AG 204,2 Millionen DM für die Infrastruktur zur Verfügung gestellt und 1998, im letzten Jahr Ihrer Verantwortung, 88,9 Millionen DM.

(Siegfried Friese, SPD: Das ist ja interessant.)

Wenn man sich das also anguckt, ist das ein Drittel der Mittel, die Sie der Bahn hinterher in Ihrer Verantwortungszeit praktisch zur Verfügung gestellt haben, und jetzt wundern Sie sich plötzlich über die Folgen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS –  
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und ich habe hier beim letzten Mal, meine Damen und Herren, festgestellt,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wer wurde 1994 Wirtschaftsminister? War das nicht Dr. Ringstorff?)

wer denn hauptverantwortlich ist für die grundsätzliche Entscheidung,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das war doch Dr.  
Ringstorff. Der war doch Wirtschaftsminister.)

dass das Netz, der Fahrweg, die Infrastruktur nicht abgetrennt worden ist von der Bahn AG, dass das in Ihre Regierung gefallen ist und dass Sie das politisch zu verantworten haben.

(Jürgen Seidel, CDU: Mit Zustimmung  
der SPD, verdammt noch mal!)

Ja, ja, Herr Seidel, weil Sie doch damals wie immer argumentiert haben, die SPD sei die Verhindererpartei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Harry Glawe, CDU: Wo waren Sie denn? –  
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU –  
Glocke des Präsidenten)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ich bitte um etwas mehr Ruhe!

**Minister Dr. Rolf Eggert:** Jetzt haben Sie etwas beschlossen. Ich habe das Ihrer Parteivorsitzenden letztes

Mal auch gesagt bei einer Diskussion: Sie müssen nicht immer nur für die Entscheidungen stehen, die gut ausgegangen sind,

(Jürgen Seidel, CDU: Nee, das machen wir auch nicht.)

Sie müssen auch die tragen, die schlecht ausgegangen sind, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Jürgen Seidel, CDU: Ja, das ist richtig. – Der Abgeordnete Dr. Ulrich Born meldet sich für eine Anfrage.)

Und nun bin ich ja froh, Herr Seidel, dass Sie wieder darüber diskutieren, dass man diesen Weg vielleicht beschreiten könnte. Ich wäre Ihnen ja sehr dankbar, wenn Sie dann einer Grundgesetzänderung unter Umständen zustimmen würden im Deutschen Bundestag.

(Jürgen Seidel, CDU: Das ist doch schon mehrfach signalisiert worden. Machen Sie es doch!)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Born?

**Minister Dr. Rolf Eggert:** Nein, jetzt nicht.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Siegfried Friese, SPD: Setzen!)

Ich gestatte gerne eine Zwischenfrage, wenn ich meine Rede beendet habe.

Ich nenne Ihnen gerne weitere Zahlen, was die neue Bundesregierung gemacht hat. Aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm, entgegen der alten Bundesregierung, nämlich allein aus dem Bereich Beschreibung der Region, kann ich Ihnen vorlesen: Korridorlänge 1.159 Kilometer, Schwerpunktrelation Berlin–Rostock und Berlin–Stralsund. Davon sind aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm jetzt 220 Millionen DM zusätzlich vorgesehen zu vorher. Und ich kann Ihnen auch die Summen nennen, die bei den UMTS-Lizenzen zusätzlich für diese Regionen verwendet werden. Das sind einmal für die Region N 3 Ostsee–Neubrandenburg–Berlin–Außenring insgesamt 223 Millionen DM und für die Region N 4 Rostock–Hagenow–Land–Berlin–Außenring 167 Millionen DM. Also insgesamt, wenn Sie das alles roundabout rechnen, also zusammenrechnen, sind das über 500 Millionen DM, fast 600 Millionen DM zusätzlich, die in die Infrastruktur der Bahn fließen, entgegen der Politik, die Sie bis 1998 gemacht haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Und nun will ich noch mal zurückkommen auf Ihr Zitat, Herr Seidel. Sie hatten ja gesagt, 87 e Absatz 4 unseres Grundgesetzes bestimmt, und dann hatten Sie zitiert.

(Martin Brick, CDU: Waren Sie nicht vier Jahre mit in der Regierung? Oder ist das falsch?)

Ich habe es hier auch in meiner Rede, aber ich will's nicht wiederholen. Ich glaube, alle haben es im Ohr. Ich kann das nur unterstreichen: Dieser Verantwortung muss auch der Bund gerecht werden, nach wie vor.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das fordern der Ministerpräsident und ich auch ständig ein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Dann stimmen Sie unserem Antrag zu!)

Und neben dem Grundgesetz legt das Bundesraumordnungsgesetz in Paragraph 2 Absatz 2 fest, dass ausgeglichene Verhältnisse in allen Teilen Deutschlands herbeigeführt und zurückgebliebene Gebiete sogar bevorzugt zu behandeln sind. Ich denke, die Zahlen, die ich Ihnen vorgelesen habe, machen auch deutlich, dass hier noch etwas zu tun ist. Im Einzelnen heißt es dort, in den jeweiligen Teilräumen sind ausgeglichene Verhältnisse anzustreben, wobei ausdrücklich die infrastrukturelle Ausstattung angesprochen ist. Und es heißt weiter: „Eine Grundversorgung der Bevölkerung mit technischen Infrastrukturleistungen ... ist flächendeckend sicherzustellen. ... In Räumen, in denen die Lebensbedingungen ... im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt wesentlich zurückgeblieben sind ..., sind die Entwicklungsvoraussetzungen“ insbesondere durch eine Verbesserung der Infrastrukturausstattung sofort zu verbessern. Ziel ist, zu einer räumlich ausgewogenen, langfristig wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstruktur durch Verbesserung der Standortbedingungen für die Wirtschaft zu kommen. Und zuletzt genannt, aber in diesem Zusammenhang besonders wichtig, wird, dass eine gute Erreichbarkeit aller Teilräume untereinander durch Personen- und Güterverkehr sicherzustellen ist. Daraus wird klar, statt Standortfaktoren in Form des Angebots im Schienenpersonenverkehr und Schienengüterverkehr weiter zu verschlechtern, sind diese also in Mecklenburg-Vorpommern auszubauen. Und da sind wir uns ja, glaube ich, alle einig in diesem Haus.

Die Bestimmung der Verantwortung für die Verkehre und hier für den Schienenpersonenfernverkehr wird von Bund und Ländern allerdings unterschiedlich ausgelegt und ich habe, lange bevor das ein Thema in der Öffentlichkeit war und jetzt auch wieder hochstilisiert wurde, gemeinsam mit meinen Kollegen in Brandenburg und Berlin gegenüber dem Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen nochmals die Länderposition hinsichtlich der Zuständigkeit des Bundes bekräftigt, also ein weiteres Mal, nachdem bereits sowohl die Verkehrsministerkonferenz als auch die Konferenz der Ministerpräsidenten diese Auffassung vertreten haben.

Die entscheidende Frage ist allerdings, was wir tun, wenn der Bund von seiner Verpflichtung zur Auftragsvergabe an die Deutsche Bahn AG nicht beziehungsweise nicht rechtzeitig überzeugt werden kann.

(Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Und ich gehe davon aus, dass Konsens aller Mitglieder dieses Hauses darüber besteht, dass der Verkehr auf dieser für Rostock, aber auch für die weiter südlich gelegenen Gebiete Mecklenburgs wichtigen Strecke zumindest in der heutigen Qualität erhalten werden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Siegfried Friese, SPD, und Jürgen Seidel, CDU: Richtig.)

Mein Ziel ist es daher, zu Regelungen mit der Deutschen Bahn AG zu kommen, die beinhalten, dass das Land zumindest kostenmäßig zunächst nur für den Bund in Vorleistung geht. Alle weiteren Schritte werden von diesem Ergebnis abhängen.

Meine Damen und Herren, zum Schluss lade ich Sie alle gerne ein, mit mir zum Sommerfahrplan diese Zugverbin-

derung vielleicht erstmalig zu befahren. Und, Herr Rehberg, vielleicht fahren Sie dann auch das erste Mal mit dem Zug. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Abgeordnete Ritter von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Ritter.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist der Einsatz des Wirtschaftsministers für die Bahn? Das war sehr lau! – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

**Peter Ritter, PDS:** Herr Präsident! Meine ...

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ich bitte jetzt dem Redner Ruhe zu gönnen, damit er reden kann. Bitte sehr.

(Harry Glawe, CDU: In Bad Kleinen fährt er immer noch. – Siegfried Friese, SPD: Ihre Infrastruktur war immer das Auto, nie die Bahn.)

**Peter Ritter, PDS:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass die Zahl der Freunde der Eisenbahn offensichtlich von Landtagssitzung zu Landtagssitzung immer größer wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und wer wie ich öfter mit dem Zug durch Mecklenburg-Vorpommern fährt, ...

(Unruhe bei Siegfried Friese, SPD, und Harry Glawe, CDU)

Wer wie ich öfter mit dem Zug durch Mecklenburg-Vorpommern fährt, kann hin und wieder in der Nahverkehrszeitung der Deutschen Bahn AG „Takt“ interessante Dinge erfahren. So ist in der Ausgabe November/Dezember 2000 in einem Interview mit dem Vorstandschef Personenverkehr Dr. Christoph Franz zu lesen: „Die Bahn fährt keinen ihrer Züge aufs Abstellgleis, wenn sie einen guten Dienst leisten. Das heißt: Wo Interregios eine Nachfrage haben, wird es auch in Zukunft eine Fernverbindung geben. Abgesehen davon ist Interregio nichts anderes als ein Zugname. Wichtig ist, dass wir unseren Kunden ein nachfragegerechtes Angebot machen – und das stellen wir gerade sicher.“ Da habe ich so meine Fragen.

In der gleichen Zeitung lesen wir in einem Interview mit dem Präsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Heribert Thallmair: „Wo aus strukturpolitischen Gründen eine Fernverkehrsverbindung erforderlich ist, diese sich aber überhaupt nicht rechnet, da muss der Bund als Eigentümer der DB seiner Gewährleistungspflicht nachkommen. Es sollte das gemeinsame Ziel der DB und der Kommunen sein, den Bund als Eigentümer zu einer ehrlichen Finanzierung seiner Aufgaben zu bringen. Die Regionalisierungsmittel, die den Ländern für den mittlerweile liberalisierten Nahverkehrsmarkt bereitgestellt worden sind, eignen sich nämlich nicht, um defizitären Fernverkehr zu bezahlen.“ Recht hat er.

(Jürgen Seidel, CDU: Das ist eine rechtliche Frage, ob überhaupt.)

Und in einem Interview in der gleichen Zeitung mit dem Wirtschaftsminister unseres Landes kann man lesen, ich zitiere wiederum: „Unsere Mittel sind begrenzt. Daher müssen wir sie ökonomisch und im Interesse der Mehrheit einsetzen.“ Auch das ist richtig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU, und Jörg Vierkant, CDU: Richtig.)

Und deshalb finde ich auch die Forderung richtig, dass die DB AG und damit der Bund als Eigentümer der DB die Finanzierung auf der Interregiostrecke Rostock–Berlin weiterhin gewährleistet und das Land nicht gedrängt wird,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

aus seinen ohnehin schon kaum ausreichenden Regionalisierungsmitteln einen Teil der Finanzierung dieser Strecke zu übernehmen.

(Lutz Brauer, CDU: Sehr wahr. – Jürgen Seidel, CDU: Richtig.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Interregioverkehr wurde Ende der 80er Jahre vom Management der damaligen Deutschen Bundesbahn gezielt als ein Produkt entwickelt, das einerseits das große Marktsegment des Verkehrs zwischen Nah- und Fernverkehr bedienen, andererseits in diesem Segment auch eine dem Intercityverkehr vergleichbare hohe Qualität – mit Takt, Tempo und Komfort – bieten sollte. Diese Strategie war, Angaben der Bahn zufolge, bis Mitte der 90er Jahre durchaus erfolgreich. Die Züge des Interregioverkehrs erwiesen sich nach den Nahverkehrszügen als das Produkt mit den meisten Fahrgästen, es zählte mehr Fahrgäste als Züge des Intercity- oder des ICE-Verkehrs. Im Geschäftsbericht 1995 wurde nahezu euphorisch festgestellt: „Der Interregio bietet nun ein nahezu flächendeckendes attraktives Schienenangebot.“

Knapp ein Jahr später, also 1996 und nicht erst in diesem Sommer, Herr Seidel, meldete die Zeitschrift „Bahnreport“ den Beschluss des Bahnvorstandes, „innerhalb der nächsten fünf Jahre den Interregio abzuschaffen“. Und spätestens an dieser Stelle wäre anzumerken, werte Kolleginnen und Kollegen der CDU, dass es einige Jahre gedauert hat, bis Sie aufgewacht sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Das stimmt überhaupt nicht.)

Sei es, wie es sei, Herr Riemann, seit Verkündung dieses Beschlusses ...

(Zurufe von Wolfgang Riemann, CDU, und Monty Schädel, PDS)

Sei es wie es sei, seit Verkündung dieses Beschlusses der Bahn wurden Interregioverbindungen in der Taktdichte reduziert, Anschlüsse zu anderen Zügen wurden verschlechtert.

(Unruhe bei Wolfgang Riemann, CDU, Jürgen Seidel, CDU, und Monty Schädel, PDS)

So geht eben der Verlust von Reisenden im Interregioverkehr nicht auf eine verschlechterte Nachfrage zurück, sondern vielmehr auf Verschlechterungen in Angebot und Qualität.

Und diese Strategie soll fortgeführt werden. Am 28. September diesen Jahres verkündete die Bahn ein neues Konzept mit dem vielsagenden Namen MORA (Marktorientiertes Angebot). Ziel dieses Konzeptes ist ein erneuter qualitativer und quantitativer Einschnitt im Fernverkehr der Bahn im Allgemeinen und im Interregioverkehr

im Besonderen. In zwei Stufen soll bis zum Jahr 2003 das Interregionetz weitgehend abgeschafft werden. Daher ist es für mich eine sehr fadenscheinige Begründung, wenn festgestellt wird, dass die meisten Fahrgäste den Interregio auf der Strecke Rostock–Berlin als Nahverkehrsreisende nutzen und das Land deshalb mit in die Finanzierung einsteigen soll. Es ist natürlich die Frage zu stellen, wann festgestellt wird, dass beispielsweise auf der Interregiostrecke Binz–Stralsund–Berlin die meisten Reisenden den Interregio als Nahverkehrsreisende nutzen

(Jürgen Seidel, CDU: Natürlich.)

und das Land bitte schön in die Finanzierung mit einsteigen möge. Diese Pläne zielen auf einen zweckentfremdeten Einsatz von Bundesmitteln ab, denn die Länder werden vor die Entscheidung gestellt, entweder den Nahverkehr wie bisher zu bestellen, womit die Streichungen im Interregioverkehr voll durchschlagen würden, oder aber für reduzierte Interregioverkehre teilweise Ersatz zu schaffen und wie im vorliegenden Fall mit in die Finanzierung einzusteigen, wodurch aber anderer Nahverkehr abzubestellen wäre. Die Regionalisierungsmittel, das ist allen bekannt, die unser Land vom Bund erhält, sind endlich und der Einsatz der Regionalisierungsmittel ist per Gesetz vorgegeben.

(Jürgen Seidel, CDU: Ja.)

So heißt es in Paragraph 7 des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs: „Mit dem Betrag ... ist insbesondere der Schienenpersonennahverkehr zu finanzieren.“ Um mit den uns zur Verfügung gestellten Mitteln effektiv umgehen zu können und damit eine weitere Ausdünnung des Schienenpersonennahverkehrs im Land zu verhindern, ist daher entweder an der bisherigen Regelung festzuhalten, wonach Interregioverkehr als Fernverkehr definiert wird und somit aus den Mitteln der DB AG zu bezahlen ist, oder es ist in Absprache mit der Deutschen Bahn AG und den Ländern eine neue Regelung zu vereinbaren, nach welcher Interregioverkehr vergleichbar dem Nahverkehr durch die Länder zu bestellen und vom Bund gemäß Regionalisierungsgesetz zu finanzieren ist. Im letzten Fall müssen jedoch diese Bundesmittel in entsprechendem Umfang erhöht werden. Die Höhe der Regionalisierungsmittel für Zugbestellungen der Länder ist festgelegt. Damit werden auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern Regionalexpress-, Regionalbahn- und Stadtexpresszüge bezahlt. Jede Mitfinanzierung von Interregiozügen ohne Erhöhung der Regionalisierungsmittel durch den Bund liefe darauf hinaus, Nahverkehrszüge im Land zu kippen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Sinne der dringend notwendigen Wende in der Verkehrspolitik ist es für mich daher nicht möglich, das Angebot der Bahn hinsichtlich der Interregiostrecke Rostock–Berlin zu akzeptieren.

(Der Abgeordnete Georg Nolte meldet sich für eine Anfrage.)

Erneute Verhandlungen mit der Bahn und dem Bahneigentümer, also dem Bund, sind aus meiner Sicht daher dringend geboten. Auch das ist Ansatz unseres Änderungsantrages. Und Sie waren alle lange genug in einer Koalition, um zu wissen, wie solche Anträge dann am Ende entstehen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Erlauben Sie eine Zwischenfrage? (keine Zustimmung)

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Skrzepski von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Skrzepski.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Die Bahn kommt.)

**Gesine Skrzepski, CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete!

Herr Wirtschaftsminister, eine Sache vorweg: Sie sind unser Wirtschaftsminister und nicht der Alibiminister für den Bund,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

um uns 12 Millionen DM aufzubürden.

Und als kleines geschichtliches Beispiel zuvor ein Zitat unseres großen Klassikers Johann Wolfgang von Goethe: „Um Deutschland ist mir nicht bange, das werden die Lokomotiven tun.“ Als universaler Zeitgeist hat er schon zu seiner Zeit der Eisenbahn wahrhaftig bahnbrechende Weichenstellungen zur Überwindung der damaligen gesellschaftlichen Verhältnisse der deutschen Kleinstaaterei zgedacht. Auch ganze 200 Jahre später sprechen wir von den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit. Und da sind wir froh, dass wir als CDU-Bundespolitiker dafür die Weichen gestellt haben vor ein paar Jahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD, und Andreas Bluhm, PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Unsere Deutsche Bahn ruft mit der Ankündigung der Bahnreform seit 1. Januar 1994 Stufe 1

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

und Stufe 2 1. Januar 1999 den bedeutenden Slogan aus: „Die Bahn kommt“.

Alle Zwischenrufe nehme ich heute entgegen mit dem Slogan „Wir wollen Interregios und keine Regionalzüge“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Ansonsten bitte keine Wortmeldungen!

Das Ziel ist – so die Deutsche Bahn in ihrem Magazin „Deutsche Bahn mobil“ – mehr Kundennähe. Sie sehen, Herr Ritter, wir lesen ab und zu die gleiche Zeitung, nicht,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

wenn wir auch ideologisch nicht gleich sind.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Mit der Bahnreform Teil 2 will das Unternehmen mit neuen Strukturen den Markt noch besser bedienen. Man höre! Entscheidend für den langfristig unternehmerischen Erfolg der zweiten Stufe der Bahnreform ist die Art und Weise, wie jeder von uns die neu geschaffenen unternehmerischen Rahmenbedingungen nutzt. Die Art und Weise hat die Bahn dem Land Mecklenburg-Vorpommern nun angesagt. Für die Linie 34 Rostock–Berlin schlägt die Deutsche Bahn AG einen plumpen Ersatz der Interregios gegen Regionalzüge zu. Und nun kommt die eigentliche Ansage. Die Finanzierung obliegt den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg.

(Wolfgang Riemann, CDU: Toll!)

Das heißt im Klartext: 11,7 Millionen DM unserer Landesmittel sollen für Leistungen bereitgestellt werden, für die unser Land laut Grundgesetz Artikel 87 e Absatz 4 nicht zuständig ist.

(Jürgen Seidel, CDU: Was sagt denn die Finanzministerin? Gar nichts. – Wolfgang Riemann, CDU: Die sagt dazu gar nichts.)

Aber viel interessanter ist für mich als Landespolitikerin der unternehmerische Ansatz. Die Deutsche Bahn AG verkündet, dass das Angebot der Linie 34 am 07.09.2000, immerhin noch drei Interregiozüge laufen zu lassen, keinen Sinn – also wiederum unternehmerisch – macht.

Aus dem Bundeskanzleramt von Ministerialdirektor Herrn Thiemann vom September 2000 an den Wirtschaftsausschuss/Landtag ist zu lesen: „Meine Rückfrage im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat ergeben, dass die Pläne der Deutschen Bahn AG im Einzelnen bislang dort nicht bekannt sind.“

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Hört, hört! – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Und im Übrigen ist zu lesen: „Die Deutsche Bahn AG entscheidet über die Ausgestaltung des Angebots im Schienenpersonenfernverkehr in eigener Verantwortung.“

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Und das ist es, was uns Landespolitiker auf die Palme bringen sollte oder aufs Gleis. Was für die Bahn unternehmerisch keinen Sinn macht, wird als finanzieller Ballast vom Fernverkehr abgekoppelt und uns auf die Landes-schienen gestellt. Und wenn das Land Mecklenburg-Vorpommern bezahlt, dann können die Regionalzüge – ob wirtschaftlich oder nicht – fahren, sooft das Land als erwünschter Besteller der Deutschen Bahn es will, und unser Wirtschaftsminister ja auch mit dem Sommerfahrplan 2001. Die Unwirtschaftlichkeitsbehauptungen der Deutschen Bahn Reise & Touristik reicht dem Bund als Beweisführung, um ein ganzes Land von Nord nach Süd und umgekehrt vom Fernverkehr abzukoppeln.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist Aufbau Ost!)

Im gesamtgesellschaftlichen Kontext Verkehrspolitik von Bund und Land kann man sprichwörtlich nur von politischen Entgleisungen sprechen,

(Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU: Ja. – Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

egal, wer sich hier sprichwörtlich vor – vor den Zug schmeißt sich ja heute nur die CDU – oder besser hinter den Zug schmeißt. Das ist die SPD.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Das ist doch finanzieller Verschiebebahnhof.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Die Deutsche Bahn geht selbstgefällig davon aus, dass gestrichene Interregio- durch Regionalzüge ersetzt werden.

(Volker Schlotmann, SPD: Wer überlebt das? – Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Und dieser Regionalverkehr wird vom Land mit Bundesmitteln sogar subventioniert.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU – Volker Schlotmann, SPD: Stark suizidgefährdet. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Kollektiver Selbstmord.)

Es geht doch gar nicht darum, die Verkehrsinfrastruktur Deutschland im Gesamtkonzept als echte Weichenstellung für den Wirtschaftsstandort Deutschland und unser Land Mecklenburg-Vorpommern in europäischer Gegenwart zu begreifen. Die Schweizer machen es vor. Jeder Schweizer fährt im Durchschnitt im Jahr 46-mal Bahn, Deutsche lediglich 16-mal.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, ja, Sie haben ganz falsche Weichen gestellt damals.)

Die Schweiz investiert aber auch Milliarden mehr in die Bahninfrastruktur als Deutschland.

Herr Schoenenburg, für heute reichen Ihre Zwischenrufe. Das ist so interessant, als wenn in China gerade ein Reissack platzt.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Das interessiert mich nicht.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was war das? – Peter Ritter, PDS: Aber nicht, dass die Schweiz so eine kaputte Bahnreform gemacht hat wie Sie.)

Das politische Gesellschaftsspiel bei uns lautet doch: Wem schiebe ich die finanzielle Verantwortung in die Schuhe, egal, ob sogar ein Land dabei auf dem Abstellgleis landet? Die Deutsche Bahn springt von den Gleisen, Verkehrsminister fliegen aus dem Sessel und hochdotierte Aufsichtsräte wachen über ihre finanziellen Pfründe

(Volker Schlotmann, SPD: Da kennen Sie sich ja gut mit aus als CDU. – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU – Volker Schlotmann, SPD: Jaja, Kollege Rehberg, dann denken Sie mal an Hessen! Da dürfte Ihnen alles vergehen.)

und halten sich mit unternehmerischem Rat zurück. Uns allen steckt noch der Fall Bremer Vulkan, insbesondere Herr Hennemann, tief als Mahnung für „unternehmerisches Glaubensmuster“ in unseren politischen Köpfen oder Skeletten.

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Statt Führungskraft macht sich in Deutschland immer mehr Krisenmanagement breit. Schnell wachsende europäische und globale Märkte

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was ist das?)

bringen nicht zeitgleich universale Manager hervor. Und wiederum, ohne tragfähige, politisch solide Gesamtkonzepte gibt es ja auch wenig zu managen.

(Andreas Bluhm, PDS: Aha! Da haben wir es also!)

Ich sage es so: Eines Tages fahren wir Deutschen Fahrrad und die Chinesen, dank Kanzler Schröder, Golf und Transrapid.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. –  
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Wäre doch auch mal ganz gut.)

Dieser politische Schaden ist auf Jahre schwer korrigierbar und Gleiches passiert mit der Bahn.

Folgende Fakten setzen diese Ausführungen ins Bild. Und man höre jetzt schön zu,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

das ist Zukunftsmusik für M-V! Im Rahmen der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit wird die Strecke Hamburg–Berlin über Wittenberge – Schwerin ist nicht eingebunden und auch nicht im Plan – für etwa 4 Milliarden DM auf eine Geschwindigkeit von 160 Stundenkilometern ausgebaut. Das Ergebnis der Fahrzeit 2003 entspricht dann 2 Stunden und 14 Minuten und unterscheidet sich nicht von der Fahrzeit des „Fliegenden Hamburgers“ von 1933 von damals 2 Stunden und 18 Minuten. Na toll! Die Bahn kommt, sage ich nur.

(Beifall und Heiterkeit  
bei Abgeordneten der CDU)

Das heißt, trotz der hohen Milliardeninvestitionen ist die Fahrzeit der Bahn von Berlin nach Hamburg, und ich wiederhole mich, ohne geplanten Halt in Schwerin –

(Wolfgang Riemann, CDU: Die einzige Landeshauptstadt Deutschlands, die abgeschnitten wird! – Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

erinnern Sie sich: Transrapid weg, Halt Schwerin oder Ludwigslust, alles verschwunden – nahezu wie vor 70 Jahren.

(Reinhardt Thomas, CDU:  
Die nimmt doch keiner mehr ernst.)

Die Deutsche Bahn, die selbst in der „DB mobil“ Pünktlichkeit, Präzision, Dienstleistungsbereitschaft und Kundennutzen als ihre eigenen Wertmuster darstellt und als echte Chance für den Erfolg der zweiten Stufe Bahnreform erklärt, hat außer dem Zahlenspiegel von Nachfragen nichts auf die Schienen zu stellen.

(Peter Ritter, PDS: Sie hat ja Recht.  
Aber mindestens acht Jahre zu spät.)

Wissen Sie, Nachfragen, wenn das reicht zur Bewirtschaftung, dann will ich Ihnen mal einen Präzedenzfall bringen in der Politik. Wer hat die Grünen hinterfragt? Aber sie sind im Angebot der Bundesrepublik. Danke!

(Beifall und Heiterkeit  
bei Abgeordneten der CDU)

Sehr geehrte Abgeordnete, heute geben Unternehmen für den Aufbau eines Images viel Geld aus. Nehmen Sie die Post! Nehmen Sie Telekom! Die Deutsche Bahn verliert mit jeder falschen Weichenstellung nicht nur Fahrgäste und Geld, sondern sie verliert als einstiges Statussymbol Deutschlands kolossal an Image. Und ich zitiere gern Herrn Gerloff, der heute wahrscheinlich nicht hier reden darf:

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU –  
Volker Schlotmann, SPD: Pünktchen,  
Pünktchen, Pünktchen.)

„Es ist ein herber Rückschlag, als Unternehmen Bahn keinen schnellen Nord-Süd-Verkehr anzubieten.“

Wir wissen auch um die Probleme der Bahn, dass einst zugesagte Infrastrukturmittel von 10 Milliarden DM auf 4 Milliarden DM vom Bund gekürzt wurden. Diese Streichung macht im Rahmen der Ökosteuer ganz besonders Sinn. Eigentlich müsste die Ökosteuer der Bahn eine Renaissance bescheren, von den Einnahmen und dem Einsatz der UMTS-Lizenzen in diesem Zusammenhang ganz zu schweigen, Herr Eggert.

(Minister Dr. Rolf Eggert:  
Sie haben ja nicht zugehört.)

Herr Gibtner, Konzernbeauftragter der Deutschen Bahn AG, antwortet darauf im OZ-Interview, 20. September:

(Reinhard Dankert, SPD: Ja, ich zeige  
Ihnen auch die Revision bei der Bahn AG.)

Eine Renaissance erfährt die Bahn leider nicht. „Auch für den Schienenverkehr sind die steigenden Mineralölpreise eine gewaltige Belastung. Zudem befürchten wir, dass auch die Strompreise steigen werden.“ Fakt ist, die Nettobelastung für die Deutsche Bahn durch die Ökosteuer beziffert die Bundesrepublik im „Blickpunkt Bundestag“ vom Oktober 2000 mit 1,1 Milliarden DM.

(Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Ökosteuer, sage ich nur.

(Wolfgang Riemann, CDU: So weit die richtige  
Weichenstellung durch die Ökosteuer.)

Jawohl!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Weiterer Fakt ist, und das ist jetzt direkt auf unser Land zugeschnitten: Unser Land Mecklenburg-Vorpommern ist nicht der Sündenbock oder besser Prellbock – wir nehmen mal schön Bahndeutsch hier rein – für falsche Weichenstellungen des Bundes im Verein mit der Deutschen Bahn AG. Wer die Linie 34 Berlin–Rostock auf Regionalgleise stellt und von fast allen Fernverbindungen abkoppelt, der konterkariert nicht nur Visionen von BioCon Valley, High-Tech-Land Mecklenburg-Vorpommern,

(Dr. Ulrich Born, CDU, und  
Wolfgang Riemann, CDU: Jaja.)

sondern auch solide Investitionen von 8,1 Milliarden DM in 3.500 Tourismusprojekte in unserem Land. 17,5 Prozent Zuwachsraten an Übernachtungen, davon alleine 10 Millionen im unmittelbaren Schnittpunkt Hamburg/Berlin, für den Küstenbereich Mecklenburger Ostseebäder, Rostock-Warnemünde, Fischland, Darß 3,5 Millionen und auch Rügen mit 6 Millionen dabei.

Das Wirtschaftsministerium erklärte am 11.05. im Bericht über die Erschließung der touristischen Quellgebiete für Mecklenburg-Vorpommern und die Angebote der Fern- und Nahverkehre der Deutschen Bahn, Seite 10, abschließend: „Mecklenburg-Vorpommern ist für die Deutsche Bahn und ihre Tochterunternehmen eine sehr attraktive Tourismusregion.“

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU –  
Zuruf von Minister Dr. Rolf Eggert)

Hört sich gut an, nehmen wir gern entgegen. „Schließlich steigt das Interesse der Deutschen Bahn AG an

Mecklenburg-Vorpommern und damit ihre Bereitschaft, mehr Verkehrsverbindungen und Produkte zu schaffen, mit der hohen Attraktivität des Landes als touristischer Markt.“ Der letzte Teil wäre die richtige Schlussfolgerung für die Bahn, doch heute, ein halbes Jahr später, ein schlechtes Weihnachtsmärchen.

Aber auch Rostock als Hafen- und Werftenstandort, Universitätsstadt mit Tausenden Studenten, als Drehscheibe für maritime Autobahnen nach Skandinavien und ins Baltikum,

(Georg Nolte, CDU: Und für die Fähren.)

mit millionenschweren Investitionen für ein Messegelände – 70 Millionen DM, 50 Millionen DM Fördermittel Land –, für die IGA mit über 100 Millionen sind wir dabei, der Bau des Warnowtunnels kommen sprichwörtlich deutschlandweit von Nord nach Süd aufs Abstellgleis und landen vielleicht auf den Randbahnhöfen Spandau und Charlottenburg.

(Wolfgang Riemann, CDU: Toll!)

Diese Wirtschaftsstrukturunternehmen, Hafen, Werft, IHK, Stadtoberhäupter von Rostock und Berlin, denke ich, müssen an den Tisch der Deutschen Bahn AG zusammengeführt werden, zum Beispiel über den Minister,

(Reinhardt Thomas, CDU: Das hätte er schon längst machen müssen.)

um gemeinsam leistungsstarke Bahnangebote für die Zukunft zu offerieren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. – Georg Nolte, CDU: Prima Klima!)

Vor dem Zahlenwerk Nachfrage gilt es, mit Topideen das Bahnangebot attraktiver zu machen. Wo ist das Miles-and-More-Ticket, eine Idee der Lufthansa, bei der Bahn?

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Gerade in einem Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern mit Millionen Übernachtungen und in der Nähe der Millionenhauptstadt Berlin geradezu eine Herausforderung! Wie sagte unser Wirtschaftsminister in Berlin am 14. November 2000?

(Georg Nolte, CDU: Aber gut gehört.)

„Mecklenburg-Vorpommern – Tor zum Wirtschaftsraum Ostsee. Gehen Sie bitte davon aus, dass die Häfen in Mecklenburg-Vorpommern in Kürze über noch leistungsfähigere Verkehrsverbindungen verfügen werden.“

(Georg Nolte, CDU: Nur Sprüche!)

Die Deutsche Bahn kann damit wohl nicht gemeint sein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nur Sprüche! Schöne Worte!)

Also bleibt nur die Ostseeautobahn. Wo sind die Visionen transeuropäischer Netze von Flug, Bahn, Autobahn und Schiff geblieben? Wo ist der Posaunenchor von Global Transport Park geblieben?

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ein Teil davon war doch gut. Und man höre – und das wollen wir eigentlich gern vom Wirtschaftsminister hören –, dafür aber müssen die Strecken Rostock–Berlin und

Stralsund–Pasewalk–Berlin für eine Geschwindigkeit von 160 Kilometern je Stunde ertüchtigt werden.

(Minister Dr. Rolf Eggert: Das war wohl eher das Gegenteil von einem Zusammensturz.)

Richtig! Jetzt kommt's! Erfreulicherweise hat der Bundeskanzler Herr Schröder zwischenzeitlich Mittel

(Zuruf von Minister Dr. Rolf Eggert)

für die Strecke Rostock–Berlin in Aussicht gestellt, so Wirtschaftsminister Eggert. Und das hören wir gern. Etwa ein Kanzlerwort wie zum Airbus A3XX auf dem Marktplatz von Rostock – 1998 im Rahmen des Wahlkampfes –, als der Ministerpräsident Herr Stolpe dem Kanzler Schröder bescheinigte, nun hat er sein Ostdiplom gemacht? Dieses Kanzlerwort war Wortbruch, das Ostdiplom Note 6.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Das Kanzlerwort zum Ausbau der Bahnstrecke Berlin–Rostock mit 160 Stundenkilometern, das war Herr Holter, das war PDS-Stimmenkauf, um dem Ministerpräsidenten Herrn Ringstorff im Bundesrat mit einer etwaigen Stimmenenthaltung von Rot-Rot aus Mecklenburg-Vorpommern einen Affront mit der Bundes-SPD beim Abstimmungsergebnis zu ersparen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Ergebnis ist,

(Wolfgang Riemann, CDU: Die SPD hat sich nicht eingesetzt.)

Regionalzüge auf 160-Stundenkilometern-Gleisen bum-meln durchs Land.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir dackeln Schröder hinterher.)

Soll das der politische Wille von den Regierungsparteien SPD und PDS sein?

(Der Abgeordnete Siegfried Friese meldet sich für eine Anfrage.)

Eines ist klar, unseren Menschen in Mecklenburg-Vorpommern können wir dieses politische Dickicht oder – besser Bahndeutsch – diesen Rangierbahnhof nicht anbieten.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

**Gesine Skrzepski,** CDU: Später.

Wir brauchen klare, geradlinige und konzeptionelle Weichenstellungen für unsere Wirtschaft im Land. Die Vereinigung der Unternehmerverbände hat sich endlich mal klar artikuliert: Der Klimagipfel von Rot-Rot im Land hat nichts schlechter gemacht, aber auch nichts vorangebracht. Stillstand.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Industrieansiedlungen sind nicht in Sicht. Transrapid, Airbus, BMW – markige Namen bleiben ohne politisches Knochenmark in unserem Land M-V. Die Reederei Superfast Ferries hat sich nach dreijähriger Akquise für den Standort Rostock entschieden, um auf neuen Linien im Jahr 2001 Rostock und Hanko in Finnland sowie Söder-tälje in Schweden zu verbinden.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ökosteuer, Regionalzüge, ungeklärte Verhältnisse, die da auch schwelen mit der Kent-Gruppe im Hafen, sind für diese Leute Investitionskiller. Die Frage bleibt offen: Wie ehrlich gehen wir mit unseren Unternehmern im Land um und wie unternehmerfreundlich werben wir mit Infrastruktur und den weichen Standortfaktoren für unser Land? Das ist doch die Frage!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Dr. Christian Beckmann, CDU: Genau, das ist  
die Frage. – Wolfgang Riemann, CDU: Genau!)

Die OZ vom Wochenende: „Das Land hat Rostock verkauft, zürnen Experten.“ Die Nord/LB veröffentlicht im November 2000 in der sehr interessanten Broschüre „Wirtschaft M-V“: „Bei der räumlichen Verteilung der großen Arbeitgeber steht Rostock mit 22 Unternehmen ab 200 Beschäftigten an der Spitze.“ Darüber sind wir froh. Aber, meine Damen und Herren, ist das die Antwort auf den Antrag heute? Stellen Sie unser Land wirtschaftlich nicht aufs Abstellgleis! Überhören Sie nicht den Protest unserer Menschen im Land gegen die Kürzungspläne der Bahn! In diesem Zusammenhang ist es fast makaber, und doch weihnachtlich schön, wenn die Bahnsprecherin Edith Val erklärt: „Wir machen keine Abstriche. Zur IGA 2003 hat Rostock einen schönen Bahnhof.“ Die Bahn kommt nicht, aber sie macht sich schön!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten  
der CDU – Wolfgang Riemann, CDU:  
Mit der Draisine zur IGA. –  
Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Dr. Berndt Seite, CDU)

Setzen Sie sich mit Verantwortung und politischem Kreuz als Regierungsparteien für die Interessen unserer Menschen im Bund durch! Der Bund bleibt nach Grundgesetz bei der Finanzierung der Bahnverbindung Rostock nach Berlin in der Pflicht. Und wir Landespolitiker hier tragen mit diesem Antrag die Verantwortung, den Bund nicht politisch fahrlässig aus der Verantwortung

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

für unseren Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern zu entlassen. – Frohe Weihnachten!

(Beifall bei der CDU – Siegfried Friese, SPD:  
Eine Frage, eine Frage! Ich wollte  
doch eine Frage stellen.)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bräunig von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bräunig.

**Erhard Bräunig, SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Skrzepski, das war 'ne gute Rede.

(Heidmarie Beyer, SPD: Ooh!)

Ich hatte den Eindruck, Sie sind gedopt. Irgendwie konnte man Sie gar nicht mehr halten.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten  
der SPD, CDU und PDS – Beifall bei  
einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Dr. Berndt Seite, CDU: Das ist 'ne Unter-  
stellung. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Jaja. Ruhig! Ruhig! Ruhig!

Aber gestatten Sie die Frage an die CDU insgesamt, Frau Skrzepski: Meinen Sie denn im Ernst, dieser Zustand, den Sie hier so kritisieren bei der DB AG, ist erst seit 1998 eingetreten?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS –  
Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Meinen Sie, ...

Herr Brick, seien Sie doch mal ruhig!

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Lassen Sie doch lieber  
Herrn Gerloff reden, der versteht was davon! –  
Wolfgang Riemann, CDU: Herr Gerloff hat doch  
Redeverbot. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das sind doch Strukturen, die schon lange nicht in Ordnung sind. Wir wissen alle in diesem Hause, dass die DB AG hier richtig geschlafen hat.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Und Sie haben es doch sechs Jahre in der Hand gehabt, aber ich will darauf jetzt nicht zu sprechen kommen.

(Zurufe von Georg Nolte, CDU,  
und Rainer Prachtl, CDU)

Meine Damen und Herren von der Opposition,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –  
Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben  
zu viel Schlaftabletten genommen. –  
Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Ich muss hier noch eines sagen: Ich finde es nicht ganz fair, ich finde es unfair, wenn hier Äußerungen getan werden wie „Herr Friese darf nicht reden“.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, wo ist er denn? –  
Vizepräsidentin Renate Holznagel  
übernimmt den Vorsitz.)

Ich weiß nicht, was das soll. Herr Friese ist heute verhindert.

(Volker Schlotmann, SPD, und  
Dr. Christian Beckmann, CDU:  
Herr Gerloff! Herr Gerloff!)

Und wenn Sie ihm unterstellen, er hat Angst, hier zu reden, und er darf nicht reden, ist das totaler Quatsch, was Sie hier machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, der hat keine  
Angst zu reden, der ist mutig, der Mann.  
Der hat wirklich keine Angst. –  
Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU –  
Glocke der Vizepräsidentin)

Herr Seidel, ich glaube, wir sind uns in groben Zügen einig in diesem Hause hier. Nur bezüglich der Ziffer 2 des Änderungsantrages gehen unsere Auffassungen eben auseinander. Da meine ich, dass die Meinung des Wirtschaftsministers hier richtig ist.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Wenn wir der Ziffer 2 zustimmen, dann wird die Bahnstrecke von Rostock nach Berlin zum nächsten Fahrplan stillgelegt sein. Das darf nicht passieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Wolfgang Riemann, CDU: Weltmeister im  
Einknicken sind Sie und nichts anderes!)

Meine Damen und Herren, wir beschäftigen uns nicht das erste Mal in diesem Hause mit diesem Problem, aber – und das muss ich sagen – jedes Mal müssen wir feststellen, dass diese Entscheidungen zu einer zunehmenden Abkopplung Mecklenburg-Vorpommerns vom Schienenpersonenfernverkehr führen. Das ist Tatsache.

(Georg Nolte, CDU: Sie sagen es! Sie sagen es!)

So ist es. Es ist eine Entwicklung ...

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Es reicht eigentlich, was Sie jetzt gesagt haben. –  
Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Lassen Sie mich doch mal ausreden, Herr Nolte!

... in Gang gekommen, die die Ballungszentren in Deutschland ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von  
Minister Dr. Rolf Eggert, Dr. Ulrich Born, CDU,  
und Harry Glawe, CDU – Siegfried Friese, SPD:  
Lassen Sie ihn doch mal reden! Kann er vielleicht  
mal was sagen? – Glocke der Vizepräsidentin)

Also, Herr Eggert hat nichts vergessen. Scheinbar haben Sie vergessen, Herr Glawe, was Sie vorher gemacht haben. Nun hören Sie doch bloß mal auf mit diesem Quatsch hier! Das ist ja fürchterlich, Mensch.

(Harry Glawe, CDU: Wer war denn 1994 Wirtschaftsminister? Das haben Sie vergessen, was?! – Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Bräunig, das haben Sie doch gar nicht mitgekriegt, wer hier Wirtschaftsminister war zwischen '94 und '96!)

Es ist eine Entwicklung in Gang gekommen, die die Ballungszentren in Deutschland mit möglichst schnellen und komfortablen Verbindungen vernetzt,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU –  
Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD)

während Flächenländer wie Mecklenburg-Vorpommern sich so langsam vom Schienenpersonenfernverkehr verabschieden können.

(Lutz Brauer, CDU: Sie waren nicht dabei. –  
Harry Glawe, CDU: Zehn Jahre geschlafen. –  
Zuruf von Georg Nolte, CDU –  
Glocke der Vizepräsidentin)

Mit der Bahnstrukturreform wurde der Deutschen Bahn AG die wesentliche Prämisse der Wirtschaftlichkeit vorgegeben. Diese kann und möchte sie offensichtlich nicht aufgeben, wie viele gute Gründe hier die Landesregierung auch immer anbringt.

Unwirtschaftlichkeiten, die die Bahn abzubauen bestrebt ist, sind in unserem Lande der Bereich des Schienengüterverkehrs und des Schienenpersonenfernverkehrs. Das aktuelle Beispiel Rostock zeigt, wie das Mecklenburg-Vorpommern trifft. Eine Region kämpft dort um ihre Schienenanbindung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Region kämpft, die Landesregierung schläft.)

Egal ob der Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock oder der Landrat des Kreises Bad Doberan oder ob

die Tourismus- oder die Unternehmensverbände, alle kämpfen seit Jahren darum, dass die Angebote nicht abgebaut oder durch längere Fahrzeiten verschlechtert werden. Sie setzen sich vielmehr dafür ein, dass man endlich die Zukunftsperspektiven dieser Verbindung Berlin-Rostock-Skandinavien erkennt und ihnen durch entsprechendes Handeln nachkommt. Wir dürfen die Achsenverbindung zwischen Süddeutschland und Skandinavien nicht immer mehr den Hamburgern und der geplanten festen Fehmarnbeltquerung überlassen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das machen Sie doch!)

Damit manövrieren wir uns selbst ins Abseits.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Wo bleibt denn der  
Transrapid? – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine Damen und Herren, und da gebe ich Ihnen ja auch Recht. Ich muss nur sagen, diese Stille, die wir hier im Landtag als Abgeordnete einnehmen zur Fehmarnbeltquerung, berührt mich

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und der Transrapid?  
Waren Sie da? – Reinhardt Thomas, CDU:  
Na da haben Sie aber lange gebraucht!)

und darüber sollten wir uns vielleicht auch noch einmal Gedanken machen.

Ich war da, Sie waren nicht da, Herr Born. Nein!

Der Schienenpersonenfernverkehr ist in Mecklenburg-Vorpommern ein Standortfaktor, den es zu erhalten gilt,

(Eckhardt Rehberg, CDU:  
Ja, Herr Clement freut sich.)

denn eine schnelle Anbindung an die umliegenden Ballungsräume ist in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern, in dem Reise- und Transportzeiten eine wesentliche Rolle spielen, bedeutend für die wirtschaftliche und touristische Entwicklung. Und für die Pluralität der Angebote reicht nicht allein der Bau einer Autobahn, das sagte auch Herr Seidel schon. Und wenn wir heute im Laufe des Nachmittags noch über das Thema Klimaschutzkonzept diskutieren werden, spielt dort auch die Verkehrspolitik eine wesentliche Rolle,

(Peter Ritter, PDS: Richtig.)

denn ein zunehmendes Hin zur Bahn und Weg vom Auto – und das gilt für Personen wie für Güter – trägt wesentlich zum Klimaschutz bei.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Nolte?

**Erhard Bräunig, SPD:** Ja, bitte.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Bitte, Herr Nolte.

**Georg Nolte, CDU:** Herr Bräunig, haben Sie sich zufällig mal mit der Finanzministerin abgestimmt, wie sie die zusätzlichen Ausgaben von rund 12 Millionen DM für das Land sieht?

**Erhard Bräunig, SPD:** Habe ich nicht,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten  
der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU:  
Das glaube ich, das glaube ich!)

aber wir wissen, ...

Hören Sie mal mit Ihrem blöden Gefexie auf! Das ist ja fürchterlich, Mensch!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Das ist ja nicht auszuhalten, Mensch!

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten  
der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU:  
Na, na, na, jetzt ist es aber genug! –  
Glocke der Vizepräsidentin)

Herr Nolte, wir beide sitzen im Finanzausschuss und wir wissen ganz genau, woher das Geld kommt, nämlich aus dem Wirtschaftsministerium, aus dem Wirtschaftsetat, aus den Regionalisierungsmitteln. Anders kann es gar nicht sein, das wissen wir.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Ministerin Sigrid Keler: Ja, natürlich, na klar! –  
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD –  
Martin Brick, CDU: So weit würde ich  
mich nun nicht reizen lassen.)

Ja, Herr Born.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Mensch, ich weiß gar nicht, ist es denn so schlimm, hier mal Ruhe reinzukriegen in diesen Landtag hier?

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Das kann doch wohl nicht sein, Mensch!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Also, Frau Präsidentin, das ist kein Zustand hier.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Ja, nun schreie ich schon so laut wie Sie, Herr Rehberg, aber ich komme trotzdem nicht an.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist alles eine Sache der Gewöhnung, Herr Bräunig, alles eine Sache der Gewöhnung! Ich habe noch keine Rede gehalten, wo alle zehn Sekunden dazwischengebrüllt wurde. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Bei dem erarbeiteten Kompromiss zwischen der DB AG und der Landesregierung wird immer wieder betont, dass sich für Bahnkunden erst einmal nichts ändern werde. Eine ähnliche Fahrzeit werde auch weiterhin erreicht, der Zwei-studentakt bleibe erhalten und auch am Komfort werde man bei der Nutzung der gleichen Züge keine Abstriche machen. Das funktioniert aber nur so lange, wie unsere Nachbarn im Süden mitspielen. Der zusätzliche Haltepunkt in diesen Ländern geht zu Lasten der künftigen Fahrzeit. Und wenn das Auto bald eine Stunde schneller in Berlin ankommt, werden weitere Bahnkunden abspringen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Was?! Eine?!)

Meine Damen und Herren, uns Mitglieder des Landtages muss die zweite Komponente des Kompromisses mindestens genauso stark interessieren, nämlich die Kosten. Bei der Umwandlung von einer Interregio- in eine Regionalverbindung zahlt das Land nicht weniger drauf. Wir haben es gehört, voraussichtlich ungefähr 11 bis 12 Millionen DM pro Jahr.

(Dr. Ulrich Born, CDU:  
Und das wollen Sie machen?)

Es ist zu begrüßen, dass die Landesregierung einen Ausbau der Strecke Rostock auf 160 Kilometer pro Stunde erreicht hat.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Die Landesregierung?)

Hier möchte ich noch einmal betonen, meine Damen und Herren, nicht Sie haben hier verhandelt, sondern die agierende Landesregierung,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

nämlich insbesondere der Ministerpräsident, der Wirtschaftsminister

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Und die SPD hat geschlafen.)

und der stellvertretende Ministerpräsident Herr Holter, jawohl!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Denn nach dem Ausbau auf 160 Kilometer pro Stunde hat die Strecke ab 2006 wieder das Potential zu einer Interregiostrecke.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –  
Wolfgang Riemann, CDU:  
So lange stellen wir erst mal ein. –  
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU –  
Glocke der Vizepräsidentin)

Und dass die Deutsche Bahn AG diese dann auch wieder als eine solche betreibt, darauf muss die Landesregierung dringen.

In der Zwischenzeit steht die Landesregierung in der Pflicht, die Verbindungen zu sichern und die Verbindungsalternativen zum Pkw auf Nah- und Fernstrecken zu erhalten. Das heißt jedoch nicht, dass damit die Landesregierung auch automatisch für die Kostenübernahme eintreten muss. Der Bund wird seiner verfassungsmäßigen Verantwortung zur Bereitstellung von Schienenverkehrsangeboten nicht gerecht, wenn er akzeptiert, dass die Schienenpersonenfernverkehrsverbindungen sich immer mehr auf die Ballungsräume konzentrieren und damit große Gebiete Deutschlands, nämlich dünner besiedelte Regionen, vom Netz abgeschnitten werden, und wenn er es den Ländern überlässt, die Kosten für den Ausgleich des Rückzugs der DB AG aus dem Schienenpersonenfernverkehr alleine zu tragen. Daher muss sich die Landesregierung weiterhin vehement dafür einsetzen, dass die Strecke Rostock–Berlin auch weiter aus Bundesmitteln finanziert wird.

Meine Damen und Herren! Das Anliegen des hier diskutierten Antrages der Opposition, nämlich die Aufrechterhaltung der Interregioverbindung zwischen Rostock und Berlin als wesentliches Element der Verkehrsinfrastruktur unseres Landes, tragen wir mit. Jedoch kann die Landesregierung eine Finanzierung aus Bundesmitteln nicht gewährleisten, sie kann lediglich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Argumenten in den Verhandlungen mit der Bundesregierung auf eine Kostenübernahme durch den Bund dringen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die so  
dünn sind wie Ihre Reden, Herr Bräunig! –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Auf unsere Kosten!  
Lassen Sie Frau Keler mal sprechen!)

Daher, Herr Riemann, werden wir dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Reinhardt Thomas, CDU: Das ist doch nicht zu fassen!)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Bräunig.

Meine Damen und Herren, ich bitte, in der Debatte und auch in den Zwischenrufen unparlamentarische Worte nicht zu benutzen!

Da es ein Problem gegeben hat, möchte ich hier bekannt geben: Der Abgeordnete Herr Gerloff ist heute entschuldigt und befindet sich auf einer Konferenz in Danzig.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Da haben sie ihn hingeschickt!)

Ich schließe die Aussprache.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Annegrit Koburger, PDS: Langsam reicht es aber! – Glocke der Vizepräsidentin)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1724 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke.

(Jürgen Seidel, CDU:  
12 Millionen ins schwarze Loch!)

Enthaltungen? –

(Ministerin Sigrid Keler: Von Ihnen hätte das nicht kommen dürfen, Herr Seidel.)

Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1724 mit den Stimmen der Fraktionen der PDS und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1642 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Jürgen Seidel, CDU: 12 Millionen im Eimer.)

Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke.

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Seidel hat mal wieder nichts Gutes im Sinn.)

Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1642 mit den soeben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Seidel, ich dachte immer, Sie können lesen. Das dachte ich immer. – Jürgen Seidel, CDU: 12 Millionen.)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Schwerbehinderten in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/1643.

### **Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Schwerbehinderten in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 3/1643 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion der PDS. Bitte schön, Frau Müller.

**Irene Müller, PDS:** Werte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren in diesem Plenum! Wieder einmal haben wir hier das Thema Arbeit und in dem spezifischen Falle Arbeit, Arbeitsförderung für Menschen mit Schwerbehinderungen. Arbeit ist ein Wert an sich und für alle Menschen bedeutet Arbeit Selbstachtung, Selbstbestimmung, also Wert für den Menschen.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland seit vielen Jahren ein Arbeitsschutz- beziehungsweise Arbeitssicherungsgesetz für Menschen mit Schwerbehinderungen, was bestimmte Dinge regeln, unterstützen und sichern sollte. Immer mehr in den letzten Jahren haben wir aber merken müssen, dass die bestehende Gesetzlichkeit, so, wie sie eigentlich greifen soll, nicht greift. Deshalb wurde zum 01.10. diesen Jahres ein novelliertes Arbeitsfördergesetz für Schwerbehinderte vorgelegt und bereits beschlossen.

Das vorliegende novellierte Arbeitsfördergesetz für Schwerbehinderte ist ein Kompromiss, und zwar ein Kompromiss zwischen den Betroffenen, also den eigentlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Arbeitgebern der Wirtschaft. Bestimmte Dinge wurden darin verändert, umstrukturiert, dargestellt auf die Weise, wie sie von den Betroffenen beziehungsweise von den Arbeitgebern gefordert wurden, und stellen sich zum Beispiel in einer Senkung der Beschäftigungsquote dar. Bisher war die Beschäftigungsquote 6 Prozent, also im Betrieb ab 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Behinderter, jetzt ab 20. Geändert wurde die Abgaberegulung, und zwar wurde jetzt eine Staffelung eingeführt für nichtbelegte/-besetzte Arbeitsplätze in der Summe von 200 bis 500 DM. Es wurden in das neue Arbeitsfördergesetz für Schwerbehinderte fest integriert die Problematik Integrationsfachdienst, die Problematik Integrationsfirma und es besteht zum ersten Mal ein Rechtsanspruch auf Arbeitsassistenten für Schwerbehinderte.

Das wichtige Ziel dieses Arbeitsfördergesetzes ist es meines Erachtens, dass es in den kommenden zwei Jahren 50.000 arbeitslose Schwerbehinderte weniger sein sollen in Deutschland, was auf Mecklenburg-Vorpommern runtergerechnet 1.400 neue Arbeitsplätze bedeutet und wenn wir ganz strikt und streng rechnen wollen – das wurde vom Arbeitsamtsbezirk Nord bereits gemacht –, jeden Arbeitstag zwei Arbeitsplätze.

Darauf aufmerksam machen muss ich, dass mit diesem Arbeitsfördergesetz nicht gemeint ist, neue ABM-Stellen zu schaffen, neue Strukturanpassungsstellen zu schaffen oder Ähnliches, sondern wirklich gemeint sind neue Arbeitsplätze.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Dafür müssen natürlich viele Menschen zusammen an den Tisch, um zu sehen, auf welche Art und Weise das gemacht werden kann, denn es müssen ja ganz einfach neue Möglichkeiten geschaffen und bestimmte Hemmnisse überwunden werden.

Wie könnten wir uns das vorstellen und welches Signal sollte heute hier von unserem Parlament ausgehen? Ich

denke, dass der Fakt, dass im Moment noch Menschen mit Schwerbehinderungen im Bündnis für Arbeit kein Sprachrecht haben, abgeschafft werden müsste, denn eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschaftsministerium, der Hauptfürsorgestelle und Betroffenenorganisationen ist unabdingbar, um Schwerbehindertenarbeitsplätze zu schaffen. Denn wir müssen ja sehen, es geht auch darum, richtig neue Ausbildungsbilder ins Visier zu nehmen, denn immer mehr brechen klassische Schwerbehindertenarbeitsplätze weg, werden einfach nicht mehr gebraucht. Der Bedarf ist in der Zwischenzeit ein anderer. Es sind alle Möglichkeiten auszuloten, wie wir zum Beispiel im Bündnis für Arbeit zu einer breiten Front der Zusammenarbeit kommen, um Leistungsfähigkeit von Schwerbehinderten einmal darzustellen und natürlich auch zu untermauern. Und dazu gehört sofort die Aufklärung über Leistungsfähigkeit von Schwerbehinderten und über bestimmte Dinge des Arbeitsrechtes.

Leider ist es bis zum heutigen Tag so, dass bei vielen Arbeitgebern, was die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen betrifft, nur ein Fakt im Kopf hängen geblieben ist, nämlich der Fakt, dass ich sie angeblich nicht kündigen kann. Zugegeben, eine schwerbehindertenbedingte Kündigung ist fast unmöglich, aber in Zusammenarbeit mit Hauptfürsorgestellen hat man immer Möglichkeiten gehabt, bestimmte Prämissen zu setzen, bestimmte Wege zu finden. Und letztendlich ist ein schwerbehinderter Mensch ein Arbeitnehmer, der natürlich bei bestimmten Dingen, die nicht ins Arbeitsleben passen, gekündigt werden kann wie jeder andere auch. Es ist also ein Problem des Umgangs miteinander.

Bei der schon stattgefundenen Arbeitsmarktkonferenz am 19. Oktober 2000 hier in Schwerin im Gemeinsamen Haus mit dem Arbeitsamtsbezirk Kiel, mit Arbeitgebervertreterinnen und -vertretern in Form von IHK, Handwerkskammer, anderen Arbeitgebern und Betroffenenverbänden wurde herausgestellt, dass zwar die profane Bemerkung, wir wollen ja Schwerbehinderte einstellen, sehr wohl da ist, man verweigert sich nicht von vornherein, aber das Wissen um das Wie – welche Rechte und welche zusätzlichen Dinge verankert sind – ist schon ziemlich gering.

Im Hinblick auf Arbeitsplatzausstattung, auf Arbeitsplatzassistenten, auf begleitende Hilfe bei der Wiedereingliederung ist sehr viel zu tun an Aufklärungsarbeit. Wir müssen, um dieses Gesetz wirklich umsetzen zu können, hier in Mecklenburg-Vorpommern alle an einem Strang ziehen. Das bedeutet Akzeptanz untereinander und, das möchte ich betonen, die einen wie die anderen dürfen nicht gegensätzlich am Tisch sitzen, sondern nebeneinander. Die Integrationsfachdienste, die jetzt im Schwerbehindertengesetz verankert sind, sollen eine große Rolle dabei spielen. Integrationsfachdienste sollen helfen, langzeitarbeitslosen Menschen mit Schwerbehinderung den Weg auf den ersten Arbeitsmarkt dahin gehend zu erleichtern, dass erst einmal gesehen wird, was ist an Ausbildungsgrundlage da, was muss spezifisch angeboten werden an Weiterbildung, was ist für bestimmte Betriebe notwendig an Ausstattung und so weiter und sofort, damit für die Betriebe die Kriterien des zusätzlichen Aufwandes so gut und so gering wie möglich gehalten werden können.

In dem Zusammenhang möchte ich auch gleich einen kritischen Blick werfen auf den Stellenpool, der hier beim Land geschaffen wurde, also sprich bei den Ministerien. Eine Vermittlung wurde geschaffen für 36 schwerbehin-

derte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei einer Abgabe von 464 Einstellungsgesuchen. Die Summe an sich stellt sich ganz gut dar, trotzdem muss natürlich gefragt werden: Wie hat der Stellenpool dahin gehend gearbeitet, dass wir im Land wenigstens annähernd der Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten gerecht werden?

Um es nicht gleich von vornherein wieder als Rundumschlag oder Kritik verstanden zu wissen, spreche ich von einer Analyse dahin gehend, dass wir uns dann fragen müssen: Was hat dazu geführt, dass bestimmte Beschäftigte nicht eingestellt werden konnten? Welche Hemmnisse waren da? War es in der Bildung oder war es zum Beispiel Nichtbarrierefreiheit des Hauses? War es ein Unverständnis auf beiden Seiten oder ein Unverständnis auf einer Seite? Wenn ja, welches? Sind auch wirklich alle Möglichkeiten genutzt worden, die laut Arbeitsfördergesetz für Schwerbehinderte bestehen, um die Einstellungsmodalitäten so gut wie möglich zu gestalten?

Die Wirtschaft klagt oder klagte zumindest in der Vergangenheit darüber, dass Schwerbehinderte sich zum einen nicht genügend melden, zum anderen dass sie meistens langzeitarbeitslos sind, wie übrigens die meisten Arbeitslosen in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern, und dass die Wiedereingliederung von schwerbehinderten Arbeitslosen sich unendlich schwieriger gestaltet als bei anderen. Das novellierte Arbeitsfördergesetz für Schwerbehinderte will da in vielen Dingen Abhilfe schaffen. Ich denke mir, wir als Parlament sollten unsere Landesregierung auffordern, alle Möglichkeiten und Kompetenzen zu nutzen, um gemeinsame Arbeitsebenen zu schaffen, um Vorbehalte abzubauen.

Eine Extraunterstützung ist in diesem neuen Arbeitsfördergesetz zugesagt für schwerbehinderte Existenzgründerinnen. Es dürfte in der Hinsicht notwendig sein, dass Existenzgründerinnenförderprogramme, die jetzt schon existieren, noch mal angesehen werden im Zusammenhang mit den Möglichkeiten der Hauptfürsorgestelle und der Einsatzmittel der Ausgleichsabgabe, inwiefern wir hier im Land Mecklenburg-Vorpommern schwerbehinderte Existenzgründerinnen mehr unterstützen können.

Integrationsfirmen sind neu im Arbeitsfördergesetz verankert. Im Land Mecklenburg-Vorpommern lief oder läuft auch noch der Modellversuch, Integration zu fördern. Wir haben da etliche Probleme zu bewältigen, die auch noch nicht bis zu Ende durchdacht wurden und auch noch nicht bis zu Ende analysiert werden konnten in Richtung schwarze Zahlen einer Integrationsfirma. Im Moment stellt es sich noch so dar, dass ein erhöhter Einsatz an Personal gebraucht wird, um einer bestimmten Klientel von schwerbehinderten Menschen den Wiedereintritt in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Problem bei der ganzen Sache ist, denke ich mir, dass es natürlich unwahrscheinlich schwierig ist, in so einem subtilen Fach den Einsatz von Geld, welches für die Wiedereingliederung und andere begleitende Maßnahmen gebraucht wird, bei Menschen dahin gehend abzurechnen: Was hat es unter dem Strich gebracht? Wie viel Wert wurde von den Schwerbehinderten erarbeitet? In welcher Art und Weise amortisiert sich dann sozusagen dieser Einsatz von Personal? Aber wenn wir nicht wollen in Mecklenburg-Vorpommern und in den anderen Bundesländern, dass über kurz oder lang für Menschen mit Schwerbehinderungen als einziger Arbeitsplatz die Werkstatt für Behinderte bleibt, müssen wir nach wie vor alles ausloten, um

auf dem originären ersten Arbeitsmarkt Arbeitsplätze zu finden.

Vielleicht sollten wir uns auch noch einmal ansehen, in welcher Art und Weise geschützte Arbeitsplätze, geschützte Abteilungen gefördert beziehungsweise installiert werden können in Betrieben, wo es sich anbietet. Nicht alle Arbeitgeber gehen von vornherein so positiv an die Einstellung von arbeitslosen Schwerbehinderten heran, wie zum Beispiel eine Fenster- und Türenbaufirma in Stäbelow bei Rostock, die in der Zwischenzeit neun Gehörlose unter ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hat, weil sie sehr wohl bemerkt hat, dass die Leistung an sich, die am Arbeitsplatz gebraucht wird, sich nicht von den Leistungen der hörenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterscheidet.

Bei der ganzen Problematik Arbeitsförderung von Menschen mit Schwerbehinderungen möchte ich darauf aufmerksam machen, dass das wieder ein Teilstück des Themas Menschenwürde ist. Menschenwürde, Chancengleichheit, das ist mit dem Gesetz der Bundesrepublik Deutschland gemeint. Und die Impulse, die davon ausgehen und die wir umzusetzen haben, sind positiv.

Bei dem ganzen Gesetz ist zu bemerken, dass mit Absicht eine Frist gesetzt wurde. Es ist die Frist gesetzt, dass innerhalb von zwei Jahren diese neuen Arbeitsplätze zu schaffen sind, ansonsten wird das Gesetz mit seinen Änderungen wieder zurückgenommen und in den alten Zustand versetzt. Und ich denke mir, das kann an der einen Stelle vielleicht den freuen, an der anderen Stelle vielleicht den freuen. Den Punkt an sich, Arbeitsplätze für Menschen mit Schwerbehinderung zu schaffen, hätte es dann nicht erfüllt und würde es auch nicht weiter erfüllen, denn dass das Gesetz so, wie es bis zum 30. September diesen Jahres lief, nicht 100 Prozent wirkte, an vielen Stellen nicht einmal 40 Prozent, den Beweis haben wir ja schon. Nach wie vor ist es notwendig, den guten Ansatz mit Leben zu erfüllen und vor allen Dingen in Mecklenburg-Vorpommern auch anzupacken. Ich hatte vorhin schon gesagt, eigentlich bedeutet es, jeden Tag zwei Arbeitsplätze neu zu schaffen, nicht ABM, nicht SAM. Und seit dem 01.10.2000 ist schon sehr viel Zeit vergangen.

Ich möchte dabei aber nicht vergessen zu sagen, dass die Arbeitsämter sich sehr wohl schon sehr viele Gedanken gemacht haben, auf welche Art und Weise sie bestimmte Dinge unterstützen können. Demzufolge ist es notwendig, dass wir als Parlament die Regierung auffordern, das Ihrige dafür zu tun, also in Zusammenarbeit mit Arbeitsämtern, Regierung, also Wirtschaftsministerium, Dinge zu tun, die zu tun sind.

In diesem Zusammenhang halte ich es für gut, wenn sich die Hauptfürsorgestelle hier im Lande Mecklenburg-Vorpommern bereits Gedanken gemacht hat, wie sie den erhöhten Arbeitsaufwand bewältigen kann, wenn es darum geht, Integrationsverträge abzuschließen mit Firmen, wenn es darum geht, bestimmte Ausgleichsabgaben differenziert zu berechnen, wenn es darum geht, intensive Ausgleichsabgaben einzufordern. Ich denke mir, das ist aber eigentlich der zweite Schritt. Der erste Schritt muss ja sein, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hauptfürsorgestelle wirklich mehr Arbeit haben, dass Arbeitsplätze gesucht und gefunden werden. Und das gehört nun nicht nur die Hauptfürsorgestelle an den Tisch, sondern die bereits von mir aufgeführten Partnerinnen und Partner, die wir sehr gern alle vereinen wollen, um an

dem einen Ziel zu arbeiten, Senkung der Arbeitslosenquote für Schwerbehinderte. In diesem Sinne wünsche ich mir eine gute Diskussion hier zu diesem Thema und dann eine Zustimmung zu diesem Antrag. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Müller.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

**Harry Glawe, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Schwerbehinderten in Mecklenburg-Vorpommern ist ein wichtiges Thema. Ich bin erfreut, dass sich jetzt die rot-rote Landesregierung dieses Themas annimmt. Sie sind ja auch gezwungen dazu, es gibt jetzt letztlich ein Bundesgesetz. Aber ich denke, es ist auch gerechtfertigt, heute mal die Bilanz Ihrer zwei Jahre Regierungszeit zu ziehen, wie Sie mit Schwerstbehinderten in diesem Lande umgegangen sind.

Meine Damen und Herren, zuerst einmal ist es richtig, konzeptionelle Überlegungen müssen auf den Tisch. Wir müssen dazu kommen, dass wir eine Vernetzung zwischen Arbeitsamt, Wirtschaftsministerium, Arbeitsministerium, Sozialministerium und den Verbänden hinbekommen. Daher ist es ja auch zu begrüßen, dass sich die Verbände jetzt langsam bewegen, aber der Bewegungsgrund ist ein anderer: Wir haben immerhin heute 4.279 schwerbehinderte Arbeitslose in Mecklenburg-Vorpommern, und das – hören Sie gut zu, meine Damen und Herren auf der linken Seite! – sind 25 Prozent mehr als 1998.

(Heike Polzin, SPD: Dürfen wir auch?)

Sie sind mit dem Anspruch angetreten, alles besser zu machen. Die Bilanz, glaube ich, ist ernüchternd. Sie haben 826 Arbeitslose mehr in diesem Bereich und ich frage Sie schon, Frau Müller, da Sie ja in besonderer Weise hier Mitverantwortung tragen: Was haben Sie in den zwei Jahren getan, um die Dinge voranzubringen im Interesse der Schwerbehinderten im Land Mecklenburg-Vorpommern? Die Zahlen sprechen gegen Sie. Aber in den Verbänden haben Sie ja einen guten Namen,

(Irene Müller, PDS: Weil man  
da weiß, was Statistik ist.)

nur verschweigen Sie Ihre Bilanzen. Die Bilanzen sind ernüchternd. Und da Sie vorhin, Frau Müller, ja auch von den Dingen gesprochen haben, die im Arbeitsamt möglich sind, will ich darauf noch ein bisschen eingehen. Es gibt immerhin den Paragraphen 218 – die Förderung für schwervermittelbare Schwerbehinderte. Er sieht eine Förderung von 50 Prozent vor bis zu 12 Monaten. Dazu gibt es den Paragraphen 222 a, der eine Maximalförderung bis zu 70 Prozent vorsieht bis zu 35 Monaten. Und ab dem 55. Lebensjahr trifft dies dann immerhin auch für 96 Monate zu. Ich will es auch durchaus anmerken, dass das dann degressiv passiert, dass also die Förderungen sukzessive jeweils pro Jahr um 10 Prozent zurückgefahren werden.

Entscheidend ist – das haben Sie ja vorhin auch angesprochen, Frau Müller, und darauf aufmerksam gemacht –, dass die Hauptfürsorgestelle dafür sorgen soll, dass die Ausgleichsabgabe dann eingefordert wird. Aber, das müssen Sie auch wissen, wenn Sie alles einfordern, belastet es den Mittelstand immerhin mit 26 Millionen DM in Mecklenburg-Vorpommern. Das müssen Sie dazu wissen. Und deswegen halte ich das, was Sie vorher vorgebracht haben, für den besseren, richtigen Schritt.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sie können doch Schwerbehinderte einstellen.)

Ja, wir müssen mit der Wirtschaft reden, dass die Wirtschaft bereit ist, Arbeitsplätze vorzuhalten und auch auszuloben. Nur, Sie werden gegen die Wirtschaft letzten Endes nichts bewirken können.

(Irene Müller, PDS: Das wollen wir ja gar nicht.)

Ja, darüber müssen Sie sich auch im Klaren sein, der öffentliche Dienst kann nicht alles leisten. Diese Dinge, die im öffentlichen Dienst gemacht werden, sind ja heute auch schon beispielgebend, nicht alle, aber viele. Deswegen kann es aber letzten Endes nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sie mit diesem Gesetz eigentlich nur den Zustand erreichen werden, den Sie 1998, als die CDU abgewählt wurde, erreichen wollten, denn viel mehr werden Sie nicht schaffen und zwei Jahre sind eine kurze Zeit. Zurzeit sprechen die Zahlen gegen Sie. Die Arbeitslosenzahlen steigen weiter in diesem Bereich und ich bin sehr gespannt, wie schnell Sie diese Arbeitsmarktkonferenzen hinbekommen. Ich will auch ein bisschen davor warnen, dass Sie jetzt das Bündnis für Arbeit auch noch weiter überfrachten, denn so viele Ergebnisse mit dem Bündnis für Arbeit sind nicht feststellbar.

(Jürgen Seidel, CDU: Gar keine.)

Auch die Arbeitslosenzahlen im Land Mecklenburg-Vorpommern sprechen eigentlich gegen Ihre Bemühungen im Bündnis für Arbeit. Die Bilanzen sind ernüchternd und ich glaube, Sie kommen langsam auf den Boden der Tatsachen zurück.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Passen Sie mal auf, dass Sie nicht zu nüchtern werden heute!)

Ja, ich bin ganz nüchtern hier. Ich trage ganz nüchtern vor, Herr Kollege, da können Sie ganz sicher sein.

(Norbert Baunach, SPD: Gestern war Weihnachtsfeier. – Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Meine Damen und Herren, ich bin gespannt auf die Dinge, die Sie voranbringen wollen. Die CDU will gerne mitarbeiten, aber es kann nicht alles zu Lasten der Wirtschaft gehen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Seemann von der Fraktion der SPD.

**Dr. Margret Seemann, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Glawe, ich verstehe die Diskussion immer nicht ganz,

(Harry Glawe, CDU: Dann müssen Sie zuhören.)

wenn man von der Eingliederung von Schwerbehinderten spricht, dass man das praktisch automatisch mit einer

Belastung für die Wirtschaft verbindet. Ich denke, mit einem vernünftigen Ansatz hat auch die Wirtschaft etwas davon, wenn die Potentiale, die Menschen mit Behinderungen haben, vernünftig genutzt werden. Ich kann es überhaupt nicht nachvollziehen, dass Menschen mit Behinderungen für die Gesellschaft immer als Belastung dargestellt werden.

(Beifall Annegrit Koburger, PDS,  
und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS –  
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Sie sind eine Bereicherung für die Gesellschaft und keine Belastung. Das vorneweg.

Meine Damen und Herren, mit In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter hat die Bundesregierung einen Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik für behinderte Menschen eingeleitet. Es geht darum, die Beschäftigung von behinderten Menschen und ihre Eingliederung in das Berufsleben als vorrangige Ziele der Arbeitsmarktpolitik zu erkennen und mit entsprechenden Maßnahmen umzusetzen. Mit diesem Gesetz, das gemeinsam mit den Interessensvertretungen der Menschen mit Behinderungen, dem Handwerk und den Gewerkschaften erarbeitet worden ist, sollen die Chancen schwerbehinderter Menschen am Arbeitsmarkt verbessert und deren überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit schnell und nachhaltig abgebaut werden. Es ist Ziel, schon ab Oktober 2002 rund 50.000 arbeitslose Schwerbehinderte mehr in Beruf und Arbeit zu bringen, zugegebenermaßen ein sehr ehrgeiziges Ziel, zu dessen Realisierung wirklich alle Seiten beitragen müssen.

Die Reform des Schwerbehindertengesetzes stellt die erste Etappe für eine Reihe von Reformvorhaben der rot-grünen Bundesregierung dar. Als nächste Schritte stehen nach wie vor die Zusammenfassung und Reform des Rehabilitationsrechtes in ein SGB IX und die Schaffung eines Gleichstellungsgesetzes für Behinderte auf der Tagesordnung.

(Harry Glawe, CDU: Das ist ein sehr schönes Thema, Frau Seemann.)

Mit diesen längst überfälligen Reformpaketen soll die Grundlage dafür geschaffen werden, dass behinderte Menschen umfassende Rechte für ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben bekommen.

Meine Damen und Herren, Beschäftigungspflichtquote und Ausgleichsabgabe stellen in diesem Zusammenhang wichtige gesetzliche Steuerungsinstrumente dar. Das bisherige System von Beschäftigungspflicht und Ausgleichsabgabe wird umgestaltet, soll dadurch effektiver werden. Es hat gerade über diese Frage in den vergangenen Monaten erhebliche Diskussionen gegeben, vor allem auch von Seiten der Union. Wir sollten hierbei aber schön bei den Fakten bleiben.

(Harry Glawe, CDU: Jo.)

Bereits seit 1974 sind Arbeitgeber mit mehr als 16 Beschäftigten verpflichtet, auf 6 Prozent ihrer Arbeitsplätze Schwerbehinderte zu beschäftigen. Obwohl die Ausgleichsabgabe für jeden nicht besetzten Pflichtsatz zweimal erhöht wurde, ging die Zahl der Beschäftigten von 1982 bis 1998, Herr Glawe, um 21 Prozent zurück. Auch das sind Zahlen.

(Harry Glawe, CDU: Sie ging auf 25 Prozent zurück. Rechnen Sie mal nach!)

Zu Ihren Zahlen sage ich nachher noch was.

Die Beschäftigungsquote sank in diesem Zusammenhang – und ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, wer in dieser Zeit Regierungsverantwortung trug – von 5,8 auf 3,8 Prozent.

(Harry Glawe, CDU: Sie machen doch alles schlechter als besser. – Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten stieg dagegen von 93.800 im Jahr 1981 auf 188.500 im Oktober 1998 an.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Meine Damen und Herren, diese Zahlen belegen ganz deutlich: Die Vorgängerregierung auf Bundesebene hat nach 16 Jahren

(Harry Glawe, CDU: Nehmen Sie doch mal die Landeszahlen! Schmeißen Sie nicht immer mit Bundeszahlen herum!)

wie in vielen anderen Bereichen so auch in der Behindertenpolitik einen Scherbenhaufen hinterlassen. Die, die 16 Jahre so vor sich hin gewirtschaftet haben, sollten sich eigentlich schämen, wenn sie nun Maßnahmen, die nach knapp 24 Monaten ergriffen worden sind, um aus der verfahrenen Situation herauszukommen, in Bausch und Bogen abqualifizieren.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Zahlen über die Beschäftigung Schwerbehinderter und die Erfüllungsquote bei der Beschäftigungspflicht in den vergangenen Jahren zeigen ganz klar: Wir brauchen ein deutliches Signal an die Arbeitgeber, viel mehr als bislang für die Integration von Schwerbehinderten zu tun. Die Absenkung des Pflichtsatzes von sechs auf fünf Prozent ist so ein Signal und ich hoffe, es wird von den Arbeitgebern auch verstanden. Die Bundesregierung ist den Arbeitgebern in diesem Punkt entgegengekommen und ich hoffe auf das entsprechende Entgegenkommen der Arbeitgeber.

Die Pflichtquote ist um einen Prozentpunkt gesenkt worden. Die moralische Messlatte, diese abgesenkte Quote nun auch wirklich zu erfüllen, ist meines Erachtens nun aber höher. Ich hoffe, die Wirtschaft ist sich dieser Verantwortung bewusst. Zudem wird es nach dem Motto „Wer nicht hören kann, muss fühlen“ in Abhängigkeit von der Erfüllung der Beschäftigungspflicht eine gestaffelte Ausgleichsabgabe geben, die von monatlich 200 DM bis 500 DM reicht. Die dauerhafte Senkung der Beschäftigungsquote ist unmissverständlich an die Bedingung geknüpft, dass die berufliche Eingliederung von 50.000 Schwerbehinderten bis Ende 2002 gelingt. Anderenfalls beträgt sie ab 1. Januar 2003 automatisch wieder sechs Prozent. Auch das sollte für alle, vor allem für die Arbeitgeber, ein Anreiz sein, sich zu bewegen. Und, meine Damen und Herren, es ist nach allen Informationen, die mir vorliegen, bei weitem nicht so, wie immer orakelt wird, dass die Behindertenwerkstätten darunter zu leiden haben. Das BMA wird auch in Zukunft den Bau oder die Erweiterung insbesondere von Werkstätten für Behinderte fördern

(Harry Glawe, CDU: Wird aber zurückgefahren ab 2002. Ab 2002 gibt es weniger Geld dafür. Das wissen Sie ganz genau.)

und dafür Mittel aus dem Ausgleichsfonds zur Verfügung stellen.

In Paragraph 41 der Schwerbehindertenausgleichsabgabenverordnung ist eine entsprechende Regelung ausdrücklich enthalten. Außerdem soll die Neuordnung des Systems von Beschäftigungspflicht und Ausgleichsabgabe zu Mehreinnahmen führen. Diese sollen zu 45 Prozent in den Ausgleichsfonds des BMA fließen und damit neben der Förderung der Eingliederung Schwerbehinderter in den allgemeinen Arbeitsmarkt ...

(Harry Glawe, CDU: Was hat das Land davon?)

Herr Glawe, das sollte unser Ziel sein,

(Harry Glawe, CDU: Jaja.)

dass wir Schwerbehinderte in den ersten Arbeitsmarkt integriert bekommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Das ist richtig. Bloß was hat das Land Mecklenburg-Vorpommern davon, von dieser Regelung?)

... im Rahmen der verfügbaren Mittel auch für die Projektförderung von Behinderteneinrichtungen zur Verfügung stehen. Die bisherigen gemeinsamen Projekte mit den Ländern sollen – so das BMA – ungeändert fortgesetzt werden, genauso wie die Förderung insbesondere von Werkstätten für Behinderte im Rahmen des erforderlichen aufgrund einer Erhebung festzustellenden Bedarfs und der verfügbaren Mittel unberührt bleiben soll.

Von den Mehreinnahmen sollen auch Arbeitsassistenten und Integrationsdienste finanziert werden und es soll versucht werden, eine Dauerfinanzierung für Integrationsfirmen zu leisten. Wenn wir den Anspruch auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt wollen, müssen auch Brücken von den Werkstätten in Integrationsfirmen gebaut werden.

Um die Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern, enthält die Angebotsstruktur auch einen Rechtsanspruch auf Arbeitsassistenten. Das heißt, Schwerbehinderte haben mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes einen Anspruch auf die Übernahme der Kosten einer notwendigen Arbeitsassistenten. Ich weiß, dass es gerade in den Behindertenverbänden heftige Diskussionen gibt, wer wann entscheidet, was für wen „notwendig“ ist, ob die Hauptfürsorgestelle, die auch für begleitende Hilfe im Arbeits- und Berufsleben zuständig ist, die richtige Stelle für diese Entscheidung ist. Unabhängig hiervon halte ich den Ansatz des Rechtsanspruchs für äußerst wichtig, da hiermit schwerbehinderten Menschen die Möglichkeit eröffnet wird, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig zu werden.

Des Weiteren beinhaltet das Gesetz, die Rechte der Schwerbehinderten und deren Vertretung zu stärken und durch besondere Verpflichtungen der Arbeitgeber auszubauen. Dies bedeutet, dass Arbeitgeber künftig verpflichtet sind, mit der Schwerbehindertenvertretung eine umfassende Integrationsvereinbarung abzuschließen. Dabei müssen sie auch Regelungen zur Beschäftigung von schwerbehinderten Frauen treffen.

Meine Damen und Herren, das Gesetz stärkt auch die betriebliche Prävention durch die Stärkung der Behindertenvertretungen in den Betrieben. Die Dienstleistungen der Bundesanstalt für Arbeit und der Hauptfürsorgestellen werden intensiviert und besser genutzt. In allen Ar-

beitsämtern werden dafür besondere Stellen eingerichtet, die Arbeitgebern schnell und kompetent helfen. Durch Einbeziehung von Integrationsfachdiensten sollen Arbeitsämter bei der Vermittlung Schwerbehinderter entlastet werden. Die Bundesanstalt für Arbeit hat darauf hinzuwirken, dass solche Integrationsfachdienste in ausreichender Zahl eingerichtet werden. Sie soll grundsätzlich in jedem Arbeitsamtsbezirk einen Integrationsfachdienst eines Trägers oder eines Verbundes verschiedener Träger beauftragen, der berufsbegleitende und psychosoziale Dienste umfasst, trägerübergreifend tätig wird und auch von der regional zuständigen Hauptfürsorgestelle beauftragt ist. Das Gesetz stellt dabei sicher, dass die vorhandene Trägervielfalt erhalten und zugleich ein Verbundsystem mit einem einheitlichen Ansprechpartner für Hilfesuchende aufgebaut wird.

Meine Damen und Herren, positiv zu vermerken ist, dass der Anteil der Schwerbehinderten an den Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Bund mit 6,4 Prozent über der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestquote von 6 Prozent liegt. Das sind 20.224 Arbeitsplätze auf Bundesebene. Weiterhin zeigen auch die neuesten Arbeitsmarktzahlen bundesweit erste positive Wirkung. So beträgt die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten im November bundesweit 175.735, während sie im Vorjahresmonat des vergangenen Jahres noch bei 188.650 lag. Zwar ist im Vergleich zu Hamburg und Schleswig-Holstein der Anteil von Schwerbehinderten an den Arbeitslosen in Mecklenburg-Vorpommern mit 2,7 Prozent noch vergleichsweise gering, jedoch, Herr Glawe, kann der Anstieg der Arbeitslosigkeit in diesem Bereich gegenüber den Vorjahresdaten zumindest statistisch nicht ignoriert werden.

(Harry Glawe, CDU: Aha.)

Ich sage gleich was dazu.

So hat sich in den letzten Monaten zwar tendenziell die Situation verbessert – von September 2000 zum Oktober 2000 um 137 –, dennoch liegen wir im November gegenüber dem Vorjahr statistisch gesehen höher, Herr Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Das ist richtig, nicht nur statistisch gesehen.)

Das ist richtig. Herr Glawe, das hatte ich so auch in meinem Redemanuskript, weil ich davon ausgegangen war, dass Sie wissen, dass das vor allem auch eine statistische Sicht ist. Das hat Frau Müller ja vorhin schon versucht deutlich zu machen.

(Harry Glawe, CDU: Hinter einer Statistik stecken Menschen und diese Menschen brauchen Hoffnung und Arbeit.)

Jeder – ich betone noch mal –, jeder einzelne Schwerbehinderte, der arbeitslos ist, ist einer zu viel. Das vorausgesetzt. Aber Sie müssten eigentlich wissen, dass bis zum 31.12.1996 das Rentenüberleitungsgesetz in Kraft gewesen ist.

(Harry Glawe, CDU: Ja, war doch nicht schlecht.)

Dadurch hatten Schwerbehinderte zum großen Teil nur Anspruch auf Arbeitslosengeld und dann waren sie aus der Statistik heraus.

(Beifall Irene Müller, PDS)

Das heißt, Herr Glawe, sie sind jetzt in der Statistik drin, obwohl der Anteil gar nicht größer geworden ist. Das hätten Sie eigentlich als Sozialexperte wissen müssen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU – Irene Müller, PDS: Das habe ich Ihnen schon x-mal erklärt.)

Ja, Frau Müller hatte Ihnen das ja x-mal gesagt.

Um die in den letzten Monaten erkennbare ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU – Annegrit Koburger, PDS: Nee, Tatsachen, die Sie nicht zur Kenntnis nehmen wollen.)

Herr Glawe, wollen Sie behaupten, das Rentenüberleitungsgesetz ist nicht ausgelaufen. Das ist doch absurd!

Um die in den letzten Monaten erkennbare leichte Verringerung der Arbeitslosigkeit von Schwerbehinderten zu verstärken, ist allerdings noch einiges an den Rahmenbedingungen und bei der Öffentlichkeitsarbeit zu tun. Und wenn die Kampagne „50.000 neue Jobs für Schwerbehinderte“ Erfolg haben soll, muss auch die Landesregierung tätig werden. Darauf bezieht sich der Ihnen vorliegende Antrag. Frau Müller ist darauf ja auch schon intensiv eingegangen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nachdrücklich alle Arbeitgeber – öffentliche wie private – aufrufen, die Intention des Gesetzes durch praktisches Handeln zu unterstützen. Das im April 2000 vom zuständigen Ausschuss des Vorstandes der Bundesanstalt für Arbeit beschlossene Aktionsprogramm „Berufliche Integration Schwerbehinderter“, das von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Träger der medizinischen und beruflichen Rehabilitation, den Behindertenverbänden, den Ländern und Hauptfürsorgestellen mitgetragen wird, ist eine wesentliche Grundlage. Alle Genannten tragen Mitverantwortung, dass die berufliche Integration von Menschen mit Behinderung, vor allem Schwerbehinderten, gelingt.

(Beifall Irene Müller, PDS)

Deshalb sollten wir uns im Frühjahr 2001 zu den konzeptionellen Überlegungen der Landesregierung verständigen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Frau Dr. Seemann.

Das Wort hat jetzt Frau Borchardt von der Fraktion der PDS.

**Barbara Borchardt,** PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Émile Zola sagte einmal: „In der Arbeit habe ich meine Freunde gefunden. Aus der Arbeit werden Wahrheit und Gerechtigkeit hervorgehen, denn der Mensch dankt ihr alles – seine geistige und moralische Kraft.“ Ich denke, diesen Ausspruch können wir alle nur bestätigen. Aber es ist und bleibt eine traurige Tatsache, noch immer werden viel zu viel Menschen von der Arbeit ausgeschlossen und insbesondere Menschen mit Behinderungen. Das gilt nicht nur für das Land Mecklenburg-Vorpommern, sondern für die ganze Bundesrepublik.

Im Wissen um diese Situation hat nun der Bundestag rechtliche Rahmenbedingungen verändert. Das ist zu begrüßen. Ob aber die Änderungen bezüglich der Ausgleichsregelungen und der Anzahl der Beschäftigten im Betrieb sich positiv auf die Lösung des Problems auswir-

ken, wage ich zu bezweifeln. Aber unabhängig davon sind wohl alle gesellschaftlichen Kräfte, alle Akteure auf dem Arbeitsmarkt gefragt, mehr zu tun als in der Vergangenheit.

Wie sieht es nun aus in unserem Land? In Mecklenburg-Vorpommern leben 137.000 Schwerbehinderte. Davon sind 70.322 im Erwerbsalter zwischen 18 und 65 Jahren. 4.279 Betroffene sind nach der offiziellen Statistik arbeitslos gemeldet – ja, 320 Betroffene mehr als noch vor einem Jahr. Mit der Gesetzesänderung wurde nun der Anspruch erhoben, berechnet auf unser Land, 1.400 Arbeitsplätze zu schaffen. Dieser Anspruch wird sich nicht von selbst erfüllen. Das ist uns sicherlich allen klar. Wir müssen uns die Frage stellen: Warum werden Schwerbehinderte in unserem Land nicht eingestellt trotz schon bestehender gesetzlicher Regelungen? Ich meine, zum einen sind die Arbeitgeber unzureichend ihrer Verpflichtung nachgekommen, gleichzeitig bestehen aber auch große Vorbehalte gegenüber der Leistungsfähigkeit der Betroffenen. Aber es liegt auch an ungenügend vorhandenen Berufsbildern für schwerbehinderte Menschen, der Qualifizierung entsprechend des Bedarfes. Hier, meinen wir, besteht ein großer Handlungsbedarf, auch eine Chance, insbesondere bei der Strukturveränderung der Gesellschaft von einer Industriegesellschaft hin zur Dienstleistungsgesellschaft.

Und auch das, glaube ich, müssen wir prüfen: Reichen die vorhandenen Plätze in geschützten Werkstätten aus? Aber – und auch das will ich an dieser Stelle sagen – wir sollten nicht meinen, mit der Erhöhung der Anzahl dieser Plätze würden wir das Problem lösen. Diese Werkstätten haben eine besondere Aufgabe, Arbeitsplätze für geistig und mehrfach behinderte Menschen zu schaffen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was sollten wir gemeinsam in den nächsten Wochen tun? Ich bin der Auffassung, dass wir im „Bündnis für Arbeit“, und zwar in allen Arbeitsgruppen, dieses Problem thematisieren und gemeinsam Lösungen suchen sollten. Das fängt an mit der Diskussion über Berufsbilder und der notwendigen Veränderung der Ausbildung. Gleichzeitig sollten wir mögliche Arbeitsfelder diskutieren und entsprechend Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen ausgestalten. Das gilt auch für alle Bereiche bis hin zur Existenzgründerförderung. Notwendig ist es aber auch, dass wir in unserem Land unserer eigenen Verpflichtung nachkommen, nämlich unserer Beschäftigungspflicht gegenüber Schwerbehinderten.

Nun höre ich oft von vielen öffentlichen Arbeitgebern, es haben sich leider keine Schwerbehinderten beworben. Das mag in dem einen oder anderen Fall möglich sein, aber das kann doch nicht heißen, dass wir uns mit dieser Situation zufrieden geben, sondern im Gegenteil. Wir sollten unsere Bedarfe ermitteln und zielgerichtet ausbauen. Ich denke, wenn wir gemeinsam dieses Problem in Angriff nehmen, werden wir sichtbare Erfolge für die Betroffenen erreichen. Stellen wir uns gemeinsam dieser Aufgabe! – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Borhardt.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1643. Wer

dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1643 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich komme noch mal zurück zum Tagesordnungspunkt 7. Herr Abgeordneter Bräunig, Sie äußerten sich in Ihrem Redebeitrag unparlamentarisch. „Blödes Gefexie“ gehört zu der Liste der Ordnungsrufe.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und CDU)

Deshalb erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Erhard Bräunig, SPD: Ich nehme ihn an.)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Strukturreform der Bundeswehr, Drucksache 3/1644. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 3/1725 vor.

**Antrag der Fraktion der CDU:  
Strukturreform der Bundeswehr  
– Drucksache 3/1644 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
– Drucksache 3/1725 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der CDU Herr Rehberg.

**Eckhardt Rehberg,** CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Zuletzt im März haben wir uns mit dem Thema Bundeswehrstruktur und etwaigen wirtschaftlichen Folgen für das Land Mecklenburg-Vorpommern auseinander gesetzt. Der Antrag meiner Fraktion stellte inhaltlich auf die Auswirkungen des Rückgangs der Auftragsvergabe der Bundeswehr auf Wirtschaft und Arbeitsplatzentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern ab. Seit unserem von der Koalition abgelehnten Antrag ist nun einige Zeit vergangen und auch in Bezug auf die Strukturreform ist manches in Bewegung geraten. So wurden dem Bundestag und der Öffentlichkeit am 11. Oktober diesen Jahres seitens des Bundesministeriums für Verteidigung die Ergebnisse und Entscheidungen der so genannten Grobplanung vorgestellt. Diese Grobplanung enthält jedoch lediglich grundsätzlich geplante Strukturen beziehungsweise zukünftige Umfangszahlen der Bundeswehr, deren Konkretisierung beispielsweise im Hinblick auf eine verlässliche Standortplanung in den einzelnen Bundesländern offen bleibt. Die so genannte Feinplanung soll laut Verteidigungsministerium spätestens im ersten Quartal des nächsten Jahres abgeschlossen sein, wobei schon heute einzelne Standorte einer Überprüfung unterzogen werden. Noch ist also nichts offiziell, wenn auch schon einige Standorte gehandelt werden, die aufgegeben werden sollen.

Meine Damen und Herren, in dieser zeitlichen Entwicklung liegen sowohl Chancen als auch Gefahren für unser Land. Die Chancen bestehen sicherlich darin – und das ist auch die Intention des vorliegenden Antrages –, durch nachhaltige Beteiligung des Landes an diesem Reformprozess eine Benachteiligung für das Land und die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern durch Strukturmaßnahmen zu verhindern. Die Gefahren sind darin zu sehen, nicht mit dem Engagement zur Interessenwahrung anderer Landesregierungen in Deutschland vergleichbar zu

sein und am Ende von Herrn Scharping vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Unserer Meinung nach gilt es daher, seitens des Landes unverzüglich und nachhaltig in die bereits laufenden Verhandlungen einzugreifen.

Ich betone in diesem Zusammenhang nochmals ausdrücklich die Anerkennung eines Reformbedarfs. Zehn Jahre nach dem Fall der Mauer ist angesichts der völlig veränderten Sicherheitslage in Europa eine grundlegende Neuausrichtung der Bundeswehr unumgänglich. Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation, der Erweiterung der Nordatlantischen Allianz und dem Zusammenwachsen Europas kann die Rolle der Bundeswehr nicht mehr allein aus der Bedrohungssituation abgeleitet werden, sondern muss sich an den neuen sicherheitspolitischen Zielsetzungen orientieren.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Ja, wir brauchen neue Feindbilder.)

Es ist dabei nicht zu erwarten, dass der Bund Mecklenburg-Vorpommern von Strukturmaßnahmen von vornherein gänzlich ausnimmt. Deshalb gilt es, gegenüber dem Bund die besondere strukturelle Bedeutung der Bundeswehr in unserem Land hervorzuheben.

(Monty Schädel, PDS:  
Oder Alternativen zu suchen.)

Ein Vergleich der Strukturen ...

Herr Schädel, zur Bundeswehr gibt's keine Alternative.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten  
der PDS – Monty Schädel, PDS:  
Das ist dann aber sehr einseitig.)

Sehen Sie, und so, wie Sie von der PDS hier lachen, genau so wird das ankommen in Berlin bei der rot-grünen Bundesregierung.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja.)

Das ist das zentrale Problem dieser Landesregierung, dass hier eine Partei mit in einer Koalition sitzt, die sich programmatisch die Abschaffung der Bundeswehr auf die Fahnen geschrieben hat.

(Beifall bei einzelnen  
Abgeordneten der CDU und PDS –  
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Jawoll.)

Da klatschen Sie noch Beifall! Sie werden sich vor die Soldaten, vor die Zivilangestellten hinstellen und erklären müssen, warum hier Hunderte und Tausende von Stellen abgebaut werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dafür tragen Sie die Verantwortung, auch und gerade mit Ihrem Auftreten hier und eben.

(Monty Schädel, PDS: Dann suchen wir doch  
nach Alternativen, nach neuen Möglichkeiten,  
damit wir sie nicht entlassen müssen. –  
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Herr Schädel, Sie vergessen eins: Eine freiheitlich-demokratische Grundordnung muss wehrhaft sein

(Irene Müller, PDS: So, so! Das  
sehen sogar große Militärs anders.)

und wenn ich heute die Welt sehe mit dem Sicherheitsauftrag gerade für die NATO, muss die Bundeswehr integraler Bestandteil dabei sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie haben Ihr  
Sprüchlein gut gelernt, Herr Rehberg. Haben Sie  
noch was anderes als Formeln in Ihrem Kopf?)

Wir haben noch eine weitere Verantwortung mit und für die Bundeswehr, was die Osterweiterung betrifft. Und wenn Sie dieses alles verkennen, dann gehören Sie hier nicht her, das muss ich Ihnen sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das haben  
Sie aber nicht zu entscheiden zum Glück.  
Da können Sie so viel erzählen, wie Sie  
wollen, das entscheiden ganz andere.)

Wissen Sie, Herr Schoenenburg, ich bin auf die Wahlergebnisse der PDS in Bundeswehrstandorten, die von Schließungen bedroht sind und die geschlossen werden in Mecklenburg-Vorpommern, höchst gespannt,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

wenn die Leute Sie hier so argumentieren hören.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach, Herr Reh-  
berg, machen Sie sich mal nicht unsere Sorgen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier muss dann klar festgestellt werden, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern mit circa 16.000 Soldaten viel stärker von etwaigen Maßnahmen betroffen wären, als beispielsweise ein Land wie Schleswig-Holstein mit etwa 50.000 Soldaten. Allein diese Zahlen zeigen, dass neben militärischen Aspekten auch strukturpolitische eine Rolle spielen müssen und zusätzlich die finanziellen Folgen selbstverständlich nicht ignoriert werden dürfen. Allerdings – und das betone ich auch ausdrücklich – darf das Sparen zu keiner Unterfinanzierung der Bundeswehr führen und damit die Bündnis- und Europafähigkeit Deutschlands gefährden. Dies wurde erst kürzlich in deutlicher Weise vom NATO-Generalsekretär Robertson und dem amerikanischen Verteidigungsminister Cohen in Bezug auf die Ausgestaltung des Bundeswehretats angemahnt.

(Monty Schädel, PDS: Seit wann  
entscheidet denn der Landtag darüber?)

So sinkt der Etat des Verteidigungsministeriums von 46,7 Milliarden DM in 1998 auf 45,7 in 2003. Steigende Personalkosten und Kosten von 2 Milliarden DM für die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina, die aus dem Verteidigungshaushalt getragen werden sollen, beschreiben die großen Schwierigkeiten.

Meine Damen und Herren, am Beginn des 21. Jahrhunderts gilt es, mit Besonnenheit und nicht mit Willkür die Zukunft der Bundeswehr zu gestalten. An dieser Gestaltung kann das Land nur dann glaubhaft mitwirken, wenn Landtag und Landesregierung ein eindeutiges Bekenntnis zur Bundeswehr abgeben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Doch selbst an dieser Grundaussage verschluckt sich die Landesregierung.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund anstehender Reformen und der gesellschaftlichen strukturellen und wirtschaftlichen Bedeutung der Bundeswehr, speziell in unserem Land, ist die momentan herrschende Unge-

wissheit der Menschen nachvollziehbar. Diese Ungewissheit und das Gefühl der Menschen, dass vollkommen willkürlich über den Kopf der Betroffenen entschieden wird, beschränkt sich dabei nicht nur auf die einzelnen Teilstreitkräfte mit etwa 16.000 Soldaten und circa 5.000 Zivilbeschäftigten. Erfasst wäre in erheblichem Maße auch die betroffene Zulieferindustrie mit etwa elf direkt mehr oder weniger stark betroffenen Unternehmen im Land.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Genau das ist es.)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, dies sind insgesamt 60.000 bis 80.000 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, denn die Familienangehörigen müssen Sie mit dazuzählen. Die Bundeswehr ist der größte Arbeitgeber in Mecklenburg-Vorpommern,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Irene Müller, PDS: Schlimm genug.)

sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich verzichte in meinen Ausführungen bewusst auf die Nennung konkreter Standorte oder die Auflistung einzelner eventuell zur Disposition stehender Teilbereiche der Streitkräfte, weil es mir nicht darum geht, Standorte gegeneinander auszuspielen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Außerdem besteht ja eben in der Ungewissheit über etwaig betroffene Standorte das eigentliche Problem.

Es sei an dieser Stelle nur ein Beispiel genannt, das meiner Meinung nach die aktuelle Situation recht deutlich beschreibt: In der laufenden öffentlichen Diskussion zum zukünftigen Sitz der Führung des Marineamtes am jetzigen Standort Rostock oder nach einer möglichen Verlegung nach Wilhelmshaven wird seitens der Stadt Wilhelmshaven und des Landes Niedersachsen ein erheblicher Aufwand an Lobbyarbeit für den Standort an der Nordsee betrieben. Wer die direkte Bedeutung des Standortes einer solch höheren Kommandoebene vielleicht nicht direkt erkennt, dem sei gesagt, dass die Tragweite einer solchen Entscheidung meist nur die Spitze des Eisberges ist und eine Sogwirkung auf andere Bereiche der Streitkräfte auslösen kann.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner  
übernimmt den Vorsitz.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist mir unverständlich, warum beispielsweise kürzlich auf einem Empfang des Inspektors der Marine in Berlin zwar reichlich politische Vertreter aus Niedersachsen anwesend waren, aber aus Mecklenburg-Vorpommern allein Ulrich Adam, Bundestagsabgeordneter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(Dr. Ulrich Born, CDU, und  
Dr. Berndt Seite, CDU: Hört, hört!)

Nur er hat die Interessen des Landes vertreten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren der SPD, von Ihnen und von der Landesregierung war niemand da.

(Zuruf von Dr. Berndt Seite, CDU)

Wie wollen Sie denn, wenn Sie sich dann noch mal die regionale Presse, zum Beispiel die „Wilhelmshavener Zei-

tung“ vom 6. Dezember 2000, durchlesen, eine Entscheidung für den Standort Rostock mit bewirken?

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Dem Inspekteur der Marine laufen CDU-, SPD-, FDP-, -Bundes- und -Landtagsabgeordnete, der Oberbürgermeister von Wilhelmshaven, die niedersächsische Landesregierung die Tür ein, damit das Marineamt nach Wilhelmshaven kommt. Hier geht es um mehr als 700 Personalstellen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Unglaublich!)

die gegebenenfalls von Rostock nach Wilhelmshaven gehen. Was soll aus der Hanse Sail werden? Die Marine ist in Rostock ein bedeutender Faktor.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich frage diese Landesregierung: Wann war ein Vertreter dieser Landesregierung bei Herrn Scharping zu diesem Thema, bei den Inspektoren des Heeres oder der Marine? Wann war ein Vertreter der Stadt Rostock einmal da und hat sich für den Standort Rostock eingesetzt?

(Dr. Ulrich Born, CDU:  
Der Umweltminister war mal da.)

Dieses möchte ich gerne wissen. Wenn Sie in dieser Phase weiter schlafen, weiter solche Gelegenheiten verpassen, sich für Mecklenburg-Vorpommern einzusetzen,

(Dr. Berndt Seite, CDU: Die wollen es nicht.)

dann werden Sie damit leben müssen, dass wir überproportional beschnitten werden.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Und das kann der Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern nicht gut tun.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist doch das,  
was sie wollen. – Dr. Berndt Seite, CDU:  
Die wollen es nicht. Das ist die Wahrheit. –  
Reinhard Dankert, SPD: Hören Sie doch  
auf, so einen Quatsch zu reden! –  
Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,  
und Dr. Berndt Seite, CDU)

Herr Dankert,

(Reinhard Dankert, SPD: Sie nicht.)

Herr Dr. Seite hat auf Ihr zentrales Problem hingewiesen. Wer einen Partner an seiner Hand hat,

(Reinhard Dankert, SPD: Aber Sie können  
mir nicht unterstellen, dass ich das nicht will.)

wer einen Partner an seiner Hand hat, der als Partei die Bundeswehr nicht will,

(Reinhard Dankert, SPD: Sie können mir  
nicht unterstellen, dass ich das nicht will.)

der hat schlechte Karten, wenn er sich für die Bundeswehr einsetzen will.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und deswegen erwarte ich von Ihnen, dass Sie unserem Antrag zustimmen.

Ich möchte wirklich wissen, was tut diese Landesregierung in dieser entscheidenden Phase.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nichts.)

Und wenn ich den Artikel der „Welt“ von heute sehe, dann kann es nicht sein, wenn Sie sich bitte mal ansatzweise damit befassen, dass eine ganze Brigade einer Division aus dem westmecklenburgischen Raum gestrichen werden soll

(Monty Schädel, PDS: Wie viel ist das? Wie viel sind eine Brigade?)

und dass eine Brigade in Schleswig-Holstein bleibt und die andere Brigade in Vorpommern bleibt. Wir haben erheblich weniger Personalbestand in der Bundeswehr als Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Wir haben zwar einen relativ hohen Bestand für die neuen Bundesländer, aber erheblich weniger als in den alten.

(Harry Glawe, CDU: So ist das. –  
Dr. Berndt Seite, CDU: Jawohl.)

Und eine letzte Bemerkung lassen Sie mich auch machen. Glauben Sie denn etwa, dass noch 1.000 Soldaten aus Westertimke in Niedersachsen nach Böhlendorf bei Bad Sülze ziehen werden, wenn die Pläne zur Bundeswehrstrukturreform umgesetzt werden? Diese 1.000 Soldaten würden für diesen strukturschwachen Raum im südlichen Nordvorpommern Potential und Entwicklung bedeuten. Dafür sollten wir uns einsetzen! Die Bundeswehr ist ein zentraler Faktor für Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat als Erster der Innenminister Herr Dr. Timm.

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland ist Aufgabe des Bundes.

(Reinhardt Thomas, CDU: Aha!)

Nach der bestehenden Verfassungslage hat der Landtag hierfür keine Zuständigkeit. Dennoch, meine Damen und Herren, nehme ich sehr gerne die Gelegenheit wahr, an dieser Stelle deutlich zu sagen, dass sich die Landesregierung voll hinter den Verteidigungsauftrag des Bundes und insbesondere natürlich der Bundeswehr stellt. Sie unterstützt die Bundeswehr in jeder Beziehung, damit sie ihre Aufgabe im demokratischen Rechtsstaat

(Monty Schädel, PDS: Bloß nicht übertreiben!)

und ihre Verpflichtungen erfüllen kann.

(Monty Schädel, PDS: Ja, ich bin ja auch nicht in der Landesregierung.)

Ebenso unterstützt die Landesregierung grundsätzlich, Herr Rehberg, Herr Born,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Grundsätzlich, ja.  
Grundsätzlich! „Grundsätzlich“ heißt im konkreten Fall „nicht“. Das heißt „grundsätzlich“.)

die von Herrn Bundesverteidigungsminister Scharping zu verantwortende Bundeswehrstrukturreform.

(Beifall Siegfried Friese, SPD)

Dabei ist das von Herrn Altbundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der, wenn ich nicht falsch informiert bin, immer noch der CDU angehört,

(Dr. Berndt Seite, CDU: Ja, aber mal gerade so, gerade so.)

der immer noch der CDU angehört, ...

(Eckhardt Rehberg, CDU:  
Das hat doch damit nichts zu tun.)

Dieses von Herrn Altbundespräsidenten Richard von Weizsäcker

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie können doch Amt und Partei unterscheiden, Herr Minister.)

vorgelegte Gutachten, meine Damen und Herren, ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Es geht hier um die Standorte von Mecklenburg-Vorpommern.)

Sie müssen zuhören, wenn ich was sage!

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –  
Eckhardt Rehberg, CDU: Überhaupt nicht!  
Überhaupt nicht! Sie sollen was tun und nicht nur hier reden! Handeln Sie! Handeln Sie!)

Wir haben Ihnen auch zugehört. Wir haben Ihnen auch zugehört, Herr Rehberg.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,  
und Harry Glawe, CDU)

Getroffene Hunde bellen, habe ich auch irgendwo mal gelesen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nein! Wann waren Sie dabei und haben sich für die Standorte eingesetzt? – Glocke der Vizepräsidentin)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt der Innenminister.

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Ich will noch mal darauf hinweisen, meine verehrten Damen und Herren, dass das von Herrn Altbundespräsidenten Richard von Weizsäcker vorgelegte Gutachten für die Strukturreform der Bundeswehr von außerordentlich hohem Wert ist. Mehr wollte ich gar nicht gesagt haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, Deutschland braucht Streitkräfte, die ihrem zukünftigen – natürlich auch dem gegenwärtigen, aber es geht vor allem um den zukünftigen – Auftrag gerecht werden können. Die Entwicklung im Bereich des ehemaligen Jugoslawien zeigt überdeutlich, wie schnell vermeintlich nicht betroffene Länder in Europa, aber auch darüber hinaus in einen Konflikt geraten können. In erster Linie deshalb bejaht die Landesregierung ausdrücklich die Präsenz der Bundeswehr auch in Mecklenburg-Vorpommern.

Europa hat sich verändert, Europa wächst zusammen. Mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ist das Aufgabenspektrum der Bundeswehr größer und anders geworden. Neben die traditionelle zentrale Pflicht zur Landesverteidigung traten neue Aufgaben: Einsätze im Auftrag der Vereinten Nationen, Einsätze zur Krisenvorsorge, Konfliktverhütung, Friedenssicherung, Einsätze zur Katastrophenhilfe und andere humanitäre Aktionen.

Große Anerkennung, meine Damen und Herren, fand sowohl im Inland, aber vor allem auch im Ausland die Bundeswehr für ihre Leistung bei der Verwirklichung der inneren Einheit Deutschlands. Hier hat sie von Anfang an eine Vorreiterrolle übernommen. Es war eine organisatorische und, wie ich weiß, auch eine menschliche Meisterleistung, innerhalb weniger Jahre zwei verfeindete Armeen zu einer Armee der Einheit zusammenzuführen,

(Peter Ritter, PDS: Deswegen kriegen die Osis immer noch nur 86 Prozent.)

zu verkleinern, Herr Ritter, neu zu gliedern und in eine Bündnisverpflichtung einzufügen, welche dabei ist, sich an die veränderte weltpolitische Lage und damit an neue Aufgaben und neue Strukturen anzupassen.

Fast 40.000 deutsche Soldaten, vor allem auch Soldaten, die in Mecklenburg-Vorpommern stationiert waren und sind, haben bis heute in Bosnien und Herzegowina sowie im Kosovo dazu beigetragen, den Frieden dort zu bewahren und Wiederaufbau und Versöhnung eine Chance zu geben,

(Monty Schädel, PDS: Was zu beweisen wäre.)

gemeinsam mit den anderen 16 Bündnispartnern, mit Russland, Herr Schädel,

(Monty Schädel, PDS: Was habe ich denn mit Russland zu tun?)

und vielen anderen Nationen.

Europa steht an der Schwelle zu einer neuen Epoche. Erstmals ist unser Land nur noch von Freunden umgeben. Wir gestalten eine Phase des historischen Übergangs hin zu einer neuen dauerhaften europäischen Friedensordnung, die von Kooperation, guter Nachbarschaft und wachsendem Vertrauen geprägt ist. Die Nordatlantische Allianz bleibt das Rückgrat für Frieden und Stabilität.

(Wolfgang Riemann, CDU: Thema! –  
Monty Schädel, PDS: Na, na, na!)

Ja, das Thema haben Sie auf die Tagesordnung gesetzt, Herr Riemann.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie sollen über die Standorte reden. – Wolfgang Riemann, CDU: Ja, Sie sollten dazu reden und nicht schwafeln.)

Das Thema haben Sie auf die Tagesordnung ...

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU – Unruhe bei Siegfried Friese, SPD, und Harry Glawe, CDU)

Sie wollen, dass der Landtag – und vielleicht auch die Landesregierung – ein Bekenntnis abgibt. Ich hatte Ihnen schon mal gesagt, das Wort „Bekenntnis“ gefällt mir im Landtag nicht. Das gebe ich woanders ab.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,  
Dr. Berndt Seite, CDU, und  
Reinhardt Thomas, CDU)

Aber dann müssen Sie mir hier die Chance geben, wenn Sie das schon wollen, ein paar Ausführungen zur Bundeswehr zu machen, wenn Sie das Thema ernst nehmen, Herr Dr. Seite, wenn Sie das Thema ernst nehmen

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,  
und Eckhardt Rehberg, CDU)

und nicht nur Klamauk machen wollen mit diesem Thema.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und Karsten Neumann, PDS –  
Zuruf von Dr. Berndt Seite, CDU)

Das ist meine feste Überzeugung.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Oder Sie verfolgen ein durchsichtiges Manöver und wollen die Koalition spalten

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

bei einem angeblich wichtigen Thema. Auch das können Sie völlig lassen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU:

Die Halbwertzeit ist überschritten. –

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Reden Sie doch nicht von Dingen, von denen Sie nichts verstehen, Herr Riemann! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund der Aufgaben und des Auftrages der Bundeswehr unterstützt die Landesregierung die sicherheitspolitische, gesellschaftliche – darüber hat Kollege Rehberg bisher nichts ausgeführt – und die wirtschaftliche Aufgabe der Bundeswehr in Mecklenburg-Vorpommern. Wir stimmen natürlich auch dahin gehend mit der Bundesregierung überein, dass die Reformen auch für die Standorte in Mecklenburg-Vorpommern gelten, Herr Rehberg. Was wollen Sie eine Reform, die keinem wehtut? Das wird nicht gelingen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie haben nicht zugehört, Herr Timm. – Reinhardt Thomas, CDU:

Man kann auch kampfflos untergehen. –

Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Der Kämpfer vom Dienst hat sich jetzt zurückgemeldet. –

Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,  
und Reinhardt Thomas, CDU)

Meine Damen und Herren, die Reform der Bundeswehr sieht im Einzelnen vor – und das sind die Informationen, die wir bislang haben –,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

dass der Präsenzumfang auf 258.000 Soldaten beschränkt werden soll, wobei 150.000 Soldaten die verfügbaren Krisenreaktionskräfte darstellen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Oh! Oh!)

was eine Verdreifachung der Einsatzkräfte in präsenten Verbänden bedeutet. Eine Verdreifachung

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Sehr bedenklich.)

der Einsatzkräfte in präsenten Verbänden!

(Monty Schädel, PDS:

Wie bereite ich einen Krieg vor?)

Hinzu kommen 22.000 Dienstposten für Soldaten in der fachlichen Aus- und Weiterbildung oder in Qualifizierungsmaßnahmen, so dass der Gesamtumfang der Uniformträger bei 280.000 liegen wird. Das bedeutet für einen neuen Personalumfang im Frieden eine Reduzierung um

53.000 Mann oder circa 16 Prozent. Die Reduzierung erfolgt vorrangig, wie wir wissen, durch die Kürzung des Wehrpflichtigenanteils. Das Zivilpersonal wird von zurzeit 134.000 auf circa 80.000 bis 90.000 reduziert.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Insgesamt wird also eine Bundeswehr mit einem Friedenspersonalumfang von circa 360.000 Soldaten und Zivilisten anstelle von bisher 480.000 stehen. Die zukünftige Bundeswehrstruktur sieht bis 2010 für 77.000 Wehrpflichtige Dienstposten vor. Damit können circa 100.000 Wehrpflichtige pro Jahr bei einem auf neun Monate reduzierten Grundwehrdienst eingezogen werden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Zahl der Wehrbereichskommandos wird voraussichtlich nach den derzeitigen Unterlagen von sieben auf vier reduziert. Dabei gehen wir derzeit davon aus, dass das Wehrbereichskommando I, dem auch Mecklenburg-Vorpommern angehört, in Kiel stationiert bleiben wird, Herr Rehberg, und die Länder Niedersachsen und Bremen mit umfasst werden wird.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Kiel liegt nicht in Mecklenburg-Vorpommern. – Harry Glawe, CDU: Haben Sie schon einen Nordstaat gebildet?)

Von besonderer politischer und regional wirtschaftlicher Bedeutung wird die Stationierungsfrage sein. Das ist ja offensichtlich die einzige Frage, die Sie beschäftigt –

(Dr. Ulrich Born, CDU: Liegt Kiel in Mecklenburg-Vorpommern?)

eigentlich ein trauriges Kapitel für eine konservative Partei, sich nur noch um wirtschaftliche Interessen zu kümmern.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Timm, Sie haben wirklich nicht zugehört. Sie können nicht zuhören, Sie wollen nicht zuhören.)

Bei dem Auftrag der Bundeswehr geht es um mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Die Vorschläge zur Stationierung werden zusammen mit der so genannten Feinausplanung und unter Berücksichtigung von Einsparpotentialen auszuformulieren sein.

(Unruhe bei Minister Dr. Rolf Eggert, Harry Glawe, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

Die Entscheidung, meine Damen und Herren, über Erhalt oder Nichterhalt von Standorten hat sich der Bundesverteidigungsminister Scharping für das Ende des ersten Quartals 2001 vorbehalten.

Meine Damen und Herren, ich will einige Ausführungen zur Auswirkung der Reform auf Mecklenburg-Vorpommern machen.

Der Entwurf der zukünftigen Stationierung der Bundeswehr wird natürlich durch die Landesregierung – und nicht erst seit heute – sehr gründlich und sehr sorgfältig geprüft und mitberaten, denn die Landesregierung ist sich der Bedeutung auf jeden Fall bewusst, den die Bundeswehr im Blick auf ihren Auftrag, im Blick auf ihre gesellschaftliche Funktion und im Blick auf ihre wirtschaftliche Funktion in Mecklenburg-Vorpommern hat.

Heute ist die Bundeswehr in unserem Land eine tragende Säule der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens. Mit circa 15.200 stationierten Soldaten und mehr als 5.000 zivilen Angestellten und Arbeitern sind die Streitkräfte ein wichtiger Arbeitgeber in Mecklenburg-Vorpommern. Bis heute hat die Bundeswehr außerdem in Mecklenburg-Vorpommern mehr als 2 Milliarden DM in die Infrastruktur investiert. Dieses Geld floss, wie wir wissen, zum großen Teil in die heimische Industrie- und Handelsstruktur. Mehr als eine halbe Milliarde Mark soll in den nächsten Jahren für den Aufbau des Flugplatzes Laage, der Marinetechnikschule Parow und der Hanse-Kaserne Rostock weiter investiert werden.

Allein diese Aufzählung macht deutlich, was die Bundeswehr als Arbeitgeber, als Geschäftspartner und als gesellschaftliche Funktion in diesem Lande für Wirtschaft und Bevölkerung bedeutet. Nicht zuletzt, meine Damen und Herren, auch darauf will ich hinweisen, zeigt sich am Beispiel des Soldatenheims in Torgelow, welchen gesellschaftlichen Platz die Bundeswehr in Mecklenburg-Vorpommern einnimmt.

Dies alles zusammengenommen, meine Damen und Herren, ist seit November 1998 die Auffassung der Landesregierung. Deshalb kommt dieser Antrag der Opposition, für uns jedenfalls, zwei Jahre zu spät. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit und Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der PDS-Fraktion.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Jetzt spricht endlich mal ein Fachmann. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Peter Ritter,** PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zwei Vorbemerkungen:

Erstens. Wenn ich die Presseinformation sehe, die Herr Thomas zu dem heutigen Antrag abgegeben hat, dann lese ich hier zum Beispiel: „nur Mittel- und Nordeuropa sowie der Ostseeraum (sind) befriedet. Auf dem Balkan ... existiert immer noch ein explosives Konfliktpotential. ... das zukünftige Bedrohungspotential wächst“. Aus jeder Zeile tropft förmlich noch der Kalte Krieg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Die zweite Vorbemerkung, Herr Rehberg. Ich bin sehr oft zu Gesprächen bei der Standortkameradschaft des Bundeswehrverbandes in Basepohl und dort sage ich auch ganz deutlich meine Meinung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber nicht die, die Sie hier im Landtag sagen.)

Ich brauche mich dort also nicht zu verbiegen. Und wir hatten erst letzts zwei Besuchergruppen aus Basepohl hier. An einer Gesprächsrunde hat der Kollege Brick teilgenommen. Sie können ihn mal befragen, was ich dort zum Standort Basepohl geäußert habe.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, und was sagt Kollege Monty Schädel?)

Ich liege gar nicht auseinander mit meinem Kollegen Monty Schädel, das werden Sie gleich merken.

(Unruhe bei Eckhardt Rehberg, CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Oh, darf der nicht reden heute?)

Ich könnte es mir jetzt einfach machen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und Ihnen Ihr Argument entgegenhalten, welches Sie nutzten, wenn mein geschätzter Kollege Putensen und ich in der zweiten Wahlperiode des Landtages das Thema Bundeswehr auf die Tagesordnung gesetzt hatten,

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig. – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

nämlich: Was soll das hier? Das sind bundespolitische Themen und die sollen auch dort behandelt werden.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ach!)

Ich tue das aber nicht, Herr Rehberg, weil dieses Argument damals genauso falsch war, wie es heute falsch ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Das hat aber der Innenminister gerade wieder gesagt. Was gilt denn nun?)

Das haben Sie jetzt offenbar auch erkannt. Der Lernprozess auf den harten Bänken der Opposition trägt nach nunmehr zwei Jahren offensichtlich erste Früchte.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Also ich sitze hier ganz gemütlich.)

Aber – um es vorwegzunehmen, Herr Rehberg, damit Sie weiter gemütlich sitzen bleiben können –

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der Herr Innenminister hat es anders gesagt.)

die PDS-Landtagsfraktion wird natürlich nicht in Ihren Lobesgesang auf die Bundeswehr einstimmen

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

und wir werden demzufolge Ihrem Antrag auch nicht zustimmen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Also das ist doch!)

Gerade mal noch tragbar wäre der erste Satz im Punkt 2 Ihres Antrages, der da lautet:

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

„Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich zur Notwendigkeit eines Umstrukturierungsprozesses der drei Teilstreitkräfte im Rahmen einer Bundeswehrreform.“ Ich weiß zwar nicht, warum ich dazu gleich ein Bekenntnis ablegen muss, aber ich halte eine Reform der Bundeswehr allemal für nötig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Daher hat auch die PDS-Bundestagsfraktion ein Reformprogramm für die Bundeswehr vorgelegt.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Kern dieses Programms ist die Reduzierung der Bundeswehr auf eine 100.000-Mann-Armee.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Einzelne Punkte hier im Detail zu erläutern würde jetzt zu weit führen, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber Sie haben offenbar gesteigertes Interesse, ich kann Ihnen das Konzept gern mal zum Lesen geben.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nee! – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Im nächsten Satz des Punktes 2 sprechen Sie das veränderte sicherheitspolitische Umfeld an und spätestens hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, trennen sich natürlich unsere Wege. Es gibt in der Tat ein verändertes sicherheitspolitisches Umfeld, denn die Militärblöcke des Kalten Krieges stehen sich nicht mehr gegenüber. Dennoch oder vielleicht deshalb sind Kriege auch in Europa wieder führbar geworden. Daraus leiten Sie Ihre neuen Anforderungen für die nationalen Streitkräfte ab.

In einem Papier des Bundesverteidigungsministeriums heißt es zur Analyse des Kosovo-Krieges: „Deutschland zeigte – nach der konstitutiven Zustimmung des Deutschen Bundestages am 16. Oktober 1998 – für die vom Rat beschlossene Luftoperation für begrenzte und gestaffelte Luftschläge der NATO bis zu 14 Aufklärungs- und ECR-Tornado-Flugzeuge verbindlich an. Im Rahmen dieser Luftoperation flog die Luftwaffe mit oben genannten 14 Tornados zwischen dem 24. März und 10. Juni 1999 438 ECR... Sorties, 244 Flugkörper HARM wurden dabei verschossen.“ Unter dem Titel „Erkannte Defizite der Bundeswehr“ ist zu lesen in dem gleichen Papier: „Felder sind:

- Strategisch/operative Aufklärungstätigkeit (z. B. Satellitenaufklärung),
- Logistische Versorgung über weite Entfernungen,
- Führungsfähigkeit,
- Elektronische Kampfführung.“

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, wer auch nur über etwas militärischen Sachverstand verfügt, wird schnell erkennen, dass es sich bei der Aufzählung dieser Komponenten nicht um Elemente der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland handelt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Und nicht nur aus sicherheitspolitischen Gründen müssen wir diesem Wertewandel eine Absage erteilen.

Die, wie Sie es nennen, veränderten Anforderungen an die nationalen Streitkräfte sind natürlich nicht zum Nulltarif zu haben. Im bereits zitierten Dokument des Bundesverteidigungsministeriums ist dazu zu lesen: „Im Haushaltsjahr 1999 schlagen bei den einsatzbedingten Zusatzkosten“, gemeint ist auch hier wieder der Kosovo-Einsatz, „wie üblich die Personalkosten als größter Kostenverursacher mit über 450 Millionen DM zu Buche. Betriebskosten wie z. B. für Mieten/Pachten, Materialerhaltung, Liegenschaftsbetrieb, Betriebsstoff und Transporte werden rund 400 Millionen DM betragen. Kosten für Beschaffungen, Umrüstungen, Betreuung, ... Ersatz für Verbrauchsmaterial und Munition betragen 250 Millionen DM.“

Ach ja, weil wir gerade beim Geld sind, meine sehr verehrten Damen und Herren, quasi über Nacht wurden in den Haushalt des Bundes Verpflichtungsermächtigungen

im Umfang von 10 Milliarden DM für die Beschaffung eines Großraumtransporters eingestellt.

(Reinhardt Thomas, CDU: Richtig.)

Für die Beschaffung des Eurofighters kann sich der Steuerzahler schon jetzt auf 40 Milliarden DM einstellen. Wie hoch war doch gestern der Landesetat, den wir beschlossen haben, werte Frau Gramkow?

(Wolfgang Riemann, CDU: Wie viel haben denn Ihre Hubschrauber gekostet, Herr Ritter?)

In der Tat, Herr Riemann,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja?!)

die Bundeswehr ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor –

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

jedoch nicht für unser Land, sondern für die Rüstungsindustrie.

Und noch etwas zum Geld. Weder im Bundeshaushalt noch in Ihrem Antrag findet man etwas zur Beseitigung der Unterschiede in der Ost-West-Besoldung.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Dabei beschwören Sie doch immer die Bundeswehr als Muster des Vereinigungsprozesses.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Aber 200 Millionen DM in den Bundeshaushalt für die Angleichung des Soldes an das Westniveau einzustellen hält keine Regierung ein, egal ob sie nun schwarz-gelb oder rot-grün zusammengesetzt ist.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das hat doch Ihr Kollege schon im Bundestag gesagt.)

Doch zurück zum Antrag, meine sehr verehrten Damen und Herren. Natürlich haben die Bundeswehrstandorte Bedeutung und Einfluss in ihren Regionen. Viele Unternehmen, die heute zum Beispiel im Bundeswehrstandort Basepohl Instandsetzungs- oder Versorgungsaufgaben wahrnehmen, tun das vielfach schon seit Anbeginn der Existenz dieses Standortes, also seit 1975. Eine Schließung dieses Standortes hätte damit natürlich Auswirkungen auf diese Unternehmen. Und damit ist selbstverständlich die Politik gefordert. Dabei muss es aber nicht darum gehen, möglichst viele und möglichst große Standorte zu erhalten, sondern es muss darum gehen, endlich ein Konversionsprogramm zu erarbeiten

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

und zu starten, das den Firmen vor Ort, aber auch den Soldaten und vor allen Dingen den Zivilbeschäftigten eine Perspektive gibt.

(Monty Schädel, PDS: Genau!)

So stehen zum Beispiel die Neubrandenburger Fahrzeugwerke aufgrund ausbleibender Aufträge doch nicht zum ersten Mal vor dem Problem, Mitarbeiter entlassen zu müssen. Und was ist der Politik dabei immer wieder nur eingefallen? –

(Monty Schädel, PDS: Rumzuheulen.)

Das Abfordern neuer Instandsetzungskapazitäten von der Bundeswehr. Weiter nichts! Dabei wäre doch gerade dieser Betrieb auch aufgrund der Fähigkeiten seiner Beschäftigten eine erste Adresse in einem Konversionsprogramm.

(Beifall Monty Schädel, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, „Konversion als notwendige Abarbeitung der Folgen von Kriegen, Aufrüstung, Truppenstationierung und Abrüstungsentscheidungen ist in erster Linie eine Sache des Bundes. Zugleich ist Konversion eine gesamtgesellschaftliche Gestaltungsaufgabe im Schnittpunkt von Friedens-, Abrüstungs-, Wirtschafts-, Umwelt-, Regional-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Kulturpolitik. Konversion muss im Zusammenwirken von EG, Bund, Ländern und Gemeinden bewältigt werden.“ So steht es in den Leitlinien für Konversion des Landes Brandenburg und diese Leitlinien wurden bereits im Jahr 1992 durch einen Landtagsbeschluss bekräftigt. Wir sollten nun also nicht mehr länger warten und auch endlich ein solches Programm auf den Weg bringen. Das ist allemal sinnvoller, als hier dem Landtag ständig neue Treueschwüre abzuverlangen.

Folgende Feststellungen des brandenburgischen Ministerpräsidenten sollten uns dabei Richtschnur sein. Manfred Stolpe sagte: „Schwerter zu Pflugscharen‘ ist die biblische Metapher für das, was in der Politik Konversion, also zivile Umwandlung genannt wird. Dass Konversion gelingt, ist auch ein Gebot des Friedens. Ein Weg zum Frieden ist die militärische Abrüstung. Konversion, die Schwester der Abrüstung, kann helfen, der Abrüstung innen-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch den Weg zu bahnen.“

Ich fordere die Landesregierung daher erneut auf, in diesem Sinne aktiv zu werden und den Landtag schnellstmöglich und fortdauernd zu informieren. Das erspart uns dann Anträge der CDU wie den jetzt vorliegenden

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

und eröffnet vielen Menschen im Land eine neue Perspektive. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Thomas von der CDU-Fraktion.

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenburg, PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

**Reinhardt Thomas, CDU:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Ritter, wir haben ein KONVER-Programm seit 1995 und in Rügen läuft das zum Beispiel mit 10 Millionen DM. Und, Herr Dr. Timm – er ist nicht da –, wir messen Sie an Ihren Taten, nicht an Ihren Worten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Und wer den Punkt 5 aus dem Antrag streicht, der fällt genauso um wie bei der Bahn. Das ist nämlich der entscheidende Punkt. Und da nützen auch die schönsten Reden nichts. Aber ich will es trotzdem noch mal versuchen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Mit der Wiedervereinigung ist der große Ost-West-Konflikt, natürlich mit seinen sicherheitspolitischen Konsequenzen, mittlerweile Geschichte. Gott sei Dank, muss ich dazu sagen. Mit der Halbierung der Zahl der deutschen Soldaten wurde dieser veränderten Sicherheitslage Rechnung getragen. Der Hydra wurde also der große Kopf abgeschlagen.

Es sind aber viele kleine Köpfe nachgewachsen. Die Bedrohung für Deutschland und die NATO ist keineswegs geringer geworden. Wachsamkeit ist und bleibt der Preis der Freiheit. Die bewährte Verankerung der Bundeswehr in unserer Gesellschaft verpflichtet uns, über die äußere und innere Sicherheit in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Nur mit der Beteiligung der Bürger kann Sicherheitspolitik in unserem Lande erfolgreich sein. Die möglichen Bedrohungsszenarien sind real, aber nicht genau vorherzusagen. Schon aus diesem Grunde kann die Verteidigungsfähigkeit nicht zu knapp bemessen werden. Vor allem die unkontrollierte Weitergabe von Massenvernichtungswaffen erfordert eine Art neuen NATO-Doppelbeschluss unter Einbindung Russlands. Der Proliferationsbericht des BND gibt ein reales, aber sehr beunruhigendes Bild über die Gefährdung durch atomar, biologisch und chemisch bestückte Raketen und über die Bedrohung durch den weltweiten Terrorismus. Und es ist so, Herr Ritter, an der südlichen und südöstlichen Flanke Europas sowie in Nordkorea sind Waffen vorhanden, die deutsches Territorium und europäisches Territorium mittlerweile bedrohen. Sicherheitspolitisch sind, und auch das ist wahr, nur Mittel- und Nordeuropa sowie der Ostseeraum befriedet. Östlich und südöstlich von Europa existiert eben leider ein Krisenbogen mit explosivem Konfliktpotential. Das können wir ja jeden Tag im Fernsehen sehen. Hinzu kommen der Mittelmeerraum und Zentralasien. Deutschland, Europa und die NATO müssen sich also zukünftig darauf vorbereiten, Konflikte und Krisen am Ort ihres Entstehens zu lösen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

um daraus resultierende weltweite Flächenbrände zu verhindern. Aus der Landesverteidigung wird eine Distanzverteidigung an den Grenzen des NATO-Bündnisses. Auch auf direkte Angriffe von außen müssen Deutschland und Europa vorbereitet sein.

Die Einsatzkräfte der Bundeswehr brauchen daher große Flexibilität, um in Krisensituationen reagieren zu können. Die Armee benötigt aber auch genügend Kampfstärke zur Landesverteidigung. Hinzu kommt die Frage eines technologischen Schutzschirmes gegen Raketen. Bei den zukünftigen Einsatzbedingungen der Bundeswehr haben strategische Aufklärung, Verlegfähigkeit der Verbände über große Entfernungen sowie weltweite Kommunikation also große Priorität. Diese Anforderungen entsprechen dem neuen NATO-Konzept. Darauf müssen wir uns vorbereiten und aus diesem Grunde benötigen wir eine Reform der Bundeswehr. Der heutige Zuwachs an Sicherheit konnte nur durch militärische Stärke und Solidarität im NATO-Bündnis erreicht werden.

Vor dem Hintergrund des vorhandenen weltweiten Gefährdungspotentials kann es neben dem klaren Bekenntnis zur Bundeswehr nur eine Reform der Bundeswehr mit dem Ziel geben, sich auf jetzige und zukünftige Gefährdungspotentiale und Krisenherde taktisch und technisch einzustellen. Für eine Reform, die nur das Ziel der Verkleinerung der Bundeswehr verfolgt, gibt es weder politische noch militärstrategische Spielräume. Eine Verringerung auf 100.000 Mann hieße, in fünf Jahren die Bundeswehr abzuschaffen. Und das ist Ihr Ziel, meine Damen und Herren.

(Dr. Berndt Seite, CDU: Ja. –  
Eckhardt Rehberg, CDU, und  
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Vor dem Hintergrund der zukünftigen Bedrohung hat Frankreich Mitte des Jahres in Sintra vorgeschlagen, dass jedes EU-Land 0,7 Prozent seines Bruttosozialproduktes allein für Verteidigungsinvestitionen aufwenden solle. Und Frankreich hat ja bekanntlich eine sozialistische Regierung. Selbst Bundesverteidigungsminister Scharping spricht von einer Investitionslücke von 20 Milliarden DM, Experten rechnen mit circa 30 Milliarden.

Die Landesregierung sollte sich also, wenn sie unsere Interessen vertreten will, beim Bund erst einmal für zwei Rahmenbedingungen einsetzen: für die mittelfristige Anhebung des Verteidigungsetats auf 50 Milliarden bis 2003 sowie in den folgenden zehn Jahren auf 54 Milliarden und für die langfristige Erhöhung des Verteidigungsetats von heute 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf 2 Prozent. Nur so kann Deutschland seine Verpflichtungen innerhalb der NATO erfüllen.

Ausgehend von der genannten sicherheitspolitischen Bedrohungsanalyse kann die Personalstärke der Bundeswehr nicht unter 300.000 Mann heruntergefahren werden. Voraussetzung dafür sind allerdings die notwendigen Modernisierungs- und Investitionsmaßnahmen. Das wären 200.000 Mann Heer, 75.000 Mann Luftwaffe, 25.000 Mann Marine – das ist aus unserer Sicht die Mindeststärke für eine zukünftig modernisierte Bundeswehr.

Die seit dem 11. Oktober bekannt gewordene so genannte Grobausplanung für die Neuausrüstung der Bundeswehr liegt vor. Diese Grobplanung lässt allerdings wesentliche Fragen offen. Vor allem bei der Personalstärke und bei den zivilen Mitarbeitern sind negative Entscheidungen auch für Mecklenburg-Vorpommern zu befürchten. Die Verunsicherung ist deswegen natürlich groß. Trotz Forderung der NATO-Partner nach einem angemessenen Wehretat soll der Verteidigungshaushalt aber mittelfristig sinken. Entscheidungen für notwendige Modernisierungen werden nach dieser Grobplanung offenbar auf die lange Bank geschoben. Die Standortentscheidungen werden ebenfalls noch verschoben. Wir haben das heute in der Zeitung „Die Welt“ das erste Mal so bitter gelesen. Arbeitsplätze in der wehrtechnischen Industrie, zivile Arbeitsplätze der Bundeswehr und bei Unternehmen, die von Aufträgen der Bundeswehr leben, sind damit akut gefährdet.

Nach der Grobplanung ergibt sich folgendes vorläufiges Bild: Beim Bundes- und Verteidigungsministerium wird nur pauschal von Personalkürzungen gesprochen. Neue Organisationselemente werden aber scheinbar schon geschaffen. Wir befürchten eine Aufblähung der Strukturen. Die Anzahl der Wehrpflichtigen wird schon in den nächsten vier Jahren halbiert. Damit sind weitere Probleme bei der Wehrgerechtigkeit vorprogrammiert und es hat auch Auswirkungen auf die sozialen Dienste, wie wir wissen.

Nun zu den einzelnen Teilstreitkräften. Die Ausplanung von Heeresverbänden und die Reduzierung der Zahl der Einzelverbände bei der Luftwaffe lassen auf einen erheblichen Abbau von Dienstposten schließen. Bei den Verantwortungsbereichen für Wehrbereichskommandos, Sanitätskommandos und Wehrbereichsverwaltungen bleibt der Sitz von Kommandobehörden und Dienststellen bisher offen. Völlig ungeklärt bleibt die Frage über den sozial verträglichen Abbau von Zivilpersonal.

Landtag und Landesregierung müssen eine Grundsatzdiskussion zum Erhalt der Standorte, Dienstposten und

der zivilen Arbeitsplätze aus unserer Sicht nach folgenden Kriterien führen:

Erstens. Die Armee einer föderalen Republik benötigt die Präsenz und auch die Wirtschaftskraft in der Fläche.

Zweitens. Der Vergleich unseres Landes mit den anderen neuen Bundesländern ist unakzeptabel. Für uns gilt der Vergleich mit Schleswig-Holstein und da haben wir nur ein Drittel der Soldaten in Schleswig-Holstein.

Und drittens. Basis eines realistischen Vergleiches ist ferner die so genannte Auftragsstatistik der Bundeswehr, also Anzahl und Wert der Aufträge je Bundesland. Und hier sieht es so aus:

- Anzahl der Aufträge:  
Schleswig-Holstein 11,6 Prozent, wir nur 2,7 Prozent
- Wert der Aufträge:  
Schleswig-Holstein 5 Prozent, wir nur 1,1 Prozent

Erst danach sollten wir die Diskussion, natürlich mit öffentlichem Druck aus den Regionen, hier sind die Landräte und die Oberbürgermeister angesprochen, in Richtung Berlin dann auch wirklich gemeinsam führen.

In Mecklenburg-Vorpommern muss beim Heer mit einem starken Abbau von Dienstposten gerechnet werden. Zukünftig wird es – Sie sagten es schon – nur noch vier Wehrbereichskommandos geben, die sich an den Landesgrenzen orientieren. Die Streitkräftebasis besteht dann im Wesentlichen aus dem Streitkräfteunterstützungskommando, dem Einsatzkommando und dem Kommando strategische Aufklärung. Die Struktur der Zwischenebene mit Logistik, Kampfunterstützung sowie Artillerie und Luftabwehr bleibt nach dieser Grobplanung unklar.

Nun zu unserem Land:

Die Flugabwehrraketengruppe 24 und der Stab des Flugabwehrraketengeschwaders 2 bei Bad Sülze mit insgesamt 948 Dienstposten müssen mit Reduzierungen rechnen. Gleiches gilt für die Flugabwehrraketengruppe 31 Cammin mit 433 Dienstposten und für die in Sanitz mit 446. Im Osten soll, mein Kollege sagte es schon, eine Heeresdivision der Kampfeinheiten völlig wegfallen. Im Gespräch ist die 40. Brigade in Schwerin. Und das bedeutet den Abzug von 5.000 Soldaten aus den Standorten im Großraum Schwerin, Dabel, Hagenow, Lübtheen; in Dabel nach den Angaben „Der Welt am Sonntag“ allein 700. Die Standorte Eggesin mit 1.717 Dienstposten, Torgelow mit 1.735 und Viereck mit 998 scheinen sicher zu sein. Paserow wird allerdings aufgegeben.

In der Region Neubrandenburg, Stavenhagen und Trolenhagen mit insgesamt 4.749 Dienstposten des Heeres muss ebenfalls mit einem Abbau gerechnet werden. Gleiches trifft für die Kleindienststellen in Waren, Wismar, Rechlin und Golchen mit insgesamt 184 Dienstposten zu. Offen bleibt bei der Grobplanung, welche Führungsebene es in Mecklenburg-Vorpommern überhaupt noch geben wird. Bei drei Sanitätszentren, einmal in Rostock, die Bundeswehrapotheke in Warnemünde und bei der Dienststelle Neustadt-Glewe, muss auch ein großes Fragezeichen gemacht werden.

Bei der Luftwaffe entfällt die Führungsebene der Luftwaffenkommandos. Die Zahl der Verbände auf Geschwadersebene wird stark reduziert, die Unterstützungskommandos fallen wie in den anderen Teilstreitkräften weg. Die Luftwaffenstandorte mit dem Hauptstandort Laage

mit 1.619 Dienstposten sowie die Kleindienststellen der Luftwaffe in Putgarten, Elmenhorst und Utzedel mit 236 sind, soweit wir das jetzt wissen, sicher.

Bei der Marine ist nur Stralsund-Parow mit 1.835 Dienstposten sicher. Zu der Kleindienststelle in Marlow mit 29 gibt es keine Information. Fakt ist, dass alle Seekriegsmittel und die Unterstützungs- und Führungskräfte in einem Bereich zusammengefasst werden. Die übrigen Gliederungen kommen zum Marineamt. Nach der Region Schwerin gibt es bei der Marine in Rostock mit insgesamt 2.401 Dienstposten die größten Probleme. Uns muss es um die Stärkung des Marineamtes und der Marine gehen, weil die Bundesmarine in der Küstenregion eine sehr große Bedeutung für den maritimen Tourismus hat.

(Beifall Eckhardt Rehberg, CDU)

Und da fordere ich die Rostocker Abgeordneten nun auf, sich endlich mal stark zu machen.

(Dr. Berndt Seite, CDU: Ja. –  
Reinhard Dankert, SPD: Wir schreiben nicht immer gleich Zeitungsartikel. –  
Unruhe bei Reinhard Dankert, SPD,  
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Die Oberbürgermeister von Wilhelmshaven und Kiel sowie die Politiker der Regionen setzen sich seit einiger Zeit massiv für ihre Marine ein. Massiv! Sie wollen auch die Korvetten, die für Warnemünde vorgesehen waren, in ihren Häfen stationieren. Das Marineunterstützungskommando mit 900 Dienstposten in Wilhelmshaven soll nach unseren Informationen aufgelöst werden. Für Mecklenburg-Vorpommern ist es ganz wichtig, dass das Marineamt mit seinen Dienstposten und dass der Kommandokopf der Marine in Rostock bleiben. Aufgrund der Bedeutung für unsere maritim geprägte Küstenregion müssen wir uns auch dafür stark machen, unter Umständen weitere Kräfte des Marineunterstützungskommandos aus Wilhelmshaven nach Rostock zu holen. Der Beschluss für die Stationierung der Korvetten in Warnemünde darf eben nicht in Frage gestellt werden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der Minister sagt aber nur, was in Kiel erhalten bleibt.)

Über die wirtschaftliche Bedeutung von Heer, Marine und Luftwaffe waren wir uns ja wohl hier im Hause alle einig. Mit einem klaren Bekenntnis zur NATO sowie zur Bundeswehr und ihrer Standorte im Land sollten wir heute ein sicherheitspolitisches und ein wirtschaftspolitisches Zeichen setzen. Unter Beachtung der realen Vergleichszahlen im Norden müssen wir um jeden Dienstposten kämpfen, auch, wenn möglich, neue ins Land holen. Es gibt keinen Spielraum für eine weitere Verkleinerung der Bundeswehr in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern.

Vor diesem Hintergrund und der von uns skizzierten Gefahr für Bundeswehrstandorte in Mecklenburg-Vorpommern fordere ich Sie auf, bitte ich Sie nochmals, unseren Antrag zu unterstützen und vor allen Dingen nicht den entscheidenden Punkt 5 herauszustreichen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Damit machen Sie unseren ganzen Antrag zunichte. Und das ist eben kein Bekenntnis zur Bundeswehr. Das muss man klar und deutlich sagen. Wie wollen Sie sich denn für unsere Interessen engagieren, wenn Sie sich in

die laufenden Verhandlungen nicht mehr einschalten wollen? Diesen Punkt streichen Sie raus. Also Sie wollen plakatig sagen, wir sind für die Bundeswehr, aber der Herr Wirtschaftsminister und Sie wollen nichts Praktisches dafür tun. Wir brauchen Engagement für das Land und keine Friedhofsruhe.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Ich darf Sie nochmals bitten, sich dafür zu engagieren. Und wie gefährdet Arbeitsplätze sind, das sehen wir in Neubrandenburg.

(Monty Schädel, PDS: Das ist aber kein Bundeswehrstandort.)

Aber das interessiert Sie ja offenbar nicht.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und möchte Sie nochmals bitten, diesen Ihren Änderungsantrag mit der Streichung des Punktes 5 zu überdenken und ihn nicht als Änderungsantrag hier zu bringen, sondern gemeinsam mit uns für eine vernünftige Lösung zu stimmen, dass die Landesregierung sich aktiv in die laufenden Verhandlungen einschaltet. Nur so können wir unsere Interessen hier im Lande bewahren.

(Siegfried Friese, SPD: Das tut sie auch ohne Ihren Antrag.)

Ich bitte Sie, nochmals darüber nachzudenken.

Das geht nicht ohne unseren Antrag, denn Sie bewegen sich von allein doch überhaupt nicht. Und Sie schon gar nicht.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bräunig von der SPD-Fraktion.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Bräunig, nun lassen Sie doch mal den Monty reden!)

**Erhard Bräunig,** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich will's vorwegnehmen, das Bekenntnis, Herr Rehberg, da stimme ich mit Ihnen vollkommen überein, auch das meiner Fraktion:

(Reinhardt Thomas, CDU: Wie bei der Bahn.)

Wir stehen unmissverständlich zur NATO und zur Bundeswehr sowie zur festen Einbindung der Bundeswehr in die NATO.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Monty Schädel, PDS: Ach Mann, eh! So, wie du mich als Offizier werben wolltest, oder was?)

Und, Herr Schädel, Herr Schädel, ich muss Ihnen wirklich mal von hier vorne Folgendes sagen:

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Es ist bedauerlich,

(Monty Schädel, PDS: Vor zehn Jahren wolltest du mich nämlich noch als Offizier werben.)

es ist bedauerlich, dass unser Koalitionspartner praktisch noch nicht begriffen hat, dass die Bundeswehr ein Teil unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Also ich muss jetzt wirklich mal sagen: Jetzt reicht's!

Meine Damen und Herren, erst im April diesen Jahres hat sich der Landtag mit einem Antrag der CDU auseinander gesetzt, der dem jetzt vorliegenden sehr ähnelt. Schon damals habe ich unmissverständlich die Position der SPD-Fraktion zur Rolle der Bundeswehr dargestellt: Die SPD-Landtagsfraktion bekennt sich nachdrücklich zur sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rolle der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist und bleibt ein Eckpfeiler unserer Demokratie.

(Monty Schädel, PDS: O Gott! Meine Fresse! Vor zehn Jahren warst du mein Wehrausbilder. Das kann ja wohl nicht sein, was du hier erzählst!)

Meine Damen und Herren, um die Bundeswehr der veränderten sicherheitspolitischen Lage anzupassen, ist ein Umstrukturierungsprozess dringend vonnöten. Die bevorstehende größte Umstrukturierung seit Bestehen der Bundeswehr und die damit einhergehende Definition ihrer künftigen Aufgaben wird einen nicht unerheblichen Einfluss auf Personalstärke sowie auf Mittelausstattung haben. Über die künftige Personalstärke wurde bereits entschieden.

Die angestrebten Kosteneinsparungen können durch folgende Maßnahmen realisiert werden:

- Kürzung beziehungsweise sogar die Aufgabe von Rüstungsvorhaben,
- kurzfristige Reduzierung des zivilen wie auch des militärischen Personalumfangs,
- Senkung der Betriebs- und Stationierungskosten zunächst durch die Optimierung der Nutzung von Standorten – Optimierung heißt nicht gleich Standortschließung, das hat das Bundesverteidigungsministerium deutlich gemacht,
- sowie bisher unentgeltliche Leistungen der Bundeswehr zukünftig nur noch gegen Bezahlung bereitzustellen.

Dass dies alles nicht ohne Konsequenzen für Mecklenburg-Vorpommern vonstatten gehen wird, das ist uns allen bewusst. Das ist hier auch von Herrn Thomas noch mal unterstrichen worden.

Meine Damen und Herren, das heißt jedoch nicht, dass diese Strukturreform ohne eine Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation der Bundesländer erfolgen darf. Die Bundeswehr ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor im Land und trägt wesentlich zur Entwicklung unseres Landes bei. Dazu gehören neben den 20.000 militärischen und zivilen Arbeitsplätzen die Auftragsvergabe der Bundeswehr an Unternehmen des Landes wie auch die Kaufkraft der Soldaten und ihrer Familien in den Regionen. Die Löhne und Gehälter von Soldaten, Beamten und Arbeitnehmern der Bundeswehr in Mecklenburg-Vorpommern belaufen sich jährlich auf rund 1 Milliarde DM. Das entspricht circa sieben Prozent unseres gesamten Landeshaushaltes, also eine gewichtige Kaufkraft, die in den Wirtschaftskreislauf gelangt und Arbeitsplätze in unserem Lande schafft.

Im Jahre 2000 waren etwa ein Dutzend mecklenburg-vorpommersche Unternehmen registriert, die Aufträge der Bundeswehr realisieren. Diese haben bewiesen, dass sie innovative Produkte für die Bundeswehr anbieten können.

Sie haben Dienstleistungen im Rahmen der Versorgung der Bundeswehrangehörigen übernommen. Des Weiteren haben sie Instandsetzungsleistungen durchgeführt und über öffentliche Ausschreibungen Aufträge für den Neubau und die Rekonstruktion von Gebäuden und Anlagen an den Standorten der Bundeswehr erhalten. Gerade Letzteres stellt ein wichtiges Standbein für die heimische Bauwirtschaft dar.

Dennoch ist die Auftragsvergabe der Bundeswehr deutlich zu kritisieren. Ich muss auch das noch mal darstellen, was durch Herrn Thomas schon gemacht worden ist. Statistische Zusammenfassungen belegen, dass die Beschaffungsaufträge der Bundeswehr prozentual gesehen an unserem Lande wie an den neuen Bundesländern weit vorbeigehen. Bei einem Auftragsvolumen von 9,3 Milliarden DM im Jahr 1999 wurden nur 6,3 Prozent an die neuen Bundesländer vergeben. Mecklenburg-Vorpommern erhielt nur 1 Prozent des gesamten Auftragsvolumens. Instandsetzungsaufträge wurden 1999 in Höhe von 1,5 Milliarden DM vergeben. Auch hier gingen nur 1,3 Prozent nach Mecklenburg-Vorpommern. Das ist – gemessen am Stationierungsgrad der Bundeswehrtechnik in den neuen Bundesländern – äußerst gering. In den neuen Bundesländern sind circa 20 Prozent des Bundeswehrgerätes stationiert, aber nur circa 2 Prozent der Technik wurden 1999 trotz leistungsbeurer und -fähiger Unternehmen auch hier repariert. Gerade deswegen fordern wir die Bundesregierung auf, die Auftragsvergabe der Bundeswehr an im Land ansässige Unternehmen entsprechend dem Anteil der im Land stationierten Streitkräfte und der Technik zu regeln.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU, Reinhard Dankert, SPD, und Dr. Manfred Reißmann, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung ist bereits tätig. Sie hat mit der Führung der Bundeswehr Kontakt aufgenommen, um für den Erhalt der von einer Schließung bedrohten Standorte in strukturell schwachen Regionen einzutreten. Angestrebt wird ein Konsens mit dem Bundesverteidigungsministerium hinsichtlich der ausgewogenen Reduzierung der Bundeswehr und der Schließung von Standorten, vor allem in der Region Vorpommern. Dabei darf es jedoch zu keinem Kahlschlag beim Abbau von Arbeitsplätzen kommen.

Für Mecklenburg-Vorpommern – besonders für den strukturschwachen Teil Vorpommerns – wäre eine drastische Verringerung des Personalbestandes sehr nachteilig und würde die Region um Jahre zurückwerfen. Wir brauchen die Standorte der Bundeswehr im Land. Sie leisten einen wichtigen Beitrag als wirtschaftliches Standbein und sind ein Element des gegenwärtigen wirtschaftlichen Aufholprozesses unseres Landes. Gerade in Vorpommern schafft es wirtschaftliche Kontinuität, die gegenwärtig für unser Land sehr wichtig ist.

Meine Damen und Herren, ich gehe für meine Fraktion davon aus – und ich habe ein entsprechendes Signal –, dass die jetzt anstehenden Standortentscheidungen nicht ohne Einbeziehung der Landesregierung erfolgen. Daher werden wir unserem Änderungsantrag zustimmen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Danke, Herr Bräunig. Herr Schädel, ich weise die von Ihnen gemachte Äußerung zurück.

(Monty Schädel, PDS: Welche?)

Also Schimpfwörter sind der Würde dieses Hauses hier wirklich nicht angemessen.

Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 3/1725 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke.

(Reinhardt Thomas, CDU: Ach, die Rostocker! Toll macht Ihr das! – Siegfried Friese, SPD: Wir sind in der Abstimmung hier, ja!)

Gegenstimmen? – Danke.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das geht Sie gar nichts an. Ist das klar?)

Stimmenthaltungen? – Bei Dafürstimmen aus der SPD-Fraktion ...

(Lorenz Caffier, CDU: Zählen! Zählen!)

Ja, ist in Ordnung. Wir wiederholen die Abstimmung und ich bitte die Schriftführer zu zählen.

Wer ist für den Änderungsantrag der SPD auf Drucksache 3/1725? – Danke. Die Gegenstimmen bitte. – Bitte noch mal die Hände oben behalten.

(Harry Glawe, CDU: Sollen wir aufstehen?)

Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit gebe ich das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Es waren 28 Stimmen dafür, 22 Stimmen dagegen und es gab 3 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 3/1725 angenommen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1644 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenstimmen bitte. –

(Reinhardt Thomas, CDU: Wo ist denn jetzt der Wirtschaftsminister? Ach, den interessiert das nicht.)

Danke sehr. Ich würde sicherheitshalber bitten, dass wir wieder die Auszählung vornehmen, indem mir die Schriftführer helfen. Also dann bitte noch einmal: Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Bitte die Gegenstimmen. –

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ganz schlimm!)

Vielen Dank. Gibt es Stimmenthaltungen? – Danke. Damit gebe ich das Ergebnis der Stimmenauszählung bekannt. 26 Stimmen für den geänderten Antrag, 24 dagegen und es gab 3 Stimmenthaltungen. Damit ist der geänderte Antrag der CDU

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ein gefälschter Antrag.)

auf Drucksache 3/1644 angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10:** Beratung des Antrages der ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Meine Damen und Herren, wir sind noch nicht am Ende.

... Abgeordneten Caterina Muth und Peter Ritter, Fraktion der PDS – Klimaschutzkonzept, auf Drucksache 3/1639. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1726 vor.

**Antrag der Abgeordneten Caterina Muth und Peter Ritter, Fraktion der PDS: Klimaschutzkonzept – Drucksache 3/1639 –**

**Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS – Drucksache 3/1726 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages hat der Abgeordnete Herr Ritter von der PDS-Fraktion.

**Peter Ritter**, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie Sie sicherlich wissen, trafen sich im November 2000 insgesamt 160 Staaten zu einem erneuten Klimagipfel in Den Haag. Unter anderem ging es auf dieser 6. Klimakonferenz auch darum, endlich verbindliche Verabredungen zu treffen, wie die in Kyoto 1997 eingegangenen Verpflichtungen zur Reduktion der Treibhausgase wirklich erfüllt werden können.

Dass die auf diesem Gebiet erzielten Ergebnisse bislang bescheiden bis enttäuschend ausgefallen sind, hat Ursachen unter anderem auch darin, dass man sich in Kyoto im Interesse großer Flexibilität auf ein Protokoll geeinigt hat, das im Detail zu viele Schlupflöcher bietet. Unter anderem war es nach Kyoto möglich, dass sich beispielsweise die USA aus ihrer Verantwortung stellen konnte, indem sie etwa Russland fiktive Rechte an CO<sub>2</sub>-Emissionen abkaufen, um damit eine eigene Reduktion von Treibhausgasemissionen zu umgehen. Zudem galt das Anlegen von Holzplantagen als Akt des Klimaschutzes, wenngleich die vorherige Vernichtung dieser Plantagen als nicht klimarelevant angesehen wurde.

Seit dem Gipfel von Kyoto sind einige Jahre vergangen und die Bilanz fällt eher traurig aus. Verabredet war eine erhebliche Reduzierung der klimaschädigenden Treibhausgase, allen voran CO<sub>2</sub>. Jedoch außer Deutschland, Großbritannien und Luxemburg pusteten alle Industriestaaten mehr CO<sub>2</sub> in die Luft als noch 1990. Allen voran sind es wiederum die USA, Kanada und Australien, die 11 bis 15 Prozent mehr Schuld auf ihrem Klimakonto zu verbuchen haben. Die praktischen Auswirkungen der zum Teil verantwortungslosen Wirtschaftsweisen erleben wir nahezu täglich. Doch Orkane, Überschwemmungen und Schlammlawinen in Frankreich, England, Italien scheinen als warnende Signale nicht auszureichen.

Der Versuch in Den Haag, endlich zu einer vernünftigen verbindlichen Resolution zu gelangen, scheiterte an den Egoismen einiger bedeutender Teilnehmerländer kläglich. Wieder war es mit Japan, Kanada, Australien und natürlich der USA die so genannte „Umbrella-Gruppe“, die es vermochte, einen erfreulichen Ausgang des Klimagipfels zu verhindern. Hauptstreitpunkt der Auseinandersetzung war die Anerkennung von Wäldern, Weiden und Ähnlichem als CO<sub>2</sub>-bindende Klimasenken. Was den ehrlich bemühten Teilnehmern bleibt, ist die Enttäuschung über den Ausgang dieser Konferenz und die Hoffnung auf eine erfolgreichere Fortsetzung der Bemühungen im Mai oder Juni 2001 in Bonn.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser kurze Abriss zeigt, wie zäh sich das Ringen um konkrete Festlegungen gestaltet, obwohl die wissenschaftlichen Erkennt-

nisse über Klimaveränderungen und ihre bedrohlichen Folgen für das Leben auf der Erde nicht mehr ernsthaft politisch bezweifelt werden können. Aus unserer Sicht kommt es jedoch nicht nur darauf an, auf globaler Ebene miteinander um Schritte hin zu einer nachhaltigen Entwicklung zu ringen, nein, es ist auch das Handeln einzelner Länder wie Mecklenburg-Vorpommern gefordert.

Aus diesem Grunde hat die alte Landesregierung ja auch zu Recht ein Klimaschutzkonzept beschlossen, mit dem Maßnahmen festgelegt wurden, die zur Senkung von klimarelevanten Emissionen führen sollen. In dem bis 1997 erarbeiteten Konzept wurden 36 Maßnahmevorschläge festgelegt, die zum einen Maßnahmen enthielten, die sich in der Umsetzung befanden, und zum anderen ausgerichtet waren an vorhandenen Bundes- und Landesförderprogrammen der einzelnen Ministerien.

Ich will hier nicht auf die im Konzept beschriebenen globalen und regionalen Auswirkungen von Klimaveränderungen eingehen, da ich davon ausgehe, dass sie im Groben bekannt sind. Bekannt dürfte auch sein, dass die von der damaligen Regierung festgelegten Maßnahmen vor allem in den Bereichen erneuerbarer Energien, Energieeinsparungen und Verkehr angesiedelt sind. Stellvertretend seien hier nur die Unterstützung beim Einbau von Wärmerückgewinnungsanlagen, die Unterstützung des Energiemanagements in Hotels oder die Informationskampagnen zu Themen wie Solarenergie oder Thermosolaranlagen genannt.

Die umweltentlastende Wirkung der 36 aufgelisteten Maßnahmen ist 1997 quantifiziert worden, indem die Landesregierung davon ausging, dass mit der Umsetzung des Programmes die Emissionen um knapp 4,9 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>, über 11.300 Tonnen Methan und 2.000 Tonnen Ammoniak pro Jahr reduziert werden. Ein Teil des Klimaschutzkonzeptes befasste sich auch mit der Frage zusätzlicher Beschäftigungseffekte durch das Programm. Dabei wurde ermittelt, dass in 15 Jahren circa 3.200 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden könnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 1997 war das Parlament bei der Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes nicht beteiligt. Zwar haben wir hier und da unter anderem in einer aktuellen Stunde Fragen des Klimaschutzes erörtert, aber wir meinen, dass es nun an der Zeit ist, dass auch der Landtag sich intensiver in die klimarelevanten Fragen einbringt. Aus diesem Grunde haben wir den Ihnen vorliegenden Antrag gestellt. Uns kommt es zum einen darauf an, dass wir uns von der Landesregierung darüber unterrichten lassen, wie die Maßnahmen des Konzeptes bisher umgesetzt wurden. Dabei sind aus meiner Sicht sowohl die Fragen der treibhausrelevanten Emissionen als auch die damit verbundenen Effekte wie Schaffung, Erhalt oder Verlust von Arbeitsplätzen von Interesse. Zum anderen wissen wir, dass sich seit der Erarbeitung des Konzeptes die nationalen und internationalen rechtlichen und förderpolitischen Rahmenbedingungen zu klimarelevanten Fragen, unter anderem in Folge der 3. Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention, verändert haben. Die daraus resultierenden Verpflichtungen der Europäischen Union, die Öffnung der Energiemärkte, die Novellen der nationalen Gesetze wie zum Beispiel das erneuerbare Energiegesetz oder die ökologische Steuerreform, die verstärkte Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien erfordern von uns zum einen, die eigene Bilanz nach diesen Maßstäben zu überprüfen, und zum anderen, das Konzept nach ihnen neu zu bearbeiten. Dar-

über hinaus sind die nach 1997 im Land Mecklenburg-Vorpommern erarbeiteten Konzepte und Programme, die klimarelevante Fragen berühren, in das Klimaschutzkonzept einzuarbeiten.

Die Förderung benachteiligter Gebiete durch die Europäische Union über Strukturfonds erfolgte 1994 bis 1999 schwerpunktmäßig in den Bereichen Nachsorge und Reparatur. Mit der Förderperiode 2000 bis 2006 veränderte die Europäische Union die Förderung hin zur Vorsorge. Die Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit wurde in den Vordergrund gerückt. Zur Überprüfung dieser Ziele sieht die Kommission die Entwicklung von Indikatoren vor. Dementsprechend knüpft die Kommission die Vergabe der Fördermittel an die Umsetzung des Nachhaltigkeitsleitbildes. Diese Entwicklung, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss sich auch in dem zu überarbeitenden Klimaschutzkonzept unseres Landes wiederfinden.

Die Umweltauditgesetzerverordnung von 1998 macht kommunales Ökoaudit möglich. Damit änderten sich auch in diesem Bereich die Rahmenbedingungen in Bezug auf klimarelevante Fragen, die eine Überarbeitung der bisher festgelegten Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes erfordern.

Sie sehen an unserem Antrag, dass wir darüber hinaus Bereiche wie die Abfallwirtschaft in die Betrachtung mit aufgenommen haben. Sie spielten im alten Klimaschutzkonzept nur insoweit eine Rolle, als die thermische Abfallverwertung als Maßnahme erfasst wurde. Hier jedoch bedarf es einer umgehenden Korrektur, denn die zukünftige Abfallbehandlung in Mecklenburg-Vorpommern wird in einem breiteren Spektrum der Behandlungsverfahren erfolgen. Alle möglichen Verfahren der Abfallbehandlung und -bewertung sind auch unter klimarelevanten Gesichtspunkten zu betrachten.

Sicher, man könnte noch eine ganze Reihe von Punkten benennen, die in das Konzept aufzunehmen sind, jedoch gehe ich davon aus, dass die energiepolitischen Fragen bereits einen großen Teil des Konzeptes beschreiben und außerdem die Betrachtung ohnehin ganzheitlich erfolgen muss, wenn es um die nachhaltige Entwicklung des Landes geht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kenne natürlich auch Auffassungen, nach denen wir schon genügend andere Konzepte wie das Energiekonzept haben und deshalb eine Überarbeitung des Klimaschutzkonzeptes nicht notwendig sei. Ich bin aber der Meinung, dass in allen bisherigen Landesplänen zu den verschiedensten Politikfeldern die klimarelevanten Feststellungen, wenn überhaupt, beachtet wurden und sie das Klimaschutzkonzept in keiner Weise ersetzen.

Darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag bitten, nicht nur, um im konkreten Fall das Konzept zu aktualisieren, sondern auch, weil ich davon ausgehe, dass Klimaschutz als Thema stärker als bisher vom Landtag behandelt werden muss. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten beschlossen. Es gibt dazu offensichtlich keinen Widerspruch, deshalb eröffne ich die Aussprache.

Zu Beginn hat das Wort der Abgeordnete Herr Brauer von der CDU-Fraktion.

**Lutz Brauer,** CDU: Frau Vorsitzende! Meine noch anwesenden sehr verehrten Damen und Herren!

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS:  
Ja, ja, es sieht schlecht aus mit den Abgeordneten der CDU. – Peter Ritter, PDS:  
Schon Zapfenstreich, Herr Brauer?)

Bitte?

(Peter Ritter, PDS: Schon Zapfenstreich? – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich weiß nicht, ob die alle unter CO<sub>2</sub> leiden.

Die CDU-geführte Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hat im April 1997 ein Klimaschutzkonzept – das wurde bereits von Herrn Ritter hier genannt – mit 36 Maßnahmen zur Verringerung der klimarelevanten Emissionen und Energieeinsparungen beschlossen. Die Umsetzung dieses Klimaschutzkonzeptes basiert im Wesentlichen auf der Ausschöpfung der im Land vorhandenen Potentiale erneuerbarer Energieträger und sieht bis zum Jahre 2010 ein Investitionsvolumen von 1,5 Milliarden DM vor.

Die Erfolge bei der Umsetzung dieses Konzeptes der vorherigen Legislaturperiode sind unumstritten. Herr Minister, ich danke für Ihre positive Wertung in der Broschüre, die ich auch gelesen habe, des Umweltministeriums vom April 1999, ein Fundament, meine ich, worauf sich aufbauen lässt.

(Peter Ritter, PDS: Es war ja nicht alles schlecht. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Frau Muth – der ich übrigens von hier herzlich Besse-  
rung wünsche,

(Peter Ritter, PDS: Vielen Dank.  
Wir werden das übermitteln.)

denn ich hörte, sie sei krank – und Herr Ritter sehen das offensichtlich nicht ganz so. Anders kann man den vorliegenden Antrag „Klimaschutzkonzept“ wohl nicht werten.

(Peter Ritter, PDS: Es gibt ja nichts, was man nicht noch besser machen kann, ne?)

Ein CDU-Antrag, meine Damen und Herren, wo wäre der gelandet? Ich behaupte, im Papierkorb. Oder geben Sie mir da nicht Recht, Herr Dr. Schoenburg?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Obwohl sich da die jetzige Landesregierung verbal zum Klimaschutz bekennt, lässt sie es aber an Taten mangeln. Im Antrag erkennt die CDU-Fraktion eine Aufforderung zum Handeln.

(Peter Ritter, PDS: Richtig.)

Die für diese Landesregierung schon sprichwörtliche Friedhofsruhe ist wohl auch in Sachen Klimaschutz offensichtlich nach Ansicht der Antragsteller eingekehrt. Koalitions-klima und Weltklima sind nun mal wie Feuer und Wasser. Aus welchem Grund sonst ist man in den Koalitions-fraktionen nicht in der Lage, einen gemeinsamen Antrag zum Klimaschutz einzubringen und möglicherweise in den Wirtschafts- und Umweltausschuss zu überweisen?

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Wir wollten Ihnen mal ein bisschen Anlass zur Spekulation geben. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Die Problematik insgesamt, nun sind Sie auch aufgewacht, rechtfertigt eine solche Forderung, denn Wohlstand und Fortschritt sind untrennbar mit einer gesicherten Energieversorgung verbunden, so Minister Methling im Juli 1999. Der Umkehrschluss wäre ja auch gegeben.

Meine Damen und Herren, zum Antrag. Wenn die Abgeordneten Frau Muth und Herr Ritter noch Wissenslücken in Sachen Klimaschutz haben, dann können sie sich ja gern von der Landesregierung unterrichten lassen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

An Dozenten mangelt es ja bekanntermaßen nicht.

(Peter Ritter, PDS: Wir wollen Sie doch mitnehmen, Herr Brauer. Sonst beschweren Sie sich nachher wieder, dass Sie nichts wissen.)

Für meinen Begriff würde ein sachlicher Bericht ausreichen, um den für den Klimaschutz erforderlichen Landesrahmen und dafür erforderliche Schritte einzuleiten. Inwieweit der vorliegende Antrag und der Änderungsantrag hierfür allerdings zweckdienlich sind, wage ich zu bezweifeln. Möglicherweise sollen sie lediglich dazu dienen, dem Umweltminister ein politisches Podium zu bieten, auf dem die Leistungen der vorherigen Landesregierung verkauft werden. Hier wackelt doch, Herr Dr. Klostermann, wieder einmal der Schwanz mit dem Hund. Sie werden mir, Herr Minister, Recht geben, Erfolg hat bekanntlich viele Väter. Bei Misserfolgen verweist man gern auf das Jahr des Dienstantritts.

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Die unter Punkt 2 des Antrages formulierten Selbstverständlichkeiten machen deutlich, dass die Koalitionsfraktionen und auch die Landesregierung in Sachen Klimaschutz bisher wenig Ergebnisse aufzuweisen haben. Ein derartiges Vorführen des eigenen Ministers gestattet Vermutungen, ohne „th“, und ist vielleicht auch ritterlich.

(Peter Ritter, PDS: Das sind aber schöne Bilder, die Sie gebrauchen.)

Die moderne sozialistische Partei PDS – Ziel des Abgeordneten Herrn Ritter, OZ vom 11.12.2000, als Kandidat für den Landesvorsitz – mag vielleicht auch Anstoß gegeben haben zu solch einem Antrag.

(Peter Ritter, PDS: Der Antrag war viel eher fertig.)

Ich kann mich an Zeiten erinnern, da war es selbstverständlich, dass eine Landesregierung veränderte rechtliche und förderpolitische Rahmenbedingungen eigenen Programmen und Vorgaben der Europäischen Union anpasste. Dass die heutige Landesregierung hierzu allerdings erst der Aufforderung des Landtages bedarf, ist meines Erachtens und für meine Fraktion ein beredtes Zeichen für Trägheit.

Verehrte Abgeordnete! Wie sieht aber die derzeitige Realität aus? In Den Haag ist vor zweieinhalb Wochen der Weltklimagipfel an der Kompromisslosigkeit des Bundesumweltministers gescheitert. Letztendlich ging es um die Einspargrößen von 20 Millionen Tonnen Kohlendioxid. Neuerdings ist CO<sub>2</sub> als Klimakiller strittig, habe ich jetzt erst gelesen, so nach Jan Veizer „Bochum und Ottawa“.

Gerade die verbohrte Kompromisslosigkeit des Bundesministers und möglicherweise auch der Bundesregierung macht deutlich, dass nicht die globalen Auswirkungen

der Klimaveränderung erkannt werden und die internationalen Zusammenhänge in ausreichendem Maße Berücksichtigung finden. Wir hörten ja heute schon einmal, die Chinesen fahren bald Auto und Transrapid, während sich in Mecklenburg-Vorpommern durch mehr Radwege das Klima weltweit verbessern soll, und dass innovative Fonds Opfer des Rotstiftes dieser Landesregierung sind.

Sie, meine Damen und Herren, haben mir gestern erst ein beredtes Beispiel dafür geschaffen und Streichungen vorgenommen. Zwischen Wort und Tat dieser Regierung steht Frau Ministerin Keler zweifellos. Sagen Sie den Bürgern des Landes offen und ehrlich, Sie setzen weiter auf Öl und Gas als primäre Energiequellen, weil über die Ökosteuer der Bund Gewinn macht und das Land die Kosten trägt!

Ich hoffe im Interesse von Umwelt und Natur, insbesondere unserer küstennahen Bereiche, dass die Landesregierung in Sachen Offshorewindenergieanlagen Weitsicht beweist und betroffene Landkreise von der Standortentscheidungsfindung künftig nicht ausgrenzt. Im Bereich alternativer Energien wurden im Jahre 1998 von Ihnen Kürzungen von über 4,39 Millionen DM vorgenommen. Das heißt, es stehen 4,3 Millionen DM weniger für die Förderung von Vorhaben zur Nutzung der Wasserstofftechnologie, der Geothermie, der Windenergie, der Sonnenenergie, biogener Rohstoffe zur Wärme- und Elektrogewinnung, der Wasserkraft und der Wärmepumpentechnologie zur Verfügung. Das sind Fakten. All diese Energietechniken wurden bis 1998 noch mit 6,3 Millionen DM gefördert. Ab dem Jahr 2001 stehen dem Wirtschaftsministerium hierfür lediglich noch rund 2 Millionen DM zur Verfügung. Auch vor diesem Hintergrund, Frau Muth, Herr Ritter, müssen Sie einmal erklären, warum Sie sich während der Haushaltsberatungen nicht für die Aufstockung dieser Titel eingesetzt haben!

Wie der Wirtschaftsminister, meine Damen und Herren, eine Art Zauberlehrling, allerdings unter diesen Voraussetzungen das vom Umweltminister verkündete Klimaschutzkonzept des Landes unterstützen soll, bleibt wohl nicht nur mir als Frage offen. Ich weiß darauf jedenfalls keine Antwort. Vielleicht sollten Sie, meine Damen und Herren, auch in Ihrer Koalition einmal über die Parteigrenzen hinweg denken und das Wohl des Landes mehr in den Mittelpunkt Ihrer Aktivitäten rücken.

Mecklenburg-Vorpommern – und da stimmen wir überein – verfügt über Forschungspotential und Anwendungsgebiete. Übrigens, meine Damen und Herren: Die Strukturfondsmittel der Europäischen Union scheinen für diese Landesregierung ein wahrer Segen zu sein. Sie werden ja in allen Bereichen eingesetzt, unter anderem auch im Umweltbereich, und andere wichtige Strukturfonds werden heruntergefahren. Aber eines, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, kann ich Ihnen heute schon mit Sicherheit sagen: Ab 2006 wird es die Strukturfondsmittel nur in eingeschränktem Rahmen, wenn überhaupt noch, geben, denn dann wird unser Land nicht mehr Ziel-1-Fördergebiet der EU sein. Was die Landesregierung dann allerdings selbst in Sachen Klimaschutz aufzuweisen haben wird, auch das vor dem Hintergrund des eingereichten Änderungsantrages, da ist natürlich die CDU sehr gespannt. Aufgrund dessen – und ich bitte Sie, Frau Vorsitzende, lassen Sie schnell abstimmen, bevor noch mehr Änderungsanträge kommen und wir hier gar nichts mehr zu beschließen haben – stimmt die Fraktion

der CDU diesem Antrag zu und lehnt den Ergänzungsantrag von SPD und PDS ab. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Peter Ritter, PDS: Na, das ist doch ein Wort, Herr Brauer.)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Brauer.

Das Wort hat jetzt der Umweltminister Professor Dr. Methling.

**Minister Dr. Wolfgang Methling:** Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Immer noch Präsidentin.)

Ich werde nicht solch eine Wertung vorlegen, wie sie Herr Brauer vielleicht erwartet, mich mit fremden Federn zu schmücken, sondern ich werde über das sprechen, worüber hier zu sprechen ist. Dieses ist einerseits etwas, was wir als gute Bilanz bezeichnen können, andererseits aber auch haben wir noch viele Aufgaben.

Die Internet-Suchmaschine Yahoo

(Angelika Gramkow, PDS: Keine Werbung!)

titelte am 28. November diesen Jahres Folgendes: „Klimakonferenz gescheitert, die Menschheit auch?“ Es wird mitgeteilt, dass das Ziel der Umweltminister und Experten aus 180 Ländern beim Klimagipfel in Den Haag, konkrete Schritte zur Reduzierung der Treibhausgase festzulegen, nach zwei Wochen Verhandlungen kläglich gescheitert ist. „Fruchtlose Konferenz gegen furchtbare Katastrophen“, das war das allgemeine Fazit der Berichterstattung.

Dies alles ist mit Bedauern festzustellen und ich denke, daraus kann es nur eine Schlussfolgerung geben: Wenn die internationale Politik sich außerstande sieht, dieses Menschheitsproblem mit der Konsequenz anzugehen, der es bedarf, müssen die lokalen Akteure handeln. Dazu zählen in diesem Falle auch die Länder mit ihren Regierungen und Parlamenten. Deswegen begrüße ich, dass sich das Parlament des Landes Mecklenburg-Vorpommern auch mit diesem Thema beschäftigt.

Ob es richtig ist, das Wirken des Bundesumweltministers auf dieser Konferenz so zu bewerten, da habe ich meine Zweifel, denn es kam auch darauf an, das Ergebnis, was man dann erzielt hatte, letztendlich zu akzeptieren oder nicht zu akzeptieren. Und da kann man auch zu einer Einschätzung kommen, dass dieses völlig inakzeptabel ist. Wer die eigentlich Schuldigen sind, dass es gescheitert ist, das wissen wir wohl alle. Das sind die starken Gruppen, die sich um die Vereinigten Staaten drehen, und nicht der Bundesumweltminister.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Peter Ritter, PDS: So ist es.)

Also das möchte man in der Fairness dann auch einmal gesagt haben.

Mit dem Beschluss über das Klimaschutzkonzept des Landes vom 22. April 1997 hat sich die Landesregierung das Ziel gesetzt, die Emission treibhausrelevanter Gase bis zum Jahr 2010 um 25 Prozent zu reduzieren. Diesen Politikansatz habe ich von meiner Vorgängerin im Amt, Frau Kleedehn, gewissermaßen geerbt. Ich sehe keinen Grund, dieses Erbe auszuschlagen, sondern bin gerne bereit, dieses Erbe zu mehren. Deswegen bin ich froh,

dass es eine interministerielle Arbeitsgruppe gibt, die die Umsetzung der verschiedenen Maßnahmevorschläge begleitet. Bekanntlich waren es 36 solcher Komplexe. Die interministerielle Arbeitsgruppe wirkt kontinuierlich und berichtet dem Kabinett im Zweijahreszyklus.

Der letzte Bericht an das Kabinett ist datiert vom August diesen Jahres und umfasst den Zeitraum bis 1999. Bei der Bearbeitung zeigte sich jedoch, dass die Bewertung einzelner Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes nicht ganz einfach ist. Die Auswertung ist daher auch nicht sehr zeitaktuell zu erstellen, denn zuvor müssen umfassende statistische Angaben vorliegen. Dazu zählt unter anderem auch der Energiebericht des Landes, der auf jeden Fall die notwendigen Daten liefern muss, um eine Bewertung insgesamt für den Klimaschutz im Lande vornehmen zu können.

Ich will den Landtag gerne auf der Basis des jetzt vorliegenden Berichtes über die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes unterrichten, muss aber bereits heute auch sagen, dass in dem Bericht, den ich Ihnen zum Beginn des nächsten Jahres vorlegen kann, die Daten des Jahres 2000 noch nicht ausgewertet sein können. Insofern müssen Sie mit diesen Daten von 1999 Vorlieb nehmen.

Ich unterstütze auch das Anliegen des vorliegenden Antrages, dass das Konzept unter bestimmten Prämissen fortzuschreiben ist. Ich denke, das ist etwas ganz Normales und nicht Unnormales, dass diese Fortschreibung geschieht. Und ich meine auch, dass es einer Qualifizierung der Instrumente und einer Ausweitung der Arbeitsfelder bedarf.

Eine ganze Reihe von Schlussfolgerungen dazu ist bereits im Ergebnis der laufenden Arbeit der Ressorts gezogen worden. Vor allem benötigen wir zunächst eine solide Bilanzierung der Treibhausgasemission des Landes. Da fehlt es noch erheblich an Daten und auch an Wertungen, um künftig eine fundierte Auswertung und Präsentation der Ergebnisse vornehmen zu können.

(Lutz Brauer, CDU: Und Finanzen.)

Die hierfür notwendigen Daten und der Aufbau einer Datenbank wurden von mir bereits in Auftrag gegeben und sollen eine quantitative Abschätzung der erzielten CO<sub>2</sub>-Reduktion ab dem Jahr 2002 ermöglichen. Ich muss an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es derzeit kein einheitliches System zur Erfassung und Bewertung regionaler Treibhausgasemissionen beziehungsweise der möglichen Einsparungen und Ergebnisse gibt. Insofern betreten wir damit Neuland. Diese Arbeit leistet das Umweltministerium gemeinsam mit den beteiligten Ressorts sehr gern, denn sie ist erforderlich, um die Förderung von Klimaschutzmaßnahmen durch EU-Strukturfondsmittel mit entsprechenden Indikatoren zu begleiten und zu bewerten. Mit den bereits eingeleiteten Aktivitäten kann somit auch diesem Ansatz entsprochen werden.

Und, Herr Brauer, ich verstehe nicht, wie Sie kritisch hinterfragen, dass wir dabei EU-Strukturfördermittel benutzen. Ich denke, wir sollten dankbar sein, aber Sie haben natürlich Recht. Wenn es die nicht mehr gibt, werden wir weniger Mittel im Lande dafür einsetzen können. Deswegen sollten wir heute noch alles Mögliche tun, aber nicht im kritischen Unterton sagen, dass wir uns auf diese Mittel selbstverständlich gerne stützen.

(Lutz Brauer, CDU: Aber so hat eine Opposition Gewicht.)

Richtig, Herr Brauer. Ich freue mich ja auch, dass Sie dem Antrag zugestimmt haben.

Eine Fortentwicklung des Klimaschutzkonzeptes halte ich zweifellos für erforderlich. Die Arbeiten dazu müssen in den Jahren 2001 und 2002 geleistet werden. Und da gehört es dann selbstverständlich dazu, dass das Moor-schutzkonzept, was wir seit diesem Jahre in Angriff genommen haben, und das Innovationsprogramm „Nachwachsende Rohstoffe“ sich darin wiederfinden. Ich begrüße auch sehr die Vorschläge, mehr als bisher die klimarelevanten Fragen der Kreislauf- und Abfallwirtschaft, der Forst, des Verkehrs und des Wohnungsbaus zu berücksichtigen. Sie alle tragen zu einer letztendlich zukunftsfähigen Strategie für Klimaschutz bei, denn es geht um mehr als nur um eine spezifische Förderung in den Bereichen der Energieeinsparungen und erneuerbarer Energien.

Die entsprechende Richtlinie des Umweltressorts zur Umsetzung von Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes wird leider viel zu oft als das alleinige Mittel zum Erreichen dieser Zielstellung verstanden. Es ist mir zwar in den Haushaltsdebatten gelungen, die vorgesehenen Mittel im Ansatz auf inzwischen knapp 5 Millionen DM zu erhöhen. Ich will allerdings darauf hinweisen, dass das bei weitem nicht ausreicht, um die notwendigen Aktivitäten in allen Bereichen zu initiieren und zu begleiten. Auch da sind wir uns mit Herrn Brauer einig.

Klimaschutz ist auch ökologisches Bauen, Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen, wo immer technologisch und ökonomisch möglich, ist selbstverständlich auch Verkehrsvermeidung, ist die Stärkung der Bahn, um das heutige Thema noch einmal aufzugreifen, als öffentliches Verkehrsmittel, ist das Dreiliterauto oder sind neue Einsatzfelder von Brennstoffzellen und Wasserstofftechnologien, um nur einige Beispiele zu nennen.

(Beifall Lutz Brauer, CDU)

Hier gilt es mehr als bisher, Position zu beziehen.

In Anbetracht knapper Kassen ist es nicht mehr ausreichend, klimaschutzrelevante Aktivitäten, wie zum Beispiel den Einsatz erneuerbarer Energiequellen, zu fördern, sondern wir müssen mehr und mehr dazu übergehen, durch die Ausgestaltung unserer Förderinstrumente nachhaltiges Wirtschaften und Leben in vielen Bereichen zu fördern, aber auch zu fordern. Es geht um nicht mehr und um nicht weniger als um das Einbeziehen ökologischer Kriterien in ökonomische und andere Förderinstrumente der öffentlichen Hand, wo immer es denn Sinn macht. Und Sinn macht es an viel mehr Stellen, als es bisher realisiert wird. Im Übrigen will ich darauf hinweisen, dass die EU eine entsprechende Evaluierung des Einsatzes der Fördermittel fordert.

Auch was die Vorbildwirkung der öffentlichen Hände betrifft, sehe ich noch erhebliche Reserven. Eine Statistik über die Um- und Ausbauten von Landesliegenschaften unter dem Aspekt, wo hierbei Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie zum Tragen gekommen sind, würde nicht allzu gut ausfallen.

Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Technologien zur Nutzung alternativer Energiequellen setzt voraus, dass Marktanreize gesetzt werden und man gewillt ist, neuen Technologien auch mit unkonventionellen Mitteln zum Durchbruch zu verhelfen, was ja auch Gegenstand des Parlamentarischen Abends, den wir vor kurzem

durchgeführt haben, gewesen ist. Es dürfte unstrittig sein, dass in allen Bereichen der Energieumwandlung, dazu zähle ich auch die Bereiche Kommunikation und Verkehr, das größte Entwicklungspotential überhaupt steckt. Wenn wir über neue Projekte, über neue Produkte, neue Technologien als Chance für dieses Land sprechen, müssen wir mehr tun, als wir bisher mit dem konventionellen Verwaltungshandeln erreichen konnten. Ich bin dazu bereit und setze auf Ihrer aller Unterstützung, auf die Unterstützung der Parlamentarier und meiner Kollegen in der Landesregierung.

Die Panikstimmung durch steigende Ölpreise zeigte uns wieder einmal sehr deutlich, in welchem fatalen Abhängigkeitsverhältnis wir uns befinden. Und es ist höchste Zeit, die möglichen Alternativen auch aus diesen Gründen ernst zu nehmen, statt laufend über die Öko-steuer zu lamentieren.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine gemeinsame konstruktive Klimaschutzstrategie ist dringendes Erfordernis für eine nachhaltige Entwicklung, auch in unserem Land. Die weitere Untersetzung des Klimaschutzkonzeptes zu einem Aktionsplan für Klimaschutz ist mir daher wichtig. Ich baue dabei auf die Unterstützung meiner Kollegen und auf die Unterstützung der Abgeordneten dieses Hohen Hauses, denn es ist eine ressortübergreifende Aufgabe, die ein Umweltminister allein nicht bewältigen kann.

Leider wird dies im gesellschaftlichen Umfeld noch nicht ausreichend wahrgenommen und entsprechend gehandelt. Deshalb bin ich sehr froh, dass meine Kollegen Muth und Ritter die parlamentarische Initiative übernommen haben, dass dieses Hohe Haus sich heute mit der Aufgabe Klimaschutz beschäftigt. Ich hoffe, dass Sie dem Antrag der beiden Kollegen sowie dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen folgen können und mir damit die parlamentarische Unterstützung für das weitere Handeln zur Umsetzung und zur Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes des Landes Mecklenburg-Vorpommern geben. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schildt von der SPD-Fraktion.

**Ute Schildt, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Weltklimakonferenz im November in Den Haag hat gezeigt, wie schwer es ist, international durchbrechende Maßnahmen zum Klimaschutz umzusetzen. Alle Vorredner haben das erwähnt und dargestellt, wie wichtig es aber ist, Klimakatastrophen zu verhindern, indem wir schrittweise daran arbeiten, die Emissionskonzentration zu vermeiden. Es ist fachlich sehr deutlich geworden – eigentlich in allen Redebeiträgen – und das möchte ich auch nicht wiederholen an dieser Stelle. Wichtig ist, dass jeder Einzelne, wir als Land, der Bund und alle Staaten dieser Erde Aufgaben haben, an dieser großen globalen Aufgabe mitzuarbeiten.

Dieses Thema ist täglich aktuell, monatlich, jährlich, immer. Und es ist immer auf dem Prüfstand: Wie gut sind die Maßnahmen, die wir eingeleitet haben? Gibt es neue

Erfahrungen? Gibt es neue Tendenzen, die wir umsetzen müssen? Die Fraktion der SPD begrüßt ganz nachdrücklich, dass dieses Thema auf die Tagesordnung gerufen wird,

(Beifall Reinhard Dankert, SPD,  
und Volker Schlotmann, SPD)

weil wir meinen, auch da ist Veränderung nachweisbar. Der Umweltminister hat eben berichtet, was umgesetzt werden könnte. 36 Maßnahmen sind im Klimaschutzkonzept unseres Landes enthalten. Viele davon sind effektiv. Einige haben gezeigt, dass sie eigentlich nicht den Wirkungsgrad erreicht haben. Bei etlichen Maßnahmen können wir gar nicht konkret nachweisen, wie hoch der Effekt auf die Emission von Indikatoren ist.

An dieser Stelle müssen wir ansetzen, messbare Ergebnisse und Verfahren vorlegen, die messbar eine Reduzierung der Konzentration des Ausstoßes an CO<sub>2</sub> erreichen. Wir müssen auch nachweisen, wie gut solche Programme wirken wie unser Moorschutzprogramm, das wir hier im Plenum gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Noch haben wir theoretische Daten. Wie können wir sie ermitteln? All das gilt es zu vervollständigen.

Diesem Ziel dient der Antrag, den Frau Muth und Herr Ritter auf den Weg gebracht haben. Er hat von unserer Seite in geringem Maße Änderungs- und Zusatzbedarf. Den haben wir in unserem Änderungsantrag dargestellt. Ich glaube, Sie haben ihn inzwischen alle gelesen. Es geht darum, die CO<sub>2</sub>-Zielmengen festzulegen und an konkreten Daten auch künftig zu arbeiten. Ansonsten habe ich, was an inhaltlichen und fachlichen Fragen vorgebracht wurde, nichts zuzusetzen. Ich bitte Sie, unserem Änderungsantrag und dem Antrag der beiden Abgeordneten Muth und Ritter Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Frau Schildt.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der PDS-Fraktion.

**Birgit Schwebs,** PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einmal mit dem Bekenntnis beginnen, dass wir mit unserem Antrag nicht die Absicht verfolgen, das Fahrrad ein zweites Mal zu erfinden. Uns ist schon klar, Herr Brauer, dass wir seit einigen Jahren über ein Klimaschutzkonzept im Lande verfügen. Das allerdings ist unserer Meinung nach angesichts der schnellebigen Entwicklungen unserer Zeit schon etwas in die Jahre gekommen. Auch deshalb, aber eben nicht nur deshalb, meinen wir, dass das vorliegende Konzept einer dringenden Überarbeitung bedarf. Und nicht hinter jedem Einzelantrag, Herr Brauer, aus den Koalitionsfraktionen steckt Verrat am Minister oder an der Koalition.

Neben der Einbeziehung neuer rechtlicher Rahmenbedingungen, die ganz erhebliche Potentiale für eine klimaverträgliche Wirtschaftsweise offenbaren, denken wir nur an das EEG, gibt es einige Gesichtspunkte, die im gegenwärtigen Konzept nur unzureichend berücksichtigt sind und infolge der nationalen und internationalen Entwicklung gar nicht berücksichtigt sein können. Auch deshalb der Antrag, Herr Brauer.

(Heiterkeit bei Lutz Brauer, CDU:  
Ich hab' ihn doch nicht gestellt.)

Da ist beispielsweise die dringende Forderung nach der Erarbeitung von Nachhaltigkeitsindikatoren zur Bewertung von Strukturfördervorhaben im Land.

Die Diskussion im Vorfeld der Debatte zu diesem Thema zeigt denn auch, dass es hierbei eine Reihe von Irritationen, Unsicherheiten und Missverständnissen gibt. Im Besonderen wittern Vertreter der Wirtschaft bei dem bloßen Wort „Nachhaltigkeitsindikator“ Verrat und befürchten, dass dieses Instrument wieder nur dazu verwendet wird, wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land zu be-, wenn nicht gar zu verhindern. Um Ihnen zunächst jedoch die Illusion zu nehmen, dass es sich hierbei um eine fixe Idee der PDS-Abgeordneten Caterina Muth und Peter Ritter handelt, gestatten Sie mir einen kleinen Ausflug in die jüngere Geschichte:

Im Ergebnis der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro 1992 hat sich der heute weitverbreitete Begriff der nachhaltigen Entwicklung sowohl als ein neues Leitbild in der Umweltpolitik als auch in der allgemeinen Entwicklungspolitik durchgesetzt. Dieses Leitbild zeichnet sich dadurch aus, dass es versucht, sowohl ökologische als auch ökonomische und soziale Entwicklungen gleichwertig zu berücksichtigen. In Kapitel 40 der Agenda 21 wird explizit die Entwicklung und Anwendung von Messgrößen oder Beurteilungskriterien gefordert, mit deren Hilfe national und international Entwicklungsprozesse überprüft werden sollen, ob sie dem Anspruch einer nachhaltigen Entwicklung gerecht werden. Auf nationaler Ebene geht es jetzt darum, dass mittels Nachhaltigkeitsindikatoren die Entwicklungstrends in zentralen Problembereichen eines Landes quantitativ und qualitativ beschrieben werden können, um daraus Handlungsbedarfe für Politik und Wirtschaft abzuleiten.

Zur Umsetzung der Ideen der Agenda 21 hat die UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung auf ihrer Tagung im Jahr 1995 ein mehrjähriges internationales Arbeitsprogramm zur Entwicklung von Nachhaltigkeitsindikatoren verabschiedet. Hauptbestandteil dieses Programms ist eine so genannte „Arbeitsliste“ mit 134 Einzelindikatoren für alle Themenbereiche der Agenda 21. Diese Themenbereiche sind in die vier Kategorien Ökonomie, Soziales, Ökologie und Institutionen unterteilt. Die ihnen zugeordneten Kriterien sind dabei in Antriebs-, Zuständigkeits- und Maßnahmeindikator gegliedert.

Um die Theorie anschaulicher zu machen, möchte ich Ihnen drei Indikatoren aus dem Bereich Soziales am Beispiel des siebenten Kapitels der Agenda 21 benennen. Kapitel 7 beschreibt unter anderem die Förderung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung. Indikatoren für diesen Bereich sind dabei das Wachstum der städtischen Bevölkerung, die Wohnpreise im Verhältnis zum Einkommen oder die Infrastrukturausgaben pro Kopf.

Meine Damen und Herren, ich möchte es noch einmal betonen: Die Befürchtungen zu diesem Instrumentarium sind vollkommen unbegründet. In einer Testphase bis Ende des Jahres 1999 haben sich eine Reihe von Pilotländern dazu bereit erklärt, diese so genannten CSD-Indikatoren auf freiwilliger Basis zu erproben. Neben Frankreich, Finnland, Brasilien, China und anderen Ländern war auch Deutschland bereit, an der Testphase teilzunehmen. Zu diesem Zweck wurde ein interministerieller Arbeitskreis innerhalb der Bundesregierung gebildet.

Um eine möglichst große Akzeptanz für die Nachhaltigkeitsindikatoren zu erreichen, ist die Einbindung verschie-

dener gesellschaftlicher Gruppen in einen nationalen Begleitkreis von großer Bedeutung. Neben Vertretern der Wirtschaft, der Kirchen, von Gewerkschaften, wissenschaftlichen Beiräten und der Enquetekommission des Deutschen Bundestages waren insgesamt 22 gesellschaftlich relevante Gruppen in diesem Arbeitskreis „Schutz des Menschen und der Umwelt“ vertreten. Schließlich wurde zur wissenschaftlichen Beratung auch noch ein Expertenkreis von rund 20 Wissenschaftlern aus den unterschiedlichsten Disziplinen gebildet.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, schon bei dieser kurzen Darstellung wurde ausreichend deutlich, dass es sich bei den geforderten Nachhaltigkeitsindikatoren nicht um Teufelszeug handelt und an ihrer Erarbeitung neben der Wirtschaft eine repräsentative Vertretung der Gesellschaft beteiligt ist. Ziel aller dieser Bemühungen ist es letzten Endes, ein System von Bewertungskriterien zu schaffen, das es uns möglich macht, zum Beispiel ganz konkrete Investitionsvorhaben hinsichtlich ihrer langfristigen Vernünftigkeit und damit nämlich ihrer Nachhaltigkeit in den Bereichen Ökonomie, Ökologie und Soziales beurteilen zu können. Das bedeutet nicht Verhinderung wirtschaftlicher Entwicklung, nicht die Entgegensetzung von Ökonomie und Ökologie und nicht die größere Bedeutung der Ökologie gegenüber der Ökonomie.

(Peter Ritter, PDS: Sehr richtig.)

Nein, es bedeutet an dieser Stelle nur in erster Linie Wahrnehmung politischer Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren! Bei allen unterschiedlichen Auffassungen darüber, was in einem ausgereiften Klimaschutzkonzept stehen sollte, wichtig ist aber auch die Tatsache, dass wir im Bewusstsein um die Notwendigkeit darüber überhaupt streiten, um einen gesellschaftlichen Konsens zu erhalten. Dass auch die jetzt verabredete Novellierung unseres Konzeptes nicht die letzte ist, scheint angesichts der schnelllebigen Entwicklung der Gesellschaft schon irgendwie logisch. Und bei der nächsten Novellierung sind dann auch Ihre inhaltlichen Vorschläge, meine Damen und Herren, Ihre inhaltlichen Vorschläge aus der Opposition gefragt.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Bräunig von SPD-Fraktion.

**Erhard Bräunig, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die 6. Weltklimakonferenz in Den Haag ist vorbei und sie war kein Erfolg. Es lag jedoch nicht an den Europäern und nicht an der Bundesrepublik Deutschland. Im Vorfeld dieser Konferenz hatte die Bundesregierung bereits am 18. Oktober ihr Klimaschutzprogramm beschlossen. Und ich denke, dieser Weg ist ziemlich erfolgversprechend, nicht zuletzt weil die Wirtschaft ihre 1996 abgegebene Selbstverpflichtung zur Kohlendioxidminderung weiterentwickelt hat, freiwillig und ohne staatlichen Zwang.

Aufgrund der bereits bestehenden Maßnahmen wie Ökosteuer, Erneuerbare-Energien-Gesetz, 200-Millionen-DM-Programm für erneuerbare Energien und 100.000-Dächer-Solarstrom-Programm werden nach Einschätzung der Bundesregierung bis 2005 die jährlichen CO<sub>2</sub>-

Emissionen im Vergleich mit dem Basisjahr 1990 insgesamt um 18 bis 20 Prozent sinken. Hierbei hat die Bundesregierung bereits mit eingerechnet, dass vor allem durch den Zusammenbruch der alten Industrien im Osten der Kohlendioxidausstoß von 1990 bis 1999 um 15 Prozent gesunken ist.

Aus dem Klimaschutzprogramm der Bundesregierung können wir für die Fortschreibung unseres Klimaschutzkonzeptes Lehren ziehen. Das Klimaschutzprogramm des Bundes gibt für die einzelnen Sektoren konkrete Minderungsbeiträge vor. Dabei wurde eine Gleichverteilung der Sektorenbeiträge Industrie und Energiewirtschaft, Privathaushalte und Gebäudebereich angestrebt. Es ist unsinnig, weil nicht leistbar, die Hauptlast der CO<sub>2</sub>-Einsparung einseitig der Energiewirtschaft aufbürden zu wollen. Und es ist völlig unsinnig, den Löwenanteil der Hauptlast auf einen Teilbereich der Energiewirtschaft, nämlich der Stromerzeugung, abzuwälzen. Alle Sektoren müssen entsprechend ihrem Energieverbrauch belastet werden, damit wir eine realistische Zielerreichungschance haben. Insbesondere in der Wohnungswirtschaft liegen bekanntermaßen die größten Einsparpotentiale und hier vor allem im Altbau.

Darüber hinaus muss man sich vor Augen halten, dass der Energieeinsatz noch nicht einmal für die Hälfte der gesamten Treibhausemissionen im Land verantwortlich ist. Deshalb begrüße ich die Einbeziehung des Moorschutzkonzeptes und die Einbeziehung nachwachsender Rohstoffe ausdrücklich, weil damit die Belastungen gleichmäßiger verteilt werden.

Meine Damen und Herren! Ich denke, auch die Fortsetzung der Strategie der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien ist unstrittig. Dabei dürfen allerdings einzelne erneuerbare Energieträger nicht ausgeblendet werden, weil der Naturschutz das Ende der Fahnenstange erreicht sieht. Die Errichtung von Offshorewindparks muss möglich sein, weil in unseren Breitengraden mittelfristig von dort die höchsten Beiträge zur CO<sub>2</sub>-Einsparung zu erwarten sind. Insofern kann ich mir dies durchaus als Maßnahme in einem neuen Klimaschutzkonzept vorstellen.

Für die umweltfreundliche Energieerzeugung mit Hilfe von Brennstoffzellen stellt die Bundesregierung von 2001 bis 2003 jährlich 100 Millionen DM zur Verfügung – eine Maßnahme, die sich gut mit unseren Vorstellungen zur Wasserstofftechnologie verbindet und die ich mir ebenfalls gut als Maßnahme für ein fortgeschriebenes Klimaschutzkonzept vorstellen kann.

Abgesehen davon, dass das Wirtschaftsministerium des Landes zwischen 1991 und 1999 mit knapp 60 Millionen DM über 1.200 Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien und im Rahmen der Technologie- und Innovationsförderung 52 Projekte auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien mit 6,2 Millionen DM gefördert hat, fand die durchschlagene CO<sub>2</sub>-Einsparung im Rahmen der Förderung der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur statt. In der Regel ist jede gewerbliche und industrielle Neuinvestition mit einer deutlichen Reduzierung des Energieverbrauchs verbunden. Die Erneuerung des Produktionsapparates sowie der Stromerzeugungs- und vorwiegend Heizungsanlagen hat zu einer deutlichen Senkung der Energieintensität geführt und damit generell dem Klimaschutz gedient.

Die weitere Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Energieverbrauch, unter anderem durch verbesserte

Auslastung der Produktionskapazitäten, ist ebenso wie verstärkte Energieeinsparung im Gebäudebereich ein wichtiger Baustein für eine konzeptionelle Energiepolitik des Landes, die dem Klimaschutz dient. Ich denke, wenn wir den wirtschaftlichen Nachholbedarf des Landes und die damit verbundene CO<sub>2</sub>-Belastung angemessen berücksichtigen und wenn wir im Sinne der Nachhaltigkeit auch die sozialen und ökonomischen Komponenten, also sozial verträgliche und wettbewerbsfähige Energiepreise nicht aus den Augen verlieren, dann müsste uns die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes unserem gemeinsamen Ziel, einen deutlichen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Einsparung zu leisten, näher bringen. In diesem Sinne stimme ich dem gemeinsamen Änderungsantrag der SPD und PDS zum Klimaschutzkonzept zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Bräunig.

Wir kommen zur Abstimmung.

Da geht es zunächst um den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1726. Wer also diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Die Gegenstimmen bitte. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Kollegen der SPD-Fraktion und der PDS-Fraktion bei zwei Stimmenthaltungen in den Reihen der PDS-Fraktion sowie Gegenstimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Wer dem Antrag der Abgeordneten Caterina Muth und Peter Ritter auf Drucksache 3/1639 mit der soeben beschlossenen Veränderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke sehr.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS –  
Gerd Böttger, PDS: Das ist ja dann  
einstimmig. Das ist ja einstimmig.)

Damit ist der Antrag der Abgeordneten Caterina Muth und Peter Ritter, Fraktion der PDS, einschließlich der soeben beschlossenen Änderung angenommen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Stimmenthaltung der Kollegen der CDU-Fraktion.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Wollten  
Sie nicht zustimmen, Herr Brauer?)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Entschließung zu Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 3/1645.

**Antrag der Fraktion der CDU:  
Entschließung zu Hochschulen  
in Mecklenburg-Vorpommern  
– Drucksache 3/1645 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages hat der Abgeordnete Herr Dr. König von der CDU-Fraktion.

**Dr. Arthur König,** CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Zeit drängt. In der Haushaltsdebatte klang es gestern bereits an, die Internationalisierung der Hochschullandschaft und die Internationalisierung von Forschung und Lehre schreiten voran und sie werden auch Mecklenburg-Vorpommern nicht umgehen. Mit

Internationalisierung verbindet sich natürlich die Globalisierung von wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Prozessen.

Für den Wissenschaftsbereich ist das allerdings nichts Neues. Wissenschaft lebt immer schon von dem Begriff der Internationalität. Traurig ist nur, dass die deutschen Nobelpreisträger ihre Internationalität überwiegend an Hochschulen der Vereinigten Staaten praktizieren.

(Heidmarie Beyer, SPD: Die sind aber nicht  
in den letzten zwei Jahren weggelaufen.)

Meine Damen und Herren! Es geht darum, welches Modell der Steuerung und Lenkung von Forschung und Lehre die Gewähr dafür bietet, flexibel auf neue Herausforderungen und Entwicklungen in Wissenschaft, Technik und Gesellschaft zu reagieren beziehungsweise Entwicklungen richtungsweisend für die Grundlagenforschung zu beeinflussen. Wie nie zuvor zeigt sich heute, dass Hochschulen dem Wettbewerb ausgesetzt werden müssen, denn nur der Wettbewerb der Ideen bringt Entwicklungen voran. Den Wettbewerb um Köpfe und Ideen, wenn wir uns nicht enorm anstrengen, gewinnen nicht wir, den gewinnen dann möglicherweise andere.

Meine Damen und Herren! Die gegenwärtige Struktur der Hochschulen erlaubt kaum Wettbewerb. Alles ist aufeinander abgestimmt. Bereiche sind abgegrenzt, Doppelungen vermieden und Hochschullehrer sind lebenslang verbeamtet. Wettbewerbsanreize sind kaum zu erblicken. Sie existieren nur im Bereich der Drittmittelerwerbung. Dieser Zustand der flächendeckenden Stagnation war 1998 Antrieb für die damalige Bundesregierung, die Novelle des Hochschulrahmengesetzes auf den Weg zu bringen, die im kommenden Jahr dann zwangsläufig zu einer Novelle des Landeshochschulgesetzes führen muss.

Die leistungsbezogene Zuweisung von staatlichen Mitteln an Institute einer Hochschule ist ein erster Schritt, um einen Ansatz von Wettbewerb in die Hochschulen zu bringen. Das ist aber nur Wettbewerb innerhalb der Hochschulen und nicht zwischen den Hochschulen.

Meine Damen und Herren! Die Zahl privater Hochschuleinrichtungen steigt in Deutschland und sie finden trotz zum Teil hoher Studiengebühren zahlreiche Studenten, die sich dort ausbilden lassen. Über Studentenmangel können diese Einrichtungen nicht klagen.

Der Antrag meiner Fraktion soll Bewegung in die Diskussion um die Neugestaltung der Hochschullandschaft in Mecklenburg-Vorpommern bringen. Der Bildungsminister vertröstet Bildungsausschuss und Hochschulen seit geraumer Zeit mit der Ankündigung hinsichtlich der Vorlage eines Entwurfes für ein neues Landeshochschulgesetz. Die CDU-Fraktion war ihm dabei behilflich,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:  
Ach je! Das ist aber schön!)

die dringend notwendige öffentliche Diskussion ...

Doch, Herr Bartels.

... über das Gesetz seit Sommer in Gang gebracht zu haben.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Darauf  
komme ich noch mal zurück.)

Dass die CDU-Fraktion an einem konstruktiven Miteinander bei der Debatte um das LHG interessiert ist, wird

durch den sachlichen Umgang mit den kursierenden Gesetzentwürfen unterstrichen.

Meine Damen und Herren! Es liegt allerdings in der Natur der Sache, dass Sie und wir nicht zu jedem Punkt in diesem LHG ein gleiches Maß von Übereinstimmung haben. Aber im Streit der Meinungen sollten wir im kommenden Jahr in der Endkonsequenz zu einem Hochschulgesetz kommen, das im Wesentlichen den im Antrag formulierten Grundsätzen entspricht. Einige Stellungnahmen der Hochschulen zum Gesetz liegen bereits vor. Alle Fraktionen haben Gespräche zum Gesetzentwurf geführt. Und was Sie heute im Antrag formuliert vor sich sehen, ist in gewisser Weise die Quintessenz aus den Stellungnahmen und Gesprächen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:  
Das überrascht mich aber wirklich.)

Meine Damen und Herren! Aber, ich will das nicht verhehlen, der Gesetzentwurf entspricht nicht durchgängig den im Antrag formulierten Herausforderungen. Das Gesetz enthält weiterhin eine immens hohe Regelungsdichte und dieses fällt nicht nur der CDU auf, sondern dämpft vor allem bei den betroffenen Hochschulen die Erwartungen an das Gesetz. Der Gesetzentwurf ist geprägt von einem starken Misstrauen gegenüber den Hochschullehrern und von einer Überbewertung des studentischen Einflusses.

(Beifall Steffie Schnoor, CDU –  
Dr. Gerhard Bartels, PDS:  
Das würde ich als Lob auffassen.)

Gewiss, die Hochschule ist für die Studenten da und nicht umgekehrt. Das ist ein Satz, der trifft in jedem Fall zu, aber die Hochschule muss mehr leisten. Ihre Aufgaben sind vielfältiger, sie haben Aufgaben zu erfüllen, die weit über die Ausbildung des akademischen Nachwuchses hinausgehen.

(Beifall Steffie Schnoor, CDU)

Meine Damen und Herren! Der Ausbau der Hochschulen stellt eine der wenigen tragfähigen Perspektiven für unser Land, für Mecklenburg-Vorpommern dar. Unter keiner Landesregierung wurde daher, wenn es auch dem Haushalt nach schwer fällt, die Struktur der Hochschullandschaft grundsätzlich in Frage gestellt. Dieser Konsens ist eine gute Grundlage für eine sachliche Diskussion zur Zukunft der Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern. Wir sollten uns im Landtag zu mehr Mut durchringen, um den Hochschulen Freiräume zur Verfügung zu stellen, die sie in kürzester Zeit in die Lage versetzen, im Konzert der vielseitigen deutschen Hochschullandschaft weiterhin in der ersten Reihe mitzuspielen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie daher um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag „Entschließung zu Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern“ und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Dr. König.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Wenn es dazu keinen Widerspruch gibt, eröffne ich die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten unser Bildungsminister. Bitte sehr, Herr Professor Kauffold.

**Minister Dr. Peter Kauffold:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich stelle erstens fest, dass eigentlich wirklich eine sehr gute Stimmung im Plenum dieses Hohen Hauses herrscht,

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS,  
und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

und würde zweitens bemerken wollen, dass in dieser letzten Debatte vor dem Weihnachtsfest, der letzten Debatte in diesem Jahr der vorliegende Antrag der Opposition eine sehr erwünschte Gelegenheit gibt, über die intensive Arbeit der Hochschulen und die intensive Arbeit der Landesregierung mit den und für die Hochschulen zu sprechen.

Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen verdienen höchste politische Beachtung. Darüber sind wir uns alle einig. Das wurde auch deutlich in dem Beitrag, den Sie, sehr geehrter Herr Kollege Dr. König, eben brachten. Ich möchte deshalb kurz politische Grundsätze der Landesregierung für die Hochschulwissenschaftspolitik benennen und Sie werden dann durch Vergleich feststellen können, wie weit sie mit den Meinungen in diesem Hause, vielleicht auch mit den Auffassungen, die Sie vertreten haben, Herr König, divergieren oder wie weit sie konvergieren oder wie weit sie akzeptabel sind.

Ich möchte also auch erstens betonen, dass in einer Zeit verschärften Wettbewerbes es uns gelingen muss, gemeinsam mit unseren Hochschulen den Weg zu einem Höchstmaß an Leistungsfähigkeit und Attraktivität der Einrichtungen zu öffnen und zu beschreiten. Das ist wichtig für das Image des Landes. Das ist wichtig für seine weitere Entwicklung, ja, es ist von zentraler Bedeutung für unser Land. Die Hochschulen prägen ganz wesentlich den Charakter des Landes. Sie stehen für Innovation, für Kreativität, sie stehen für Freiheit. Sie setzen ein Signal der Offenheit auch für Menschen, die als Studierende, als Hochschullehrer, als Wissenschaftler aus dem Ausland zu uns kommen. Das sollten wir nicht oft genug betonen. Ich hatte neulich gerade Gelegenheit, das sehr deutlich vor der Hochschule für Musik und Theater zu sagen. Wir wünschen uns mehr Studierende und Hochschullehrer aus dem Ausland. Unser Land braucht Austausch, es braucht geistige Impulse von überall.

Über die erforderlichen und notwendigen wirtschaftlichen Effekte aus der Tätigkeit der Hochschulen sind wir uns ohnehin alle einig. Und das gilt natürlich besonders für strukturschwächere Gebiete wie Ostmecklenburg und Vorpommern. Vor kurzem erst hat die Landesregierung den Entwicklungsbericht Vorpommern verabschiedet. Darin ist ausgewiesen, dass die vorpommerschen Hochschulen und ihr Umfeld insgesamt überdurchschnittlich viel Ressourcen erhalten. Das wird auch weiterhin so bleiben, Herr Abgeordneter König. Es geht darum, die kreativen Potentiale der Hochschulen noch mehr als bisher zu wecken und sie zu Anziehungspunkten zu entwickeln, Anziehungspunkte für die nachwachsende Jugend unseres Landes, aber auch für junge Menschen aus den anderen Bundesländern und überall her, Anziehungspunkte auch für Investoren.

Zweitens. Diese Entwicklung wird sich unter Bedingungen knapper Ressourcen vollziehen müssen. Deren Bereitstellung und Verteilung wird schwieriger. Dabei möch-

te ich betonen, bislang ist es gelungen, die Hochschulfinanzierung auf bundesweit vergleichsweise sehr hohem Niveau zu halten. Diese Aussage ist belastbar, wie Sie sehen. Dies bleibt auch weiterhin mein Bestreben und das Bestreben der Landesregierung. Die Beziehungen der demographischen Entwicklungen und Studentenprognosen mit der Hochschulfinanzierung als Automatismus zu begreifen und schicksalhaft zu vollziehen halte ich für sehr gefährlich und ich würde dem gegebenenfalls so nicht folgen wollen.

Dieser Zusammenhang ist stets politisch zu formulieren und zu entscheiden. Dabei gilt, Hochschulpolitik ist nie nur Ressortpolitik, sondern Teil der Landesentwicklungspolitik insgesamt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Das müssen Sie mit Dr. Mediger auch besprechen.)

Was meinen Sie, Herr Glawe?

(Harry Glawe, CDU: Das müssen Sie mit Dr. Mediger auch besprechen. – Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ach, Ihre Sorgen möchte ich haben, Herr Glawe! – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Wir sind mit Dr. Mediger ständig im Gespräch, und zwar in sehr konstruktiven Gesprächen, Herr Glawe.

Drittens. Um die Hochschulen bei knappen Ressourcen gleichwohl zu höchster Leistung zu befähigen, ist ihnen auch ein Höchstmaß an Selbstverantwortung und Selbststeuerung zuzubilligen. Dies betrifft sowohl Fragen der Organisation als auch des inhaltlichen Profils und der Haushaltsführung. Die Hochschulen brauchen starke Leitungen, klare Schwerpunkte und einen Globalhaushalt.

Die Steuerung durch das Land und innerhalb der Hochschulen, durch die Hochschulen selbst wird sich in zunehmendem Maße an In- und Outputbeziehungen orientieren müssen als Grundlage für Bewertungen und für Ressourcenzuweisungen. Dafür werden mit gezielter Unterstützung des Bildungsministeriums neue Steuerungsinstrumente installiert und weiterentwickelt – und das machen wir gründlich –, vor allem Kosten- und Leistungsrechnungen, Controlling, transparente Evaluationen, aussagefähige Kennziffernsysteme sowie Zielvereinbarungen. Die Leistungen beziehungsweise Erfolge der Hochschulen, ihr Output in Lehre und Forschung müssen zudem regelmäßig dargestellt werden.

Bei alledem ist klar, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Hochschulen werden auf lange Sicht überwiegend vom Staat finanziert. Die Verantwortung für die Mittelbereitstellung der Ressourcen liegt damit vorbereitend bei der Regierung und abschließend natürlich bei Ihnen, beim Parlament, als Haushaltsgeber. Regierung und Parlamentarier müssen ihr Handeln gegenüber der Öffentlichkeit und ihren Wählern verantworten. Schon daraus ergibt sich, dass die Autonomie der Hochschulen auch politische Führungsgrößen einschließen muss. Um politische Führung kommen der Staat und seine Organe nicht herum. Der Staat muss einerseits den rechtlichen und finanziellen Rahmen setzen und andererseits Schwerpunkte jedenfalls so weit festlegen, dass damit ein hinreichend ausgewogenes und qualifiziertes fachliches wie wissenschaftliches Mindestangebot gewährleistet wird.

Innerhalb dieses Rahmens ist die wissenschaftliche Profilierung und Leistungsentwicklung in Freiheit von For-

schung und Lehre Aufgabe der Hochschulen selbst. Hier sind entsprechende strategische Zielplanungen zu entwickeln und umzusetzen. Aktive Strukturpolitik aus eigener Kraft – dies wird für die Hochschulen eine ganz große Herausforderung werden, ganz besonders deswegen, weil damit auch eine Ungleichverteilung personeller und materieller Ressourcen verbunden ist. Gießkanne ist out.

Lassen Sie mich nun zu den einzelnen Punkten des Antrages kommen, der Gegenstand der Debatte ist.

Zum ersten Punkt. Das Verhältnis zwischen Staat, Land und Hochschule muss in der Tat entflochten werden, und zwar dahin gehend, dass den Hochschulen mehr Verantwortung übertragen wird. Das ergibt sich alleine schon aus dem Gedanken der Körperschaft des öffentlichen Rechts. Dies ist aber auch notwendig, um die Hochschulen im Wettbewerb flexibler und handlungsfähiger zu machen. Sie müssen schneller auf die sehr rasant verlaufende Entwicklung der Wissenschaft und der Wirtschaft reagieren können. Detailsteuerung ist kontraproduktiv und einfach zu langsam und ist auch nicht beabsichtigt.

Zum zweiten Punkt. Globalhaushalte sollen mittelfristig an allen Hochschulen eingeführt werden. Der Modellversuch Neubrandenburg ist bisher erfolgreich verlaufen. Die Fachhochschulen Stralsund und Wismar beginnen im nächsten Jahr. Die Universitäten wünschen selbst eine längere Zeit der Vorbereitung. Es liegt auf der Hand, dass das Land sich damit nicht aus der finanziellen Verantwortung stehlen will, allerdings wird die Bemessung des Haushaltes, insbesondere der Mittel für Lehre und Forschung, zukünftig nach anderen Regeln verlaufen müssen. Baden-Württemberg etwa vergibt in einem laufenden Modellversuch bereits 14 Prozent des Gesamtzuschusses an die Hochschulen leistungsorientiert. Zum voraussichtlich zu verabschiedenden Doppelhaushalt 2002/2003 würde ich anstreben wollen, gemeinsam mit den Hochschulen und den Verantwortlichen in der Landesregierung und im Parlament, über ein System der leistungsorientierten Mittelvergabe ins Gespräch zu kommen.

Zum dritten Punkt. Die Hochschulen müssen handlungsfähiger werden und dafür effektivere Leitungsstrukturen etablieren. Das findet natürlich auch meine vollste Zustimmung. Dabei werde ich persönlich eine Präsidialverfassung bevorzugen. In jedem Fall ist eine innere Organisation abzulehnen, welche Möglichkeiten dafür bietet, dass sich die Entscheidungsorgane der Hochschulen gegenseitig blockieren. Das müssen wir ausschließen.

Zum vierten Punkt. Wir brauchen eine Reform des Dienstrechts und der Besoldungsstrukturen. Mit der in Arbeit befindlichen Dienstrechtsreform der Bundesregierung sind wir auf dem richtigen Weg. Der Qualifikationsweg der Hochschullehrer wird neu gestaltet und er wird deutlich verkürzt. Professoren werden künftig leistungsorientiert bezahlt, zumindest wird das Gehalt für die Vergütung leistungsorientierte Komponenten enthalten. Das wird eine ganz neue und sehr produktive Wettbewerbssituation schaffen und mehr Dynamik im Wissenschaftsbetrieb erzeugen. Nebenbei sind die Entwürfe der Bundesregierung, die auch in der Kultusministerkonferenz vorliegen und diskutiert werden, im Internet über den Bildungsserver des Landes und entsprechende Links abzurufen.

Zum fünften Punkt. Was wir sicher gegenwärtig nicht gebrauchen können und absolut nicht gebrauchen können, ist die Abschaffung der ZVS. Zwar muss den Hochschulen Schritt für Schritt ein größeres Auswahlrecht

zugestanden werden, aber derzeit wäre der Verzicht auf die zentrale Vergabe von Studienplätzen für unser Land, für Mecklenburg-Vorpommern, wie auch für die anderen neuen Bundesländer sehr schädlich. Wir würden dabei sehr wahrscheinlich sehr viele Studenten einbüßen.

Zum sechsten Punkt des vorliegenden Antrages. Regelungen zum Hochschulzugang für Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung haben wir längst in unserem Land. Dies wird auch praktiziert. Selbstverständlich muss in diesem Bereich verstärkt auf Qualität geachtet werden. Dafür können wir keine Riesenangebote an Studenten, an Studienbewerber über diesen Weg akquirieren. Im Studiengang 1990/2000 wurden über eine Zugangsprüfung insgesamt 40 Bewerber zugelassen. Im laufenden Wintersemester waren es allein an den Fachhochschulen 41.

(Vizepräsidentin Renate Holznaegel  
übernimmt den Vorsitz.)

Zum siebenten Punkt des Antrages. Die Hochschulen sind mit der Unterstützung des Bildungsministeriums längst aktiv auf dem Gebiet der Weiterbildung. Ich nenne die Weiterbildungsgesellschaft und das Fernstudienzentrum an der Universität Rostock und den weiterbildenden Studiengang BWL in Wismar. Ein Ausbau dieser Aktivitäten und vor allem eine stärkere Vernetzung, zum Beispiel in Form einer gemeinsamen Agentur, werden angestrebt. Dies geschieht nicht zuletzt zur Verbesserung der Einnahmen der Hochschulen. Für die Weiterbildung wird künftig auch das Onlinestudium genutzt. Hierzu gibt es Vorbereitungen an der Fachhochschule Stralsund im Rahmen des Bundesleitprojektes Virtuelle Fachhochschule.

Zum achten Punkt. Die Hochschulen haben mit tatkräftiger und unkomplizierter Unterstützung des Bildungsministeriums Bachelor-/Master-Studiengänge eingeführt, darunter in diesem Wintersemester zum Beispiel den Bachelor of Law – verzeihen Sie die englischsprachige Begriffswelt hier, aber das ist nun mal so üblich bei der Internationalisierung von Studiengängen –, Bakkalaureus und Magister Artium in Rostock – das ist nicht Englisch –, den Bachelor/Master of Nursing Administration in Neubrandenburg, den Bachelor of Business Administration in Stralsund und den Bachelor/Master of Architecture.

Alle diese Studiengänge sind modularisiert und auf ein Leistungsprüfsystem ausgerichtet. Im nächsten Jahr beginnen die Akkreditierungsverfahren. Nur die Akkreditierung gewährleistet – und auf dieser werden wir bestehen –, dass Mindeststandards eingehalten werden. Dieses Gütesiegel wird künftig unverzichtbar sein. Die Hochschulen werden gerade für diese neuen Studiengänge ab 2001 mit gezielter Unterstützung des Bildungsministers eine abgestimmte Aktion „Internationales Hochschulmarketing“ starten. Das ist auch eine Aktion, die bundesweit unterstützt wird. Damit soll unser Angebot weltweit systematisch bekannt gemacht und beworben werden.

Neben den Bachelor-/Master-Studiengängen gibt es gemeinsame Bemühungen mit dem deutschen akademischen Austauschdienst, Projekte zur Internationalisierung von Studiengängen zu starten, vor allem in Stralsund und Greifswald, bald auch in Wismar. Als besondere Maßnahme zur Internationalisierung unserer Hochschulen möchte ich an dieser Stelle auch den Bau des Alfred-Krupp-Kollegs in Greifswald nennen, das sich zu einer Drehscheibe der Wissenschaft im Ostseeraum entwickeln wird. Wir können sehr froh sein über diese Aktivität der Krupp-Stiftung in unserem Lande.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir brauchen hier nicht über die richtigen Wege zu streiten. Die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern haben sich mit kräftiger Förderung der Landesregierung längst auf den Weg gemacht. Dies gilt auch für die Forschung. Einige Forschergruppen der Universitäten bewegen sich – etwa bei den Lebenswissenschaften – bereits in der internationalen Spitze. Das sind noch zu wenig, aber wir haben einige. Das ist unlängst sogar von der renommierten Wochenzeitschrift „Die Zeit“ anerkannt worden.

Auch sind in der außerhochschulischen Forschung eine Reihe sehr beachtlicher Erfolge zu verzeichnen, von denen ich nur wenige nennen kann, zum Beispiel die Einwerbung zweier Max-Planck-Research-Schools, nämlich für Plasmaphysik und für Demographie, die positive Evolution des Instituts für organische Katalyseforschung, die Einwerbung eines Forschungsprojekts in Höhe von 20 Millionen DM für das Diabetesinstitut in Karlsburg, die Schaffung der Voraussetzung für den Erwerb eines neuen Meeresforschungsschiffes und einer Forschungsrakete für die Klimaforschung. Hier bleibt natürlich noch sehr viel zu tun.

Der von mir veranlasste, vom Bildungs- und Wirtschaftsministerium getragene, teilweise auch aus EFRE-Mitteln gespeiste Forschungswettbewerb mit einem Gesamtvolumen von rund 5 Millionen DM jährlich setzt neue Akzente. Schwerpunkte dieses Forschungswettbewerbs sind Biosystemtechnik, neue Wirkstoffe und Biomaterialien, Genom- und Proteomforschung sowie Informations- und Kommunikationstechnologie. Bereits vereinbarte Drittmittelinwerbung in zweistelliger Millionenhöhe machen diesen Wettbewerb schon in seinem Ansatz äußerst lohnend. Auch für die Fachhochschulen und speziell für den Bereich der Geisteswissenschaften werden ab 2001 Wettbewerbe in Höhe von insgesamt 1,6 Millionen DM jährlich angeboten. Die Hochschulen transferieren bereits heute Ergebnisse der Forschung und motivieren ihre Absolventen vermehrt zur Existenzgründung. Die Ingenieurwissenschaften der Universität Rostock haben seit 1990 rund 200 Ausgründungen auf den Weg gebracht und damit hochwertige und sichere Arbeitsplätze geschaffen. Der Fachbereich Elektrotechnik beispielsweise hat allein über 30 High-Tech-Firmen-Gründungen initiiert. Allein dadurch sind rund 600 Arbeitsplätze entstanden. Es bewahrheitet sich also bereits: Forschung schafft Arbeitsplätze. Diese Entwicklung muss unbedingt fortgesetzt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Weg hin zu höchster Qualität und zu einem neueren Steuerungsmodell wird auf beiden Seiten zu gehen sein. So wichtig es ist, dem Verhältnis Staat-Hochschulen eine neue rechtliche Struktur zu geben, so wichtig ist es gleichzeitig, ganz praktisch eine Strategie der gemeinsamen Schritte und des Aufeinanderzugehens mit Leben zu erfüllen. Das ist eine konkrete Bezugnahme in meinem Beitrag auf die Punkte, die Sie in Ihrem Antrag ausgewiesen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU-Fraktion, ich habe kein Problem mit den inhaltlichen Aussagen in diesen Punkten, mit Ausnahme der ZVS, da wäre ich ganz heftig dagegen. Aber ich stelle fest, dass Ihr Antrag uns keine politisch neuen Orientierungen gibt, sondern eigentlich ganz deutlich das unterstreicht,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

was die Landesregierung als politische Grundlage ihres Handelns ansieht, auch in konkreten Schritten.

(Harry Glawe, CDU: Da haben Sie nicht zu Ende gelesen.)

Da bin ich mir sicher, dass wir in diesem Hohen Hause auch weitgehende Übereinstimmung zu Erfordernissen finden, die für unsere Hochschulen wichtig sind, für ihre weitere Entwicklung und für die Bedeutung für unser Land. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Bartels von der Fraktion der PDS.

**Dr. Gerhard Bartels,** PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die CDU und die Hochschulen – eine spannende Geschichte, Fragezeichen, Fragezeichen, Ausrufezeichen.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Gestatten Sie mir, dass ich nicht nur als hochschulpolitischer Sprecher meiner Fraktion, sondern auch als Sprachwissenschaftler versuche, mich mit dem vorliegenden Text auseinander zu setzen. Dazu zitiere ich die Eingangsformulierung im ersten Absatz: „Die Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns gehören zu den wesentlichsten Entwicklungsfaktoren des Landes. Sie sind in der Lage, über ihr umfassendes innovatives Potential, ihre Internationalität und ihr geistiges Umfeld die Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsweisend zu beeinflussen.“ Wo die CDU Recht hat, hat sie Recht.

(Dr. Arthur König, CDU: Das ist wahr.)

Die Frage ist nur, Herr Dr. König, ob dieser Antrag bei der Realisierung dieses Anspruchs hilft.

(Dr. Arthur König, CDU: Ich denke, schon.)

Das wäre zu prüfen.

Dass Sie das denken, setze ich mal voraus, ansonsten hätten Sie ihn doch nicht eingebracht. Also das würde ich doch dann mindestens denken.

Bei der Auseinandersetzung mit diesem Antrag habe ich drei Erkenntnisse gewonnen, die ich Ihnen in Kurzfassung unterbreiten möchte. Dazu beginne ich, um die erste Erkenntnis deutlich zu machen, mit einem weiteren Zitat aus dem Antrag, und zwar mit dem letzten Satz der Einleitung. Da steht: „Staatlicher Dirigismus, in welcher Form auch immer, steht dieser Entwicklung entgegen. Mehr Qualität der Hochschulen braucht mehr Wettbewerb, mehr Wettbewerb braucht mehr Freiheit. Strategische Hochschulpolitik muss zunehmend an die Stelle von Detailsteuerung und Fachaufsicht der Landesregierung treten.“ Die Erkenntnis, die sich für mich damit verbindet, ist: Wenn das alles so ist und wenn diese massive Kritik berechtigt ist, dann gehe ich mal davon aus, dass alles das, was im Moment an den Hochschulen dieses Landes geschieht, auf der Basis eines gültigen Landeshochschulgesetzes passiert, denn ich habe bislang nicht den Vorwurf gehört, dass die Regierung gegen Gesetze verstößt. Und wenn derartige Defizite benannt werden, muss ich davon ausgehen, dass das nicht auf das Handeln einzelner Personen zurückgeführt werden kann, sondern nur auf die Wirkung des Gesetzes. Und wer für dieses Gesetz zuständig war, daran erinnern Sie sich ja vielleicht noch.

Und so komme ich zu meinem ersten Fazit: Die CDU räumt erhebliche Mängel ein – meines Wissens erstmals – an dem von ihr verantworteten Landeshochschulgesetz und das würde ich dann doch als einen echten Fortschritt bezeichnen.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Ach du großer Gott, Bartels, Mensch!)

So weit die erste Erkenntnis, Mensch Riemann. Hören Sie ruhig weiter zu, vielleicht lernen Sie hier auch noch was zu den Hochschulen.

Die zweite Erkenntnis geht dann in die Auseinandersetzung mit den einzelnen inhaltlichen Punkten. Ich muss schon sagen, wer immer das formuliert hat, er hat mir doch einige Rätsel aufgegeben – ich komme im Detail noch darauf –, auch wenn ich hoffe, die Texte dann doch noch einigermaßen richtig verstanden zu haben. Und auch ich will deshalb auf die einzelnen Punkte eingehen.

Zu Punkt 1 will ich fragen: Was um CDU willen heißt „Entflechtung des Verhältnisses von Staat und Hochschule“?

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ich gehe mal davon aus, dass Sie nicht wollen, dass der Gesetzgeber oder die Regierung keinerlei Einfluss auf die Hochschulen mehr hat, und äußere deshalb die positive Vermutung, gemeint ist der erhebliche Ausbau der Hochschulautonomie in unserem Land. Da gehe ich davon aus, dass sich alle Fraktionen dieses Landtages und die Regierung – der Minister hat es eben betont – doch in dieser Forderung einig sind.

Zum Punkt 2. Auch hier muss ich die Frage stellen: Was um CDU willen ist „allumfassende Einführung von Globalhaushalten“? Und auch hier schließe ich eine positive Vermutung an. Gemeint könnte sein, die Globalisierung der Haushalte aller sechs Hochschulen in diesem Land ist durchzusetzen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Bartels, Sie kennen doch unsere Zielrichtung!)

Da stimme ich Ihnen, Herr Riemann, aus vollem Herzen zu. Ich habe gestern etwas dazu gesagt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Tun Sie doch nicht so naiv!)

Ach, Herr Riemann, schreiben Sie doch auf, was Sie deutlich meinen. Ich muss doch erst mal vom Text ausgehen.

(Steffie Schnoor, CDU: Tun Sie doch nicht so naiv!)

Ich habe doch eine positive Vermutung geäußert, Herr Riemann, seien Sie doch zufrieden. Und dass ich dem zustimme, wissen Sie auch. Ich habe gestern dazu ausführlich einiges gesagt.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Genau!)

Das haben Sie vielleicht nicht mehr mitgekriegt, Herr Riemann, aber deshalb sage ich dazu jetzt weiter nichts.

Zu Punkt 3. Auch da muss ich wieder die Frage stellen: Was um CDU willen ist „dementsprechende Flexibilität in der Gestaltung der Leitungsstrukturen“? Ich glaube, dass wir hier an einem Punkt sind, wo wir in der weiteren Diskussion uns darüber verständigen müssen, wie eine solche Formulierung zu interpretieren ist, welche Flexibilität wir in den Leitungsstrukturen der Hochschulen brauchen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Philosophen haben die Welt nur unterschiedlich interpretiert.)

Dass wir sie brauchen, ist durchaus richtig.

Ach, Herr Riemann, Sie mit Ihrem Halbwissen. Also wissen Sie!

Bei dem Punkt 4 wird aus meiner Sicht dann ein weiteres Problem des Antrages deutlich. Die CDU vermischt hier Landes- und Bundesangelegenheiten. Dass die „Reform des Dienstrechts und der Besoldungsstrukturen“ eine Bundesangelegenheit ist, ist richtig. Das ist auch schon gesagt worden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Was will denn eigentlich die PDS?)

Insofern stört es hier ein bisschen in der Systematik. Dass die Forderung über alle Fraktionen dieses Hauses geteilt wird, ist sicher klar.

Ja, Herr Riemann, ich tue etwas, was Sie wahrscheinlich gar nicht können: Ich setze mich tatsächlich mit Ihrem Antrag auseinander.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Was wollen Sie denn selber?)

Was verlangen Sie denn noch von mir?

(Wolfgang Riemann, CDU: Sagen Sie doch mal, was Sie selber wollen!)

Ich habe hier einen Antrag zu behandeln und ich habe hier keine Selbstdarstellung zu betreiben, wie Sie es öfter tun.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Außerdem habe ich schon mehrfach gesagt, dass ich inhaltlichen Punkten zustimme. Herr Riemann, Sie müssen einfach zuhören, anstatt dauernd dazwischenzuquatschen! Entschuldigen Sie bitte, aber es ist so.

(Angelika Gramkow, PDS: Brauchst dich nicht zu entschuldigen.)

Ich habe hier festgestellt, dass das eine Bundesangelegenheit ist, dass das eine Forderung ist, die von der Umsetzung her, wie ich aus den Diskussionen weiß, von allen Fraktionen des Hauses getragen wird. Der Minister hat eben deutlich gemacht, dass die Regierung hier aktiv ist, damit wir einen Beitrag dazu leisten, um auf Bundesebene weiterzukommen.

Bei der Frage ZVS weise ich ebenfalls einfach darauf hin, auch hier geht es letztlich um eine Bundesangelegenheit, denn es geht um einen Staatsvertrag, der zu korrigieren wäre. Auf die derzeitigen Vorteile, die unser Land davon hat, hat der Minister hingewiesen. Für mich ist aber noch eins wichtig dabei und das will ich auch deutlich sagen: Wenn eine solche Forderung in den Kontext gestellt wird – das unterstelle ich nicht Ihnen, meine Damen und Herren, das ist nicht gesagt worden, aber in der bundesweiten Diskussion existiert das –, die Aufhebung der ZVS als einen Schritt zur Aushebelung des Abiturs als Hochschulzugangsberechtigung zu verstehen, dann werde ich mich allerdings heftig widersetzen, weil ich einen solchen Schritt für einen falschen Schritt halte.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS – Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

Zum Punkt 6. Auch hier vermute ich – als positive Vermutung –, dass es um die Anerkennung von Berufserfahrungen als Zugangsberechtigung zu den Hochschulen geht. Und da sind wir uns dann auch wieder einig, obwohl ich die Anmerkung machen möchte, dass ich die Mitwirkung des Parlaments bei der Regelung dieser Dinge durchaus schon für notwendig halte.

Zum Punkt 7. Auch da sind wir uns wieder einig – Herr Riemann, haben Sie es gehört, ich stimme Ihnen zu –

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann kriegen wir unseren Antrag heute mal durch.)

und ich habe gesagt, dass ich denke, dass das eine Forderung ist, die in die richtige Richtung geht, und dass wir sicher noch über die Frage der Ausgestaltung reden müssen.

Zum Punkt 8 habe ich ein Problem, und zwar einfach deshalb, weil hier kritiklos eine Diskussion aufgegriffen wird, die aus meiner Sicht schädlich ist. Diese Forderung, Internationalisierung durch Bachelor- und Masterabschlüsse, darum geht es ja letzten Endes in der Diskussion, greift einfach zu kurz. Sie werden in mir keinen Partner haben, wenn es darum geht, das traditionsreiche Hochschuldiplom deutscher Hochschulen schlecht zu reden

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

und auch die internationale Anerkennung dieses Hochschuldiploms in Frage zu stellen. Was aus meiner Sicht notwendig ist, ist die Ausarbeitung verschiedener, klar voneinander abzugrenzender Hochschulabschlüsse, sowohl das Diplom als auch den Master, als auch das Lehramt. An dieser Stelle haben wir noch eine ganze Menge zu tun und das trägt dann auch zur Internationalisierung der Hochschulen bei.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Lieber ein zweites Fazit: Wir haben es hier bei diesem Punkt mit einer Vermischung von Bundes- und Landesangelegenheiten zu tun. Ich habe aber versucht, in diesen kurzen Ausführungen deutlich zu machen, dass über die Inhalte, die hier angesprochen worden sind, geredet werden kann und geredet werden muss, besonders auch, was die Frage von gesetzlichen Umsetzungen betrifft.

Bezüglich der dritten Erkenntnis möchte ich mich auch noch mal an den Text halten, der hier vorgelegt wird, und zwar der letzte Satz der Begründung: „Mit der vorliegenden Entschließung legt der Landtag wesentliche Eckpunkte fest, an denen sich diese Novellierung orientieren soll, um den Hochschulen eine zukunftsweisende Arbeit in Forschung und Lehre rechtlich zu ermöglichen und dem Land Mecklenburg-Vorpommern durch eine dementsprechende Gesetzgebung einen Standortvorteil zu verschaffen.“ Dazu habe ich zwei Anmerkungen. Die erste ist, nach meinen Informationen hat es Ende August Besuch an der Fachhochschule Stralsund gegeben und dieser Besuch erschien mit einem Wäschekorb voller Kopien eines Referentenentwurfes – nicht eines Gesetzentwurfes, eines Referentenentwurfes, Herr König. Es ist schon bedauerlich, dass dieser Besuch leider vergessen hat, der CDU-Fraktion eine solche Kopie zu geben. Denn wenn die CDU eine solche Kopie hätte, wüsste sie, dass ein Großteil der Ansätze, die sie hier fordert, in diesem Referentenentwurf umgesetzt worden sind,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

auch wenn ich einräume – und das ist normal –, dass über Vollkommenheit oder Unvollkommenheit der Lösungen, die in diesem Referentenentwurf stehen, sicher gestritten werden kann und gestritten werden muss. Ich kann Sie da trösten, Herr Riemann, auf Ihrem Weg nach draußen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Nein, ich gehe zu Herrn Scheringer.)

dass ich, wie Sie mich kennen, zum Streit und zur Auseinandersetzung, zur Diskussion um diese Dinge immer bereit bin.

Aber, und damit bin ich bei der zweiten Anmerkung, Frau Schnoor hat uns gestern hier im Rahmen der Haushaltsdebatte vorgeführt, wie sie gewillt ist, mit gemeinsamen Diskussionsergebnissen im Landtag umzugehen.

(Volker Schlotmann, SPD: Wohl wahr! – Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

Das Fazit, oder wenn ich das mit meinen Worten zusammenfasse, heißt: Die CDU nimmt für sich in Anspruch, dass nur sie es ist, die hier überhaupt handelt, und dass, wenn sie nicht handeln würde, niemand in diesem Land etwas tun würde.

(Volker Schlotmann, SPD: Deshalb sind sie ja jetzt auch in der Opposition. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Da dies natürlich nicht stimmt und durch solche Vereinnahmungen eine wesentliche Basis sachlicher gemeinsamer Diskussionen zerstört wird, habe ich ein großes Verständnis dafür, dass die Mehrheit meiner Fraktion nicht gewillt ist, durch die Zustimmung zu diesem Antrag der CDU bei ihrem Alleinvertretungsanspruch hinsichtlich kreativer Hochschulpolitik zu helfen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Schöner Spagat. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Dr. Bartels.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schnoor von der Fraktion der CDU.

**Steffie Schnoor,** CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon sehr interessant, hier den Reden zu folgen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist doch schön.)

Offensichtlich kann man hier in diesem Hohen Hause mit Anträgen, die nach vorne gehen, nicht so recht umgehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Der Minister erzählt uns ausführlich, was er alles in der Vergangenheit getan hat, nicht, was er zukünftig tun will. Und Herr Dr. Bartels, der offensichtlich Schwierigkeiten hat, rundheraus zu sagen, er ist gegen diesen Antrag, bemüht die deutsche Sprache. Es ist insofern interessant, dieses nachzuvollziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ich bin nicht gegen diesen Antrag. Sie haben wieder mal nicht zugehört, Frau Kollegin! – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Wissenschaftsrat verabschiedete am 7. Juli diesen Jahres

Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland. Ich will diese Thesen benennen und dann werden Sie merken, dass die in unserem Antrag verankerten Schwerpunkte zur Hochschulpolitik mit den Thesen des Wissenschaftsrates korrespondieren. Ich darf sie einmal vortragen:

1. Stärkung der Anwendungsorientierung und Praxisbezug
2. Vertiefung der Internationalisierung
3. Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien
4. Profilbildung, Leistungsdifferenzierung und Durchlässigkeit
5. Erhöhung der Mobilität
6. Förderung von Wettbewerb und Kooperation
7. Ausbau von Autonomie
8. Erneuerung der Einheit von Forschung und Lehre und
9. Steigerung der Ressourcen

Meine Damen und Herren, diese neun Punkte entsprechen im Wesentlichen dem Geist des Antrages der CDU-Fraktion. Das kann nicht verwundern, denn Mecklenburg-Vorpommern kann keinen Sonderweg in der Entwicklung der Hochschulen gehen. Im Gegenteil, meine Damen und Herren, wir müssen den einen und anderen Schritt als Erste machen. Daher trifft das Motto der Initiative D 21 für Mecklenburg-Vorpommern im Besonderen zu, wenn diese den folgenden Anspruch erhebt, ich zitiere: „Die Hochschule der Zukunft muss heute entstehen, um morgen ihre intellektuellen und gesellschaftlichen Herausforderungen meistern zu können.“ (Berlin im Juli 2000)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Binsenweisheit, aber sie sagt aus, dass wir heute über die Instrumente entscheiden müssen, die diese Forderung umsetzen können. Wir haben keine Zeit mehr, uns mit Übergangslösungen zu begnügen, da Politiker der Meinung sind, dass wir die Hochschulen nur behutsam in die Autonomie entlassen werden können, da ihnen jetzt noch nicht zuzutrauen sei, die Hochschulen eigenständig zu führen. Wir können uns nicht mit Übergangslösungen begnügen, weil einige Politiker der Meinung sind, dass die Professoren erst zum Arbeiten erzogen werden müssten, indem sie zur Präsenzpflcht an vier Tagen in der Woche verdonnert werden sollten. Das, meine Damen und Herren, ist der falsche Weg, zumal die Forderung nach einer stärkeren Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien eine Präsenzpflcht mehr und mehr in Abrede stellt.

Der richtige Weg geht in die Richtung, über Autonomie und Eigenverantwortung, in deren Rahmen man für die Fehlentwicklungen auch die Verantwortung übernehmen muss, Anreizsysteme für die Professoren zu schaffen, die es für sie zum Bedürfnis machen, von montags bis donnerstags in ihren Laboren und Bibliotheken zu forschen und in den Seminaren den offenen Dialog mit ihren Studenten zu suchen.

(Volker Schlotmann, SPD: Bis Sonntag.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dazu müssen wir die Einheit von Forschung und Lehre einer neuen Qualität unterwerfen. Auch hier versagen die rückwärts gewandten Ideen der Autoren des neuen Hochschulgesetzes. Sowohl Forschung als auch Lehre sind weiter individuelle Angelegenheiten der Professoren. Der Trend geht

aber dahin, dass Forschung und Lehre eine institutionelle Angelegenheit werden, die es ermöglicht, Mitglieder der Institution zeitweilig zum Zwecke der Forschung freizustellen, indem andere Mitglieder den Bereich der Lehre für sie übernehmen. Die konservative Regelung des Forschungssemesters und des damit verbundenen zeitlichen Korsetts entspricht nicht mehr der Schnelligkeit der Wissenschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion fordert die Entflechtung des Verhältnisses von Staat und Hochschule. Am Ende meiner Rede, Dr. Bartels, werden Sie verstehen, was dieses heißt.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ich gebe mir große Mühe, Frau Kollegin.)

Diesem Anspruch kommen Sie nicht nach, auch wenn Sie den Hochschulen glauben machen wollen, dass die Frage der Einrichtung und Schließung von Studiengängen oder die gesetzliche Festschreibung des Hochschulgesamtplans den Hochschulen dennoch die erwartete Autonomie bringt. Der Globalhaushalt mit seinen Möglichkeiten wird durch die gesetzliche Festlegung des Hochschulgesamtplanes nämlich wieder eingeschränkt. Die scheinbare Planungssicherheit bedeutet Einschränkung der Autonomie und widerspricht im Grundsatz dem, was der Abgeordnete Dr. Bartels gestern grundsätzlich aus den Globalhaushalten ausführte. Und die Politik des Minimalismus in der Frage der Modellversuche zur Flexibilisierung der Hochschulhaushalte ist nicht dazu angetan, den gemeinsam formulierten Anspruch umzusetzen. Die Reibungsverluste bei der Einführung der Globalhaushalte werden größer sein, wenn wir das derzeitige Tempo bei den Modellversuchen beibehalten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Wir wissen um die Komplexität der universitären Haushalte mit zwei unterschiedlichen Haushaltsmodellen in Universität und Klinikum. Diese Haushalte umzustellen erfordert mehr Logistik, mehr Zeit als die richtige schrittweise Etablierung von Flexibilisierungselementen in den Fachhochschulen. Daher, meine Damen und Herren, kann ich nicht akzeptieren, wenn sich die PDS-Fraktion mit der Bewahrung des Status quo des Jahres 2000 hinsichtlich der Haushaltsvermerke zufrieden gibt. Sie bremsen Entwicklung aus, da Ihre Bedenken größer sind als der Mut, Chancen zu ergreifen. Meine Damen und Herren, Sie haben einfach Angst, Gestaltungsmöglichkeiten zu verlieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Aber nicht bei Ihnen, Frau Schnoor. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Bleiben wir bei den Stichworten Mut, Chance, Gestaltungsmöglichkeiten. Folgen Sie dem Beispiel von Baden-Württemberg! Hier gibt es Zielvereinbarungen zwischen Landesregierung und Hochschulen. Diese Zielvereinbarungen geben den Hochschulen Planungssicherheit, was die Etathöhe anbelangt, und legen fest, in welchem Umfang die Hochschulen selber gestalten können und ihre Autonomie auch richtig wahrnehmen können.

Meine Damen und Herren! Chancen ergreifen, das ist Sinn und Zweck einer Hochschulreform. Dabei müssen wir auch das Risiko eingehen, dass die eine oder andere Entscheidung falsch sein mag. Welche Garantie können Abgeordnete und Minister geben, dass Ihre Entscheidun-

gen immer die richtigen sind? Wie heißt es so schön? – Nur wer nichts tut, macht keine Fehler. In vielen anderen Bereichen haben wir uns dem Prinzip der Subsidiarität verschrieben. Wir sollten dies auch im Bereich der Hochschulen so halten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Detailfragen können wir hier endlos weiterdebattieren. Ich hoffe jedoch, dass die Koalition im kommenden Jahr den Entwurf eines neuen Hochschulgesetzes in den Landtag einbringt und wir auch anhand der im Antrag der CDU formulierten Thesen die Hochschulen für kommende Herausforderungen fit machen. Es wäre wünschenswert, wenn Sie bei Diskussionen um und über den Gesetzentwurf eine ernsthaftere Folgenabschätzung unternehmen würden, als Sie dies bisher getan haben. Die Entwicklung der Situation im Bereich der Lehrerschaft sollte für uns alle eine Lehre sein, keinen Sonderweg in Deutschland bei der Behandlung von Professoren zu gehen. Mit Sonderwegen erreichen Sie, Herr Minister, nicht Ihr Ziel, mehr qualifizierte Professoren aus dem Ausland an unsere Hochschulen zu bekommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir können es uns einfach nicht leisten, dass die leistungsfähigsten Menschen dieses Land verlassen, weil sie hier in einem Maß gegängelt und kontrolliert werden, wie das in keinem anderen Bundesland in Deutschland der Fall ist. Ringen Sie sich zu einer Gesetzvereinfachung durch, denn ich bin fest davon überzeugt, dass sich die Regeldichte des Gesetzes um mindestens ein Drittel reduzieren ließe,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

ohne dass man einen Punkt des CDU-Antrages vernachlässigen würde. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Frau Schnoor.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Reißmann von der Fraktion der SPD.

**Dr. Manfred Reißmann, SPD:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn der CDU-Antrag eines bewirkt hat, nämlich eine nochmalige Diskussion über die Notwendigkeit, gesetzliche Regelungen zu verankern, die im Einvernehmen wahrscheinlich mit allen hier im Lande die Chancen für unsere Hochschulen verbessern, dann hat er ja schon viel erreicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Leitlinien und Zielvorstellungen zu den Rahmenbedingungen der Hochschulpolitik in unserem Land werden wesentlicher Bestandteil des neuen Landeshochschulgesetzes sein. Und, Frau Schnoor, um damit gleich zwei Punkte anzusprechen, es ist im Vorfeld über einige Bedingungen, über einige Vorstellungen geredet worden, zum Beispiel den Hochschulgesamtplan als Gesetz zu verabschieden, zum Beispiel Sonderwege bei der zeitlichen Befristung der Professoren zu betreten. Wir haben im Vorfeld der Erarbeitung dieses Gesetzes diese Probleme diskutiert, das ist richtig, und wir werden einen Gesetzentwurf im nächsten Jahr vorlegen, der nach gründlicher Diskussion diese Diskussionen berücksichtigt und zu einem

Hochschulgesetz führen wird, in dem sich all die Chancen und Bedingungen, die auch Sie mit Ihrem Antrag vorhaben, wiederfinden werden. Es ist also noch eine Vorbereitung, eine gründliche Vorbereitung für dieses Gesetz im Gange. Im Vorhinein einzelne Passagen herauszunehmen im Stadium der Diskussion und den Teufel an die Wand zu malen, halte ich nicht für begründbar.

Eine strategische Hochschulpolitik mit höherer Eigenverantwortung und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen ist auch unsere Forderung. Die Forderung nach dem Rückzug des Staates insgesamt greift zu kurz. Wir müssen uns sehr genau überlegen, welche unterschiedlichen Parts dabei die Regierung, das Parlament, die Hochschulen spielen werden. Ich registriere mit Anerkennung, dass Ihre Vorstellungen zur Gestaltung der Hochschulpolitik in eine ähnliche Richtung weisen, ich bedanke mich auch dafür, dass Ihr Antrag eine neuerliche Gelegenheit dafür gegeben hat, dass der Minister begründen konnte und erwähnen konnte,

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten  
der CDU – Wolfgang Riemann, CDU:  
Verrenkungen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

wo zurzeit die Linien des Landes liegen und was bisher angegangen worden ist.

(Reinhardt Thomas, CDU:  
Das ist ja schon eine Pirouette.)

Ich denke, Sie werden sich mit Ihrer Kompetenz auch in die Diskussion einbringen, wenn der entsprechende Gesetzentwurf vorliegt.

(Harry Glawe, CDU: Dem fällt nichts  
mehr ein. – Glocke der Vizepräsidentin)

Zu einigen Punkten würde ich aber dann doch ganz gerne noch was sagen, weil es von mir noch nicht gesagt worden ist. Herr Bartels und der Minister haben das getan. Die Vermischung von bundes- und landesrechtlichen Aufgaben in diesem Antrag ist deutlich geworden, brauche ich also nicht noch einmal extra auszuführen, Dienstrechtsreform, Abschaffung der ZVS, voll in derselben Meinung wie der Minister. Die ZVS hat für uns in den zurückliegenden Jahren eher Vorteile bei der Möglichkeit, unsere Studienplätze auch mit außerhalb des Landes geborenen Kindern besetzen zu können, gebracht und es wäre eher von Nachteil, sie abschaffen zu wollen. Das ist eine Diskussion, die in Hochschulen geführt wird, die unter anderen Bedingungen mit zurzeit noch besseren Chancen für ein Studium ausgestattet sind als unser Bundesland.

Die Einführung von Globalhaushalten an den Hochschulen ist auch erklärtes Ziel dessen, was das neue Hochschulgesetz beinhalten wird. Der Zeithorizont ist sicher für die Fachhochschulen und die Universitäten ein unterschiedlicher. Wenn wir das in den nächsten drei, vier Jahren für die Fachhochschulen und in den nächsten sechs Jahren nach entsprechender Vorbereitung für die Universitäten, wobei deren Rolle die aktivere in den nächsten Jahren sein wird, erreichen, dann wäre ich damit schon einverstanden und zufrieden.

Den Hochschulzugang, der bei Ihnen hier auch angemahnt wird, halte ich für überflüssig in einer Extraerläuterung, denn es gibt den Hochschulzugang für Personen ohne die schulische Hochschulzugangsberechtigung bereits. Aber über die Ausgestaltung kann man durchaus auch im Hochschulgesetz noch diskutieren.

Ich bin also nach den lange währenden Vorbereitungs- und Diskussionsphasen doch der Hoffnung, dass im Laufe der nächsten Wochen ein diskutabler Vorschlag die Runde machen wird, in die Gremien kommen wird. Die Hochschulen stehen genauso mit scharrenden Hufen und möchten endlich eine verbindliche Aussage über die Inhalte haben. Dem hat leider ein auf der Hälfte oder nach drei Viertel des Diskussionsprozesses herausgebrachter Entwurf von der CDU-Fraktion, mit Kommentaren versehen verteilt, nicht unbedingt geholfen. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg, im Laufe der nächsten Monate den Entwurf zu diskutieren,

(Wolfgang Riemann, CDU: Verrenken  
Sie sich doch nicht! Das haben Sie doch  
nicht nötig, sich so zu verrenken!)

und ich hoffe, dass wir ihn zum Jahre 2001 auch in der Zweiten Lesung durch den Landtag bekommen werden. Ihre Diskussion wäre mir dabei sehr hilfreich.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich biete Ihnen genau wie zu anderen Themen jeweils einen fairen Meinungsaustausch dazu an.

(Volker Schlotmann, SPD: Bei denen funktio-  
niert das nicht, Fairness kennen die nicht.)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe mich nicht dazu geäußert, ob wir Ihren Antrag in die Ausschüsse überweisen und ihn dann gemeinsam mit dem Gesetz diskutieren wollen. Ich halte sämtliche Regelungsbedarfe, die Ihr Antrag hat, in einem künftigen Gesetz für gut aufgehoben. Sparen Sie sich die Mühe einer vorgezogenen Diskussion. Wir stimmen Ihrem Antrag heute nicht zu.

(Wolfgang Riemann, CDU: Typisch.)

Wir diskutieren in den Ausschüssen, wenn der verbindliche Gesetzentwurf vorliegt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Wolfgang Riemann, CDU: Typisch, typisch.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Dr. Reißmann.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1645. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1645 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS bei einer Stimmenthaltung und Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Maßnahmen zur qualitativen Fortentwicklung der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/1646.

**Antrag der Fraktion der CDU:  
Maßnahmen zur qualitativen Fortentwicklung  
der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern  
– Drucksache 3/1646 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Thomas von der Fraktion der CDU.

**Reinhardt Thomas**, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Probleme und Verunsicherungen innerhalb der Landespolizei sind seit zwei Jahren an der Tagesordnung.

(Heiterkeit bei Gerd Böttger, PDS)

Wenn Sie das noch nicht mitbekommen haben, dann wachen Sie mal langsam auf!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Sie haben wohl noch nichts gehört von Affären, Mobbing, Streit mit der Gewerkschaft der Polizei, Informationsdefiziten, Stellenstreichprogramm, wo Sie aktiv mitgewirkt haben im Innenausschuss für die Polizei, oder Ankündigungen zum SOG?

(Zuruf von der CDU: Er war der Erste.)

Das führt doch zu Verunsicherungen bei der Polizei! Davon haben Sie noch nichts mitbekommen, Innenexperte Herr Böttger?

(Beifall Harry Glawe, CDU)

Na gut, vielleicht wachen Sie dann Ende des Jahres auf, Sie haben ja noch ein bisschen Zeit.

(Erhard Bräunig, SPD: Nicht mehr viel.)

Wir meinen, die Polizei ist schon darüber verunsichert, was Herr Dr. Timm – oder vielleicht sollten wir besser sagen, Staatssekretär Bosch – so alles vorhat im Hause. Mehrfach mussten wir als Opposition die Probleme der Landespolizei aufgreifen, die als unsichtbare Mauer zwischen dem Innenminister und der Polizei stehen. Offenbar haben Sie das auch noch nicht bemerkt.

Mit unseren sechs Punkten sprechen wir die aktuellen Themen an, die für die qualitative Fortentwicklung der Landespolizei von Bedeutung sind und die bei den Beamten, und zwar bei den Beamten in den Dienststellen, für mehr oder weniger Zündstoff sorgen. Dass wir von der CDU der Polizei immer den Rücken gestärkt haben, müssen wir nicht noch mal erwähnen. Ich glaube, das wissen Sie – auch wenn Sie es nicht zugeben –, Herr Böttger,

(Heiterkeit bei Gerd Böttger, PDS)

und das weiß auch die Polizei. Sie geben sich ja manchmal richtig Mühe, uns da ein bisschen nachzueifern, aber es gelingt Ihnen nicht. Im Ausschuss stimmen Sie ja dann immer etwas anders.

(Heinz Müller, SPD: Sie sind einmalig. – Gerd Böttger, PDS: Ja, ja.)

Dass die Regierung und vor allen Dingen der Innenminister die Polizei und das Parlament über seine wirklichen Pläne im Unklaren lässt, kann aus unserer Sicht nicht länger hingenommen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Pläne und Vorgaben aus dem Hause Dr. Timm müssen offen gelegt werden, damit wir darüber sachlich diskutieren und natürlich auch unsere Position und die Position der Gewerkschaft der Polizei mit einbringen können. Wir benötigen keine großen Ankündigungen wie bei der offenen Videoüberwachung, die der Innenminister in der Zeitung begrüßt und hier im Landtag abgelehnt hat.

(Harry Glawe, CDU: Ja, jawohl, so ist das eben mit unserem Minister. – Jörg Vierkant, CDU: Toll!)

Das ist richtig gut und richtig glaubwürdig?

Aufgrund der negativen Erfahrungen mit seinen Versprechungen wollen wir auch Klarheit zu diesen sechs Punkten vom Innenminister haben. Und wenn Herr Dr. Timm wie am 9. November eine Novellierung des SOG mit – Zitat – „erheblichen Änderungen in mehreren Passagen“ ankündigt, dann wollen wir seinen Entwurf in akzeptabler Zeit als Text vorliegen haben.

(Gerd Böttger, PDS: Der wurde doch schon abgelehnt.)

Für die Polizei ist es wichtig, ...

Ja, Sie haben es schon abgelehnt. Sie lehnen ja alles ab in der Richtung.

... ob diese Koalition der Polizei gesetzlich den Rücken stärkt oder die Beamten im Regen stehen lässt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Das können Sie sich ja noch mal überlegen für das nächste Jahrtausend, Herr Böttger.

(Siegfried Friese, SPD: Herr Thomas, kommen Sie doch mal zu Ihren Vorschlägen!)

Nach den Erfahrungen ...

Das mache ich schon. Sie haben gar keine. Sie blicken ja nun am wenigsten durch.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Gerd Böttger, PDS – Unruhe bei Siegfried Friese, SPD)

Nach den Erfahrungen mit der Videoüberwachung muss auch bezweifelt werden, dass SPD und PDS wirklich den von uns vorgeschlagenen 14-tägigen Unterbindungsgewahrsam im SOG so festschreiben wollen. Sie können sich ja dazu äußern, Herr Böttger. Wollen Sie es so festschreiben? Erste Frage beantwortet, na, Sie verstehen es ja nicht.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Mit der Ankündigung, auf die verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrollen und auf die Überwachung von Verbrecherwohnungen zu verzichten, bombt unser Minister seine Polizei und die Strafverfolgung im europäischen Vergleich bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität zurück in die Steinzeit,

(Gerd Böttger, PDS: Jaja.)

aber wirklich zurück in die Steinzeit. Da gibt es einen Gipfel in Italien zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Sie streichen das aus dem SOG raus. Was ist denn das? Wo stehen Sie denn eigentlich?

Im Bereich der inneren Sicherheit ist es doch so, Herr Böttger – und das ist ein Verdienst von Ihnen mit –, dass die PDS mittlerweile der SPD sagt, wo es langgeht, obwohl die den Innenminister stellt.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Siegfried Friese, SPD: Zur Sache! – Zuruf von Monty Schädel, PDS)

Dafür dürfen dann die sozialdemokratischen Genossinnen über Pflgetelefone im Landtag reden. Das ist doch ein Erfolg!?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD: Davon verstehen Sie nichts. – Monty Schädel, PDS: Besser als Hotlines gegen Rechts.)

Mit den Ankündigungen von Dr. Timm zum SOG beweist die SPD erneut nur ihre Umfallqualitäten ...

Ach, wollen Sie dazu auch noch was sagen? Das ist ja toll!

... gegenüber der PDS mit fatalen Folgen für die innere Sicherheit und damit auch für die Landespolizei.

(Barbara Borchardt, PDS: Tja, er ist kompetent.)

Das aber wollen wir bis zum 31. Januar schwarz auf weiß sehen, um es öffentlich zu diskutieren. Ebenfalls bis zum 31. Januar erwarten wir einen Abschlussbericht über die geplanten Strukturveränderungen innerhalb der Landespolizei.

(Minister Dr. Gottfried Timm: Das hätten Sie acht Jahre lang machen können, Herr Thomas!)

Uns und die Polizeibeamten interessiert, ...

Ach Gott, von der Regierungsbank. Gibt es da nicht Ordnungsrufe? War das nicht mal so?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Reinhard Dankert, SPD: War das jetzt nicht Kritik an der Amtsführung? – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Danke.

Uns und die Polizeibeamten interessiert, ob die Strukturveränderung mit einer Novellierung auf Direktionsebene verbunden werden soll oder ob zum Beispiel nur die Vorhaben zur Bildung von Polizeirevieren unterhalb der Polizeidirektionsebene umgesetzt werden sollen. Aber vielleicht wissen Sie das selbst noch nicht so recht, Herr Minister.

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler – Reinhard Dankert, SPD: Von Deeskalation hat Herr Thomas noch nie etwas gewusst.)

Dass die Veränderung der Polizeistruktur ein Thema bei den Beamten ist, konnten wir am 29. und 30. November in der „Schweriner Volkszeitung“ und der NNN nachlesen. Offenbar plant der Herr Minister noch weitere umstrittene Umstrukturierungen und die Zerschlagung bewährter arbeitsfähiger Strukturen. Dass das notwendig ist, ist nur die Meinung der Spitze des Hauses, nicht aber die der Polizeibeamten und ihrer Gewerkschaft. Auch das konnten wir nachlesen. Natürlich ist aus der Sicht von Dr. Timm die Kritik der Gewerkschaft wieder einmal unhaltbar. Dr. Timm will doch angeblich nur die Polizei vor Ort stärken

(Monty Schädel, PDS: Und Herr Thomas wird Gewerkschaftsvertreter. – Barbara Borchardt, PDS: Ja, der wird jetzt so richtig Gewerkschaftsvertreter. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und die Verwaltung schlanker machen. Das hatten wir doch schon mal. Mit 354 neuen Stellen in neun Ministerien die Verwaltung aufblähen und bei der Polizei ein Stellenstreikkonzept festschreiben – Herr Böttger, da haben Sie auch mit zugestimmt –, das ist Ihre Politik! Das ist die Politik der Koalition! Wir glauben nicht, dass das im Interesse der Landespolizei liegt. Und wenn ich mal auf morgen kommen darf; das sollte diesem Innenminister im Vor-

feld des 10. Jahrestages der Landespolizei wirklich mehr als peinlich sein.

Polizeibeamte und Gewerkschaft sind mit Recht beunruhigt. Und ich sage Ihnen hier auch, wir wollen wissen, was die Genossen Experten da wirklich vorhaben, so wie Sie, Herr Friese,

(Siegfried Friese, SPD: Ja, was haben Sie denn vor? – Barbara Borchardt, PDS: Ja, das weiß er nicht so genau!)

um das Schlimmste für die Polizei durch öffentliche Diskussion noch zu verhindern.

(Siegfried Friese, SPD: Nur alles Luft bisher! Nur heiße Luft bisher! Reden Sie doch mal zur Sache!)

Ja, können Sie die sechs Punkte denn nicht nachlesen? Wissen Sie nicht, was eine Einbringung ist?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Der eine kann nur lesen und der andere kann nicht lesen.)

Dass Innenminister, Staatssekretär und Experten der Koalition dabei etwas Vernünftiges planen, muss nach den letzten zwei Jahren, die wir hier erlebt haben, wirklich bezweifelt werden. Wenn Veränderungen in der Polizeistruktur geplant sind, dann muss das auch im Personalentwicklungskonzept der Polizei berücksichtigt werden. Sie aber haben es im Innenausschuss per Beschluss zum Personalentwicklungskonzept erklärt. Da werden schon Dienstpostenbewertungen in den Polizeiinspektionen vorgenommen – davon wussten Sie wahrscheinlich noch gar nichts –, während die Spitze des Hauses noch gar nicht richtig weiß, was sie innerhalb der Polizeistruktur verändern will oder angeblich verändern muss.

Die Antwort des Ministers vom 30.11. auf die Kritik der Gewerkschaft hat mit Sicherheit nicht für mehr Ruhe in den Reihen der Polizei gesorgt, weil alle wichtigen Fragen zur Bildung von Polizeirevieren und zur Perspektive für jeden einzelnen Beamten in einem angemessenen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren unbeantwortet blieben. Aber vielleicht liest der Minister wieder wie beim letzten Mal eine Rede ab, mit der die Koalitionäre unseren Antrag dann wieder für erledigt erklären.

Die Vorlage eines vernünftigen Personalentwicklungskonzeptes unter Beachtung der geplanten Polizeistrukturänderung bis zum 31. Juli nächsten Jahres ist unverzichtbar für die Landespolizei. Den Polizeivollzugsbeamten muss endlich über einen längeren Zeitraum eine persönliche Perspektive aufgezeigt werden. Veränderungen in der Polizeistruktur sind nur sinnvoll, wenn damit mehr Präsenz vor Ort und mehr Sicherheit gewährleistet werden kann und genügend Personal zur Absicherung des Streifenkonzeptes der Polizei in den Dienststellen dann auch wirklich zur Verfügung steht.

Die Landesregierung plant eine Änderung der Laufbahnverordnung und damit natürlich auch eine Veränderung der Zugangskriterien für den gehobenen Dienst. Das sorgt für heftige interne Diskussionen, weil ein Qualitätsbruch in der Ausbildung zu befürchten ist. Die Folge wäre dann unter anderem eine Verschlechterung der Weiterbildungsmöglichkeiten unserer Polizeibeamten in anderen Bundesländern. Solange Dr. Timm und Staatssekretär Bosch mit ihren Plänen – ich nenne sie mal „1-Semester-Fachhochschulstudium“ – unabhängig von der Bewertung durch das Kultusministerium festhalten, läuft unser

Land Gefahr, im Bereich der Aus- und Fortbildung der Landespolizei im Ländervergleich auf den letzten Platz abzurutschen.

(Minister Dr. Gottfried Timm:  
Na da sind wir ja schon.)

Für so eine gravierende Studienreform hätte eine Studienreformkommission eingesetzt werden müssen. In Baden-Württemberg gibt es zum Beispiel dazu einen Kabinettsbeschluss. Haben Sie sich schon angeregt, Herr Dr. Timm?

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS)

Die haben auch wie in anderen Ländern eine Tätigkeitsanalyse erstellt. Unseres Wissens fehlt eine dementsprechende Tätigkeitsanalyse M-V, auf die man das Anforderungsprofil für den gehobenen Dienst im Lande stützen könnte. Es dürfte bundesweit einmalig sein, dass Realschüler nach der ersten Fachprüfung mit Seiteneinsteigern, die bis dato schon drei Semester hinter sich haben, nun gemeinsam den, ich nenne das mal, „Flaschenhalslehrgang“ über den Paragraphen 14 gehen müssen, um zum zweiten Mal eine Laufbahnprüfung abzulegen. Diese Ungereimtheiten und andere sollen Sie den Polizeibeamten und dem Parlament bis zum 31. Januar bitte öffentlich erklären, und Sie auch, Herr Friese, und zwar richtig nett und sachlich untermauert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Peter Ritter, PDS: So wie Sie oder was?  
Sie sind ja die Freundlichkeit in Person!)

Für uns ist die Gewährleistung des Studiums für Aufstiegsbewerber und Bewerber mit mittlerem Bildungsabschluss schon wichtig. Die Ausbildung soll so sein, dass eine bundesweite Laufbahnbefähigung gewährleistet bleibt. Sie müssen dem Fachmann der Polizei erklären, warum er sich noch bewähren muss, obwohl er Hochschulvoraussetzung hat. Doch offenbar nur, weil Sie alles auf Seiteneinsteiger zuschneiden wollen. Aber genau das geht zu Lasten der Aufstiegschancen unserer Polizeibeamten hier im Land und das muss deutlich gesagt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Friese, Sie haben doch gefragt. Wir reden über Inhalte. Na, Sie sollten sie mal langsam mitbekommen!

(Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU)

Wir erwarten auch ein Konzept zum „Bildungsinstitut Polizei“ auf dem Campus der Fachhochschule Güstrow. Aus unserer Sicht muss dieses Institut in drei Bereiche gegliedert werden:

1. der Fachbereich Polizei mit dem Hochschulstudium
2. Ausbildung, also Bereitschaftspolizeiabteilung mit dem Aufstiegslehrgang
3. die polizeispezifische Fortbildung

Da haben Sie Ihre Vorschläge.

(Siegfried Friese, SPD: Das sind aber auch die ersten, die ich von Ihnen gehört habe.)

Kamen die eigentlich mal von Ihnen?

Die Zentralverwaltung wird der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung übertragen. Die Fachhochschule ist und bleibt mit dem Bildungsinstitut Polizei Hochschule

nach Paragraph 124 Landeshochschulgesetz. Sie können jetzt gern sagen, ob Sie das mittragen.

Mit Punkt 6 greifen wir unseren Änderungsantrag wieder auf, den Sie wirklich in unglaublicher Art und Weise in der vorigen Landtagssitzung hier abgebugelt haben. Hier bringen Sie einen Antrag zur Eigensicherung rein, lassen den Innenminister reden und anschließend sagen Sie, der eigene Antrag ist erledigt. Das ist wirklich eine Unverschämtheit. So etwas hat es in Deutschland wohl noch nicht gegeben.

(Monty Schädel, PDS: Oh, oh!)

Unsere Schwerpunkte sind aus unserer Sicht schon aktuell und sie müssen zum Schutz der Vollzugsbeamten sofort umgesetzt werden. Ich darf Sie daran erinnern, im Freistaat Bayern werden die Polizisten bereits mit stich- und schussicheren Westen, also den leichten Unterziwesten, ausgerüstet. Die Polizisten in ganz Deutschland klagen über extreme Gewaltbereitschaft mit Schusswaffengebrauch gegen Beamte und Sie haben in der letzten Landtagssitzung unsere sachlichen Vorschläge dazu abgelehnt, denn die waren sachlich und nichts anderes. Lesen Sie sich das bitte durch!

Und dass Sie dazu weitere vernünftige Vorgaben hatten, davon haben wir ja auch nichts gehört. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, nach dem, was ich das letzte Mal hier gehört habe, hatte ich den Eindruck, Sie wollten Ihrem glücklosen Innenminister nur mal Gelegenheit geben, hier über ein Thema zu reden, bei dem er sich nicht in irgendwelche Ungereimtheiten verwickelt,

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

denn bei Nachfragen, die er sonst öffentlich beantwortet, hatte er ja immer Schwierigkeiten zu wissen, wie überhaupt der Sachverhalt war.

(Heiterkeit bei Barbara Borchardt, PDS)

Die Polizei, und das müssen wir zur Kenntnis nehmen, wird mit unglaublicher Gewalt konfrontiert ...

Dass Sie darüber lachen, Herr Schädel,

(Barbara Borchardt, PDS: Ich habe gelacht.)

kann ich mir schon vorstellen.

... und sie muss mit importierter Gewalt aus allen Krisengebieten der Welt fertig werden, in denen ein Menschenleben leider nichts wert ist. Der jüngste Fall eines slowenischen Schwerverbrechers in Frankfurt, der wegen des angeblichen Gefühls der Kränkung ohne Vorwarnung drei Menschen über den Haufen schoss – anders kann man das nicht bezeichnen –, zeigt auch, in welcher akuten Gefahr sich die Polizeibeamten in Deutschland befinden.

(Siegfried Friese, SPD: Da ist Timm dran schuld? – Gerd Böttger, PDS:  
Und was kann Timm dafür?)

Und wissen Sie, wenn Sie bei dem Thema noch solche Kommentare geben, dann zeigt das wirklich, was Sie für Fachleute sind. Ihre bisherige Begründung für die Nichtbeschaffung ...

(Heinz Müller, SPD: Sie sind sowieso der einzige Fachmann. Alle anderen sind blöd. Das wissen wir doch! – Zurufe von Siegfried Friese, SPD, und Barbara Borchardt, PDS –  
Glocke der Vizepräsidentin)

Ich habe ja nachgefragt. Ach, das lassen Sie mal andere beurteilen. Ich behaupte das nie von mir.

(Heinz Müller, SPD: Sie behaupten das sehr wohl, alle anderen sind ja blöd.)

Sie behaupten das immer.

Ihre bisherige Begründung für die Nichtbeschaffung der leichten Schutzwesten, ...

Ich habe doch nachgefragt.

... sie müssten erst noch weiter erprobt werden,

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

ist nach dem angelaufenen Beschaffungsprogramm im Freistaat Bayern ja nun wirklich hinfällig.

(Barbara Borchart, PDS: Warum zieht er eigentlich nicht nach Bayern?)

Sie sollten sich das mal in Hamburg-Sankt Pauli anschauen.

(Heinz Müller, SPD: Da scheinen Sie zu Hause zu sein. – Wolfgang Riemann, CDU: Da schauen wir aber lieber woanders hin.)

Da wird doch mittlerweile von ausländischen OK-Gruppierungen ohne Vorwarnung und rücksichtslos geschossen. Die Bedrohung von Leib und Leben für unsere Polizeibeamten in Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland wächst von Tag zu Tag. Deswegen möchten wir Sie wirklich daran erinnern, selbst wenn Sie unseren Antrag wieder abbügeln, dass Sie wenigstens den Punkt 6 mittragen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

denn darin geht es wirklich um die Eigensicherung der Polizei. Wir sind ja von Ihnen nichts anderes gewöhnt, als dass Sie unsere Anträge abbügeln.

(Siegfried Friese, SPD: Entscheidend ist doch nicht, was wir mittragen, sondern was der Innenminister macht. Hören Sie sich das doch erst mal an!)

Im Übrigen ...

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD – Siegfried Friese, SPD: Das werden Sie gleich hören. – Glocke der Vizepräsidentin)

Wie bitte? Was der Innenminister macht? Oh Gott, was der Innenminister macht, das erleben wir seit zwei Jahren! Das erleben wir seit zwei Jahren, was der Innenminister macht. Um es nett und freundlich zu sagen, wir hatten noch keinen so glücklosen Innenminister

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS – Barbara Borchart, PDS: Wie viele waren denn das?)

wie unseren Dr. Timm. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, auch für Ihre, und ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD: Das war Karneval! – Gerd Böttger, PDS: Das war vom Allerbesten, aber wirklich! – Peter Ritter, PDS: Das war die Krönung!)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Thomas.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Innenminister Herr Dr. Timm.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jetzt liest er uns seine Wochenendplanung vor! – Siegfried Friese, SPD: Zuhören! Zuhören!)

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich versuche mal, sachlich zu bleiben, Herr Thomas.

(Beifall Lorenz Caffier, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Hört, hört, hört!)

Ich hoffe, dass mir dies im Verlaufe meiner Rede auch gelingt.

(Beifall Dr. Christian Beckmann, CDU: Wir hören! Wir hören! – Reinhardt Thomas, CDU: Ja, wir hören zu! – Peter Ritter, PDS: Aber ich merke schon, es wird schwer sein.)

Die Landesregierung, meine Damen und Herren, hat am 18. April 2000

(Reinhardt Thomas, CDU: Stimmen Sie schon mal vorab Punkt 6 zu, dann ist alles in Ordnung.)

die Eckdaten zur qualitativen Entwicklung der Landespolizei beschlossen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Die Sie noch mit Leben erfüllen wollten.)

Mit Schreiben vom 19. April 2000 habe ich allen Abgeordneten des Landtages – ich betone, allen Abgeordneten des Landtages – von Mecklenburg-Vorpommern den Kabinettsbeschluss mit der Bitte um Unterstützung der Landespolizei zur Verfügung gestellt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch nicht mit den Eckdaten.)

Das zum Thema, ich solle meine Pläne offen legen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo ist denn das Personalentwicklungskonzept?)

Heute, nach einem Dreivierteljahr, ist die Opposition aufgewacht

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was?)

und hat beantragt, ich zitiere: „die qualitative Entwicklung der Landespolizei zu forcieren“. Bis in die Zielstellung hinein sind wir offensichtlich inzwischen einer Meinung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh nein!)

Zuerst einmal, Herr Dr. Jäger, nehme ich Ihren Antrag so, wie er formuliert ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, Sie können nur Worte lesen. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Die qualitative Entwicklung der Landespolizei sei zu forcieren, jedenfalls steht das so in Ihrem Antrag. Aufgrund des Antrages, den ich gelesen habe, habe ich mir vorgenommen – und das will ich auch tun an dieser Stel-

le –, mich in allem Ernst für Ihre Unterstützung, wenn sie ehrlich gemeint ist, zu bedanken, auch dann, wenn sie ein Dreivierteljahr später kommt als der Kabinettsbeschluss.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Immerhin geht es uns tatsächlich, das will ich in aller Klarheit sagen, um die qualitative Entwicklung der Landespolizei. Und warum das erforderlich ist, meine Damen und Herren, will ich Ihnen jetzt gerne im Folgenden erläutern.

Als ich die Polizei im November 1998 als Innenminister übernommen habe, da hatte sie – und das hat sie heute noch – eine Personalstärke von 5.900 Polizeivollzugsbeamten. Sie ist damit im Verhältnis der Polizeien der Flächenbundesländer die stärkste Polizei,

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

allerdings bei starker Arbeitsbelastung. Letzteres muss unbedingt erwähnt werden. Nicht an der Spitze lag die Landespolizei bei den messbaren Arbeitsergebnissen. So betrug etwa der Anteil der aufgeklärten Straftaten 1998

(Reinhardt Thomas, CDU: Nicht, dass Sie das noch mal wiederholen, die Polizei wäre faul. Das wäre ja noch was!)

43,1 Prozent und war damit der schlechteste Aufklärungsquotient in allen Flächenbundesländern. So weit zu der Frage Schlusslicht, Herr Thomas, die Sie vorhin angesprochen haben.

(Reinhardt Thomas, CDU: Da haben Sie doch mit angefangen.)

Ich empfehle Ihnen im Übrigen, meine Damen und Herren, die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu studieren, Bundestagsdrucksache 14/4113 vom 20. September 2000. Hieraus ergibt sich, unser Land hat die größte Polizeidichte der Flächenländer, die geringste Aufklärungsquote, eine sehr hohe Kriminalitätsbelastung und die unsichersten Straßen im Bundesgebiet.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Georg Nolte, CDU)

Das ist die Ausgangslage. Und aufgrund dieser Ausgangslage, die ich als fünfter Innenminister in Mecklenburg-Vorpommern übernahm, geht es tatsächlich – und darum meine ich, sollten wir übereinstimmend das gleiche Ziel verfolgen – um die qualitative Entwicklung der Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern, um die es im Übrigen ja auch vorher hätte gehen können. Dies alles lag und liegt jedoch nicht am mangelnden Einsatzwillen der Polizeibeamten, das will ich ausdrücklich auch den Kollegen sagen, die hinten in den Rängen sitzen, diese war gut und ist unverändert gut und hoch, sondern dies liegt an Mängeln in den Polizeistrukturen. So betrug der Anteil von Beamten des gehobenen Dienstes im Polizeikörper weniger als ein Drittel, womit wir im Ländervergleich auch ganz hinten liegen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Die Aus- und Fortbildung, meine Damen und Herren, war auf drei Einrichtungen zersplittert und die Polizeiorganisation war und ist zum Teil unübersichtlich und uneffektiv.

(Sigrid Keler, SPD:  
Das waren alles mal Vorteile.)

Wie auf anderen Feldern gab es eben auch in der Landespolizei nach einer sehr intensiven und erfolgreichen Aufbauarbeit am Ende dieses Jahrzehnts einen Reformstau, der abzubauen ist.

Mein Anspruch als Innenminister ist es, die Qualität der polizeilichen Arbeit zu verbessern und die Landespolizei im Ganzen zu einer leistungsstarken, modernen und bürgernahen Polizei zu entwickeln, die im Vergleich mit den Länderpolizeien anderer Bundesländer stolz ihre Leistungsbilanz präsentieren soll. Jeder Polizeibeamte soll optimale Bedingungen vorfinden, so dass sein persönlicher Einsatz mit sehr guten Gesamtergebnissen der Polizei belohnt werden soll. Und das ist die Ausgangslage, aufgrund derer wir am 18. April in der Landesregierung das qualitative Entwicklungskonzept zur Landespolizei beschlossen haben, welches ich Ihnen unmittelbar danach, und zwar allen Abgeordneten des Landes, auch unseren Bundestagsabgeordneten und anderen, am 19. April zugeleitet habe. Darin geht es um fünf Bereiche:

1. Organisationsentwicklung,
2. Personalentwicklung,
3. Aus- und Fortbildung,
4. Einsatz von Technik,
5. Führung und Steuerung,

um die notwendigen Veränderungen auf den Weg zu bringen. Ich will Ihnen gerne noch einmal diese Bereiche hier an dieser Stelle im Einzelnen vortragen und komme zum ersten, der Organisationsentwicklung.

Um die Erledigung wesentlicher polizeilicher Aufgaben zu optimieren, muss die Polizeiorganisation diesen Aufgaben besser angepasst werden. Hauptziel ist der Abbau von Hierarchieebenen durch Delegation von Aufgaben und Kompetenzen nach unten. Dabei geht es auch um die Einbeziehung von modernster Informationstechnik, die die Verwaltungs- und Vorgangsbearbeitungsabläufe effizienter machen soll.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wie denn?)

Teilbereiche der Polizeidirektionen wurden bereits untersucht und einige Veränderungen sind auch schon umgesetzt worden. So wurde die Hierarchie im Führungsbereich der Polizeidirektionen abgeflacht, manche Aufgaben wurden der Führung in den Inspektionen direkt übertragen. Bei den noch bevorstehenden Änderungen wird angestrebt, die Zuständigkeitsbereiche der Polizeiinspektionen den Zuständigkeiten der kommunalen Gebietskörperschaften anzupassen.

Wir werden nach dem Grundsatz vorgehen: Führungsverantwortung gehört in eine Hand. Deshalb ist es nur logisch, meine Damen und Herren, dass die Polizeiinspektionen, also die polizeilichen Führungsebenen, in den Landkreisen und kreisfreien Städten gestärkt werden müssen. Dort müssen Verkehrsüberwachung und Kriminalitätsbekämpfung einheitlich geführt und eben auch einheitlich verantwortet werden. Den Polizeiinspektionen sollen Polizeireviere mit Polizeistationen und jeweils einem Kriminalkommissariat beziehungsweise mit Kriminalkommissariatsaußenstellen nachgeordnet werden. Auch in der Organisationsebene darunter werden die zur Verfügung stehenden Kräfte gebündelt. Die Verlagerung

der Einsatzaufgaben von den Polizeistationen auf die Polizeireviere macht zum Beispiel den Funkstreifendienst effizienter. Das ist im Übrigen ja auch ein Vorschlag, der aus dem Polizeibereich selbst bereits vor Jahren an die politische Führung des Hauses herangetragen worden ist.

Blanker Unsinn allerdings – das will ich auch deutlich sagen – ist das Gerücht, Polizeistationen sollen aufgelöst werden. Richtig ist, die Präsenz der Polizei in der Fläche bleibt erhalten. Die untere Führungsebene wird gestärkt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wie wollen Sie denn das machen? Das möchte ich mal sehen.)

Wenn wir die Aufgaben der Verkehrsüberwachung, meine Damen und Herren,

(Reinhardt Thomas, CDU:  
Das ist die Quadratur des Kreises.)

stärker in die Polizeiinspektionen verlagern – und das, meine Damen und Herren, ist tatsächlich unser Ziel –, dann handeln wir gemäß dem Verkehrssicherheitskonzept des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 29. Februar 2000, das Ihnen auch per Kabinettsbeschluss zugeleitet worden ist.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die Inspektion Zentrale Dienste wird bei der Verkehrsüberwachung nur noch solche Aufgaben wahrnehmen, für die es einer besonderen Spezialisierung bedarf und die deshalb zentralisiert bleiben müssen.

Derzeit erfolgen ebenfalls Überprüfungen der Organisation in der Kriminalpolizeiinspektion, im Landeskriminalamt, in der Zentrale für Technik und Beschaffung, in der Wasserschutzpolizei und in der Bereitschaftspolizei. Sobald im Einzelnen hierzu die Ergebnisse vorliegen und die organisatorischen Eckpunkte festgelegt worden sind, werden die darauf basierenden Geschäftsverteilungspläne und Dienstpostenbeschreibungen selbstverständlich erarbeitet.

Meine Damen und Herren, ich will von einer anderen Seite her einen Vergleich ziehen, um Ihnen deutlich zu machen, worum es geht. Wenn Sie von der Kommunalpolitik kommen, in der wir derzeit über die Fortführung der Funktionalreform diskutieren, dann geht es in der Polizei um einen vergleichbaren Tatbestand,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

um die Fortführung der Funktionalreform unter strenger Einhaltung des Bonitätsprinzips. Das ist die Herausforderung, die es zu meistern gilt. Und ich bin froh, dass ich bei meinen Dienststellenbesuchen in den Polizeiinspektionen und in den Polizeistationen ganz kompetente Polizeiführer erlebe, die mir sagen: Herr Minister, wir sind bereit, die Aufgaben zu übernehmen, und erwarten, dass diese auch übertragen werden.

(Präsident Hinrich Kuessner  
übernimmt den Vorsitz.)

Ich komme zum nächsten Bereich, Stellen- und Personalentwicklung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh ja!)

Die Grundlage auch dieser Planungen sind die Eckwerte zur qualitativen Personal- und Organisationsentwicklung, die, wie ich schon sagte, am 18. April im Landeskabinetts beschlossen worden sind. Diese geben für die

nächsten Jahre Planungssicherheit und damit einen festen Korridor, innerhalb dessen die Polizei qualitativ vorangebracht werden soll.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das kann man aber auch anders sehen.)

Eine Schlüsselposition nimmt derweil die Stärkung des gehobenen und des höheren Dienstes der Polizei ein. Ich sagte schon, wir sind in diesem Bereich Schlusslicht im Bundesgebiet.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Durch eine ganze Reihe von Maßnahmen wird der Anteil des gehobenen Dienstes von gegenwärtig circa einem Drittel auf 45 Prozent im Jahre 2006 angehoben. Der Anteil des höheren Dienstes soll von 1,3 auf 1,5 Prozent angehoben werden. Wir erwarten bis 2006 jährlich 80 Neueinstellungen im Polizeidienst, davon die Hälfte als Direktstudenten für den gehobenen Polizeidienst, die andere Hälfte für den mittleren Polizeidienst. Außerdem ist vorgesehen, jährlich circa 50 bis 60 Beamten den Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst zu ermöglichen. Insgesamt, meine Damen und Herren, das haben Sie im April nachlesen können, sind bis 2006 durchschnittlich 300 Beförderungen jährlich möglich, das heißt, 1.800 Beförderungen im gesamten Planungszeitraum.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS –  
Dr. Armin Jäger, CDU, und  
Reinhardt Thomas, CDU: Gegen Stellenabbau.)

Ich komme noch darauf zu sprechen, ich will es gleich tun.

(Angelika Gramkow, PDS: Hab' ich vielleicht den Beförderungen zugestimmt?)

Ich weise an dieser Stelle das geeignete Publikum, wie ich es jedes Mal tue, darauf hin, dass auch die Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern abhängig ist vom Finanzausgleich zwischen den Bundesländern und zwischen dem Bund und den Ländern. Das heißt, auch wir haben den Bevölkerungsrückgang zu berücksichtigen. Der demographische Faktor bedeutet für die Landespolizei, dass sie bis 2006 175 Planstellen abzubauen hat. Allerdings werden wir auch dann auf die mit Abstand höchste Polizeidichte aller deutschen Flächenländer verweisen können,

(Sigrid Keler, SPD: Ja.)

denn auf 1.000 Einwohner kommen nach heutiger Prognose in 2006 mehr als drei Polizeivollzugsbeamte, eine Polizeidichte, wenn ich sie mit Bayern vergleichen darf, Herr Thomas, Sie haben Bayern ja mehrfach rühmlich angesprochen ...

(Reinhardt Thomas, CDU: Ja, kann man auch.)

Bayern hat zugegebenermaßen die höchste Aufklärungsquote von circa 70 Prozent derzeit, aber, meine Damen und Herren, eine Polizeidichte von 1 zu 380.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch eine andere Bevölkerungsstruktur.)

Herr Thomas, ich bitte Sie, also einmal durchzurechnen, was die bayerische Polizeidichte, die bayerischen Verhältnisse für das Land Mecklenburg-Vorpommern für Auswirkungen hätten. Rechnen Sie es durch und dann sagen Sie mir mal,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das können Sie doch nicht vergleichen!)

wie viele Polizeidienststellen wir dann noch hätten! Und deswegen sage ich Ihnen, Sie können auch stolz sein

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das können Sie doch nicht vergleichen!)

auf den Beschluss der Landesregierung, diesen planungssicheren Korridor für die Landespolizei im April 2000 geschaffen zu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Siegfried Friese, SPD: Richtig. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Der Aufstieg in den gehobenen Dienst soll erleichtert werden,

(Reinhardt Thomas, CDU: Das hat Frau Keler Ihnen wahrscheinlich da reingeschrieben.)

indem unter anderem die Ausbildungszeit deutlich verkürzt wird. Heute gibt es für den mittleren Dienst einen zweijährigen Ausbildungsgang. Wer sich für die Aufstiegsausbildung entscheidet, kann nach einem Auswahlverfahren ein zweieinhalbjähriges Fachhochschulstudium in Güstrow absolvieren. Daneben existieren andere Aufstiegs- und Ausbildungsmöglichkeiten, die jedoch nur für bestimmte Aufsteiger bestimmt sind.

Insgesamt investieren wir also, das muss man sich mal vor Augen führen, derzeit in der Regel mindestens viereinhalb Jahre Ausbildungszeit, bis eine Beamtin oder ein Beamter über den mittleren Dienst bis in den gehobenen Polizeivollzugsdienst aufgestiegen ist.

(Sigrid Keler, SPD: Das ist ganz schön viel.)

Ich meine, meine Damen und Herren, wir alle müssen uns Gedanken darüber machen, wie diese Zeitspanne auch unter ökonomischen Gesichtspunkten verkürzt werden kann.

(Sigrid Keler, SPD: Ja. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich verweise auf die Diskussion, Herr Dr. Jäger, in der Wirtschaft und meine, nicht alle Diskussionen in der Wirtschaft sind für die Polizei zu vernachlässigen. Ich verweise auf die Diskussionen in der Wirtschaft, in der auch auf kürzere und stärkere, straffere Schul- und Studiengänge abgestellt wird. Warum? Es geht in unserer Zeit nicht ohne eine enge Verzahnung von Ausbildung, beruflicher Praxis und ständiger Fortbildung und das gilt auch für die Landespolizei.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und gerade deswegen machen wir ja das Konzept.

Entsprechende Vorschläge zur Laufbahnverordnung werden zurzeit mit den Behörden und den Berufsverbänden abgestimmt, auch mit den Personalräten. Ziel ist es, den Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst auf eineinhalb Jahre zu verkürzen. Ich betone noch einmal, das Personal, meine Damen und Herren, ist auch in der Polizei die wichtigste Ressource. Nur mit hochmotivierten und hervorragend ausgebildeten Polizeibeamten lässt sich die angestrebte qualitative Entwicklung umsetzen. Zur Motivation sollen die bereits geschilderten Beförde-

rungen und die Übertragung von Aufgaben von oben nach unten, Stichwort straffe Führung, beitragen.

Ich komme zum Komplex Aus- und Fortbildung im Einzelnen. Die polizeiliche Bildungsarbeit muss einen umfangreichen Forderungskatalog an eine anspruchsvolle, zukunftsorientierte, leistungsstarke, moderne, bürgernahe Polizei erfüllen. Neben den kognitiv intellektuellen Fähigkeiten eines Polizeibeamten wird zunehmend ein hohes Maß an sozialer und persönlicher Integrität und Kompetenz gefordert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist wohl wahr.)

Er muss sicher werden im Umgang mit Hightechverfahren. Auch deshalb, wegen der Hightechverfahren und der anderen Ansprüche an die Aus- und Fortbildung, haben die Maßnahmen zur Qualifizierung des Personals im Polizeibereich oberste Priorität. Die strukturellen Bedingungen für eine umfassende Qualifizierungsoffensive sind bereits dadurch gelegt worden, dass wir die Bildungseinrichtungen der Polizei, die wie gesagt zersplittert waren auf drei Standorte, in Güstrow konzentriert haben.

(Sigrid Keler, SPD: Das ist gut.)

Dort entsteht ein Bildungsinstitut für die Polizei, das für die Ausbildung des mittleren Dienstes und für Teile der Aufstiegsausbildung sowie für die gesamte Fortbildung zuständig sein soll. Auch das Direktstudium für den gehobenen Polizeidienst erfolgt in Güstrow, hier an der Fachhochschule, und soll sozusagen mit der übrigen Polizeiaus- und -fortbildung sinnvoll vernetzt werden. Perspektivisch soll das Bildungsinstitut der Polizei unter Beibehaltung der erforderlichen Selbständigkeiten, die es braucht, in den Bereich der Fachhochschule eingegliedert werden.

Das, meine Damen und Herren, hat vor allem drei wesentliche Vorteile:

Zum Ersten: Die Liegenschaft der Fachhochschule eignet sich aufgrund ihrer inhaltlichen Ausrichtung und ihrer zentralen Lage und einfach ihrer Fläche, die sie hat, für eine Konzentration in besonderer Weise.

Zweitens: Durch die schrittweise Erhöhung des Anteils des gehobenen Polizeivollzugsdienstes verlagern sich die quantitativen Ausbildungsschwerpunkte hinein in die Fachhochschule. Ich habe Ihnen gesagt, wir wollen den Anteil des gehobenen Dienstes auf 45 Prozent ausbauen.

Und drittens: Die Erstausbildungskompetenz der Bereitschaftspolizei wird mit der Fortbildungskompetenz der Landespolizeischule in einer Bildungseinrichtung vereinigt.

Deshalb, meine Damen und Herren, will ich noch einmal betonen: Die Aus- und Fortbildung ist für eine moderne Polizei der Schlüssel für eine qualitätsorientierte Arbeit.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Damit komme ich zum nächsten Komplex: Führung und Einsatz in der Polizei. Die Führung in der Polizei Mecklenburg-Vorpommern wird künftig stärker geprägt sein vom Grundsatz der Mitarbeiterorientierung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

Die Zufriedenheit der Mitarbeiter – das Stichwort Mobbing ist ja hier schon angesprochen worden – ist nicht nur ein Wert für den Einzelnen, sondern hohe Arbeitszufriedenheit, meine Damen und Herren, wirkt sich insgesamt positiv auf die Leistungen und auf das Gesamtergebnis der Arbeit aus.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Eine Möglichkeit, Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Polizeibeamten zu zeigen, ist die konsequente Aufgabenübertragung nach unten bei der Ausgestaltung von Kompetenz und Verantwortung. Auch deshalb sollen die Organisationseinheiten vor Ort möglichst großen Entscheidungsspielraum bei der Bewältigung ihrer Aufgaben erhalten. Wenn Aufgaben selbständig, eigenverantwortlich, bürgernah wahrgenommen werden, entlastet das die übergeordneten Dienststellen. Dahinter verbirgt sich keinesfalls – so einen Vorwurf kenne ich nicht – ein Abwälzen von Führungsverantwortung nach unten, sondern es geht um die bessere Erschließung und Nutzung von Kreativitäts- und Leistungspotentialen der einzelnen Mitarbeiter in den Dienststellen. Und ich sagte schon, bei allen Bereisungen der Dienststellen sagen mir die Beamten, sie sind bereit, die Aufgaben zu übernehmen.

Mit der Delegation von Sachaufgaben ist zukünftig auch die Verantwortung für die Ressourcen, also Personal-, Sach- und Finanzmittel, verbunden, so für die Zusammenlegung von Fach- und Ressourcenverantwortung zu einem wirtschaftlicheren Umgang mit den vom Steuerzahler zur Verfügung gestellten Geldern und zum Abbau nicht notwendiger Bürokratie. Dieser Prozess, meine Damen und Herren, wird durch Zielvereinbarungen gesteuert. Die Erarbeitung eines zeitgemäßen Berichtswesens soll sicherstellen, dass den Verantwortlichen die geeigneten und notwendigen Informationen zur Steuerung der polizeilichen Arbeit zur Verfügung gestellt werden.

Damit komme ich zum nächsten Punkt, Einsatz moderner Technik. Bei der Verbrechensbekämpfung, meine Damen und Herren, lohnen sich Investitionen in die Technik vor allem deshalb, weil die Polizei nicht nur darüber staunen darf, was auf der anderen Seite, auf der Seite des Verbrechens, für ein technisches Niveau inzwischen erreicht wird, sie muss mit dem technischen Fortschritt schon allein deswegen mithalten, um auch in ihren Einsätzen technisch dem Verbrechen jeweils überlegen zu sein. Deshalb ist auch Hightech ein großes Thema geworden innerhalb der Polizeibehörden.

Das Informationssystem der Landespolizei LAPIS wird kontinuierlich zu einem der modernsten seiner Art ausgebaut. Derzeit werden weitere Anwendungen in LAPIS integriert, etwa die elektronische Vorgangsbearbeitung in den Bereichen Straftat und Verkehr und die Einbindung in das neu konzipierte Informationssystem der Polizeien von Bund und Ländern INPOL(neu).

Allein im Jahr 2001, meine Damen und Herren, wird die Anzahl der vernetzten Computerarbeitsplätze mehr als verdoppelt, so dass landesweit in jeder ständig besetzten Dienststelle mindestens ein Personalcomputer zur Verfügung steht. 2001 – der Haushalt vor allem wird ja weiterhin verwirklicht und es geht auch 2002 in diesem Bereich mit großen Schritten weiter. In wenigen Jahren wird sowohl die Aufnahme und Bearbeitung von Straftaten und Verkehrsunfällen

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

als auch die Koordinierung der Verkehrsüberwachung vollständig computergestützt in der Landespolizei ablaufen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Derjenige, der Ihnen die Rede geschrieben hat, hat wohl die Punkte nicht gelesen.)

LAPIS stellt die Grundlage für ein Führungsinformationssystem dar, mit dem die erforderlichen Führungsinformationen bei dem Dienstvorgesetzten zur Verfügung gestellt und die Leitungs- und Führungsarbeit jeweils optimiert werden kann.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Außerdem sind auch schon mobile Arbeitsplätze für die Polizei in Planung, die allerdings von der Einführung eines neuen digitalen Funknetzes abhängig sind. Dieses alles, meine Damen und Herren, der Polizeibeamte als ein Mitarbeiter, der mit Hightech umzugehen hat, dieses alles – und hier schließt sich der Kreis – setzt hohe Qualitätsmaßstäbe an eine effiziente Aus- und Fortbildung in der Landespolizei voraus.

(Angelika Gramkow, PDS: Aber ein paar Systembetreuer brauchen wir auch.)

Wie bitte?

(Angelika Gramkow, PDS: Aber ein paar Systembetreuer brauchen wir auch.)

Ist alles vorgesehen.

(Angelika Gramkow, PDS: Aha, gut.)

Meine Damen und Herren, weitere Investitionen – ich soll ja berichten – fließen vorrangig in die Mobilität der Polizei und erhöhen damit die Präsenz vor Ort. Ein klarer Investitionsschwerpunkt liegt, das will ich betonen, auf der Anschaffung von modernen Geräten zur Verkehrsüberwachung und vor allem hier im Bereich der Überwachung von Alkoholsündern im Straßenverkehr. Inzwischen sind wir in der Lage, auch gerichtsfest Atemalkoholmessgeräte zu verwenden.

Wenn ich zusammenfassen darf: Die Landespolizei hat sich in den vergangenen zehn Jahren fraglos erfolgreich entwickelt. Sie alle haben, meine Damen und Herren, jeder von Ihnen in seiner besonderen Weise, einige seit der ersten Stunde des Landtages, entscheidend dazu beigetragen,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

den Aufbau und den Wandel der Polizei von einer Volkspolizei hin zu einer demokratisch legitimierten Landespolizei unter völlig veränderten Rahmenbedingungen zu unterstützen und zu vollziehen.

(Georg Nolte, CDU: Das stimmt.)

Dafür ausdrücklich an dieser Stelle, und so verstehe ich auch Ihren Antrag von der Opposition, meinen herzlichen Dank.

(Reinhardt Thomas, CDU: Er hat nur ein bisschen viel geredet, weniger gesagt.)

Jeder Antrag der CDU hat zur Folge, dass ich mich dazu äußere, Herr Thomas, das ist so.

(Reinhardt Thomas, CDU: Dann kommen Sie doch mal auf den Punkt!)

Allerdings jeder Stillstand in der Entwicklung bedeutet auch in der Polizei Rückschritt. Deshalb bedarf es in der Zukunft unverminderter Anstrengungen, um für unsere Bürgerinnen und Bürger die besten Leistungen zu erbringen. Mit den Eckpunkten zur qualitativen Entwicklung der Landespolizei vom 18. April 2000 und den auf dieser Grundlage erarbeiteten Umsetzungskonzeptionen steu-

ern wir diesen Prozess, meine Damen und Herren, in die richtige Richtung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ich bitte Sie darum, dass Sie die Landespolizei dabei unterstützen. Die Landespolizei soll für unser Land zu einer leistungsstarken, modernen und bürgernahen Polizei entwickelt werden. Ich will erreichen, das will ich in aller Klarheit sagen, dass wir in diesem Jahrzehnt die Ergebnisse der Landespolizei stolz mit denen anderer Länder vergleichen können und von der Schlusslichtposition wegkommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Der Antrag der CDU, für dessen Zielrichtung ich mich ausdrücklich bedanke, greift zu kurz und kommt zu spät.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Reinhardt Thomas, CDU: Ach so, die Polizei hat schon ihre schuss sicheren Westen, und gut.)

Unser Konzeptionszeitraum reicht vorerst, meine Damen und Herren, bis zum Jahre 2006 und nicht bis zum 31. Januar 2001. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Böttger von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Böttger.

(Reinhardt Thomas, CDU: Jetzt kommt Freude auf. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Gerd Böttger,** PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat einen Antrag unter dem Titel „Maßnahmen zur qualitativen Fortentwicklung der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern“ vorgelegt, in dem Forderungen enthalten sind, allerdings nur Forderungen, mehr nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja natürlich.)

Antworten geben Sie auch nicht auf die aufgeworfenen Fragen.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Reinhardt Thomas, CDU)

Sie wissen ganz genau, dass die Koalitionsfraktionen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie waren dagegen.)

und der Innenminister

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

seit einiger Zeit genau an den Problemen arbeiten, die Sie ja aufwerfen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und Sie wissen natürlich genau, wie kompliziert in der Praxis

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

sich gerade die Strukturveränderungen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

gerade die Laufbahnverordnung, gerade die Aus- und Fortbildung gestalten. Sie wissen auch, dass es unter den Polizeibeamten dieses Landes natürlich bei der Fülle dieser Probleme Fragen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber ja.)

und Unruhe gibt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber ja.)

Und, Herr Thomas, Ihre Rede vorhin hat mir wiederum sehr deutlich gemacht, es geht Ihnen gar nicht um die Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Ihnen auch nicht, Herr Böttger!)

es geht Ihnen nur darum, den Innenminister vorzuführen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das ist das Ziel Ihres Antrages.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Herr Thomas, wenn es Ihnen wirklich um die Polizei ginge, dann würden Sie solche Äußerungen, wie Sie sie hier gemacht haben, dass es vor zwei Jahren ganz ruhig war in der Polizei,

(Reinhardt Thomas, CDU: Das hab' ich nicht gesagt.)

dass sozusagen noch kein Minister so schlecht war wie dieser, nicht tun. Also das weiß natürlich jeder im Lande, dass das alles nicht stimmt. Lassen Sie das sein! Ich will Ihnen nicht wieder die ganzen CDU-Minister und die ganzen Skandale vorwerfen hier.

(Heiterkeit bei Reinhardt Thomas, CDU: Aber danke, dass Sie es wiederholt haben!)

Wenn ich das machen würde, käme ich vom Thema ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich will mich auf das Thema konzentrieren, weil es einfach zu kompliziert ist. Aber mit solchen Reden, Herr Thomas, helfen Sie der Polizei im Lande auf keinen Fall.

(Wolfgang Riemann, CDU: Vor acht Jahren haben Sie vom Polizeistaat geredet, Herr Böttger.)

Ich habe noch nie vom Polizeistaat geredet,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

ich habe noch nie vom Polizeistaat geredet.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, die PDS.)

Ach, zeigen Sie mir das!

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Reinhard Dankert, SPD: Was die CDU auch alles schon geredet hat!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich kann die CDU als Oppositionsfraktion alles fordern, aber wir haben als Koalitionsfraktionen natürlich auch das gute

Recht, unsere eigenen Vorstellungen darzulegen und Ihre Anträge damit abzulehnen.

Zu einzelnen Punkten Ihres Antrages.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wieso denn das?  
Sie wollen ja nicht mal berichten.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich mir den Zeithorizont ansehe, den Sie hier vorgeben – die meisten Forderungen sollen sozusagen bis zum 31. Januar 2001 erledigt sein,

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Ja, es wird Zeit, es wird Zeit.)

also innerhalb eines Monats,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Sie wissen ja, dass ein Monat

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja,  
dann muss das kommen.)

für die Kompliziertheit dieser Prozesse viel zu kurz ist –, dann wissen Sie ganz genau, das ist gar nicht machbar.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wieso denn nicht? –  
Wolfgang Riemann, CDU: Ich denke,  
er arbeitet so intensiv daran.)

Nehmen wir mal das Sicherheits- und Ordnungsgesetz, Herr Thomas.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Und hier, Herr Thomas, zeigt sich schon, dass Sie eigentlich unehrlich sind. Sie fordern bis zum 31. Januar die Vorlage dieses Gesetzes.

(Reinhardt Thomas, CDU: Er hat das  
am 9. November angekündigt. Er muss  
doch wissen, was er da ankündigt.)

Ja, ja und jetzt komme ich mal zu Ihnen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Und er hat nicht mit  
Ihnen vorher gesprochen. Das ist der Punkt.)

Nachdem der Innenminister seine ersten Vorstellungen in der Presse geäußert hat, da hatten Sie nichts anderes zu tun, als genau all das, was der Innenminister dargelegt hat, abzulehnen mit der Bemerkung, der Minister hätte einen Kniefall vor der PDS gemacht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sieht leider so aus.)

Sie haben es hier ja noch mal wiederholt in diesen Fragen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Nett, dass  
Sie es auch noch mal wiederholen.)

Und jetzt fordern Sie, obwohl Sie ganz genau wissen, dass Sie das sowieso ablehnen, was Sie fordern, das bis zum 31. Januar hier vorzulegen. Also, dann sagen Sie lieber: Wir wollen das so gar nicht. Das ist dann wenigstens ehrlich.

(Heiterkeit bei Martin Brick, CDU)

Aber etwas zu fordern, was Sie wirklich ablehnen wollen, das ist doch ganz klar. Und eines ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, wir wollen,  
dass der Minister mal was vorlegt. –  
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU –  
Reinhardt Thomas, CDU: Wir wollen,  
dass er was Ordentliches vorlegt.)

Na ja, Herr Jäger, Sie wissen doch ganz genau, wie die Ausgangslage ist. Sie haben doch hier schon mal einen Antrag gestellt. Sie wissen ganz genau, dass das Landesverfassungsgericht zwei Punkte in diesem Gesetz für verfassungswidrig erklärt hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das wissen  
wir aber jetzt schon sehr lange.)

Und Sie haben erklärt, Sie wollen natürlich diese Jedermannskontrolle. Sie wollen sozusagen die Kriterien festzurren.

(Reinhardt Thomas, CDU: Dann hätte  
er das doch aber sagen können. –  
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die PDS sagt heute noch einmal ganz deutlich:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ein Gesetz mit einer Jedermannskontrolle

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das hab' ich nie gesagt.)

wird es mit uns nicht geben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der PDS – Wolfgang Riemann, CDU:  
Das hat er nicht gesagt.)

Das ist doch ganz deutlich.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie müssen  
mal das Ohropax rausnehmen.)

Und auch der „Große Lauschangriff“, der durch das Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wurde, wird nicht mehr in diesem Gesetz stehen. Auch das wird es mit uns nicht geben.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,  
und Reinhardt Thomas, CDU)

Wir werden ein vernünftiges Gesetz machen und wir werden es sehr gründlich diskutieren.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Einen guten Partner haben Sie da.)

Und eines ist natürlich auch klar, Herr Dr. Jäger: Die Auffassungen zwischen den Koalitionsfraktionen in dieser Frage sind etwas uneinheitlich und wir müssen sehen, wie wir hier einen Kompromiss finden.

(Reinhardt Thomas, CDU:  
Genau das ist der Punkt.)

Aber das kennen Sie doch, Sie mussten auch nach Kompromissen suchen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und es wird zum Schluss, wie ich meine, ein gutes Gesetz werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das wird  
aber Zeit. – Zuruf von Martin Brick, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu den Strukturveränderungen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ein dreiviertel Jahr  
hatten Sie jetzt schon Zeit für einen Kompromiss.)

Das Ziel, die Polizei mehr in der Fläche sozusagen zu entwickeln, dieses Ziel ist ein richtiges Ziel.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Das haben wir als PDS seit Jahren gefordert. Wir wollen eine bürgernahe Polizei, eine Bürgerpolizei.

Es gibt zurzeit Überlegungen zur Aufgabenübertragung der Inspektion Zentrale Dienste an die Polizeiinspektionen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na schön.)

zum Beispiel auf dem Gebiet der Verkehrskontrollen, Schwerlasttransporte und einiges andere mehr. Hier muss man natürlich jetzt mal genau gucken, was mit dem Hineingeben in die Fläche aus polizeitaktischer Sicht wirklich sinnvoll ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau das wollen wir prüfen.)

Darüber müssen wir mal reden, denn ich sage hier auch ganz deutlich – und der Minister kennt meine Auffassung dazu –,

(Reinhardt Thomas, CDU: Sie müssen mal aufhören zu reden und zu Schlussfolgerungen kommen.)

ein Übertragen in die Fläche ist noch kein Wert an sich,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist so.)

sondern ganz zum Schluss muss die Erhöhung der Qualität der polizeilichen Arbeit herauskommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Minister, hören Sie mal zu! Er hat Recht.)

Und da sind wir zurzeit in einem Diskussionsprozess, wo ich sage, der ist noch nicht abgeschlossen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Da hat er mal Recht. – Dr. Christian Beckmann, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: Mall!)

Und eines sage ich Ihnen auch, Herr Dr. Jäger, das wissen Sie: Die Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern, die Beamtinnen und Beamten, das sind alles erfahrene und kluge Leute.

(Dr. Armin Jäger, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Mit denen muss man das vor Ort auch gründlich berechnen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Angelika Gramkow, PDS)

denn eine Struktur sozusagen – aber da sind wir uns doch einig – kann man niemals von oben anordnen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das will er aber.)

das hat hier auch keiner vor,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch, doch!)

sondern man muss diejenigen, die die Struktur letztlich unten verwirklichen sollen, auf diesem Wege mitnehmen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS – Lutz Brauer, CDU: Sie sollten Ihren Blickwinkel mehr hierher und nicht dorthin richten! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und deshalb wollen wir gemeinsam in den nächsten Tagen und Wochen mit denen reden, die hier Erfahrungen haben. Es ist ein schwieriger Diskussionsprozess. Dieser wäre übrigens bei jeder Landesregierung ähnlich schwierig gewesen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, nur offener.)

Das hat gar nichts damit zu tun, ob hier Rot-Rot regiert

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und ehrlich und offener.)

oder Sie, es ist etwas ganz Schwieriges, denn hier ist es die Funktionalreform im Kleinen bei der Polizei. Und Sie wissen ja, wie schwer wir uns tun

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

mit den Fragen der Funktionalreform und der Konnektivität.

Zweitens. Die Frage – ein Kreis, eine Inspektion, eine alte Forderung der PDS. Allerdings hier sage ich auch, man muss diese Forderung vernünftig umsetzen. Man muss die mitentscheiden lassen, die vor Ort sozusagen davon betroffen sind,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und da muss man nach den Kosten und den Zeiträumen gucken. Hier sagen wir auch, man sollte die vernünftige Forderung mit denen bereden, die es zum Schluss angeht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben, ja. – Wolfgang Riemann, CDU: Das tut dieser Innenminister aber nicht.)

Das wollen wir in den nächsten Tagen machen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, was die Laufbahnverordnung angeht ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Also das könnte meine Rede sein, Herr Böttger.)

Ja, sehen Sie mal!

(Martin Brick, CDU: Was ist denn das für eine Koalition hier?!)

Wir stehen als PDS zur zweigeteilten Laufbahn, das ist überhaupt nicht die Frage. Aber eines ist klar und das wissen Sie ganz genau: Die zweigeteilte Laufbahn in Mecklenburg-Vorpommern werden wir heute und morgen nicht hinkriegen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

denn sie kostet – und das wissen Sie – eine Menge Geld.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Reinhardt Thomas, CDU)

Man muss daran weiterarbeiten, der Minister hat hier die Zahlen gegeben.

An diese Laufbahnverordnung hat die PDS zwei Forderungen, das sagen wir hier auch ganz deutlich. Erstens darf sie nicht dazu führen, dass Polizistinnen und Polizisten, die in der DDR gedient haben, die übernommen worden sind, benachteiligt werden.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS, und Peter Ritter, PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ja richtig. Das steht ja drin in unserem Antrag.)

Na, nun warten Sie doch mal ab, das sind doch Entwürfe! Wir reden doch darüber.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Der Unterschied zu Ihnen scheint ja wohl zu sein, dass Sie was aufgeschrieben und dann durchgesetzt haben. Jetzt gibt es sozusagen einen Diskussionsprozess in der Koalition

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,  
und Peter Ritter, PDS)

und wir werden darüber reden. Und dieser Minister ist diskussionsbereit,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Hoffentlich.)

das war er immer.

(Zurufe von Dr. Christian Beckmann, CDU,  
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Und die zweite Sache: Wir haben eine Diskussion über die Seiteneinsteiger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Natürlich sage ich, Seiteneinsteiger sind erst einmal etwas Vernünftiges.

(Reinhardt Thomas, CDU: Dann müssen  
Sie die Laufbahnordnung ändern.)

Aber es darf doch nicht dazu führen, dass zum Beispiel andere keine Beförderungsmöglichkeiten, keine Entwicklungsmöglichkeiten haben,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

weil ihnen Seiteneinsteiger vor die Nase gesetzt werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Genau, genau das will ich auch.)

Auch hier brauchen wir eine vernünftige Lösung für die Seiteneinsteiger sowie für die, die im mittleren Dienst dienen und gerne aufsteigen möchten. Also hieran arbeiten wir.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Wer arbeitet eigentlich  
daran? – Reinhardt Thomas, CDU:  
Sie oder der Innenminister?)

Die Probleme sind bekannt und das merken Sie daran. Und gemeinsam ...

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Davon merken wir nichts.)

In dieser Koalition, das kann ich Ihnen sagen, werden alle Fragen gemeinsam beredet und wir suchen nach einer gemeinsamen Lösung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das war bei Ihnen anders, bei uns ist es heute so. Sie werden sehen, es wird zum Schluss ein gutes Ergebnis rauskommen.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Und nun gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zu dieser Aus- und Fortbildung. Da haben wir natürlich auch ein Problem. Wir haben sozusagen zentral in Güstrow die gesamte Aus- und Fortbildung zusammengeführt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Da sagen wir auch, ein vernünftiger Ansatz. Dass das am Anfang Probleme bringt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na sicher.)

das weiß doch jeder. Und jeder, der so etwas schon mal gemacht hat, weiß ganz genau, dass das vor allem ein Problem der Lehrer ist, nicht so sehr derer, die ausgebildet werden. Daran muss man weiterarbeiten, ohne das Ziel aus dem Auge zu verlieren, weil es erst einmal ein paar Schwierigkeiten gibt. Also Schwierigkeiten haben wir genug.

Und was ich Ihnen vorwerfe, meine Damen und Herren von der CDU: Sie stellen hier einen Antrag, stellen eine Menge Fragen, zum Teil berechnete Fragen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

die wir auch haben, aber Sie haben nicht eine einzige Antwort für die Probleme in diesem Lande.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das stimmt  
nicht, das stimmt nicht! Herr Thomas  
hat Vorschläge gemacht.)

Doch, das ist das Problem.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, nein!)

Sie wollen bloß diesen Minister vorführen und das wird Ihnen nicht gelingen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD  
und PDS – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren – und das kann ich hier versprechen, auch angesichts der Tatsache, dass hier viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte anwesend sind –, was wir nicht tun werden: Wir werden bestimmte Fragen, vor allen Dingen von Verordnungen, natürlich nicht unbedingt in den Landtag ziehen, da gehören sie auch nicht hin.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Wenn wir das machen wollten, Herr Jäger, dann würden wir uns hier nur noch mit Verordnungen beschäftigen.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Aber eins sage ich Ihnen hierzu namens unserer Fraktion – und das haben wir natürlich mit unserem Koalitionspartner, mit dem Minister abgestimmt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

bevor ich das hier sage: Wir werden Ihnen die Möglichkeit geben, vor allen Dingen denen, die da hinten sitzen, den Vertretern der Polizei, der Polizeigewerkschaft, anderen Experten, im Innenausschuss diese Fragen zu erörtern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS –  
Zuruf von Monty Schädel, PDS)

Da gehören sie hin und dafür werden wir eintreten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. – Jürgen Seidel, CDU:  
Das ist ja wohl das Mindeste.)

Also ich meine, Sie haben richtige Fragen aufgeworfen, aber die Antworten sind Sie uns schuldig geblieben. Und so kann man keine Politik machen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Jäger von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Jäger.

**Dr. Armin Jäger, CDU:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Böttger, also bis zum Schluss hatte ich noch geglaubt, Sie hätten aus meiner Rede etwas abgeschrieben.

(Gerd Böttger, PDS: Hab' ich ja auch. – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, PDS und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ja. Aber ganz am Schluss haben Sie dann die Kurve wieder gekriegt. Also, wenn Sie die Themen, die Problemfelder, die Sie mit Recht hier angesprochen haben, diskutieren wollen, dann stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU – Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Dann ziehen wir das Ding in den Innenausschuss, dann hören wir die Gewerkschaften an, dann hören wir die Polizei an und dann kommen wir zu Lösungen.

(Gerd Böttger, PDS: Das hat aber mit dem Antrag nichts zu tun.)

Denn, Herr Innenminister, Sie haben hier sehr Schönes gesagt, auch über unsere Landespolizei. Sie haben das aber sehr theoretisch gehalten. Sie haben geschwärmt von dem Hightechpolizisten, den Sie mal irgendwann in diesem Lande haben wollen. Aber wer hat denn dieses kleine Bröselchen abgeschnitten, als wir mal versucht haben, Polizisten von der Schreibarbeit zu entlasten? Wer hat den Neubrandenburger Versuch scheitern lassen?

Herr Innenminister, Sie haben gesagt, wir brauchen mehr im gehobenen Dienst. Einverstanden! Aber gucken Sie mal, was Sie bisher erreicht haben! Dadurch, dass Sie kein Personalentwicklungskonzept vorgelegt haben,

(Reinhardt Thomas, CDU: Das ist ja keins.)

Sie haben es nicht vorgelegt, haben Sie die hundert Stellenhebungen, die es in den früheren Jahren gab, vom mittleren in den gehobenen Dienst nicht erreicht, bei einer zugegebenermaßen strengen Finanzministerin. Herr Minister, ich erwarte von Ihnen einfach mehr, als dass Sie hier ankündigen, als dass Sie etwas Schönes sagen, sondern Sie müssen auch so handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Der setzt sich weder für die Kommunen noch für die Polizei ein.)

Und ich greife ausdrücklich den Appell von Herrn Kollegen Böttger auf: Es geht eine Strukturveränderung in einer Landespolizei nur, wenn man mit den Betroffenen redet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Und genau das, genau das findet im Augenblick nicht statt, sondern es wird sogar kleinkariert darüber diskutiert und nachgesonnen, ob das nun ein Fall der qualifizierten Mitbestimmung für den Hauptpersonalrat ist oder nicht. So kann man nicht zusammen mit der Landespolizei Strukturveränderungen machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, gerade dieser im Werden befindliche Organisationserlass – da steht ja drüber, 2000, der Monat steht noch nicht drin – zeigt, dass mit der Praxis überhaupt nicht gesprochen worden ist. Man kann

über Polizeireviere reden, aber dann muss man auch sagen, wie man sie einbindet. Sie sagen – das hätten Sie auch aus dem Lehrbuch abschreiben können –, wir wollen Führungsstrukturen verschlanken. Prima, Herr Minister! Aber Sie müssten uns mal – und deswegen ist der Antrag so gestellt –, Sie müssten uns mal erklären, wie Sie das in die Führungsstruktur einpassen und nicht neue Leitungsebenen schaffen. Ich bin überhaupt nicht entschlossen, hier zu sagen, das ist der falsche Weg, aber Sie sollten in die Diskussion darüber eintreten und sollten gerade die Praktiker nicht ausklammern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Und Sie haben so schön gesagt, aus der IZB, also der Inspektion Zentrale Dienste, nehmen wir die Verkehrsüberwachung heraus und geben sie in die Fläche. Klingt prima, ist nur, mit Verlaub gesagt, in einem Flächenland – Quatsch darf ich nicht sagen, aber – Unsinn. Und zwar deswegen, einfach mal aus der Praxis gegriffen: Lassen Sie es passieren, dass einer unserer Radarmesswagen in ein, sagen wir, beim Amtsgericht befindliches Verfahren einbezogen ist. Der Amtsrichter zweifelt die Messgenauigkeit an. Dann bleibt das Fahrzeug so lange außer Betrieb, bis das geklärt ist. Und wenn Sie in der Inspektion nur ein oder zwei dieser Fahrzeuge haben, wie wollen Sie dann Linienüberwachung machen, wie wollen Sie überhaupt sicherstellen, dass die Überwachung stattfindet? Und jetzt sage ich Ihnen etwas, was Sie vielleicht noch nicht wissen: Die Polizei ist ein Organismus. Ich kann mir gut vorstellen, dass in Lagen, in denen die Polizei vor Ort starkemäßig überfordert ist, die hoch ausgebildeten Beamten, die diesen Bereich haben, auch für andere Zwecke eingesetzt werden, und das bei steigenden Verkehrsunfallzahlen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Denken Sie an die Praxis, reden Sie hier nicht nur in Theorie! Dass Sie dabei in der Begeisterung Ihres Reformations- oder – entschuldigen Sie, es geht nicht um theologische Themen –,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

in Ihrer Reformierungsbegeisterung auch die Diensthundestaffel ganz vergessen haben, denn die gibt's nach Ihrer neuen Organisation nämlich nicht mehr – was das soll, weiß ich nicht. Übrigens, das sind keine Personalkosten, das sind nur Fütterungskosten. Also da sollten Sie nicht rangehen.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist aber auch notwendig. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ja, sicher. Und deswegen beklage ich es. Dass bei einem Organisationserlass, der jetzt schon in die Mitbestimmung gehen sollte – also jedenfalls hat man mal die Gewerkschaften beteiligt, das ist für mich ein Mitbestimmungsfall –, die Diensthundestaffel ganz vergessen wird, zeigt, wie da gearbeitet wird.

Und übrigens zum Personalentwicklungskonzept. Also es ist von Ihnen selber vorgestellt worden als ein Nicht-personalentwicklungskonzept,

(Reinhardt Thomas, CDU: Richtig.)

sondern als Eckpunktepapier, aus dem dann das Personalentwicklungskonzept entwickelt werden soll, wie der

Name so schön sagt. Dass die Damen und Herren aus den Koalitionsfraktionen unter Führung unseres Innenausschussvorsitzenden Herrn Friese dann mit Mehrheit bestimmt haben, Personalentwicklungskonzept ist das Eckpunktepapier, war ziemlich überraschend. Aber ich sage dazu den Merksatz für junge Juristen, da steht es nämlich auch: Fisch in diesem Sinne kann auch ein Frosch sein. Und Sie mussten diese Kröte ja wohl schlucken, denn sonst hätten Sie nicht mit Erstaunen feststellen müssen für den Stellenplan 2000, wo Sie noch so stolz waren, dass Sie einige Stellenhebungen im parlamentarischen Verfahren durchgebracht haben. Dafür musste die Landespolizei im Stellenplan 2001 wegen fehlenden Personalentwicklungskonzeptes noch mit zwei Stellen zahlen, die weggestrichen wurden. Das haben Sie selber gesehen. 175 Stellen hat diese Verzögerung die Landespolizei bisher gekostet.

Und, Herr Innenminister, ich weiß, dass wir eine zahlenmäßig große Polizei haben. Aber wenn sich ein Innenminister hier hinstellt und der Finanzministerin, die vorhin direkt hier saß, in die Augen blickt und genau das nachredet, was aus dem Finanzministerium kommt, dann verstehe ich nicht mehr, wozu wir überhaupt noch einen brauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Angelika Gramkow, PDS:  
Das ist sehr ungerecht, Herr Jäger.)

Das ist nicht ungerecht.

(Unruhe bei Ministerin Sigrid Keler –  
Wolfgang Riemann, CDU: Werden Sie  
Abteilungsleiter im Finanzministerium,  
Herr Timm! – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Und ich möchte etwas zu Ihren doch sehr ansprechenden Ausführungen zur Qualifikation unserer Polizeibeamten sagen.

(Ministerin Sigrid Keler: Herr Nolte  
hat gestern ganz anders geredet.)

Alles theoretisch richtig, prima, unsere Beamten müssen sich täglich qualifizieren. Prima! Aber was haben Sie denn vor? Wenn ich da in Ihre Laufbahnverordnung, in den Entwurf, reingucke, Herr Böttger hat es erkannt: Durch Ihre Formulierung sind die Beamten, die seit 1992 dafür gesorgt haben, dass jährlich die Aufklärungsquote stieg, die dafür gesorgt haben, dass jährlich die Verbrechen und Vergehen pro 1.000 Einwohner in unserem Lande gesunken sind, die Gekniffenen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Wolfgang Riemann, CDU: Genau so. –  
Gerd Böttger, PDS: Na ja!)

Diese Beamten haben dann keine Möglichkeit mehr zum Durchstieg. Und, Herr Minister, ohne jede Not vermindern Sie damit die Plattform für die Auswahl des dünnen Keils höherer Dienst. Wollen Sie wirklich so vorgehen?

Und dann will ich Ihnen auch noch was sagen. Mir tut eine Landespolizei und mir tun dann auch die späteren jungen Beamten Leid, wenn Sie in verstärktem Maße mit den so genannten Seiteneinsteigern so vorgehen, wie Sie das da vorgesehen haben. Können Sie sich vorstellen, was so ein junger Kommissar in der Dienststelle anfängt? Da sitzen gestandene Beamte des mittleren Dienstes, mit einer richtig guten Dienst erfahrung, mit einer strammen Motivation, mit einer prima Fortbildung und dann kommt

einer, direkt von der Schulbank, macht eine theoretische Ausbildung mit ein wenig Praktika – habe ich alles gesehen –, und der soll dann tatsächlich Vorgesetzter dieser Beamten sein? Das soll noch funktionieren? Ich glaube, Sie sollten Erfahrungen aus anderen Ländern mal genau begucken, was daraus geworden ist, und sollten wieder in die Praxis zurückkommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich habe den Eindruck, dieses Modell, das Ihr Staatssekretär Ihnen da mitgebracht hat aus seinem früheren Tätigkeitsbereich, das eignet sich für unser Land nicht.

(Gerd Böttger, PDS: Na ja, ganz so nicht! –  
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich bin sehr dafür, dass wir über Seiteneinsteiger reden, Herr Böttger. Vielen Dank für den Einwurf! Aber es muss dazu führen, dass wir eine Polizei haben – und die haben wir derzeit –, die sehr praxisbezogen arbeitet,

(Gerd Böttger, PDS: Da bin ich ja einverstanden.)

die bereit ist, sich fortzubilden,

(Gerd Böttger, PDS: Ja.)

und nicht, dass wir eine Zweiklassengesellschaft in dieser Polizei errichten, die auf Dauer auch den Betriebsfrieden –

(Gerd Böttger, PDS: Richtig.)

und davon lebt eine Dienststelle – nicht mehr gewährleistet.

Meine Damen und Herren, es ist hier über vieles andere mehr zu sprechen. Ich will gar nicht so viel dazu sagen. Eins möchte ich jedoch noch sagen: Herr Innenminister, SOG-Novelle – warum wollen wir den Bericht? Weil Sie dauernd was ankündigen und nichts kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Minister Dr. Gottfried Timm: Na warten Sie  
mal! – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Ja, gerne. Ich nehme, obwohl Sie das gar nicht dürfen,

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Das ist der Ankündigungsminister.)

ich nehme das gerne hier an, obwohl Sie das von der Regierungsbank ja gar nicht dürfen.

(Minister Dr. Gottfried Timm: Na, na!)

Ich hätte gern, dass ins Protokoll aufgenommen wird, dass der Innenminister hier gesagt hat: „Na warten Sie mal!“. Herr Innenminister, wir warten jetzt schon irre lange.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU –  
Reinhardt Thomas, CDU: Wie lange  
sollen wir denn noch warten?!)

Was brauchen wir denn? –

(Minister Dr. Gottfried Timm: Das macht  
die Koalition und nicht die Opposition.)

Also nicht das, was Sie auf die laue Tour angekündigt haben.

(Gerd Böttger, PDS: Sie lehnen es  
doch sowieso ab. Sie lehnen es ab.)

Nein.

(Gerd Böttger, PDS: Sie lehnen es ab.)

Nein, wir werden das nicht ablehnen, Herr Böttger. Wir haben eine andere Mentalität, glaube ich. Mir geht es wirklich um die Landespolizei.

(Gerd Böttger, PDS: Da bin ich mal gespannt.)

Mir geht es – das müssen Sie mir jetzt einfach mal abnehmen, da bitte ich herzlich drum, da können wir auch mal unter vier Augen drüber reden –, aber was ich leid bin, ist, dass da jedes Mal, wenn etwas schwierig ist, rumgewieselt und -gewuselt wird, und es kommt hinten nichts bei raus.

Und es kann nicht sein, dass der oberste Dienstherr der Polizei in der Zeitung wirklich erklärt, Leute, das ist alles geklärt, das machen wir über Verkehrskontrollen. Herr Minister, das kann nicht laufen, das wissen Sie auch. Das sagen Ihnen auch Ihre Fachleute. Sie müssen sie nur fragen. Es kann nicht laufen. Was machen Sie denn mit der mitfahrenden Person? Und was entsteht aus dem Ganzen? Sie bringen unsere Polizeibeamten in diese missliche Lage einer Grauzone. Denn natürlich will der Beamte seinen Job richtig machen.

(Gerd Böttger, PDS: Ja.)

Und wenn er keine vernünftigen Rechtsgrundlagen hat, dann kommt er in die Gefahr, diese über Gebühr auszu dehnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und ich möchte mal sehen, ob Sie dem Polizeibeamten beistehen, wenn er nachher vor Gericht an den Ohren gezupft wird.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann kneift er.)

Sie müssen endlich handeln!

(Gerd Böttger, PDS: Herr Jäger, eine Sichtkontrolle ist keine Verkehrskontrolle.)

Herr Böttger, der Herr Innenminister hat doch gesagt, das können wir im Rahmen der allgemeinen Verkehrskontrollen mitmachen.

(Gerd Böttger, PDS: Eben nicht!)

Entweder weiß er nicht, wovon er redet, oder aber er liegt rechtlich falsch. Beides ist schlimm genug.

(Reinhardt Thomas, CDU: Sie machen die komischen Sichtkontrollen.)

Meine Damen und Herren, auch was die elektronische Kontrolle von Verbrecherwohnungen angeht – keiner von uns will sich vorbeimogeln an den rechtlichen Festlegungen unseres Verfassungsgerichts. Aber, Herr Minister, auch da müssen Sie doch das Rad nicht neu erfinden.

(Reinhardt Thomas, CDU: Na!)

Sie wissen hoffentlich mittlerweile, dass wir, BGS und Landespolizei, gemeinsame Streifen haben. Und jetzt überlegen Sie mal! Der Bundesgrenzschutz hat eine tragfähige Ermächtigungsgrundlage. Jedenfalls ist mir nicht bekannt, dass sie vom Bundesverfassungsgericht irgendwo angezweifelt worden ist. Jetzt schaffen Sie doch eine vergleichbare! Mein Gott! Ist das denn so schwer, ein Modell zu übernehmen, das bei anderen funktioniert?!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Dann haben die beiden Beamten, die da zusammen gehen, die gleiche Rechtsgrundlage. Und ich denke mal,

Herr Böttger, weil Sie gesagt haben, wir wollten das nicht und dies wollen Sie nicht, es wäre sehr sinnvoll – und das ist jetzt das Ziel unseres Antrages –, dass bei diesen vielen streitigen, teilweise vollkommen ungelösten Fragen der Minister seine Konzepte mal auf den Tisch legt und wir – das ist meine große Hoffnung – im Innenausschuss die Gelegenheit haben, dazu die Polizisten zu hören, ihre Berufsvertretung zu hören, andere Fachleute zu hören. Wir wollen dem Minister dabei helfen, wirklich, ernsthaft, aber dann muss er mit seinen Vorstellungen kommen.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU:  
Und nicht nur ankündigen.)

Deswegen meine herzliche Bitte: Lehnen Sie diesen Berichtsantrag nicht ab, sondern unterstützen Sie ihn! Und dann können wir das gemeinsam tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Friese von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Friese.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Jetzt wird ein neuer Film eingelegt.)

**Siegfried Friese, SPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Jäger, der Innenausschuss ist jederzeit dafür da, Konzepte, die Sie haben, mit dem Minister zu beraten, nur muss dieses von der CDU-Fraktion beantragt werden.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Wir haben ja die Anträge gestellt. Wir haben ja die Anträge gestellt.)

Alles, was Sie bisher beantragt haben zu diesem Thema, ist im Innenausschuss beraten worden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, auf geht's!)

Weitere Vorschläge gab es nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, nein.)

Und wenn Sie dann dem Minister vorwerfen, dass Reformvorschläge, die er macht,

(Wolfgang Riemann, CDU: Die er ankündigt.)

nicht hinreichend diskutiert werden, so kann man darüber in der Tat streiten. Aber wenn Sie jetzt die bisherigen CDU-Minister als Vorbilder hinstellen, die immer ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Habe ich nicht gesagt. Habe ich nicht gesagt.)

Ach dann ist es okay.

Dann will ich sagen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Lassen Sie das die Polizei beurteilen! Die weiß das.)

das Verhältnis von Führung und demokratischer Beteiligung der davon Betroffenen ist immer ein interessantes Thema und es muss von jedem Minister neu gelöst werden.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Die SPD-Fraktion geht davon aus, dass dieser Innenminister das Problem hervorragend löst.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Hervorragend ankündigt.)

Meine Damen und Herren, ich habe nun die zweifelhafte Ehre, zu dem Antrag der CDU-Fraktion zu reden oder reden zu müssen. Die Überschrift Ihres Antrages lässt in der Tat Großes erwarten: „Maßnahmen zur qualitativen Fortentwicklung der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern“. Wer aber glaubt, meine Damen und Herren, die CDU würde uns nun mit diesem Antrag eine Reihe von Vorschlägen und Maßnahmen zur qualitativen Fortentwicklung der Polizei vortragen, sieht sich schon nach dem ersten Satz eines Besseren belehrt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja aber der Minister bringt doch nichts.)

Keine eigenen Ideen von Ihnen, Herr Jäger, keine Vorstellungen und Anregungen, stattdessen ein insgesamt sechs Ziffern umfassender Antrag,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

in denen die Vorlage eines Gesetzentwurfes, von Berichten, eines Maßnahmenkataloges, einer Analyse und von Konzepten von der Landesregierung gefordert werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja natürlich, die muss doch auch mal was erarbeiten.)

Und wo, meine Damen und Herren, frage ich wiederholt, bleiben Ihre Konzepte? Ich komme darauf noch mal zurück, weil wir hier zutiefst ein Problem unserer Landesverfassung berühren.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber lassen Sie mich fortfahren.

Ist eine solche Forderung in Richtung der CDU, nämlich diese nach einer sauberen Analyse und nach eigenen Konzepten, ist eine solche Forderung an die CDU gerichtet ungehörig? Immerhin eine Fraktion, die insgesamt acht Jahre die Regierungsfraktion in diesem Landtag war,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. – Wolfgang Riemann, CDU: Und 16 Jahre in Bonn regiert hat.)

die noch immer einen ehemaligen Ministerpräsidenten – er ist gerade wieder unterwegs – in ihren Reihen hat, eine Fraktion,

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

die einen ehemaligen Innenminister und zwei Justizminister in ihren Reihen hat. Ist eine solche Fraktion nicht in der Lage, eine Analyse des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes selbst vorzunehmen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja schon, aber das lehnen Sie doch ab.)

und dem Landtag anschließend einen eigenen Gesetzentwurf zu präsentieren?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein. Sagen Sie doch, dass das der Minister bringt, und dann stimmen wir zu.)

Dieses tun Sie doch in anderen Bereichen auch. In dem sensiblen Bereich der inneren Sicherheit sind Sie, meine Damen und Herren, ich muss das so sagen, ein Ausfall.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gibt es noch eine Steigerung?)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Innenminister dieses Landes hat im November diesen Jahres

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

ein Eckpunktepapier für eine Novellierung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes der Öffentlichkeit vorgestellt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo? Kann man das auch sehen?)

Danach gibt es eine öffentliche Diskussion um dieses Thema. Aber kann man dann nicht doch ernsthaft hingehen und die Landesregierung auffordern, einen Gesetzentwurf zum SOG vorzulegen?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja wer denn sonst? Wer denn sonst?)

So sieht Ihr Antrag aber aus. Es ist Ihnen dabei gleichgültig, welche Inhalte dieser Gesetzentwurf hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das haben wir präzisiert.)

Die CDU will einen Gesetzentwurf zum SOG, gleich welchen Inhalts dieser ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist nicht wahr. Dann haben Sie nicht zugehört, Herr Friese. – Gerd Böttger, PDS: Die wollte was, da wollen wir bloß nicht.)

Ist sie der Ansicht, dass jeder Gesetzentwurf der Landesregierung zum SOG, gleich welchen Inhalts, eine Maßnahme zur qualitativen Fortentwicklung der Landespolizei darstellt? Wir warten auf Ihre Vorschläge dazu.

Geradezu absurd, meine Damen und Herren, wird es bei der Betrachtung der Ziffer 6 Ihres Antrages. Darin fordern Sie von der Landesregierung einen Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Eigensicherung der Polizei.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das hatten wir beim letzten Mal schon gefordert.)

Sie, meine Damen und Herren von der CDU, waren es doch, die die Koalitionsfraktionen für deren Antrag in der letzten Landtagssitzung heftig kritisiert haben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, weil nichts drinstand.)

weil wir vom Innenminister einen Bericht zum Stand erwartet haben.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Ach ja?! Sie fordern einen Bericht und dann ist es gut. Aber wenn die CDU einen Bericht fordert, dann ist das ganz schlecht.)

Meine Damen und Herren, ich ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann ist das konstruktive Arbeit, Herr Friese. – Heinz Müller, SPD: Wer hat eigentlich das Wort?)

Nein, nein. Sie haben kritisiert, dass unser Antrag keine inhaltlichen Vorgaben macht. Sie haben einen Bericht gefordert. Schauen Sie mir Ihren Antrag an, dann fordern Sie nur Berichte des Innenministers,

(Wolfgang Riemann, CDU: Nein, das stimmt nicht. Nein, das stimmt nicht.)

ohne dass von Ihnen eigene Vorschläge kommen, ausgenommen, Herr Dr. Jäger hat in einigen Punkten etwas blicken lassen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich kann Ihnen noch mehr nennen. Holen Sie ihn in den Ausschuss, dann kriegen Sie richtig Unterstützung!)

Nur, ein Konzept war das auch nicht.

Meine Damen und Herren, warum rege ich mich eigentlich so auf?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Die CDU hat Recht,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

wenn sie von der Landesregierung Gesetze, Konzepte und Maßnahmenkataloge fordert. Warum? – Ganz einfach!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dafür wird sie bezahlt.)

Sie von der CDU sind dazu nicht in der Lage

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach, Herr Friese! – Wolfgang Riemann, CDU: Das ist doch billige Polemik.)

und Sie wissen die von Ihnen aufgeworfenen Fragen bei dieser Landesregierung in guten Händen. Recht haben Sie. Aber, meine Damen und Herren, und jetzt lassen Sie mich das mit großem Ernst sagen, ganz so einfach will ich Sie dann doch nicht davonkommen lassen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja?!)

Sie müssen zu Recht während jeder Landtagssitzung mehrfach hören, dass Ihre Anträge und Reden mit konstruktiver Oppositionsarbeit wenig zu tun haben.

(Unruhe bei Wolfgang Riemann, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Dafür sind Sie nicht Schiedsrichter.)

Das ist nicht einfach so dahingesagt, denn da fängt die Sache an ernst zu werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja?!)

Die Verfassung – nun hören Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, genau zu –, die Verfassung unseres Landes schreibt der Opposition die Aufgabe zu, „eigene Programme zu entwickeln und“

(Wolfgang Riemann, CDU: 31 Anträge haben Sie gestern abgelehnt, und keine Berichtsanträge, Herr Friese! – Gerd Böttger, PDS: Da war nichts Vernünftiges dabei.)

„Initiativen für die Kontrolle von Landesregierung und Landesverwaltung zu ergreifen sowie Regierungsprogramm und Regierungsentscheidungen kritisch zu bewerten“, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: 25 Stellen mehr haben wir gestern für die Polizei gehabt. Das haben Sie abgelehnt. Ja, Herr Friese!)

Wenn hinter diesen Anträgen ein geschlossenes Konzept gestanden hätte,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Ach ja?!)

würden wir ganz anders damit umgehen.

... meine Damen und Herren, so nachzulesen in Artikel 26 Absatz 2 unserer Landesverfassung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sagen Sie das Ihrem Landtagspräsidenten! Sagen Sie das dem Landtagspräsidenten!)

Und jetzt sagen Sie mir bitte einmal, wo Ihr Antrag diesen Vorgaben des Artikels 26 Landesverfassung auch nur ansatzweise gerecht wird! In der Kommentierung zu Artikel 26 Landesverfassung von Thiele, Pirsch und Wedemeyer ist hierzu

(Wolfgang Riemann, CDU: Zum Antrag sagt er gar nichts.)

vom Gegenpol zur Landesregierung,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja natürlich.)

vom strukturellen Verfassungselement und von konstruktiv wirkender Opposition die Rede.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Genau das.)

Wenn wir Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, also vorhalten, dass Ihre Arbeit nichts mit konstruktiver Oppositionsarbeit zu tun hat, so ist dies zugleich der Vorwurf, dass Sie Ihrem Verfassungsauftrag aus Artikel 26 Absatz 2 Landesverfassung nicht gerecht werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja. – Dr. Christian Beckmann, CDU: Da glauben Sie doch selbst nicht dran, Herr Friese.)

Dieses trifft leider auch jetzt zu.

(Wolfgang Riemann, CDU: Faule Ausreden!)

Enthält Ihr Antrag ein eigenes Programm,

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht mal eine Auseinandersetzung mit dem Antrag.)

das Sie entwickelt hätten? –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gehen Sie doch ran! Gehen Sie doch mal an den Antrag! Reden Sie doch mal zur Sache!)

Nein, Sie fordern stattdessen Programme von der Landesregierung. Enthält Ihr Antrag Initiativen zur Kontrolle von Landesregierung und Landesverwaltung? – Nein, Sie fordern stattdessen Konzepte und Maßnahmenkataloge der Landesregierung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja natürlich. – Wolfgang Riemann, CDU: Weil er es schon 23-mal angekündigt hat. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Enthält Ihr Antrag eine kritische Bewertung von Regierungsprogrammen und Regierungsentscheidungen, die fundiert sind und nicht nur an der Oberfläche kratzen? – Nein.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das haben wir eben gerade gesehen.)

Meine Damen und Herren, was bleibt als Fazit? – Sie werden dem Verfassungsauftrag von Artikel 26 Absatz 2 Landesverfassung nicht gerecht. Und das ist, meine Damen und Herren, überhaupt nicht lustig und Spaßig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jetzt machen Sie sich echt lächerlich. – Wolfgang Riemann, CDU: Nun hat er einen Lustspielfilm eingelegt. Das ist ein Witz.)

Es hat seinen guten Grund und es ist absolut richtig, dass die Rechte der Opposition in der Verfassung festgeschrieben sind.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das ist ein guter Witz. Komm!)

Eine solche Vorschrift gibt es übrigens nicht in allen Landesverfassungen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Er sagt doch selber, wir brauchen das nicht.)

Wir haben eine solche

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und ich erinnere mich noch sehr gut daran, dass die CDU es war, die diese Passagen 1993 mit in unsere Landesverfassung geschrieben hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da konnten wir aber nicht damit rechnen, dass sie mal gebraucht werden, diese Bestimmungen.)

Ich glaube, Sie konnten vor allen Dingen nicht damit rechnen, dass Sie mal Opposition werden.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD)

Jetzt setzen Sie sich als Opposition einfach darüber hinweg.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das wird der Herr Präsident ja vom Gericht bestätigt kriegen.)

Der hier vorliegende Antrag, meine Damen und Herren, macht einmal mehr deutlich, in welchem Zustand Sie sich nach zwei Jahren Minderheitenfraktion befinden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Reden Sie doch mal über Polizei!)

Lethargie ist da noch ein freundliches Wort.

(Wolfgang Riemann, CDU: Von der Polizei sagt er überhaupt nichts, weil er davon keine Ahnung hat.)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung handelt in allen von Ihnen angesprochenen Bereichen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo?)

Auch der Landtag war hierzu nicht untätig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

Wir haben uns im Innenausschuss mehrfach mit dem Eckpunktepapier des Innenministers

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben es nur umbenannt, nur umbenannt.)

zur qualitativen Fortentwicklung der Landespolizei beschäftigt.

Herr Dr. Jäger, wenn Ihnen die Mehrheitsentscheidungen im Innenausschuss nicht gefallen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

so ist das Ihr Problem.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, aber Sie haben doch nicht daran gearbeitet.)

Ich denke doch aber auch, Sie gehen da mit, dass dieses legitim ist. Wir haben uns damit beschäftigt

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja beschäftigt, aber nicht gearbeitet.)

und Sie haben dazu ja auch Ihre Meinung gesagt. Wenn Ihre Meinung nicht mehrheitsfähig ist, so ist das Ihr Problem und nicht unser Problem.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das war Beschäftigungstherapie wie im Kindergarten.)

Wir haben im Innenausschuss dazu eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Der Innenausschuss hat das Personalentwicklungskonzept des Innenministers ausdrücklich begrüßt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Welches Personalentwicklungskonzept?)

Der Landtag hat sich einen Bericht des Innenministers zum Stand der Eigensicherung der Landespolizei geben lassen. Auch damit ist das Thema für den Innenausschuss nicht abgehakt. Ich sage Ihnen aber an dieser Stelle ganz deutlich, die Positionen, die der Innenminister hier vorgebracht hat, werden von der SPD-Fraktion und auch von der PDS-Fraktion mitgetragen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, als theoretische Vorstellung von uns auch.)

Wir sehen das Konzept der Landesregierung hin zu mehr innerer Sicherheit in diesem Lande auf einem guten Weg und wir laden Sie ein, daran teilzunehmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie machen sich doch wirklich lächerlich.)

Nur sehen wir von Ihnen wenig Initiativen dazu.

Meine Damen und Herren, Sie bekennen mit diesem Antrag, dass Ihre Position zur inneren Sicherheit, die ja mal eine Feste der CDU war,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da waren wir auch immer gut und das bleiben wir auch.)

im Augenblick im Land Mecklenburg-Vorpommern, ich will nicht sagen, ein Ausfall ist, aber eine politische Position, mit der Sie wenig zur inneren Sicherheit in diesem Lande beitragen können.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und Sie haben bis jetzt immer dagegen gearbeitet, gerade Sie. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Es wird Sie nicht verwundern, dass wir aus diesem Grunde Ihren Antrag ablehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Der Innenminister hat noch einmal ums Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Minister Timm.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ooh! – Dr. Armin Jäger, CDU: Dann kann ich noch mal reden. Das ist schön.)

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Debatte hat ja durchaus auch einen gewissen Reiz,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

eine Debatte, in der wir hier miteinander über eine an und für sich sehr ernsthafte Angelegenheit eine Aussprache führen. Tatsache ist, die Polizei kommt in Bewegung.

(Reinhardt Thomas, CDU: Wir wünschen uns, dass Sie in Bewegung kommen.)

Tatsache ist auch – und dafür habe ich großes Verständnis –, dass der Beamte in der Landespolizei die Frage stellt: Was wird aus meinem Arbeitsumfeld?

(Dr. Armin Jäger, CDU, und Reinhardt Thomas, CDU: Ja.)

Diese Frage ist berechtigt. Ein gewisses Verständnis habe ich auch noch dafür, dass die Opposition hier wie eine aufgeschreckte Fraktion herumhantiert und Fragen noch weiter hochpusht, die wie gesagt ein bestimmtes und auf jeden Fall berechtigtes Interesse haben. Dass es Nachfragen bei den Abgeordneten gibt, Herr Böttger, wir hatten darüber gesprochen, dafür habe ich auch volles Verständnis,

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Na dann wollen wir mal gucken.)

obwohl ich allerdings auch sagen muss, wofür ich wenig Verständnis habe, ist, Herr Dr. Jäger und Herr Sicherheitsexperte Thomas,

(Heiterkeit bei Siegfried Friese, SPD,  
und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

dass Sie in Ihrem Antrag unter der Überschrift „Qualitative Entwicklung der Landespolizei“ – ich stimme mit Ihnen völlig überein, die muss es auf jeden Fall geben – sagen, es muss Strukturveränderungen geben. Sie sprechen von der Einführung von Polizeirevieren, von einem Personalentwicklungskonzept, von einer Dienstpostenbewertung, von einer Laufbahnverordnung, von einem Bildungsinstitut Polizei in Güstrow und so weiter, und so weiter, von einer Änderung des SOG. Völlig klar, das muss es alles geben. Aber doch nicht im Schnellschuss!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD  
und PDS – Gerd Böttger, PDS: Richtig. –  
Wolfgang Riemann, CDU: Wie viel Zeit  
haben Sie gehabt, Herr Innenminister?!)

Wir müssen uns für diese wichtigen Aufgaben – ich betone, in den Zielen besteht völlige Übereinstimmung –, für die Umsetzung dieser wichtigen Aufgaben ein gewisses Maß an Zeit lassen, um vor allem die Beamten mitzunehmen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Aber  
noch in dieser Legislaturperiode!)

Die Frage, ob Sie mir folgen, fürchte ich, kann ich beantworten. Aber die Beamten müssen uns folgen. Und ich sage Ihnen noch eins: Was wir machen, Herr Dr. Jäger, das wissen Sie möglicherweise auch noch, ist ja nun nicht alles auf dem „Mist“ des Innenministers Timm gewachsen. Ich greife zurück auf Vorgänge, die bereits von Ihrem Amtsvorgänger angefangen worden sind:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist richtig. –  
Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

zum Beispiel die „Dachner-Kommission“, um nur mal ein Stichwort zu nennen. Vor allem, und das will ich auch deutlich sagen, der ganze technische Bereich, LAPIS und Informationstechnik, in der Landespolizei – das habe ich jetzt als Minister erst richtig gesehen, das will ich zugeben – ist außerordentlich modern

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und außerordentlich innovativ

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und in dem Sinne außerordentlich vorbildhaft,

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU: Da haben Sie  
zwei Jahre gebraucht, um das zu erkennen? Ooh!)

außerordentlich vorbildhaft. Und hier ist das Land Mecklenburg-Vorpommern, vor allem eben seine Landespolizei Schrittmacher im Bundesgebiet

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und weit darüber hinaus. Microsoft hat Interesse,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau!)

andere Staaten haben Interesse.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist richtig.)

Nur eins muss ich Ihnen auch sagen, eins muss ich Ihnen auch sagen: Die schönste Technik ist verpufft, wenn sie nicht in einer Organisation angewandt wird durch Beamte,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, völlig richtig.)

die sie bedienen können. Und das ist die entscheidende Frage.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der PDS – Gerd Böttger, PDS: Richtig.)

Und deswegen sage ich Ihnen, die Fragen sind berechtigt. Aber ein Innenminister und eine Regierungskoalition müssen die Fragen beantworten

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und die Umsetzung einleiten. Das ist nun nicht Ihre Aufgabe, zugegebenermaßen, sondern meine.

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Ja, das habe ich ja gesagt.)

Und darin unterscheiden sich unsere Aufgaben.

(Jürgen Seidel, CDU: Da widersprechen Sie sich ja schon wieder.)

Sie haben für die Unruhe zu sorgen und ich habe für die Umsetzung zu sorgen. Und diese Arbeitsteilung kann auch ruhig noch eine Weile so bleiben, da hätte ich gar nichts dagegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –  
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich würde gerne noch zwei Dinge ansprechen. Das eine ist das Stichwort Seiteneinsteiger. Was ist ein Seiteneinsteiger?

(Gerd Böttger, PDS: Seitensprung.)

Ein Seiteneinsteiger ist ein Direktstudent für den gehobenen Polizeidienst.

(Reinhardt Thomas, CDU:  
Wären wir nicht drauf gekommen.)

Und dieselben Beamten, die mir sagen, Herr Minister, der Polizeidienst ist so wichtig, nur noch der gehobene und der höhere Polizeidienst bilden eine angemessene Bezahlung, dieselben Beamten sagen mir, aber Seiteneinsteiger wollen wir nicht. Ja, was soll denn das für eine Diskussion werden?

Es gibt Länder wie zum Beispiel Hamburg,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir haben genügend qualifizierte Beamte im mittleren Dienst.)

es gibt Länder wie zum Beispiel Hamburg, die haben entschieden, nur noch – ich nehme mal Ihr Wort –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Seiteneinsteiger zu verwenden, das heißt, nur noch das Direktstudium für den gehobenen Polizeidienst zuzulassen und den mittleren Dienst gar nicht mehr auszubilden.

(Gerd Böttger, PDS: Das ist falsch.)

Diese Auffassung gibt es und die Gewerkschaften der Polizei sagen mir, jawohl, das wäre auch für Mecklenburg-Vorpommern wichtig und richtig,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber nur nicht jetzt.)

nur, ich sage Ihnen, derzeit nicht realistisch.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Aber ich kann mir vorstellen, das wird dann möglicherweise im nächsten Jahrzehnt zu diskutieren sein, dass man Seiteneinsteiger, um den Begriff zu verwenden – ich würde lieber Direktstudium sagen –, dass man Seiteneinsteiger nur noch in der Polizei ausbildet.

(Gerd Böttger, PDS: Jawohl.)

Das ist derzeit nicht realistisch, aber ich sage Ihnen, wir wollen in diesem Jahrzehnt sowohl das Direktstudium, also, Ihr Begriff, Seiteneinsteiger,

(Reinhardt Thomas, CDU: Von wem werden wir bloß regiert? Hilfe!)

als auch die Ausbildung zum mittleren Dienst parallel laufen lassen. Und ich kann mir vorstellen, dass in zehn Jahren eine neue Landesregierung – oder vielleicht auch noch die alte, das wäre auch nicht schlecht – neue Entscheidungen

(Reinhardt Thomas, CDU: Na, dann fangen wir mal beim Innenminister an!)

für die Ausbildung der Polizei zu treffen hat. Ich warne nur davor, das Direktstudium für den gehobenen Polizeidienst durch den Begriff „Seiteneinsteiger“ derzeit zu diskreditieren. Andere Länder sind hier schon sehr viel weiter als Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben da Nachholbedarf.

(Gerd Böttger, PDS: Die haben aber auch eine andere Geschichte, die anderen Länder.)

Da gebe ich Ihnen Recht, Herr Böttger.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen sage ich Ihnen, wir haben hier einen Nachholbedarf,

(Reinhardt Thomas, CDU: Wird das jetzt hier eine Koalitionsverhandlung, oder was? – Gerd Böttger, PDS: Ja, wir diskutieren eben und nicken nicht nur ab wie Sie früher.)

der begann im Jahr 1990 für die Landespolizei und ist längst noch nicht abgeschlossen im Jahre 2010.

Einen anderen Punkt aus der Diskussion möchte ich gerne aufnehmen – das ist die von Herrn Böttger angesprochene Diskussion, der Innenminister würde ostdeutsche Beamte benachteiligen in der Laufbahn.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, so steht's im Gesetzentwurf.)

Wir haben derzeit in der Landespolizei – ich habe mich gerade noch einmal beim Leiter der Polizeiabteilung erkundigt – weniger als 100 ehemals „westdeutsche“ Polizeibeamte. Aus den alten Ländern sind circa 130 gekommen, derzeit sind wegen Zur-Ruhe-Setzung noch weniger als 100 im Dienst, das heißt, wir haben ungefähr 5.800 „ostdeutsche“, wenn Sie so wollen, oder „neudeutsche“ Polizeibeamte. Also ich kann Ihnen diese Diskussion nicht ersparen. Wie soll ich denn 5.800 benachteiligten und weniger als 100 bevorteilen? Völliger Unsinn!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, dann können Sie doch nicht so einen Erlass machen. – Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Also ich warne Sie vor einem Aufreißen an und für sich längst zugeschütteter Gräben.

(Siegfried Friese, SPD: Richtig. – Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee, das haben Sie gemacht.)

Davor warne ich Sie.

Wir haben vor, die Polizei qualitativ zu entwickeln, unabhängig von der Frage, woher der Beamte kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Entscheidend ist die Frage, wohin es geht. Und dabei sollte es bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Gerd Böttger, PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Minister.

Ums Wort hat noch einmal gebeten der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

**Dr. Armin Jäger,** CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will Sie nicht nerven.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das tun Sie aber.)

Ich hätte es lieber gehabt, Sie hätten den Berichtsaufträgen zugestimmt.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Wir haben doch noch gar nicht abgestimmt.)

Wir hätten das alles, was jetzt langsam fachlich wird, im Innenausschuss beraten.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Das weiß er doch.)

Aber nachdem Herr Friese gesprochen hatte, hatte ich ja schon ganz die Hoffnung verloren. Vielen Dank, Herr Minister, Sie haben das ein bisschen geradegerückt. Sie haben gesagt, Sie wollen auch etwas tun und nicht auf die Opposition warten, wie Herr Friese meint, der wohl die Verfassung da vollkommen verkennt. Arbeiten muss auch die Landesregierung, natürlich Herr Friese. Arbeiten muss auch die Landesregierung. Ich sage es noch mal.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS: O Gott! O Gott!)

Aber ich will etwas sagen zu dem, was Sie eben gesagt haben, zu dem Anteilsverhältnis von Angehörigen der

Polizei aus den alten Bundesländern und aus unserem Bundesland.

(Angelika Gramkow, PDS:  
Das ist eben das Problem.)

Lieber Herr Innenminister, wenn Sie das so wollen, dann gucken Sie sich mal den Entwurf Ihrer Verordnung an, und dann hauen Sie denen, die Ihnen da was untergejubelt haben, wenn das wirklich nicht Ihr Wille ist, dann hauen Sie Ihrem Staatssekretär,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der  
CDU – Wolfgang Riemann, CDU, und  
Reinhardt Thomas, CDU: Richtig)

nein, hauen Sie ihn nicht, sondern sagen Sie Ihrem Staatssekretär, dass wir hier nicht in Nordrhein-Westfalen sind, dass wir hier eine Landespolizei haben, wo der mittlere Dienst seit zehn Jahren eine ordentliche und, ich meine sogar, sehr gute Polizeiarbeit leistet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Und diese Beamten brauchen die Aufstiegschancen,

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Genau!)

ob Sie das dann Direktstudium bei den Seiteneinsteigern nennen oder nicht, darüber können wir uns noch lange unterhalten. Aber in dieser Landespolizei ist Ihr Modell nicht richtig.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Worüber reden wir eigentlich?)

Das können Sie in Hamburg machen, das ist mir auch egal, das ist nicht die Sicherheit in unserem Land, sondern wir sind für dieses Land verantwortlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Reinhardt Thomas, CDU: Na die  
sind froh, dass sie den nicht haben.)

Für dieses Land brauchen wir Chancen für die Beamten, damit die hochqualifizierten Beamten im mittleren Dienst auch in den gehobenen Dienst kommen. Das können Sie in zweierlei Weise tun:

Erstens. Sie setzen sich mal gegen die Finanzministerin durch, dann kriegen Sie mehr gehobenen Dienst. Das haben Sie nicht hingekriegt.

Zweitens. ...

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der CDU – Wolfgang Riemann, CDU, und  
Reinhardt Thomas, CDU: Richtig, richtig! –  
Heiterkeit bei Gerd Böttger, PDS: Sie  
haben es auch nicht geschafft! Sie  
haben es auch nicht geschafft!)

Herr Böttger, Sie sind ja lange genug dabei. Es waren jedes Jahr 100 Hebungen. Und als ich in den ersten von Ihnen zu verantwortenden Stellenplan der Polizei guckte, da habe ich verzweifelt nach den Hebungen gesucht. Da habe ich gedacht, das ist ein Druckfehler. Nee, es war Frau Keler. Und das wollen wir nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Innenminister, ich weiß, dass Sie jetzt gerade mit der Finanzministerin darüber reden, wie Sie die Hebungen

wieder in den Haushalt kriegen. Ich glaube, dann ist unser Antrag doch gut gewesen.

Ich bitte nur noch mal die Damen und Herren der Koalitionsfraktionen: Verstehen Sie unser Verhältnis nicht so falsch wie Herr Friese.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Wir wollen an diesem Punkte helfen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ich bin gerührt. –  
Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Wir wollen dem Innenminister die Gelegenheit geben, zusammen mit den Fachleuten im Innenausschuss diese Angelegenheit, die wirklich – das ist jetzt nicht überzogen – für die Entwicklung unserer Landespolizei essentiell ist, zu diskutieren. Nun setzen Sie nicht einen dicken Kopf auf, Herr Friese, reden Sie auch mal mit Ihren Kollegen in der Fraktion. Lasst uns über dieses Thema wirklich sachlich und fachlich reden!

(Heidemarie Beyer, SPD: Wer soll das glauben?)

Die Landespolizei hat es wirklich verdient. Lassen Sie hier jetzt mal den ...

(Gerd Böttger, PDS: Das  
machen wir doch aber auch.)

Nein, wir machen es ja nicht, Herr Böttger.

(Gerd Böttger, PDS: Ja, doch,  
das machen wir doch.)

Na gut, vielen Dank. Dann stimmen Sie unserem Antrag zu! – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1646. Wer diesem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Das war wohl nichts, Leute, ne?!)

Die Gegenstimmen bitte. –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wie gehabt! Wie gehabt!  
Na toll! – Reinhardt Thomas, CDU: Wie hat  
denn der Innenminister gestimmt?)

Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Zustimmung der Kollegen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Aufhebung des Moratoriums für die Erkundung des Salzstockes Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle – keine neue Standortsuche. Dazu liegt Ihnen vor die Drucksache 3/1647.

**Antrag der Fraktion der CDU:  
Aufhebung des Moratoriums für die Erkundung des Salzstockes Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle – keine neue Standortsuche – Drucksache 3/1647 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages hat die Abgeordnete Frau Holznagel von der CDU-Fraktion.

**Renate Holznagel**, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Noch mal ein Bundesthema, werden Sie denken, aber diese Thematik hat sich immer mit Bundespolitik beschäftigt und direkt und indirekt möchte ich sagen: Gott sei Dank haben wir ein Zwischenlager und Gott sei Dank haben wir das mit dieser Größe.

Nun zur Sache. Über 100 Staaten unterschrieben die Wiener Konvention der internationalen Atomenergieorganisation zum sicheren Umgang mit radioaktiven Abfällen. Seinerzeit wurde manifestiert, dass die Generation der Nutznießer der Kernenergie auch für die Beseitigung, also die Endlagerung der Abfälle verantwortlich ist und dass die Lasten nicht auf spätere Generationen übertragen werden dürfen. Gemäß Paragraph 9 Absatz 3 des Atomgesetzes hat der Bund die gesetzliche Aufgabe, Anlagen zur Endlagerung radioaktiver Stoffe einzurichten. Dieser Aufgabe wird sich die Bundesregierung trotz beabsichtigter Novellierung des Atomgesetzes stellen müssen.

Bei jedem technischen Prozess fallen Abfälle an, die zu verwerten oder schadlos zu beseitigen sind. Dies gilt auch für alle Arten von radioaktiven Abfällen aus der Stromwirtschaft, aus sonstigen technischen Anlagen, aus der Medizin oder aus Forschungseinrichtungen. Die Entsorgung der Abfälle aus den Kernkraftwerken der Bundesrepublik Deutschland erfolgt derzeit durch die Wiederaufbereitung der abgebrannten Brennelemente und seit 1994 auch durch deren direkte Endlagerung. Der direkten Endlagerung sind die so genannte Zwischenlagerung und Konditionierung vorgeschaltet.

Nach dem geltenden Recht steht es hiermit allen frei, entweder den Weg über die Wiederaufbereitung oder die direkte Endlagerung zu wählen. Während für die ersten Schritte der Entsorgung – Transport, Konditionierung und Zwischenlagerung – die Abfallverursacher verantwortlich zeichnen, ist für den letzten Schritt, die sichere Endlagerung, die Bundesregierung verantwortlich. Im Atomgesetz und in den auf seiner Grundlage ergangenen Verordnungen, wie zum Beispiel der Strahlenschutzverordnung, werden der Bau und der Betrieb von kerntechnischen Anlagen sowie von Endlagern geregelt. Danach sind radioaktive Abfälle in einem Endlager geordnet zu beseitigen. Unter Endlagerung versteht man die wartungsfreie, zeitlich unbefristete und sichere Beseitigung von radioaktiven Abfällen und ausgedienten Brennelementen in geeigneten Lagern in geologischer Formation.

Anfang der 70er Jahre plante die damalige SPD-geführte Bundesregierung, ein nukleares Entsorgungszentrum zu errichten. Im Rahmen der Standortsuche überprüfte man 26 verschiedene Örtlichkeiten. Angesichts der Erkenntnisse aus dem Salzbergbau wurden schwerpunktmäßig Bereiche der Steinsalzvorkommen untersucht. Gleichzeitig wurden auch andere Gesteinsarten wie Granit und Ton getestet. Da die Steinsalzvorkommen in der Bundesrepublik seinerzeit hauptsächlich auf dem Territorium Niedersachsens lagen, führte die niedersächsische Landesregierung parallel zur Suche der Bundesregierung eine eigene Recherche durch. Im Ergebnis dieser Untersuchungen wurde 1977 der Salzstock von Gorleben als Standort für das nukleare Entsorgungszentrum und für die Erkundung zum Endlager ausgewählt.

Seit 1979 wird nunmehr der im niedersächsischen Landkreis Dannenberg gelegene Salzstock Gorleben auf seine Eignung als Endlager für alle Arten radioaktiver Abfälle und ausgedienter Brennelemente untersucht. Das

Untersuchungsprogramm besteht sowohl aus der übertägigen als auch der untertägigen Erkundung sowie der Bearbeitung und Bewertung aller Fragen, die für eine spätere Eignungs- und Sicherheitsaussage notwendig sind. Bei der Erkundung des Salzstocks Gorleben handelt es sich um ein so genanntes ergebnisoffenes Verfahren, das stufenweise beim Nachweis der Eignung weitergeführt wird und bei Feststellung der Nichteignung abgebrochen werden würde.

Trotz umfangreicher Untersuchungen, die ich hier nicht weiter erläutern möchte, und der Investition von circa 2,5 Milliarden DM ist bis zum heutigen Tage die Eignung des Salzstockes Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle durch die bisherigen Untersuchungsergebnisse nicht in Frage gestellt worden. Nichtsdestotrotz versucht die rot-grüne Bundesregierung heute Zweifel an der Tauglichkeit des Salzstockes Gorleben zu streuen.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Da wird von Gasbildung im dichten Salzgestein infolge von Korrosion und Zersetzung der Abfälle gesprochen. Die Eignung von Salz als Wirtsgestein wird gänzlich in Frage gestellt. Es werden physikalische Prozesse vorhergesagt, die zu einer thermischen Ausdehnung des spaltbaren Materials aufgrund von Energiefreisetzung führen würden. Sogar die Ankündigung der Internationalen Strahlenschutzkommission, in Kürze Empfehlungen für ein radiologisches Schutzziel veröffentlichen zu wollen, wird zum Vorwand genommen, um seine politischen Interessen durchzusetzen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wissenschaftler aus den USA, Frankreich, Schweden, der Schweiz und Deutschland sind auf der Grundlage der Erkundungsergebnisse zu dem Schluss gekommen, dass bisher nichts gegen eine langfristige Ablagerung von radioaktiven Abfällen im Salzstock Gorleben spricht. Diese Experten stellten ebenfalls klar, dass die Zweifel der Bundesregierung auf internationaler Ebene bereits diskutiert und ausgeräumt wurden. Gleichzeitig stellen sie heraus, dass es keine wissenschaftliche Basis für eine Verzögerung des Endlagerprogramms oder für eine Beendigung der Arbeiten in Gorleben gibt, da hierfür weder wissenschaftliche noch technische Gründe vorliegen. Vielmehr wird kritisiert, dass die beabsichtigte Unterbrechung von drei bis zehn Jahren – und das ist, denke ich, wirklich bedenkenswert – willkürlich sei und das so genannte Konsenspapier keine Bedingungen für die Wiederaufnahme von Erkundungsarbeiten in Gorleben enthält. Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, ist dieser Antrag für uns wichtig.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie immer man zur Nutzung der Kernenergie in Deutschland stehen mag, klar ist, derzeit sind 19 Kernkraftwerke mit einer unwahrscheinlichen Leistung am Netz. Das bedeutet zum Beispiel, dass circa 35 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms klimafreundlich in Kernkraftwerken produziert wird. Dieser Strom deckt im Wesentlichen die Grundlast ab und ist zurzeit nicht ersetzbar.

(Peter Ritter, PDS: Ach doch, ach doch! Das geht ganz schnell.)

Die derzeitige Diskussion hinsichtlich der Nutzung der Kernenergie in Deutschland steht im Widerspruch zur internationalen Entwicklung. Es ist doch eine reine Wohlfahrtsdiskussion, die nur wir uns leisten und die nicht dazu beiträgt, die anstehenden weltweiten Energieprobleme zu lösen.

(Peter Ritter, PDS: Aber nicht mit Atom.)

Nun kann man einerseits sagen, Strom ist gelb und billig, und andererseits die Kernenergie verdammen. Aber dass wir uns der Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen stellen müssen, darüber brauchen wir hier in diesem Hohen Hause wohl nicht zu diskutieren. Hierzu gehört natürlich auch, dass wir uns über die Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen bereits heute Gedanken machen und Projekte wie das des Endlagers Salzstock Gorleben nicht aus politischen Gründen gefährden. Die von der Bundesregierung beabsichtigte Verstopfungsstrategie wird nicht aufgehen. Auch eine rot-grüne Bundesregierung muss zu Vereinbarungen und Verträgen stehen. Hierzu zählt auch, dass die Erkundungsarbeiten in Gorleben ohne Zeitverzug weitergeführt werden, denn das hat auch konkrete Auswirkungen auf unser Zwischenlager. Deshalb, meine Damen und Herren, bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Frau Holzengel.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Dazu gibt es offensichtlich keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Als Erster hat das Wort in der Aussprache der Umweltminister. Bitte sehr, Herr Professor Methling, Sie haben die Gelegenheit.

**Minister Dr. Wolfgang Methling:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe den vorliegenden Antrag der CDU mit einer gewissen Verwunderung zur Kenntnis genommen. Ich bin nämlich verwundert darüber, dass sich die Opposition zum Jahresende mit den Aufgaben des Bundesumweltministers beschäftigt und nicht mit den Aufgaben des Landesumweltministers.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Offensichtlich hat die CDU kein dringendes Anliegen an den Landesumweltminister, das er in eigener Zuständigkeit zu bearbeiten hätte. Das kann zwei Gründe haben. Ich nenne mal einen positiven:

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vielleicht ist die Opposition mit meiner Arbeit zumindest diesbezüglich im Lande zufrieden, so dass sie keine Fragen in dieser Richtung hat.

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Die zweite Variante ist, dass Sie sich in den aktuellen Aufgaben, die tatsächlich in meinem Ressort anstehen, nicht so richtig auskennen und deswegen auch nicht die richtigen Anträge stellen. Vielleicht sollten wir da Amtshilfe leisten.

(Beifall und Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Rechtslage ist doch eindeutig: Die Endlagerung radioaktiver Abfälle sicherzustellen ist Aufgabe des Bundes und nicht Aufgabe der Länder. Ich habe mit der Zwischenlagerung in Lubmin auf dem Gebiet der Entsorgung radioaktiver Rückstände ausreichend Aufgaben, so dass ich nicht beabsichtige, mich aktiv einzuschalten in die Aufgaben von Herrn Trittin. So, wie ich Herrn Trittin kenne, legt er

auch keinen besonderen Wert darauf, dass ich mich dort einmische,

(Angelika Gramkow, PDS: So?)

denn im umgekehrten Fall würde ich auch eine Einmischung des Bundes in die Entscheidungen des Landes nicht besonders gut finden. Ich kann daher dem Landtag nur dringend empfehlen, den Antrag der CDU abzulehnen.

Das gilt schon deshalb, weil die Opposition mit Ziffer 2 des Antrages eine Unterstellung zu einem Landtagsbeschluss adeln will, und dieses geht nun gar nicht.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS – Peter Ritter, PDS: Sehr richtig.)

Es wird nämlich behauptet, der Bund würde sich seiner Verantwortung für die Errichtung eines Endlagers entziehen. Das kann der Bund gar nicht, das will ich deutlich sagen, und es gibt auch keine Anzeichen dafür, dass er es versuchen würde. Die Tatsache, dass er die bisherigen Festlegungen und Entscheidungen zur Endlagerung radioaktiver Abfälle einer Überprüfung unterziehen will, ist keineswegs ein Beleg dafür, dass der Bund nicht seinen gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen gedenkt. Im Gegenteil, ich halte es im höchsten Grade für verantwortungsvoll, wenn die äußerst komplizierte und komplexe Frage der Endlagerung einer erneuten wissenschaftlichen Überprüfung unterzogen wird. Es ist doch unbestreitbar, dass Politik und Wirtschaft in die kommerzielle Nutzung der Atomenergie eingestiegen sind, ohne zu wissen, wie sie die Entsorgungsfragen lösen können. Weltweit gibt es kein allgemein anerkanntes Entsorgungsprinzip, kein entsprechendes Konzept und es gibt erst recht keine Lösung für die Endlagerung von Kernbrennstoffen, und das nach Dekaden der Nutzung dieser Technik. Nach Jahrzehnten haben wir immer noch keinen Lösungsweg.

Insofern kann ich Ihre Wertung, Frau Kollegin Holzengel, auch nicht so richtig verstehen, die Sie hier vorgenommen haben, was die angeblich leichtfertige Umgangsweise mit der Kernenergie betrifft. 35 Prozent sind richtig, aber erstens bin ich der Auffassung, dass es tatsächlich Alternativen gibt,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

und zweitens will ich darauf hinweisen, wenn wir dieses Thema schon mal so diskutieren, dass auch Kernenergiequellen endlich sind. Auch dieses ist eine endliche Ressource und wir nutzen sie, indem wir uns eine Last schaffen an entsprechenden Entsorgungsproblemen, die wir nicht beherrschen. Und deswegen, meine ich, ist es richtig, dass dieses von der Bundesregierung noch einmal untersucht wird.

Aus meiner Sicht wäre eher politisch zu kritisieren, dass es eben noch keine Lösung gibt und dass diese Lösung auch in den Reihen der Wirtschaft zu suchen ist. Dass die Bundesregierung entsprechende weitreichende Entscheidungen auf eine breitere wissenschaftliche Basis stellen will, halte ich für richtig. Wenn dies so akzeptiert wird, ist es doch nur folgerichtig, dass die laufenden Standortwahlverfahren und -untersuchungen ausgesetzt werden und die Ergebnisse der Expertisen abgewartet werden.

Eine ausgewogene Darstellung der Problematik findet sich in der Erklärung des Bundes zur Erkundung des Salzstockes in Gorleben, die als Anlage 4 der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen vom 14. Juni diesen Jahres abgege-

ben wurde und auf die sich auch der Antrag der CDU und Frau Holznapel in ihrer Begründung des Antrages bezogen haben. Dort heißt es nämlich:

„Als potenzielle Wirtsgesteine für Endlager kommen sowohl Salz als auch andere Gesteinsformationen wie Granit und Ton in Betracht. 1979 wurde entschieden, für eine mögliche Endlagerung den Salzstock Gorleben zu erkunden. Die dabei bisher gewonnenen geologischen Erkenntnisse stellen sich im Wesentlichen wie folgt dar: [...] Die analytisch bestimmten Hebungsraten des Salzstockes lassen erwarten, dass im Hinblick auf mögliche Hebungen auch in sehr langen Zeithorizonten (größenordnungsmäßig 1 Mio. Jahre) nicht mit hierdurch verursachten Gefährdungen zu rechnen ist. Es wurden keine nennenswerten Lösungs-, Gas- und Kondensateinschlüsse im älteren Steinsalz gefunden. Die bisherigen Erkenntnisse über ein dichtes Gebirge und damit die Barrierefunktion des Salzes wurden positiv bestätigt.“ Insofern kann man feststellen, dass „die bisher gewonnenen geologischen Befunde einer Eignungshöflichkeit des Salzstockes Gorleben zwar nicht entgegen(stehen)“, jedoch hat die Bundesrepublik Zweifel, über die Sie gesprochen haben. Ich meine, dass diese Zweifel berechtigt sind. Ich verkürze einmal das Zitat. Diese Zweifel heißen: „Die Beherrschbarkeit von Gasbildung in dichtem Salzgestein in Folge von Korrosion und Zersetzung der Abfälle stellt ein besonderes Problem dar. International wird verstärkt die Rückholbarkeit der radioaktiven Abfälle gefordert.“ Und darum geht es unter anderem auch in diesen Prüfungen. „Dagegen zielt die bisherige Konzeption auf den dichten Einschluss im Salz. [...] Das Moratorium bedeutet keine Aufgabe von Gorleben als Standort für ein Endlager. [...] Der Bund ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um während des Moratoriums den Standort Gorleben zu sichern. [...] Der Bund wird die notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit die [...] 10-jährige Verlängerung des Rahmenbetriebsplans für das Erkundungsbergwerk erteilt wird.“ So weit das Zitat, das ich zwischenzeitlich auch unterbrochen hatte.

Um die offenen Fragen zu klären, hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Februar 1999 einen Arbeitskreis „Auswahlverfahren Endlagerstandorte“ mit 15 Experten berufen. Die Zusammensetzung des Arbeitskreises deckt ein großes Spektrum der in der Fachwelt vertretenen Auffassungen ab. Seine Aufgabe ist es, ein nachvollziehbares Verfahren für die Auswahl von Standorten zur Endlagerung radioaktiver Abfälle in Deutschland zu entwickeln. Das Verfahren beinhaltet fundierte Kriterien und sieht die Beteiligung der Öffentlichkeit vor. Bei der Arbeit sollen keine relevanten Aspekte ausgeklammert werden. Dabei sind der Stand von Wissenschaft und Technik sowie internationale Entwicklungen und Erfahrungen zu berücksichtigen. Der Arbeitskreis ist ein fachlich-wissenschaftliches Gremium, das im Rahmen der gesteckten Ziele unabhängig und frei von Vorgaben und Weisungen arbeitet. Es ist nicht die Aufgabe des Arbeitskreises, die konkrete Standortsuche durchzuführen und den Eignungsnachweis für ausgewählte Standorte zu führen. Ebenfalls ist es auch nicht Aufgabe des Arbeitskreises, die geplanten Endlagerprojekte Schacht Konrad und Gorleben zu beurteilen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich halte das für ein politisch und fachlich sehr vernünftiges Vorgehen und kann mir einfach nicht vorstellen, warum die Opposition damit ein Problem hat. Das Vorgehen der Bundesregierung ist auch in Anbetracht der Tatsache, dass sich der

Stand der Wissenschaft und Technik zwischenzeitlich erheblich weiterentwickelt hat, nachvollziehbar. Nicht umsonst wird die Internationale Strahlenschutzkommission voraussichtlich bald Empfehlungen veröffentlichen, die erstmals ein radiologisches Schutzziel für unbeabsichtigtes menschliches Eindringen in ein Endlager beinhalten. Die weitere Erkundung des Salzstockes Gorleben kann zur Klärung der genannten Fragen gegenwärtig nicht beitragen. Von daher macht es vorerst wenig Sinn, in die weitere Erkundung des Salzbergwerkes Kraft und Geld zu investieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die CDU unterstellt in der Begründung ihres Antrages, ich zitiere: „Insofern besteht der Eindruck, dass die von der Bundesregierung aufgeworfenen weiteren Fragestellungen, die nunmehr bearbeitet werden sollen, ebenso wie eine erneute Suche nach anderen Standorten lediglich dazu dienen, die Entscheidung über die Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle aufzuschieben.“ Das ist ja Ihr eigentlicher Vorwurf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich halte die Bundesregierung nicht für so blauäugig, dass sie meint, dass sie dieses Problem aussitzen kann und vielleicht auf diese Art und Weise die politischen Widerstände gegen die Erkundung beziehungsweise die in Planfeststellung befindlichen Endlagerstandorte Gorleben und Schacht Konrad umgehen zu können. Auch wenn im Ergebnis der Untersuchungen andere Standorte favorisiert würden – rein theoretisch mal angenommen –, gäbe es den Widerstand. Dieser politische Widerstand wird sich an jedem beliebigen potentiellen Standort in Deutschland entwickeln. Deshalb können die Untersuchungen auch nicht das Ziel haben, Konsens über alle Bevölkerungsschichten in dieser Frage schaffen zu wollen. In der Auftaktveranstaltung des Arbeitskreises Endlagerstandorte hat der Philosoph Professor Walther Zimmerli vielmehr einen Konsens über ein Verfahren zum Dissensmanagement als einzig realistisches Ziel beschrieben.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS: Richtig.)

Ich meine, wenn es gelingt, dieses zu erreichen, wäre schon viel gewonnen.

Lassen Sie mich abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, feststellen, dass die Umsetzung des vorliegenden Antrages dem Land kein Stück weiterhelfen würde. Wir haben ein für 40 Jahre genehmigtes Zwischenlager, in dem wir für diese Zeit die atomaren Abfälle aus Lubmin und Rheinsberg lagern können. In diesem Zeitraum muss die Endlagerfrage in jedem Fall gelöst sein, da sich zwischenzeitlich die Probleme an anderen AKW-Standorten zuspitzen werden, so dass ein Endlager zwingend erforderlich ist. Sofern es Ihrerseits Befürchtungen gibt, dass der in der Vergangenheit als potentieller Endlagerstandort diskutierte Salzstock bei Kraak in der Nähe von Rastow im Ergebnis einer solchen Prüfung in die nähere Auswahl gelangen könnte, so kann ich Sie beruhigen, dieser Standort ist bereits als Gasspeicher verplant. Er spielt also in den Überlegungen keine Rolle. Im Übrigen, die Frage nach dieser Problematik hätte sicherlich im Antrag eine größere Bedeutung für unser Land gehabt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt ganz andere Probleme auf diesem Politikfeld, die das Land drücken, als diejenigen, die von der CDU thematisiert

worden sind. Das ist vor allem der Tatbestand, dass nach wie vor Anträge der EWN auf die Zwischenlagerung von radioaktiven Abfällen Dritter im Raum stehen, was nicht im politischen Interesse des Landes ist,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

was jedoch mit rechtlichen Mitteln schwer abzuwehren ist und wo die Haltung der Bundesregierung als Ganzes – also nicht nur die des Bundesumweltministers – schwer einschätzbar ist.

Zum Zweiten ist es die Frage der Privatisierung des Zwischenlagers Nord. Diese Frage ist lange von niemandem aufgeworfen worden. Ich bin mir aber nicht ganz sicher, ob entsprechende Pläne der Vorgängerregierung in Bonn inzwischen endgültig zu den Akten gelegt worden sind.

(Beifall Gerd Böttger, PDS –  
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Wenn die CDU auf diesen Feldern mit einem Antrag aktiv geworden wäre, hätte sie Übersicht bewiesen. Mit dem vorliegenden Antrag haben Sie nur blinden Aktionismus bewiesen. Zur Annahme kann ich deshalb diesen Antrag nicht empfehlen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Übrigens will ich zum Schluss sagen: Zu den beiden Fragen, die mir wichtig erscheinen, haben wir inzwischen gehandelt und werden wir handeln gegenüber der Bundesregierung. Dort kommt es darauf an, dass wir handeln. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Klostermann von der SPD-Fraktion.

**Dr. Henning Klostermann, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit diesem vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion zur Aufhebung des Moratoriums Salzstock Gorleben wird ein brisantes Landesinteresse für Mecklenburg-Vorpommern unterstellt, das nun beim besten Willen nicht nachzuvollziehen ist. Mir ist nicht bekannt, dass irgendwo in unserem weitläufigen Land, in den Landesteilen ein Atomkraftwerk am Netz ist und im Notstand abgebrannte Brennelemente produziert. Im Gegenteil, das ehemalige Superatomkraftwerk Lubmin ist längst abgeschaltet, stillgelegt und der Rückbau wird mit Beschleunigung vollzogen. Die hochradioaktiven Abfälle – eingelagert in Castoren – werden derzeit in das in Betrieb befindliche Zwischenlager Nord transportiert. Alle anderen strahlenerzeugenden und wärmeentwickelnden radioaktiven Abfälle werden ebenfalls im ZLN zeitweise gelagert. Damit steht für uns kein Zeitproblem und auch kein sachliches Problem für die erste Stufe der Entsorgung.

Heute geht man von einer Zwischenlagerung der beschriebenen Abfälle über einen Zeitraum von mindestens 30, eventuell 40 Jahren aus. Dabei ist dies das Resultat eines weltweit und deutschlandweit nicht vorhandenen Endlagers einerseits und andererseits ist die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Abklingphase in der Wärmeabgabe über mehrere Jahrzehnte erst in den letzten Jahren herangereift. Infolgedessen ist ein Endlager derzeit noch nicht nötig.

Meine Damen und Herren! Ein Zwischenlager für radioaktiven Müll gibt es bereits in Gorleben. Während in Lubmin nur und ausschließlich Castoren aus dem dortigen ehemaligen KKW und Rheinsberg zwischengelagert werden, ist der Standort Gorleben offen und auch nicht ausgelastet, obwohl bereits verplant. Das heißt, man staunt, wenn man in die Hallen kommt, wie leer sie sind. Es gibt daher aktuell keinen sachlich begründeten Handlungsbedarf für eine Fortsetzung der Erkundung des Salzstockes Gorleben. Das Beispiel der jüngsten Ereignisse im ehemaligen von der DDR betriebenen Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben zeigt zudem, dass eine zu schnelle Festlegung auf ein gegebenenfalls ungeeignetes Lager unabsehbare Folgen haben kann.

Insofern sollte die CDU-Fraktion besser kleine Brötchen backen, denn die risikoreiche über den Einigungsprozess fortgesetzte – jetzt das zehnte Jahr – Nutzung von Morsleben bis in unser Jahrzehnt geht also auf die CDU-geführte Bundesregierung zurück. Das sind Risikoentscheidungen, risikobehaftete Entscheidungen gewesen, Morsleben überhaupt weiterzubetreiben.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Richtig.)

Und das ist immer wieder fortgesetzt worden. Daran sollte man mal denken. Nach den jüngsten Beschlüssen geht Morsleben nicht mehr. Die tragenden Elemente des bisherigen Entsorgungskonzeptes für radioaktive Abfälle sind inhaltlich als gescheitert zu betrachten und haben keine sachliche Grundlage mehr. All dies ist auch einer von mehreren Gründen für den Ausstieg aus der Atomenergie. Der Entsorgungsvorsorgenachweis ist atomrechtlich hinsichtlich des angestrebten Zieles des Verbotes der Wiederaufarbeitung neu zu konzipieren.

Also vom Grunde her muss man neu an die Überlegungen herangehen und frühere Vorstellungen sind mehrfach – so ist uns ja bekannt – grundlegend geändert und über Bord geworfen worden. So scheiterte zum Beispiel der von der alten niedersächsischen Landesregierung benannte Standort Gorleben – Frau Holznagel hat darauf hingewiesen – für ein nukleares Entsorgungszentrum. Danach wurden Projekte an mehreren Standorten verfolgt. Die Eignung des Standortes Gorleben wird durch neue Erkenntnisse, Entwicklungen und Bewertungen, insbesondere auch im internationalen Rahmen, in Zweifel gezogen. Angesichts dessen muss erneut geprüft werden, ob die Suche nach einem Endlager mit diesem Standort gelöst werden kann.

Mit Erlass des Atomgesetzes, meine Damen und Herren, hat der Gesetzgeber 1959 die Unabdingbarkeit größtmöglichen Schutzes vor den Gefahren der Kernenergie und damit die Grenzen der Nutzung bestimmt. Aus heutiger Sicht muss das Aufkommen an wärmeentwickelnden Abfällen – das sind die hochradioaktiven Abfälle – möglichst eng begrenzt werden und das Entstehen neuer Mengen ist so weit wie möglich zu vermeiden. Das heißt nichts anderes, als dass die Atomenergienutzung so schnell wie möglich zu beenden ist.

Im Übrigen folgt aus der Staatsaufgabe, alles Erforderliche dafür zu tun, dass ein Endlager eingerichtet wird, nicht die abstrakte Verpflichtung des Bundes, ein Endlager um jeden Preis einzurichten. Es geht dabei auch um den effektiven Einsatz bereitzustellender Haushaltsmittel und um zig Millionen sowie komplexe Prognoseentscheidungen. Daher hält es die Bundesregierung nicht für zweckmäßig, vor dem Jahre 2030 ein Endlager, das auch

zur Aufnahme wärmeentwickelnder Abfälle geeignet ist, zur Verfügung zu stellen. Die weitere Erzeugung abgebrannter Brennelemente und hochradioaktiver Abfälle bedeutet eine Hypothek auf die Zukunft, deren Deckung national wie international als faktisch ungewiss angesehen werden muss.

Die Erkundung in Gorleben wurde in erster Linie aus erheblichem Eignungsrisiko unterbrochen. Zugleich beginnt die Suche nach einem neuen Endlager. Dazu soll eine vom BMU eingerichtete Arbeitsgruppe, in der alle Parteien – auch die Konservativen – vertreten sind, Kriterien für die Prüfung von Standorten entwickeln helfen.

So sehr wir, meine Damen und Herren Abgeordnete, als SPD-Fraktion es begrüßen, dass sich die CDU dem Thema widmet, erwarten wir, dass bei diesen hochkomplizierten energiepolitischen Altlasten mit quasi unendlich langen Entscheidungszeiten und damit Gefährdungen für die menschliche Existenz, für die menschliche Gesellschaft nicht in Hektik verfallen wird. Aus diesem Grunde und der vorgenannten Beweisführung müssen wir Ihren Antrag leider ablehnen.

(Beifall Heinz Müller, SPD,  
Volker Schlotmann, SPD,  
und Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren! Im Übrigen können einige der Abgeordnete in diesem Hohen Haus schon etwas von der Vergangenheit zehren, indem Erinnerungen an den Besuch des Umweltausschusses im Salzstock Gorleben, im Schacht Konrad und im Salzstock Morsleben im November 1997 schnell wieder wach werden, wenn das Thema angeschnitten wird. Die Eindrücke hatten etwas von Science-Fiction – ich sage das aus persönlichem Erleben – an sich. In der symbolischen Einfahrt allerdings, mit einem primitiven Stahlkübel bis zu fast 900 Meter Tiefe, nämlich dem geplanten Einlagerungsstandort, in diesem Symbol sehe ich eine Art Dinosauriertechnik. Nomen est omen. Und ich denke, die neue Bundesregierung hat es übernommen, die Hausaufgaben, die über Jahrzehnte mies gemacht wurden, besser zu machen.

Ich freue mich, dass der Umweltminister zwei Komplexe angesprochen hat, die eigentlich unsere Probleme sind. Und ich erinnere beziehungsweise ich möchte Ihnen den Hinweis geben, wir haben dieses Thema der Privatisierung bereits schon einmal thematisiert hier in diesem Landtag. Ich sehe darin auch eine große Gefahr. Vielleicht sollte man es noch einmal aufgreifen.

Und die zweite Geschichte mit den Anträgen, die vorliegen und die, wenn sie ordnungsgemäß gestellt sind, eigentlich genehmigt werden müssen, die man nicht abwehren kann, ist schon ein starkes Stück. Daran sollten wir ansetzen und auch versuchen, über die Länder auf den Bund einzuwirken, um beides zu verhindern.

Damit bin ich am Schluss meiner Ausführungen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD, Dr. Gerhard Bartels, PDS,  
und Angelika Gramkow, PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. König von der CDU-Fraktion.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Er ist wohl der Einzige in der CDU-Fraktion. – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Dr. Arthur König,** CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da sehen Sie mal, Herr Schoenburg!

Herr Minister, Sie sagten, die Endlagerung wird durch Bundesgesetz bestimmt. Das ist richtig, das ist auch unstrittig – kein Problem. Nur, wenn dort Änderungen getroffen werden, die uns in Mecklenburg-Vorpommern berühren, dann, denke ich mir, sind auch wir hier im Landtag gefordert. Dann können wir einfach nicht die Vogel-Strauß-Politik „Kopf in den Sand“ praktizieren und mal abwarten oder darauf vertrauen, dass die Damen und Herren in Berlin und Bonn schon das Richtige machen werden, oder, wie Sie es sagten, auf die Blauäugigkeit der Damen und Herren dort vertrauen. Ich denke, das geht so nicht, daher auch heute unser Antrag.

Auf die Notwendigkeit, sich mit einem solchen Antrag zu beschäftigen, wurde ja schon hingewiesen. Die eine Zahl – 35 Prozent der verbrauchten Energien, die durch Atomspaltung entstehen – ist schon eine Zahl für sich. Vor dieser Tatsache können und dürfen wir wohl auch bei einer rot-grünen Bundesregierung nicht die Augen verschließen. Darüber hinaus hat ja die ehemalige DDR auch auf die Nutzung der Kernenergie gesetzt und hat uns in Lubmin und Rubenow ein Denkmal dieser Kerntechnik hinterlassen.

(Dr. Henning Klostermann, SPD:  
Ein tolles Denkmal!)

Ja, glücklicherweise erfolgt der Abbau dieses technischen Denkmals heute

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

durch das engagierte und zügige Handeln der damaligen Bundes- und Landesregierung so reibungslos, dass wir wohl mit Fug und Recht behaupten können, dass Mecklenburg-Vorpommern das erste Land der Bundesrepublik

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Ja.)

und sogar im internationalen Vergleich ist, das bei dem Rückbau von Kernkraftwerken über das notwendige technische Know-how verfügt.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Stimmt.)

Dieser Umstand kann für die betroffenen Unternehmen und Personen vielleicht zukünftig noch einmal von Bedeutung und zum Vorteil dieser Damen und Herren werden.

All diese positiven Aspekte, meine Damen und Herren, können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir die radioaktiven Abfälle aus Rheinsberg und Lubmin ins Zwischenlager Nord bringen und dort erst einmal sicher verwahren müssen.

Und, Herr Klostermann, da können wir ja froh sein, dass wir das Zwischenlager recht groß gebaut haben, denn nach den Worten von Ihnen haben wir nun 40 Jahre Zeit und müssen möglicherweise auch die Zeit ausnutzen,

(Zurufe von Dr. Henning Klostermann, SPD,  
und Volker Schlotmann, SPD)

bis es dann zu einer vernünftigen und technisch abgesicherten Endlagerung kommt.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wollen Sie nun auch noch den Atommülltransport nach Lubmin, oder was?)

Für unseren Abfall, Herr Bartels, den wir haben. Wir können ihn doch leider nicht herausholen aus dem Zwischenlager.

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Das ist doch trotzdem zu groß.)

Dass ein solches Endlager auf bundesdeutschem Territorium liegen soll, ich glaube, darüber besteht parteiübergreifend Konsens. Wenn allerdings nun die Bundesregierung Erkundungen des Salzstocks in Gorleben aus rein politischen Gründen, mit an den Haaren herbeigezogenen Gründen aussetzt

(Peter Ritter, PDS: Also an den Haaren herbeigezogen war es nun wirklich nicht.)

und neue Untersuchungen zum Standort einleiten will, dann, denke ich mir, ...

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Dr. König, Sie sind doch Physiker!)

Ja, genau.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Erzählen Sie doch nicht solche Sachen!)

... ist Mecklenburg-Vorpommern, Herr Bartels, davon im doppelten Sinne betroffen: einmal, was die Standortfrage anbelangt – aber da haben wir ja vom Minister gehört, dass die Salzstöcke in unserem Bundesland dafür hoffentlich nicht in Frage kommen –,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie sollten eigentlich als Wissenschaftler ein bisschen seriöser argumentieren.)

und zum anderen, was die Verzögerung anbelangt. Und die andere Änderung, die uns als Land betreffen wird, das ist mit dem Wort „Verstopfungstheorie“ zu umschreiben.

Meine Damen und Herren! Gleichzeitig hat die Bundesregierung in den so genannten Konsensgesprächen den beteiligten Betreibern von Kernkraftwerken die Zusage gegeben, von einer Verstopfungsstrategie Abstand zu nehmen. Dennoch gab es seit 1998 keine Castortransporte in Deutschland mehr.

Auf der Grundlage von bilateralen Verträgen verweigert Frankreich die Abnahme von abgebrannten Brennelementen aus dem deutschen Kernkraftwerk zur Wiederaufbereitung so lange, bis aufbereitete Brennelemente seitens der Bundesrepublik Deutschland wieder abgenommen werden. Diese Tatsache, meine Damen und Herren, führt in der Endkonsequenz dazu, dass die Kernkraftwerke in den alten Bundesländern schon heute an ihre Kapazitätsgrenzen hinsichtlich der Einlagerung von abgebrannten Brennelementen stoßen.

Will sich die rot-grüne Bundesregierung nun einerseits an die Verträge mit Frankreich und andererseits an die Vereinbarung mit den Kernkraftwerksbetreibern halten, so bleibt ihr nur übrig, alternative Standorte für die Zwischenlagerung von abgebrannten Brennelementen zu suchen und, wenn sie sie gefunden hat, wohl auch zu nutzen.

Die seitens der Bundesregierung favorisierte Lagerung dieser Brennelemente in Zwischenlagern bei den Kernkraftwerken ist wohl aus heutiger Sicht aus genehmi-

gungstechnischen Gründen nur langsam – ich denke da an einen Zeitraum von fünf oder mehr Jahren – möglich. Ein Transport abgebrannter Brennelemente in das Zwischenlager Gorleben ist für die Herren Schröder, Fischer und Trittin wohl aus politischen Gründen sehr schwierig. Sie werden wohl an dieser Stelle die Geister, die sie vorher riefen, nicht mehr los, so dass Castortransporte nach Gorleben nur mit erheblichen Widerständen durchführbar sind.

(Volker Schlotmann, SPD: Sonst nicht? Wo leben Sie denn?! – Minister Dr. Wolfgang Methling: Das sieht auch Frau Merkel so.)

Alle diese Fakten, meine Damen und Herren, lassen folglich die Vermutung zu, dass die Bundesregierung auf das mit Bundesmitteln errichtete Zwischenlager Nord in Lubmin/Rubenow zurückgreifen könnte. Ich sage hier, könnte. Ob dann noch fraktionsübergreifende Beschlüsse unseres Hohen Hauses eine Rolle spielen, gut, das wage ich zu bezweifeln, und ich glaube, dafür gibt es dann auch Gründe, dies anzunehmen. Darauf wies ja der Minister auch hin, dass dann wohl Dinge über unsere Köpfe hinweg entschieden werden könnten.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das hängt aber auch von uns ab, Herr Kollege.)

Meine Damen und Herren! Wenn das von mir skizzierte Szenario vielleicht auch einen prospektiven Aspekt hat und theoretisch anmutet, so ist es doch nicht gänzlich auszuschließen. Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, fordere ich Sie auf und bitte Sie, dem Antrag meiner Fraktion zuzustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Danke, Herr Dr. König.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der PDS-Fraktion.

**Peter Ritter,** PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da die Opposition ein sehr gesteigertes Interesse an ihren eigenen Anträgen hat, schließe ich mich den Ausführungen des Umweltministers an und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Volker Schlotmann, SPD: Das war ja mal 'ne zündende Rede. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Ja, damit kann ich die Aussprache schließen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1647. Wer diesem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr. Gegenstimmen? – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Nein. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1647 abgelehnt, da er nur die Stimmen der CDU-Fraktion erhalten hat.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Konkrete Gesundheitspolitik für Frauen in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/1649.

**Antrag der Fraktion der CDU:  
Konkrete Gesundheitspolitik für  
Frauen in Mecklenburg-Vorpommern  
– Drucksache 3/1649 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Holznagel von der CDU-Fraktion.

**Renate Holznagel**, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hoffe nicht, dass meinetwegen so wenig Abgeordnete da sind.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Minister Dr. Wolfgang Methling: Das kann nicht sein. – Reinhard Dankert, SPD: Deswegen sind wir geblieben.)

Danke schön. Das freut mich sehr.

Also zu unserem Antrag. Es ist noch nicht allzu lange her, da war ich persönlich in einer gesundheitlichen Situation, die mich zwang, einmal wieder auf meinen Körper zu hören.

(Andreas Bluhm, PDS: Na, wenn ich auf meinen höre, dann sagt er mir, du müsstest dich jetzt hinlegen.)

Es ist die gesundheitliche Situation einer Frau in Mecklenburg-Vorpommern mit all ihren unterschiedlichen Facetten von der stationären und ambulanten Akutversorgung, der stationären Reha hin bis zur ambulanten Reha-Nachsorge. Alles ist und war ein komplexer gesundheitsfördernder Prozess, dessen politische Rahmenbedingungen doch zu hinterfragen sind.

Ich habe mich gefragt, auf welche Weise ich mich in meiner besonderen Situation als Frau in diesem Gesundheitssystem in meinem Land wiederfinde, und mich in erheblichem Maße umgehört. Konkrete Gesundheitspolitik für Frauen würde erfolgreich geleistet, tönnte es aus dem Sozialministerium. Aber schaut man hinter die Fassaden, fällt auf, was ehrlich, einfach und ernüchternd in der jüngsten Zeit an vorgestellten Gleichstellungskonzeptionen erarbeitet wurde, nämlich lediglich Arbeitsgruppen und Gesprächsrunden. Konkrete Gesundheitspolitik für Frauen ist eine Wunschvorstellung, die wir endlich mit Leben erfüllen müssen, die wir nicht mehr lange konzeptionell vorbereiten, sondern die wir anpacken müssen.

Meine Herren, Sie werden jetzt fragen: Warum nur für Frauen, warum nicht für Männer,

(Reinhard Dankert, SPD: Das fragen wir nicht.)

denn das Durchschnittsalter bei den Männern ist doch geringer als bei Frauen? Aber ich denke, Frauen haben hier auch ihre Besonderheiten

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD)

und Männer lieben Besonderheiten an Frauen.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Oh ja!)

Deswegen hoffe ich doch sehr, dass Sie diesem Antrag auch Ihre Zustimmung geben könnten, zumindest zuhören und sich vielleicht mal die Besonderheiten der Frauen aufzeigen lassen – ich meine jetzt aber, aus gesundheitlicher Sicht.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nun mag man uns vorwerfen, dass wir uns von den entsprechenden Anträgen und Aktivitäten des Bundestages haben anstecken lassen. Nicht richtig ist allerdings, dass die spezifischen Probleme Mecklenburg-Vorpommerns hier außer Betracht bleiben.

Ich möchte nur beispielhaft auf die Problematik des Sucht- und Alkoholverhaltens von Frauen in unserem

Land hinweisen, das eine ganz andere Gewichtung aufweist als im Bundesdurchschnitt. Ich empfehle Ihnen also, genau hinzuschauen und genau zu lesen. Noch eins sei gesagt: Das Argument, hier wird ja bereits im Bundestag etwas getan, ist meiner Meinung nach vielleicht doch mehr ein Totschlagargument. Kernpunkt unseres Antrages ist es, gerade die Landesregierung aufzufordern, eine landesspezifische Konzeption zur Gesundheitspolitik für Frauen zu erarbeiten und tätig zu werden.

Frau Dr. Seemann, ich möchte vielleicht noch einmal ganz persönlich hierzu etwas sagen. Versuchen Sie doch, die Chancen und Möglichkeiten bundesdeutschen Handelns für das Land auszunutzen! Das heißt, sowohl neu geschaffene Regelungschancen müssen ergriffen und Lücken bundesdeutschen Handelns föderal gefüllt werden. Ich finde es nämlich einfach schade, wenn dieser Antrag nur aus der Verkennung politisch gegebener Möglichkeiten und aufgrund des Verkennens politischen Handelns abgelehnt werden würde. Lassen Sie uns doch vielleicht darüber im Ausschuss beraten!

Noch eins sei gesagt: Das Ziel ist doch wohl ein gemeinsames, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene. Schauen Sie einmal nach Nordrhein-Westfalen und schauen Sie ins Saarland! Lesen Sie sich die Anträge durch und begutachten Sie dort die stattfindenden intensiven Auseinandersetzungen über dieses Thema in den Ausschüssen!

Ich ahne schon, dass vielleicht der Antrag abgelehnt werden soll, aber ich möchte es doch trotzdem noch einmal versuchen, dass dies nicht unter Pauschalpolitik fällt. Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Außerdem ist mir auch aufgefallen, dass gerade im Sozialausschuss das Thema „Frauenpolitik“ sehr selten beraten wird.

Aber jetzt zurück zu unserem Antrag, der im Übrigen – für die, die es genau nachgelesen haben – nicht der Bundestagsantrag ist.

Frauen haben inzwischen erfreulicherweise eine Lebenserwartung von 80 Jahren. Vor 100 Jahren waren es nur circa 42 Jahre. Die Gesundheitspolitik in Mecklenburg-Vorpommern muss die Interessen und Lebenslagen von Frauen stärker berücksichtigen, Selbsthilfeaktivitäten unterstützen und dabei helfen, wichtige Themen, wie beispielsweise Brustkrebs, zu enttabuisieren.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist erfreulich zu sehen, dass Frauen in immer höherem Maße Gesundheitsvorsorge treffen, Untersuchungen zur Früherkennung wahrnehmen und viel engagierter die eigene Gesundheit zum Thema machen, als dies zum Beispiel, und hier muss ich Kritik äußern, die Männer tun.

(Beifall Steffie Schnoor, CDU)

Ein ganz wichtiges frauengesundheitliches Thema ist für uns das Thema Brustkrebs. Hier muss die Zahl der Vorsorgeuntersuchungen, gerade im ländlichen Raum, stark gesteigert werden, damit der Krebs, an dem noch zu viele Frauen im Lande versterben, eher erkannt und behandelt werden kann.

Es entsteht in der Gesellschaft und bei vielen Frauen der Eindruck, dass der Mann der so genannte Normalfall in der Medizin ist. Wie sieht aber das Bild aus? Allein über 80 Prozent der in den Gesundheitsberufen tätigen Beschäftigten sind Krankenschwestern, Hebammen, Arzthelferinnen, Apothekerhelferinnen. Wie in allen ande-

ren Führungsfunktionen sind allerdings Frauen im Forschungsbereich, als Fachärztin, als Professorin, als Ausbilderin in Gesundheitsberufen oder als Krankenkassen- oder Krankenhausdirektoren doch sehr selten.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die in unserem Antrag formulierte Forderung nach einer besonderen Sichtweise und Bedarfslage zum Thema „Frauen und Gesundheit – was kann und muss konkret getan werden?“ muss darum überall Einzug finden in der Medizin, in den Frauenforen, in unseren Gesundheits-, Wohlfahrts- und Verbraucherverbänden, in den Gleichstellungsstellen, im öffentlichen Gesundheitsdienst, in der Selbstverwaltung der Krankenkassen und eben auch nicht zuletzt in der Politik.

Frauen haben besondere Beschwerden und Belastungen: Schwangerschaft, Frauenkrankheiten, Depressionen, nervliche Überlastungen, Wechseljahre und Suchterkrankungen wie Tabletten-, Ess- oder Magersucht. Ich vertrete immer die Auffassung, dass für die eigene Gesundheit die Frau natürlich zunächst selbst verantwortlich ist, aber wir müssen den Rahmen für eine vernünftige und deshalb konkrete Gesundheitspolitik für Frauen zur Verfügung stellen.

Bei den Fragen nach Hintergründen und Ursachen für geschlechtsspezifische Unterschiede ist es wichtig, über die biologischen Faktoren hinaus auch die psychosozialen und gesellschaftlichen, zum Teil strukturellen Faktoren einzubeziehen. Das heißt, eine ganzheitliche Betrachtung von Krankheit und Gesundheit muss im Vordergrund stehen. Ich möchte nur auf einige Beispiele hinweisen: Die Teilhabe am Erwerbsprozess und die Schichtzugehörigkeit haben einen großen Einfluss auf die Gesundheit. Mit Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe, zu geringem Bildungsstand, schlechteren beruflichen Positionen und geringerem Einkommen steigen die gesundheitlichen Risiken bei Männern und natürlich auch hier besonders bei Frauen. In den letzten zehn Jahren ist die diesbezügliche und die allgemeine Belastung von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern gestiegen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist immer schwerer und immer schwerer gerecht zu organisieren.

Das Gesundheitswesen selbst hat bisher ganzheitliche Ansätze und frauenspezifische Auseinandersetzungen auch auf sozialer oder psychischer Ebene noch zu wenig realisiert. Es ist erst allmählich und mit großen Widerständen damit befasst, im Sinne einer stärkeren Patientinnenorientierung deren Rolle im Gesundheitssystem zu stärken.

Wir wollen mit unserem Antrag nicht behaupten, dass in den vergangenen Jahren nichts auf diesem Feld passiert ist. Es ist eine ganze Menge passiert, aber wir wollen eine konzentrierte Aktion im Land initiieren, die sich der spezifischen frauengesundheitlichen Probleme annimmt. Es ist ja schon schwierig, bei der vorliegenden Gesundheitsberichterstattung die frauenspezifischen Probleme herauszufiltern, so dass im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung des Landes ein geschlechtsspezifischer Gesundheitsbericht erstellt werden sollte. Wir haben dazu heute Morgen ja schon einiges gehört. Vielleicht ließe sich die Sozialministerin sogar dazu ermutigen,

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

nicht nur Zahlen aneinander zu reihen, sondern mehr den Versuch einer Interpretation vorzunehmen.

(Die Abgeordnete Dr. Margret Seemann meldet sich für eine Anfrage.)

Ausgehend von derartigen Analysen wäre es uns dann endlich möglich, die in unserem Antrag aufgeführten vielfältigen Initiativen zu bündeln, die empirischen Grundlagen zu verbessern und endlich ein Gesamtkonzept für die weitere geschlechtsspezifische Gesundheitspolitik in der Hand zu haben, um schnellstmöglich, also spätestens noch im nächsten Jahr, den schönen Worten Taten folgen zu lassen. Ich bitte um die Überweisung in den Sozialausschuss. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall Steffie Schnoor, CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Frau Holznagel.

Wir sind bei der Einbringung und da werden üblicherweise keine Fragen gestellt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Es gibt keinen Widerspruch, dann hat als Erste das Wort die Sozialministerin.

Bitte sehr, Frau Dr. Bunge.

**Ministerin Dr. Martina Bunge:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist ja sehr erfreulich, dass Frau Holznagel diesen Antrag der CDU begründet hat. Ich hatte schon die Befürchtung, dass auch das Herr Glawe macht als Experte.

(Renate Holznagel, CDU: Nee.)

Es waren mal andere Töne. Wenn Sie allerdings aus dem Sozialministerium nur Getöne gehört haben wollen – ich weiß nicht, wen Sie da befragt haben –, dann bitte ich Sie ganz einfach, hören Sie jetzt konkret zu.

Frauenspezifische Gesundheitspolitik ist ein wichtiges Thema, das sehr zu Unrecht jahrelang ein Schattendasein geführt hat. Verursacht war dieses Schattendasein vor allem durch die Ignoranz von CDU- und CSU-Gesundheitsministern auf Bundesebene.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich habe sie erlebt. Daher ist es schon bezeichnend, dass jetzt, wo die Weichen konkret anders gestellt werden auf Bundes- und auf Landesebene, die CDU in der Opposition in Berlin und auch hier mit umfänglichen Anträgen kommt.

Es ist meines Erachtens dem kontinuierlichen und professionellen Engagement von Frauen aus Politik, Medizin, Wissenschaft und Gesellschaft zu verdanken, dass die Sache in Bewegung gekommen ist. In der 1995 in Peking verabschiedeten Aktionsplattform zur 4. Weltfrauenkonferenz ist das Recht der Frau auf das für sie erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit verankert. Natürlich heißt es entsprechend dem Grundsatz „Global denken, lokal handeln“ zur Beachtung der Spezifik der Frauengesundheit, alles zu aktivieren – Politikerinnen und Politiker aller Ebenen, Kostenträger, Leistungsanbieter, das ist klar.

Der Überblick über frauenspezifische Gesundheitsbelange ist durch die Gesundheitsberichterstattung leider noch nicht zufriedenstellend gegeben. Es erfolgt zwar eine geschlechterspezifische Erfassung der Daten, aber neue Bereiche, Problemstellungen gilt es durch die Gesundheitsforschung zu bestimmen. Wir haben selbst im Land durch Community Medicine an der Universität Greifswald mit der kurz vor dem Abschluss stehenden Basisstudie ein Stück von Impulsen zu erwarten.

Allerdings ist die Gesundheitsberichterstattung – und das ist im Rahmen der Sozialberichterstattung fast ein Einzelfall – zwischen den Ländern abgestimmt, damit sie vergleichbar ist, was ja auch ein Vorteil ist. Und dieses Verfahren lief, als vor allen Dingen CDU-geführte Länder dominierten, und entsprechend sind hier auch die Unzulänglichkeiten. Jetzt ist die Abstimmungsrunde vorbei. Wir haben vergleichbare Berichte. Jede Änderung bedarf wieder einer mannigfaltigen Abstimmung. Ich möchte mich allerdings nicht verschließen. Wenn wir Bereiche finden, bin ich bereit, auch einen Anhang an die Gesundheitsberichterstattung zu erstellen, einfach um nicht das ganze Prozedere zu durchbrechen, aber das, was uns besonders interessiert, dann anzuhängen.

(Beifall Annegrit Koberger, PDS,  
und Torsten Koplín, PDS)

Sie sehen, meine Damen und Herren von der CDU, der Punkt 6 Ihres Antrags ist eigentlich tagtägliches Geschäft von Politik und Wissenschaft. Nicht viel anders ist es bei den anderen Punkten. Lassen Sie mich das an einzelnen Punkten nachweisen.

Es tut mir Leid, Frau Holznagel, dass Sie auch jetzt nicht zuhören können. Damit werden Sie Ihren Eindruck nicht verlieren.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Ja, sie hatte sich aber gerade vertiefen wollen in ein Gespräch mit ihrem Parlamentarischen Geschäftsführer, der das schnell zurückgezogen hat.

(Heiterkeit bei Torsten Koplín, PDS)

Ich lasse mich nur ungern mit Getöse abspesen, was aus meinem Hause kommen soll. Deshalb bin ich etwas angepasst.

(Reinhardt Thomas, CDU: Wie bitte?)

Lassen Sie mich also das Agieren in der Politik an einzelnen Punkten nachweisen.

Zur Problematik Brustkrebs, Ihr erster Punkt, habe ich Sie bereits hier an dieser Stelle über den diesbezüglichen Beschluss der GMK und die aktuellen Aktivitäten des Sozialministeriums in Mecklenburg-Vorpommern informiert. Für die dringende Verbesserung der Brustkrebsfrüherkennung hat das Tumorzentrum Rostock in enger Abstimmung mit meinem Haus ein Konzept für ein Modellprojekt erarbeitet. Dieses Konzept reicht von der Früherkennung über die optimale Behandlung bis hin zur Nachsorge. Es wird dabei vor allen Dingen um die optimale Zusammenarbeit aller Beteiligten, insbesondere im ländlichen Raum, gehen und um strenge Auflagen zur Qualitätssicherung. Zurzeit befinden die Kassen darüber und die Signale, die ich empfangen, lassen auf einen Start im Frühjahr hoffen.

Beim Gebärmutterhalskrebs muss es vor allem um die stärkere Teilnahme der Frauen an angebotenen Früherkennungsmaßnahmen gehen. Nur 50 Prozent sind zu wenig. Hier sind vor allem die Frauengesundheitskonferenz im Land und Aufklärungsmaterial des Ministeriums gefragt. Es zu verbreiten ist, glaube ich, auch mit unsere Aufgabe hier als Parlamentarierinnen. Sicher sollte der Bundesausschuss Ärzte/Krankenkassen endlich Position zum Virustest beziehen, das heißt, ihn für Risikogruppen ermöglichen. A und O wird aber bleiben, das Bewusstsein

von Frauen für die Teilnahme an Prävention zu erhöhen. Ähnlich sieht es bei der Osteoporose aus.

Um den Belangen Demenzkranker besser als bisher zu entsprechen, befindet sich eine bundesrechtliche Änderung des Pflegegesetzes in Arbeit. Das wissen Sie. Im Land schaffen wir in Heimen zunehmend besondere Abteilungen für diesen Personenkreis. In vielen Heimen werden für diesen Personenkreis tagesstrukturierende Maßnahmen angeboten.

Zur Problematik Suchterkrankungen: Hier beträgt das Verhältnis Männer zu Frauen im Land 4 zu 1. Bei Frauen liegen die Ursachen für Alkoholabhängigkeit sehr häufig im Alkoholmissbrauch des Partners oder in der Unzufriedenheit mit ihrer sozialen Situation, was da heißt, Hausfrau oder in der Karriere benachteiligt, zumeist durch Männer.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Und Landeserziehungsgeld gestrichen.)

Aus diesen Gründen müssen sich die Angebote der Suchtkrankenhilfe hauptsächlich an die Zielgruppe Männer wenden. Sicher sind Frauen, insbesondere wenn sie Kinder zu versorgen haben, schwerer für eine Therapie zu motivieren. In den Rehakliniken des Landes gibt es spezifische Angebote zur Suchtbehandlung von Frauen und auch für Mütter mit Kindern. Auf Anregung des Arbeitskreises „Frauen und Sucht“ der Landesstelle gegen die Suchtgefahren e. V. werden insbesondere Angebotsnotwendigkeiten für spezifische Frauensüchte wie Putzsucht und Arbeitssucht geprüft. Das Ergebnis wird zu beachten sein.

Genug zu den einzelnen Punkten. Lassen Sie mich zum Schluss auf Ihren letzten Punkt eingehen, der die Landesregierung auffordert, ein Frauengesundheitsprogramm vorzulegen. An dieser Stelle möchte ich Sie fragen: Wo leben Sie denn? Wissen Sie eigentlich, was im Land schon alles passiert? Ein Frauengesundheitsprogramm der Landesregierung könnte nur deklaratorischen Charakter haben,

(Beifall Torsten Koplín, PDS)

da viele Dinge nicht staatlich zu regeln sind. Ich schätze das Wirken des Arbeitskreises Frauengesundheit, der unlängst die 2. Konferenz zur Frauengesundheit gerade zum Thema Mammographie durchgeführt hat, sehr hoch. Konkrete Vorstellungen zur programmatischen Arbeit, in die viele Verbände und Initiativen einbezogen sind, sind Ausdruck für demokratische Teilhabe. Wider Zentralismus ist der von mir favorisierte Politikstil.

(Wolfgang Riemann, CDU: Oh!)

Aus all dem Gesagten folgt, dass ich Ihren Antrag für überflüssig halte. – Ich danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –  
Wolfgang Riemann, CDU: Wie immer.)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Staszak von der SPD-Fraktion.

**Karla Staszak, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Grundsätzlich möchte ich sagen, dass ich natürlich ausdrücklich begrüße, dass die CDU-Fraktion diesen Antrag eingebracht hat, weil es, wie Sie wissen,

wirklich wichtig für mich ist, dass dieses Thema behandelt wird. Ich habe ja auch schon zweimal dazu gesprochen. Zum anderen möchte ich allerdings gleich vorweg darauf hinweisen, dass die Landesregierung sich bereits seit längerem mit Gesundheitspolitik für Frauen befasst

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht zu glauben.)

und dass das in meinem Ressort seit 1994 ein Schwerpunkt meiner Arbeit ist. Darauf möchte ich gern noch mal hinweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS und einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Das wissen wir.)

Ja, so viel Lob habe ich ja gar nicht verdient.

(Reinhard Dankert, SPD: Lass dich aber nicht von den Männern der CDU einlullen, von Riemann schon gar nicht! – Wolfgang Riemann, CDU: Weihnachtsfriede.)

Leider, leider gab es immer sehr wenig Verständnis dafür und deshalb möchte ich auch bei diesem Thema für Verständnis werben.

In Mecklenburg-Vorpommern haben bereits zwei Konferenzen zum Thema Frauengesundheit stattgefunden – 1998 in Rostock und in diesem Jahr im November mit der Sozialministerin in Lübstorf bei Schwerin. Frau Ministerin, Sie hätten das ruhig mal erwähnen können, dass wir das zusammen machen.

(Ministerin Dr. Martina Bunge: Ich hab's erwähnt.)

Außerdem gibt es in Mecklenburg-Vorpommern einen Arbeitskreis „Frauengesundheit“, der sich aus den Veranstalterinnen der ersten Landesfrauengesundheitskonferenz gegründet hat

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und in dem neben dem Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern das Frauenbildungsnetz, die Landesvereinigung Gesundheitsförderung, das Frauengesundheitszentrum KLARA, Selbsthilfegruppen für Frauen nach Krebs, das Sozialministerium und ich mitarbeiten. Ein wichtiges Ziel des Arbeitskreises ist es, ein Programm zur Förderung der Frauengesundheit in Mecklenburg-Vorpommern zu erstellen und dies schrittweise umzusetzen.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Also an diesem Programm wird tatsächlich gearbeitet. Dazu sollen zuerst interessierte gesellschaftliche und private Personen zusammengeführt werden. Es soll eine breite Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowohl von Laien als auch von Fachexpertinnen und -experten zu den unterschiedlichen Gesundheitsproblematiken von Frauen und Männern erreicht werden. Die Mitspracherechte und Fähigkeiten von Frauen bei der Definition von Gesundheits- und Versorgungszielen sollen verbessert und das Anliegen von geschlechterdifferenzierten Maßnahmen der Gesundheitsförderung und -versorgung öffentlich gemacht werden. Gleichzeitig, meine Damen und Herren, wird eine kontinuierliche geschlechterdifferenzierte und frauenspezifische Gesundheitsberichterstattung für Mecklenburg-Vorpommern angestrebt. Aber auch gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von ausgewählten Frauengruppen wie zum Beispiel chronisch kranker Frauen und die Förderung der

Frauen in Medizinberufen sind ein Ziel des oben genannten Arbeitskreises.

Die Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen Gesundheitsproblemen und die Benutzung des Begriffs der Frauengesundheit stoßen oft auf Skepsis und häufig auch auf Ablehnung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nö, nö! Bei uns nicht.)

Das habe ich schon erwähnt. Auch der Antrag der CDU beschränkt sich auf die biologischen Unterschiede zwischen Männern und Frauen ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Na Gott sei Dank, dass es sie gibt.)

Ja. Schön, ne?!

(Heiterkeit bei Detlef Müller, SPD, und Minister Dr. Wolfgang Methling)

... und geht in der Begründung davon aus, dass Fortschritte der Medizin und der Medizintechnik grundsätzlich von Frauen und Männern gleichermaßen genutzt werden und ihnen zugute kommen. Das ist meines Erachtens nicht so. Es behindert den Blick auf die Unterschiede bei Gesundheit und Krankheit von Frauen und Männern und wird weder Männern noch Frauen gerecht. Was uns generell in der Medizin und dem Bewusstsein der Öffentlichkeit fehlt und was auch im Antrag der CDU-Fraktion zum Ausdruck kommt, ist ein Problembewusstsein für die differenzierte Situation der Geschlechter.

Herr Riemann, Sie sollten zuhören, damit Sie es heute begreifen!

(Dr. Margret Seemann, SPD: Der begreift das sowieso nicht.)

Am 19.07.2000 haben die SPD-Fraktion und die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag in den Bundestag eingebracht, wonach frauenspezifische Aspekte als Bewertungskriterien für Projektanträge im Gesundheitswesen beachtet werden sollen. Es reicht nicht aus, meine Damen und Herren, biologische Unterschiede zwischen Männern und Frauen auszuwerten und gesundheitspolitisch zu bearbeiten. Und auch Männer und Frauen bei gleichen gesundheitlichen Fakten zu vergleichen ist erst der Anfang einer geschlechterspezifischen Problemanalyse. Die geschlechterspezifische Sichtweise – und ich möchte noch einmal betonen, dass diese Männern und Frauen zugute kommt,

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

das sollten Sie wirklich hier mitnehmen – bedeutet, die unterschiedlichen sozialen Lebenszusammenhänge von Frauen und Männern genauso wie die psychologischen und physiologischen Besonderheiten der Geschlechter zu erforschen und in Bezug auf den Entstehungs- und Erhaltungsprozess von Gesundheit sowie auf Krankheitsentwicklung, -erkennung und -behandlung anzuwenden. Dabei spielen auch die Beziehungen zwischen den Geschlechtern eine besondere Rolle – Herr Riemann, das wird Sie wieder interessieren –,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

und zwar sowohl für den Erhalt der Gesundheit als auch für die Gesundheitsstörungen. Frauen leiden an oder profitieren von einer Partnerschaft anders als Männer. Dies wird insbesondere bei psychosozialbedingten beziehungsweise -geförderten Erkrankungen deutlich.

In der Versorgung kranker Frauen und Männer bestehen zwei zunächst widersprüchlich erscheinende Gegensätze. Zum einen werden kranke Frauen nicht so modern wie Männer diagnostiziert und behandelt, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Und so wehleidig sind sie auch nicht.)

Nee, das stimmt.

... was ihnen zum Beispiel beim Herzinfarkt sehr zum Nachteil wird. Und zum anderen haben Frauen bei gleicher Erkrankung andere Krankheitsanzeichen als Männer, die nicht oder nur erschwert erkannt werden, wenn sie wie bei Männern diagnostiziert und behandelt werden sollen. Ein Beispiel: Obwohl Herz-Kreislauf-Erkrankungen und darunter führend die koronare Herzerkrankung heute für Frauen wie für Männer die häufigste Todesursache darstellen, liegen bei weitem mehr Forschungsarbeiten zu koronaren Herzerkrankungen bei Männern als bei Frauen vor. Es wird also mehr geforscht in Bezug auf Männerkrankheiten. Das ist zum Beispiel ein Problem. – Weil Frauen ja sowieso länger leben, nicht?

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS – Detlef Müller, SPD: Richtig.)

Ein Ergebnis davon ist, dass Frauen insbesondere in der Rehabilitation benachteiligt sind. Sie sind in allen Rehabilitationsmaßnahmen unterrepräsentiert und die Praxis der Rehabilitation entspricht nicht ihren spezifischen Lebensumständen und Präferenzen.

Die frauenpolitischen Anforderungen an eine Gesundheitspolitik, die meines Erachtens notwendig sind und die in Mecklenburg-Vorpommern auch zum Teil auf den Weg gebracht worden sind, finden sich im Antrag der CDU nicht vollständig wieder. Es sind zum Beispiel für uns Schritte in Bezug ...

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Wir erheben doch nicht den Anspruch  
auf Vollständigkeit, Frau Staszak.)

Na ja, ...

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Riemann, wir wollen doch, dass was Gutes rauskommt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Das ist jedenfalls mein Anliegen.

Es sind zum Beispiel schon Schritte in Bezug auf das Mammographie-Screening in Mecklenburg-Vorpommern unternommen worden. Die Universität Rostock hat ein Modellprojekt initiiert, das vom Sozialministerium unterstützt wird und auf dessen Ergebnisse gewartet werden sollte, bevor die Forderung nach einem flächendeckenden Mammographie-Screening erhoben werden kann.

Gleichzeitig fehlt mir unter dem Punkt Brustkrebs der meines Erachtens bedeutsamste Punkt der Ursachenforschung. Nur wenn wir wissen, warum so viele Frauen an Brustkrebs erkranken, und zwar Jahr für Jahr immer mehr, können wir den Brustkrebs wirksam bekämpfen. Auch der Forderung nach einer Aufklärung junger Mädchen und Frauen über eine regelmäßige und sachgerechte Selbstuntersuchung der Brust stehen Fachleute kritisch gegenüber. Natürlich hat niemand etwas gegen die Selbstuntersuchung, zumal 85 Prozent der Brusttumore durch eine Selbstuntersuchung von Frauen entdeckt wer-

den. Aber meines Erachtens ist es erst einmal notwendig, den jungen Frauen ein positives Körpergefühl zu vermitteln, sie davon zu überzeugen, dass ihr Körper nicht grundsätzlich defizitär ist und in ihren Brüsten nicht der Tod lauert. Wenn wir Frauen also für die Selbstuntersuchung sensibilisieren, dann nur in einem Programm, das ihnen das Gefühl gibt, ihren Körper annehmen zu können und in diesem Zusammenhang dann auch Verantwortung für ihre Gesundheit zu entwickeln, und dies nicht nur im Rahmen von Brustkrebsvorsorge, sondern im Rahmen von Wohlbefinden und Selbstbewusstsein zur Erlangung von Lebensqualität.

Auch die Forderungen zu Punkt 2 und 3 sind mir zu kurz. Ich würde mir wünschen, dass auch hier ein umfassenderes Frauengesundheitsbewusstsein zugrunde gelegt wird. Die Forderung, Suchterkrankungen von Frauen spezifisch zu betrachten, teile ich und plane deshalb gemeinsam mit der Landesstelle gegen die Suchtgefahren Mecklenburg-Vorpommern e. V. im nächsten Jahr eine Veranstaltung „Frauensüchte – Frauensehnsüchte“, die sich mit diesem Thema befassen wird.

(Beifall Detlef Müller, SPD: Das ist gut.)

Vielen Dank.

Die Gesundheitsforschung und Gesundheitsberichterstattung, die unter Punkt 6 angesprochen wird, wünsche ich mir tatsächlich in größerem Umfang, als sie bislang möglich war. Allerdings sind auch hier in Mecklenburg-Vorpommern die ersten Schritte schon getan, denn im November 1998 ist von Frau Professor Reis, Fachhochschule Neubrandenburg, der Bericht „Wie geht es uns heute – Frauengesundheit in Mecklenburg-Vorpommern“ vorgelegt worden. Und der Arbeitskreis „Frauengesundheit“ befindet sich mit dem Sozialministerium schon seit längerem im Dialog, wie die Frauengesundheitsberichterstattung in Mecklenburg-Vorpommern in diesem Punkt verbessert werden kann. Ich bin mir sicher, dass dies zu aussagekräftigen Ergebnissen in Zukunft führen wird.

Leider hat die CDU-Fraktion das Thema Frauengesundheit ein bisschen als Vehikel benutzt, sich gegen die Budgetierung der ärztlichen Leistungen sowie der Arznei- und Heilmittelausgaben bei der Bundesregierung einzusetzen und deren Aufhebung zu fordern. In welchem Zusammenhang dies mit den spezifischen Problemen der Frauengesundheitspolitik steht, ist mir nicht ganz klar und ich verahre mich dagegen, diese beiden Punkte miteinander zu vermischen.

(Beifall Detlef Müller, SPD,  
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Ich denke, Frauengesundheitspolitik ist ein wichtiges Anliegen, das die CDU auch verfolgen könnte, ohne es gleichzeitig mit der Gesundheitspolitik der Bundesregierung zu vermischen. Deshalb wäre es sehr schön, Sie würden uns im Sozialausschuss in diesem Anliegen unterstützen. Ich denke, da ist konkrete Gelegenheit.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Als letzten Punkt fordert die CDU-Fraktion, ein Frauengesundheitsprogramm vorzulegen. Dieses befindet sich, wie ich oben schon dargelegt habe, derzeit in Vorbereitung durch den Arbeitskreis „Frauengesundheit“ und ich denke, dass es nicht notwendig sein wird, hier eine derart strikte Zeitvorgabe zu verankern, beziehungsweise dass es nicht notwendig ist, gleichzeitig durch die Landesre-

gierung ein Frauengesundheitsprogramm parallel erarbeiten zu lassen, weil man den Ergebnissen des Arbeitskreises „Frauengesundheit“ zuvorkommen möchte. Das ist meine Position dazu und ich hatte schon angeregt, dass wir uns gemeinsam vielleicht im Sozialausschuss darüber unterhalten können, damit dann wirklich etwas Vernünftiges dabei herauskommt.

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Frau Staszak, gestatten Sie eine Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Seemann? (Zustimmung)

**Dr. Margret Seemann, SPD:** Frau Staszak, teilen Sie die Auffassung von Frau Holznel, dass Gleichstellungspolitik oder Frauenpolitik im Sozialausschuss in den letzten zwei Jahren zu kurz gekommen ist oder eine zu geringe Rolle gespielt hat?

**Karla Staszak, SPD:** Ich hab's gar nicht gehört. Hat Frau Holznel das gesagt?

**Dr. Margret Seemann, SPD:** Ja.

**Karla Staszak, SPD:** Ich kann aber dazu sagen, dass in der letzten Zeit durch den Sozialausschuss die Frauenpolitik sehr unterstützt wurde,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

dass es dort wirklich sehr viel frauenpolitische Kompetenz gibt, worüber ich natürlich sehr froh bin. Und der Sozialausschuss hat auch immer wieder für die Frauenpolitik Gelder umgeschauelt, so dass es möglich war, auch etwas vorwärts zu bringen, und auch der Finanzausschuss, ja, genau,

(Beifall Dr. Manfred Reißmann, SPD – Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

der Finanzausschuss hat es unterstützt, ja.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Ja. Ja.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Vor allen Dingen Herr Riemann.)

Ja, und dafür möchte ich Ihnen auch herzlich danken.

(Wolfgang Riemann, CDU: Von Anfang an.)

Unsere Fraktion lehnt den Antrag der CDU ab.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Frau Staszak.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplín von der PDS-Fraktion.

**Torsten Koplín, PDS:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Beschlussantrag der CDU-Fraktion behandelt ein wichtiges politisches Thema. In angemessener Sachlichkeit und Tiefgründigkeit haben wir uns in der PDS-Fraktion mit dem Antrag auseinander gesetzt und uns selbstverständlich mit den Gesundheits- und Sozialpolitikerinnen und -politikern des Koalitionspartners, der SPD, verständigt.

Der Antrag besteht zwar aus neun Einzelpunkten, er lässt sich aus unserer Sicht jedoch in drei Komplexe unterteilen: Zum Ersten geht es um konkrete Maßnahmen in

Bezug auf Krankheitsbilder. Zum Zweiten geht es um das Bestreben der CDU, die Budgetierung der ärztlichen Leistungen sowie der Arznei- und Heilmittelausgaben aufzuheben, und zum Dritten geht es um ein Frauengesundheitsprogramm, das hier ja schon Erwähnung gefunden hat. Zu allen drei Komplexen möchte ich die Auffassung meiner Fraktion wiedergeben.

Lassen Sie mich jedoch Folgendes vorweg sagen: In Übereinstimmung mit der Definition des Gesundheitsbegriffs der WHO soll Gesundheit nicht als bloße Abwesenheit von Krankheit verstanden werden, sondern vielmehr als ein Zustand größtmöglicher körperlicher, geistiger und sozialer Wohlbefindens einschließlich der Fähigkeit zur Lebensbewältigung. Die gesellschaftliche Stellung beziehungsweise die gesamte Lebenssituation spielt hinsichtlich des gesundheitlichen Status eine entscheidende Rolle. Aufgrund bestehender gesellschaftlicher Strukturen haben Frauen häufig Mehrbelastungen, die Versorgung der Familie, Berufstätigkeit und in zunehmendem Maße die Betreuung und Pflege älterer Familienangehöriger, zu bewältigen. Die aus der Gesamtheit des Lebens- und Arbeitsalltags der Frau hervorgerufene subjektive Anforderung hat Auswirkungen auf ihren Gesundheitszustand. Diese Einflussfaktoren werden bislang zu wenig berücksichtigt.

Die PDS-Fraktion möchte ausdrücklich hervorheben, dass weitere Maßnahmen der Prävention, Therapie und Nachsorge bei Krebs, Osteoporose, Demenz und Suchterkrankung in der Tat geboten sind. Ich möchte das anhand der Krebskrankheit kurz dokumentieren. Fast jeder fünfte weibliche Sterbefall wird dieser Todesursachengruppe zugeordnet. Unter den Krebsleiden, die Frauen bedrohen, steht an erster Stelle der Brustkrebs. Er ist zwar in Mecklenburg-Vorpommern seltener als im Bundesdurchschnitt, hat sich aber in der Fallzahl in den vergangenen Jahren kaum verändert. Besonders im Alter unter 65 Jahren stellt er aber ein kontinuierliches Sterberisiko der Frau dar. Auch die Fälle von Lungenkrebs mit sechs Lungenkrebstodesfällen im Jahr je 100.000 Personen bei Frauen in unserem Land sind bitter. Hinter jeder dieser nackten Zahl stehen unsägliche Qualen und Leid der Betroffenen wie das der Freunde und Angehörigen. Maßnahmen der Forschung, Früherkennung und Aufklärung sind notwendig, ohne Zweifel.

Sie, sehr geehrte Damen und Herren, haben jedoch Ihren Vorschlag in ein Maßnahmenpaket geschnürt, welches ein Bundesland allein und losgelöst von anderen Ländern nicht schultern kann. Hier muss es Einklang von Bund und Ländern geben. Im Übrigen muss ich darauf hinweisen, dass es die CDU, quasi Sie selbst waren – das hatten Sie vorhin ja auch erwähnt –, die einen gleichlautenden Antragstext wie der, der uns hier zur Beratung vorliegt, und zwar wortwörtlich, bereits vor Wochen in den Bundestag eingebracht haben. An dieser Tatsache wird deutlich, dass Sie selbst der Meinung sind, dass es sich um ein Thema handelt, welches auf Bundesebene und somit länderübergreifend bearbeitet werden muss.

Der PDS ist es jedoch wichtig, dass das von Ihnen aufgeworfene Thema nicht allein aus rein medizinischer Sicht betrachtet wird. Wir sind der Auffassung, Gesundheit muss als sozialer Prozess begriffen werden. Krankheitsverläufe verzeichnen früher wie auch heute seismographisch genau den ursächlichen Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Krankheit und frühen Tod. Was im 19. Jahrhun-

dert für Cholera und Pocken galt, wiederholt sich heute mit anderen Krankheitsbildern. Bei radikalen gesellschaftlichen Veränderungen, so, wie wir sie erleben, verschiebt sich das Verhältnis von gesund zu krank mit erstaunlicher Verlässlichkeit und Schnelligkeit. Und damals wie heute liegen die Lösungen nur zu einem geringen Teil im medizinischen System. Wir müssen auf mehreren Ebenen nach Maßnahmen suchen.

Sozialpolitik, Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Wohnungspolitik sind explizite Handlungsfelder der Gesundheitspolitik. Prävention als Querschnittsaufgabe ist dabei ein wesentlicher Ansatzpunkt, der weiterentwickelt werden muss. Neuartige gemeinsame Ansätze müssen geschaffen werden, deren integrativer Ansatz die systematische Investition in Programme für sozial Benachteiligte, für Kinder und Jugendliche, für Familien, immer auch für Frauen ermöglicht. Insofern geht unser gedanklicher Ansatz über Ihren Antrag hinaus, ohne die Wichtigkeit und Bedeutung Ihrer Intention in irgendeiner Weise in Abrede zu stellen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind der Meinung, dass die Zusammenhänge von Armut und Gesundheit in der Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Antrag erwähnt werden müssen. Ja, Krankheit ist ein Armutsrisiko. Schwerwiegende beziehungsweise chronische Krankheiten können die Möglichkeit der eigenen Erwerbstätigkeit einschränken oder unmöglich machen. Damit gehen Veränderungen in der beruflichen Tätigkeit und eventuell der beruflichen Position sowie dem zeitlichen Umfang der Erwerbstätigkeit und damit der finanziellen Absicherung einher. Krankheiten können zu Einkommenseinbußen oder auch zu einer Abhängigkeit von Leistungen der sozialen Sicherung führen. Neben materieller Armut kann Krankheit aber auch auf anderen Ebenen zu Armut führen, in dem Sinne, dass eine Teilhabe an gesellschaftlichen Aktivitäten erschwert wird oder gar unmöglich ist.

Auf der anderen Seite hat die soziale Lage einen Einfluss auf die Gesundheit. Arme Menschen sind in der Sicherung des eigenen Lebensunterhalts bedroht. Das zur Verfügung stehende Einkommen reicht nicht, um die alltäglichen Bedürfnisse wie Wohnen, Ernährung und Kleidung ausreichend zu decken. Armut bedeutet zudem auch schlechtere Lebensbedingungen, einen begrenzten Zugang zu gesellschaftlichen Gütern und damit eine geringe Partizipation und eine Ausgrenzung aus gesellschaftlich relevanten Lebensbereichen. Kultur, Freizeit, Sport sind nicht unbedingt fürs nackte Überleben erforderlich, aber im Sinne einer Zufriedenstellung elementarer menschlicher Bedürfnisse und für das Gefühl, dazugehören und teilzuhaben, von besonderer Relevanz.

Der dargestellte Zusammenhang gilt für betroffene Frauen und Männer. Aber ich brauche nicht besonders zu betonen, dass es erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede in der Wucht der negativen Auswirkungen des Zusammenhangs zu Lasten der Frauen gibt.

Sehr geehrte Damen und Herren von der CDU! Sie fordern wiederholt die Aufhebung der Budgetierung ärztlicher Leistungen und der Arznei- und Heilmittelausgaben. Mir scheint, dies ist der ideologisch motivierte Teil Ihres Antrages.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Scheint mir auch.)

Uns scheint Ihr Ansinnen an dieser Stelle auch im Zusammenhang mit dem jüngsten massiven Vorstoß der so

genannten Wirtschaftsweisen zu stehen, die sich dafür aussprechen, umfängliche Teile der solidarischen Absicherung des Krankheitsrisikos zu zerschlagen und sie der privaten Absicherung zu unterstellen.

Sie verkennen zum wiederholten Male, dass das Gesundheitssystem in der BRD nicht nur ein Ausgabenproblem, sondern vor allem ein Einnahmenproblem ist. Im Unterschied zu Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, meinen wir, dass die Finanzierungsschwierigkeiten in der gesetzlichen Krankenversicherung keineswegs in der vermeintlichen Kostenexplosion zu suchen sind. Nein, sie gehen in erster Linie auf die zurückgebliebenen Einnahmen in Folge der entscheidenden Veränderungen im Erwerbsleben zurück. Notwendig ist, sagen wir, die Einzahlung in die gesetzliche Krankenversicherung auf breitere, statt auf immer schmalere Schultern zu verteilen.

(Beifall Annegrit Koburger, PDS)

Notwendig ist, die Versicherungspflichtgrenze aufgrund gestiegener Einnahmen eines Teils der Bevölkerung auf das Niveau der Rentenversicherung zu heben. Notwendig ist, dass Unternehmen sich endlich entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der solidarischen Absicherung des Krankheitsrisikos beteiligen. Notwendig ist also eine Wertschöpfungsabgabe der Unternehmen.

Wie stehen wir nun zu Ihrem Antrag, sehr geehrte Damen und Herren der CDU? Ursprünglich wollten wir einen Änderungsantrag zu Ihrem Antrag erarbeiten. Aber dann haben wir davon abgesehen, Ihren von Ihrer Bundestagsfraktion abgeschriebenen und mit eigenen ideologischen Sentenzen versehenen Antrag zu entzerren. Aus unserer Sicht sollte Folgendes getan werden:

Erstens. Der von Ihrer Bundestagsfraktion erarbeitete Antrag wird im Wege einer Anhörung zum Thema im Bundestag behandelt. Die sich daraus ableitenden Erkenntnisse und Beschlusslagen des Bundestages sollten wir abwarten. Sich dann ergebende Handlungsgebote und Handlungsspielräume in unserem Land sollten wir daraufhin ausloten, aber erst dann, wenn der Prozess auf Bundesebene abgeschlossen ist, damit wir sehen, wo es noch Bedarfe gibt.

Zweitens. Wir sollten die Wirkung der Gesundheitsstrukturreform in unserem Land aufmerksam beobachten und Erkenntnisse nach angemessenem zeitlichen Abstand in politische Gestaltung ummünzen. PDS- und SPD-Gesundheits- und -Sozialpolitiker haben sich zum Beispiel in dieser Woche mit der Situation der Hausärzte vertraut gemacht und ein Expertengespräch durchgeführt. Im Wege der Selbstbefassung können wir auch im Sozialausschuss tätig werden.

Drittens. Ein Programm zur Förderung der Frauengesundheit in Mecklenburg-Vorpommern wird, wie wir es hörten, erarbeitet und weiterentwickelt. Die dann darin enthaltenen Aufgabenkomplexe sollten aus unserer Sicht von einer frauengerechten und geschlechtsspezifischen Gesundheitsberichterstattung über Förderung der Frauen in Medizinberufen bis hin zu Anregungen gezielter Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitssituation von Frauen reichen. Einen Beschluss hier und heute zu fassen, ohne durchdacht zu haben, was sich mit der Zielstellung zu einem Frauengesundheitsprogramm verbindet, und in einer Schnellschussfrist von einem halben Jahr zu setzen, halten wir für wenig sachdienlich.

Viertens. Wir sollten den von der Sozialministerin genannten Einzelaktivitäten im Rahmen des Möglichen all

unsere kritische wie zugleich wohlwollende Unterstützung geben.

Sehr geehrte Damen und Herren von der CDU! Wir stimmen Ihrem Antrag heute nicht zu, aber wir legen den Antrag auch nicht ad acta. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Kollege.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Holznagel von der CDU-Fraktion.

**Renate Holznagel, CDU:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es war wirklich sehr interessant, die Ausführungen zu unserem Antrag zu hören, ebenso wie Hinweise, Anregungen und auch die Aufzählung der guten Arbeit.

Frau Ministerin, ich wollte Sie hier wirklich nicht reizen, deswegen hatte ich ja in einigen Dingen gesagt, dass wir hier tatsächlich schon viel erreicht haben. Ich bin auch froh darüber, dass wir uns einig sind, dass die frauenspezifischen Dinge der Gesundheitspolitik hier herausgestellt werden, und deswegen, Herr Koplin, finde ich es sehr gut, dass der Antrag nicht weggelegt ist. Ich hätte mich aber viel mehr gefreut, wenn wir im Sozialausschuss hätten über den Antrag diskutieren können. Da hätten wir viel mehr Gelegenheit gehabt, die Dinge auszusprechen.

(Peter Ritter, PDS: Wir können ja auch eine Ausschussreise nach Berlin machen.)

Zu der bundespolitischen Geschichte möchte ich Ihnen vielleicht doch noch eins sagen: Es ist nicht wortwörtlich der Antrag, aber das haben Sie ja auch schon gesehen. Ich denke, es ist ganz wichtig gerade in dieser Geschichte, dass wir hier die landesspezifischen Dinge erarbeiten und mit einbringen sollten in diese Diskussion. Ich habe da so meine Probleme, wenn ich an die Ökosteuer denke. Wenn man dieses verpasst, kann man hinterher auch nichts mehr ändern. Das sehen wir ja gerade an dieser Ökosteuer im Moment. Deswegen dachte ich, dass dieser Antrag zur richtigen Zeit gekommen ist, um zu diskutieren und deutlich zu machen, das ist bei uns im Land wichtig, und hier sollten wir auch den Bundestagsausschuss motivieren, diese Dinge mit einzubringen. Das kann man dann auch wiederum über die Bundestagsabgeordneten tun. Insofern finde ich es eigentlich schade, dass Sie hier warten wollen. Ich würde es viel besser finden, wenn Sie im Sozialausschuss noch mal mit uns diskutieren würden, um nach dieser Diskussion oder nach dem Ergebnis im Sozialausschuss dieses in die Debatte des Bundestages mit einzubringen.

Meine Damen und Herren! Grundsätzlich möchte ich doch noch mal sagen, dass die Fortschritte der Medizin und der Medizintechnik hier den Frauen und Männern gleichermaßen zugute kommen, um das noch mal deutlich zu unterstreichen. Ich bin auch froh, dass wir uns einig geworden sind darüber, dass es zahlreiche frauenspezifische Gesundheitsprobleme gibt, die Anlass zur Besorgnis geben. Ich bin aber trotzdem der Meinung, dass wir hierfür mehr tun sollten.

Auch wenn Sie das Problem Budgetierung angesprochen haben, muss ich noch mal deutlich sagen, es gehört hierzu, meine Damen und Herren. Die Budgetierungswut – ich will es mal so bezeichnen – trifft vor allem die Frauen

in unserem Lande, denn die Etablierung wichtiger neuer frauenspezifischer Versorgungsangebote sowie innovativer Behandlungsmethoden wird letztendlich, wenn das Jahr zu Ende ist, verhindert. Das sollte man nicht vergessen. Budgetierung heißt Rationierung und Rationierung bedeutet eben Einschränkung dringend notwendiger medizinischer Leistungen. Das geht vor allem auch zu Lasten der frauenspezifischen Gesundheitsvorsorge und es ist mir ein Anliegen, dies deutlich zu machen.

Meine Damen und Herren, ich hätte jetzt noch eine ganze Menge zur Sache zu bemerken,

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

aber es sind die Dinge angesprochen worden und ich will mich heute damit begnügen, wenn Sie sagen, dass Sie den Antrag nicht ganz weglegen, sondern ihn behalten, dass wir das dabei bewenden lassen. Ich möchte Sie bitten zu überlegen, ob wir den Antrag nicht doch überweisen können. Ich würde mich freuen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Frau Holznagel, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Koplin?

**Renate Holznagel, CDU:** Bitte, Herr Koplin.

**Torsten Koplin, PDS:** Frau Holznagel, könnten Sie sich vorstellen, dass wir gemeinsam nach Berlin fahren zu der Anhörung, dass wir als interessierte Politiker des Landtages uns die Anhörung auf Bundesebene „antun“?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Wären Sie bereit, dass wir gemeinsam dorthin fahren, uns das anhören? Dann können wir in der Auswertung sehen, was zu tun wäre.

**Renate Holznagel, CDU:** Die Bereitschaft kann ich Ihnen zusagen. Ob es dann terminlich einzuhalten ist, müssen wir sehen.

**Torsten Koplin, PDS:** Danke.

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Frau Holznagel, habe ich Sie eben richtig verstanden, dass Sie beantragt haben, dass wir über die Überweisung in den Ausschuss abstimmen sollen?

**Renate Holznagel, CDU:** Ich möchte bitte, dass wir den Antrag in den Sozialausschuss überweisen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Danke.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, deshalb können wir zur Abstimmung über den Antrag kommen.

Sie haben gehört, dass Frau Holznagel eben beantragt hat, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache3/1649 in den Sozialausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenstimmen. – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Der Überweisungsvorschlag ist abgelehnt bei Zustimmung aus den Reihen der CDU und Gegenstimmen aus den Reihen der SPD und PDS. Es gab drei Stimmenthaltungen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag in der Sache. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte

ich jetzt um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Vielen Dank. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1649 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in Kindertagesstätten und Schulen. Der Antrag liegt vor auf Drucksache 3/1648.

**Antrag der Fraktion der CDU:  
Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in Kindertagesstätten und Schulen  
– Drucksache 3/1648 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages hat der Abgeordnete Herr Dr. König von der CDU-Fraktion.

**Dr. Arthur König**, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der letzte Antrag der letzten Landtagsitzung in diesem Jahr. Daher möchte ich es relativ kurz machen,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

was die Einbringung zu unserem Antrag „Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in Kindertagesstätten und Schulen“ anbelangt.

Meine Damen und Herren! Gerade durch die Große Anfrage der CDU zur Situation in Kindertagesstätten und der Kleinen Anfrage von Frau Schnoor ist deutlich geworden, dass wir uns alle gemeinsam mit den Fragen der Integration behinderter Kinder und Jugendlicher noch schwer tun. Gerade weil diese Kinder am Rande der Gesellschaft stehen, brauchen sie ein stärkeres Maß an gesellschaftlicher Zuwendung, um sie vom Rand weg in die Mitte der Gesellschaft zu holen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Bravo!)

Die medizinisch-technischen Möglichkeiten gestatten dies zunehmend.

Meine Damen und Herren! Es ist aber unbefriedigend, wenn die Große Anfrage der CDU-Fraktion zur Situation in den Kindertagesstätten das Bild liefert, dass vor allem im Bereich des Hortes eine unbefriedigende Betreuungssituation zu verzeichnen ist, die auf ungeklärte Zuständigkeiten zurückgeht.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Im Bürokratismus versunken geht der Streit um die Kostenübernahme zu Lasten der betroffenen Kinder und ihrer Eltern.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Die Kinder werden in ihrer Entwicklung zurückgeworfen, die Eltern haben es ab diesem Alter zunehmend schwerer, Familie und Beruf miteinander unter einen Hut zu bekommen.

Kritikwürdig ist auch die Ausstattung der Kindertagesstätten mit Heilpädagogen oder Personal mit sonderpädagogischer Ausbildung. Die Träger der Freien Wohlfahrtspflege haben in ihrer Stellungnahme zur Antwort auf die Große Anfrage dazu konkret Stellung genommen und dargestellt, dass die Zahl der Fachkräfte für die Integration behinderter Kinder bei weitem nicht ausreichend ist, und nicht nur das. Ich zitiere die Position der Liga der Spit-

zenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zum Thema Integration: „Es wird insgesamt deutlich, dass Integration als Prinzip nicht weiter forciert wird. Bürokratisches und langwieriges Zuständigkeitsgerangel der Kostenträger verzögern und verhindern zum Teil notwendige und sinnvolle Integrationsmaßnahmen.“

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber wir haben ja jetzt einen Integrationsförrat!)

Das stimmt, Herr Riemann.

„Es scheint einfacher zu sein, Kinder mit Körper- und Schwerstmehrfachbehinderungen sowie seh-, hör- und sprachbehinderte Kinder in Sondereinrichtungen zu betreuen.“

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle brauche ich wohl dieser Aussage nichts hinzuzufügen. Es herrscht hier Handlungsbedarf und aus diesem Grunde stellen wir den Antrag und bitten diesem zuzustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel**: Danke schön, Herr Dr. König.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat das Wort die Sozialministerin Frau Dr. Bunge.

**Ministerin Dr. Martina Bunge**: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Integration von Menschen mit Behinderungen, insbesondere wenn die Behinderung von Geburt oder von jungen Jahren an besteht, ist eine zutiefst wichtige Aufgabe, um Chancengleichheit im Leben zu gewährleisten.

Mit Ihrem Antrag sprechen Sie im Kita-Bereich Probleme an, die häufig an der Schnittstelle zwischen Jugend- und Sozialhilfe liegen und daher in der konkreten Realisierung nicht immer problemlos verlaufen, so im Punkt 1 a, während integrative Kindergartengruppen oder Sonderkindergärten bezüglich der Mehraufwendungen in die Kostenträgerschaft der überörtlichen Sozialhilfe fallen und dort das Land seinen gesetzlichen finanziellen Verpflichtungen nachkommt. Für den Hort und die dortigen Mehraufwendungen ist die örtliche Sozialhilfe im Rahmen ambulanter Eingliederungshilfe zuständig. Das ist ganz eindeutig geregelt, Herr Riemann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Der Regelfall, richtig. Und wie sieht die Praxis aus?)

Und hier entsteht aber der Bruch vor Ort

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und damit die unzureichende Versorgung.

Ihr Punkt 2 ist wieder einer, der im Rahmen der überörtlichen Sozialhilfe im Land ganz gut läuft. Die Einzelintegration in Kitas, die Betreuung in Sondergruppen von Kitas oder die Einrichtung von Sonderkindergärten wird für das Land von den Landkreisen und kreisfreien Städten sorgfältig und bedarfsgerecht entschieden. Und diese integrative Betreuung wird schon jetzt durch das KitaG mit besonderem Fachkräftebesatz bedacht. Wie in anderen Fragen ist aber hier durch eindeutigere Regelungen im

KitaG mehr Rechtsklarheit zu schaffen. Sie wissen, wir packen in der Koalition derzeit eine Kita-Novelle an und auch die Übertragung finanzieller Mittel der überörtlichen Sozialhilfe von der Landesebene auf die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte. Beides kann die anstehenden Probleme lösen. Hier mischen Sie mal mit! Ich kann Sie nur dazu aufrufen, konstruktiv mitzuarbeiten und nicht immer schwarz zu reden, was hier angedacht wird. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Wir arbeiten immer konstruktiv mit. – Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Rißmann von der Fraktion der SPD.

(Zurufe aus dem Plenum: Frau Beyer!)

Das Wort hat dann Frau Beyer von der Fraktion der SPD.

**Heidmarie Beyer, SPD:** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frauen und Behinderte sind immer das Letzte – zumindest bezüglich der Tagesordnung des Landtages, wie mir scheint.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Ja, wer setzt das fest? Wer ist der Chef? Wer ist der Chef des Ältestenrates? – Glocke der Vizepräsidentin)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Bitte, Frau Beyer, Sie haben das Wort.

**Heidmarie Beyer, SPD:** Ihr Anliegen, meine Damen und Herren von der CDU, ist ehrenwert.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Die Verbesserung der Lebensverhältnisse und die Schaffung von Perspektiven für Kinder und Jugendliche sind ein wichtiger Maßstab der Politik der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern. Das steht im Koalitionsvertrag.

(Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Das bezieht sich ganz besonders auch auf die Integration behinderter Kinder in Tagesstätten und Schulen. Hier haben wir einiges geschafft. Es gibt aber auch noch vieles zu tun, das ist uns bewusst, aber dazu bedarf es Ihres Antrages nicht.

Wir haben derzeit in unserem Land 96 integrative Kindergärten und 19 Horte für lernbehinderte Kinder. Für Kinder mit Behinderungen im Vorschulalter stehen in Kindertagesstätten integrative Gruppen und Sondergruppen zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es Sonderkindergärten. Im Vorschulalter besteht die Möglichkeit der Einzelintegration in Kindertagesstätten. Das ist für unser Flächenland dann besonders wichtig, wenn die Entfernung zur nächsten Kindertagesstätte mit einem besonderen Angebot für Kinder mit Behinderungen zu groß ist.

In den neuen Ländern wird der Anteil der integrativ betreuten Kinder auf 62 Prozent beziffert. Im Gegensatz dazu liegt das frühere Bundesgebiet nur bei 36 Prozent. Das ist ein Erfolg und ein positives Zeichen

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Von acht Jahren CDU-Regierung.)

für die Umstrukturierung des Betreuungssystems auf die Frühförderung, vor allem die Integration von behinderten Kindern, in den neuen Bundesländern.

Ich wüsste nicht, dass Sie die ganze Zeit einen Sozialminister gestellt hätten, Herr Riemann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Na ja, die SPD war auch vier Jahre lang dabei.)

Für die Integration war immer das Sozialministerium zuständig, Herr Riemann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ach, das hat der Sozialminister zu verantworten? Aber wenn es schlecht ist, ist es die CDU-Regierung.)

Die Integrationsmöglichkeiten sind hier bewusst genutzt und mit großem Engagement der Erzieherinnen und Erzieher umgesetzt worden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Daher möchte ich an dieser Stelle allen, die diese integrative Arbeit verantwortungsvoll und mit viel Hingabe leisten, unseren tiefen Dank aussprechen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Auch die Landesregierung hat festgestellt, dass die Integration von behinderten Kindern in Horten aufgrund der Finanzierung dieser Plätze bisher nur schwer vorankommt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aha.)

In der Großen Anfrage der CDU ist nachzulesen, dass dies an der Finanzierungszuständigkeit und der diesbezüglichen schwierigen Abstimmung liegt. Die Sozialministerin sagte das auch. Dieses Problem muss unbedingt durch die Landesregierung vorangebracht werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Großen Handlungsbedarf sehe ich ebenso bei der notwendigen medizinischen Behandlungspflege im Bereich der Schulen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die streiten sich da vorn schon wieder über das Geld.)

Hören Sie doch erst einmal zu!

Sonderpädagogen dürfen diese Aufgabe nicht mehr übernehmen. Leistungen der Krankenpflege für mobile Dienste werden in den Schulen nicht mehr von den Krankenkassen bezahlt. Deshalb appelliere ich hier an das Sozial- und Bildungsministerium,

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Und ans Finanzministerium.)

unbedingt gemeinsam mit den Schulträgern eine Lösung zu finden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Für jedes behinderte Kind muss ein Förderplan erstellt werden. Eine individuelle Feststellung des Personalbedarfs gemäß dem individuellen Förderbedarf der Kinder ist nur in Einzelfällen bekannt. Im Allgemeinen gelten die Festlegungen der Grundsätze für integrative Kindergruppen. Für die Förderung von 15 Kindern, davon in der

Regel vier behinderte Kinder, sind zwei Fachkräfte vorgeschrieben. Im Rahmen der durchschnittlichen Betriebskosten gemäß Kita-Gesetz werden bei einer Ganztagsbetreuung die Kosten für eineinhalb Erzieher berücksichtigt. Die fehlende Erzieherstelle wird durch die Eingliederungshilfe nach dem BSHG gesichert.

Frau Sozialministerin Bunge hat in der Presse die Novellierung des Kita-Gesetzes angesprochen. In diesem Rahmen kann die Situation von behinderten Kindern im Land diskutiert und eingebracht werden.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Auch im Schulbereich folgt unsere Landesregierung dem Koalitionsvertrag, die Integration von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen in das Regelschulsystem wo immer möglich zu fördern. Dazu wird, wie es hier heißt, die Qualität und Quantität der pädagogischen Parameter im Förderschulbereich verbessert. Diesen Weg werden wir beharrlich weiter beschreiten.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Im Schulbereich ist bei sinkenden Schülerzahlen ein leichter Anstieg des Anteils der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen, in Förderschulklassen zu erkennen. 1998 waren es 14.690, 1999 waren es 14.486 Schülerinnen und Schüler, also knapp 200 weniger. Das entspricht einem Anteil von 5,6 beziehungsweise 5,9 Prozent aller Schülerinnen und Schüler. Gingen insgesamt die Schulen von 1998 bis 1999 um fast 40 und die Anzahl der Lehrkräfte um etwa 550 zurück, so haben wir bei den Förderschulen lediglich eine Entwicklung von 98 auf 97 Schulen zu verzeichnen. Gleichzeitig wurde die Zahl der Lehrkräfte von 1.798 auf 1.836, also um 40 aufgestockt. Das ist eine sehr positive Entwicklung im Land und unterstreicht die Bedeutung, die wir diesem Bereich zumessen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und Ostvorpommern hat eine Förderschule gebaut, neu gebaut.)

Eben, Herr Riemann, sehen Sie mal!

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, die Benachteiligten. – Angelika Gramkow, PDS: Mit Fördermitteln. – Wolfgang Riemann, CDU: Nee, haben wir nicht gekriegt. Wir haben ein Investorenmodell nehmen müssen, weil die Mittel nicht bereitgestellt wurden.)

Aber das Personal haben Sie vermutlich dafür gekriegt und das bezahlt die Finanzministerin.

Das trifft auch bei den GU-Klassen zu. 1999 besuchten 588 behinderte Kinder und Jugendliche solche GU-Klassen. In diesem Schuljahr sind es bereits 720. Das lässt eindeutig den Willen der Landesregierung nach einer weiteren Integration dieser Schülergruppe in die allgemein bildenden Schulen erkennen.

Zur Verkleinerung der Klassenfrequenzen durch Festlegung spezieller Bandbreiten für GU-Klassen kann ich nur sagen, in mehrzügigen Schulen gab und gibt es gute interne Lösungen zur Absenkung der Klassenfrequenzen. Für einzügige Schulen gestaltet sich diese Problematik allerdings schwieriger. Hier sind die Schulträger im Zusammenhang mit der Schulentwicklungsplanung künftig besonders gefordert. Auch diesen Prozess werden wir begleiten. Gegenwärtig wird an der Verwaltungsvorschrift zur Unterrichtsversorgung für das kommende Schuljahr gearbeitet. Hier wird es Verbesserungen der Parameter

für die GU-Klassen geben, zum Beispiel Begrenzung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einer Klasse auf drei.

Ein großes Problem ist die Aus-, Fort- und Weiterbildung von sozial- und behindertenpädagogischen Fachkräften. Hier muss dafür Sorge getragen werden, dass Lehrkräfte mit diesen Qualifikationen im Land gehalten, junge Kräfte gewonnen und Möglichkeiten der Zusatzqualifikation verbessert werden. Auch das wird von unserer Regierung angegangen. So ist die Einrichtung eines berufsbegleitenden Studienganges Sonderpädagogik an der Universität Rostock zum Erwerb einer Lehrbefähigung für den Förderunterricht ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Abschließend stelle ich fest, die Integration von behinderten Kindern und Jugendlichen im Kita- und Schulbereich wie auch im beruflichen und gesellschaftlichen Leben ist ein Thema, das uns allen am Herzen liegt. Daher empfiehlt die SPD-Fraktion die Überweisung des Antrages federführend in den Sozialausschuss.

Zum Ende des Jahres und weil Weihnachten ist, habe ich einen Wunsch, und zwar dass es uns im neuen Jahr vielleicht gelingt, die Anliegen von Frauen und Behinderten mehr in die Mitte des Lebens und auch in die Mitte der Tagesordnung des Landtages zu rücken. – Ich danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Beyer.

Ich muss jetzt noch mal nachfragen. Frau Beyer, war das jetzt ein Antrag zur Überweisung in den Sozialausschuss?

**Heidemarie Beyer, SPD:** Ja, habe ich gesagt. Ich habe gesagt, federführend.

(Reinhard Dankert, SPD: Federführend ist Soziales, mitberatend Bildung.)

Danke schön.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schnoor von der Fraktion der CDU.

(Reinhard Dankert, SPD: Oh nee! – Volker Schlotmann, SPD: Das ist ja fast schon seelische Grausamkeit.)

**Steffie Schnoor, CDU:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Integration behinderter Kinder und Jugendlicher ist ein sinnvoller Ansatz, um den Betroffenen ein selbstbestimmtes Leben im Rahmen ihrer objektiven Möglichkeiten zu gewährleisten. Dieser Grundsatz ist sicherlich unstrittig. Die Umsetzung dieses Grundsatzes erweist sich aber als ein Problem. Insbesondere die Antwort auf meine Kleine Anfrage, aber auch Briefe von betroffenen Eltern wie Lehrern zeigen, dass die Realität für behinderte Kinder weniger übrig hat. Und ich sage hier ganz bewusst, weniger, denn zu sagen, sie hat wenig für die behinderten Kinder übrig, würde die Leistung derjenigen schmälern, die sich tagtäglich um diese Kinder bemühen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die fortlaufende medizinisch-technische Entwicklung macht es zunehmend mehr Behinderten möglich, am so genannten normalen Leben aktiv teilzunehmen. Dennoch haben auch diese Innovationen ihre Grenzen und die

Behinderten müssen weiter mit Einschränkungen leben. Diesem Umstand muss auch die Integration gerecht werden. So ist es für schwerhörige Kinder unabdingbar, bei integrativem Unterricht in schallgeschützten Räumen unterrichtet zu werden, da sonst die Wiedergabe durch die Implantate beeinträchtigt wird, das heißt, die Nebengeräusche die eigentliche Spracherkennung überlagern. Die Einrichtung derartiger Unterrichtsräume, die Organisation des Unterrichts für integrative Klassen erfordert finanziellen und personellen Mehraufwand, den weder das Land noch die Schulträger in Gänze schultern wollen. Die Schwerhörigen sind nur eine Problemgruppe, die hier genannt wird, da sie sich seit geraumer Zeit um ein neues Förderzentrum bemühen und den Bildungsausschuss seitens der Lehrer und Eltern eindringlich auf die Detailprobleme von Integration aufmerksam gemacht haben. Andere Problemgruppen sind die körperbehinderten Kinder und Jugendlichen oder Kinder und Jugendliche mit Mehrfachbehinderungen. In nicht wenigen Fällen ist es für das Land und den Schulträger kostengünstiger, dem Betroffenen eine Unterbringung in einer Sondereinrichtung zu ermöglichen, als wohnortnahe Schulen behindertengerecht umzurüsten.

Bei allen berechtigten Abwägungen darf ein Aspekt nicht aus den Augen verloren werden: Jedes behinderte Kind hat einen individuellen und unverwechselbaren Förderanspruch. Das, zugegeben, macht Integration zu einem Problem vieler Seiten. Meine Damen und Herren, aber das Problem ist keins, wenn man die Individualität des einzelnen behinderten Kindes anerkennt und zudem anerkennt, dass die aus dem Förderanspruch ableitbare und sinnvolle Integration des Kindes diesem Kind ein Leben lang von unschätzbarem Nutzen und Wert sein kann. Nicht nur das, gemeinsamer Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern fördert auch Toleranz und Akzeptanz unter den so genannten normalen Kindern.

Und werden wir doch wieder einmal konkret: Die Bestürzung über Rechtsextremismus im Sommer war groß. Behinderte sind hier auch eine Opfergruppe von rechtsextremen Schlägern und Fanatikern. Ja, meine Damen und Herren, diese Verbindungen müssen wir herstellen, denn die Bekämpfung des Rechtsextremismus fängt im Alltag an, wird darüber definiert, welchen Wert die Gesellschaft den Behinderten entgegenbringt und wie die Gesellschaft in der Lage ist, diese Menschen in den Alltag der Allgemeinheit zu integrieren. Grenzen wir diese Menschen durch Bürokratie aus, arbeiten wir diesen Schlägergruppen gewollt oder ungewollt in die Arme.

Meine Damen und Herren, selbst wenn die Integration in Form gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nichtbehinderten Kindern stattfindet, so klagen diese, dass die Klassengrößen nicht auf diese Unterrichtsform abgestimmt sind, dass es keinerlei pädagogisch begründete Vorgaben gibt, die einen sinnvollen gemeinsamen Unterricht ermöglichen. Allein die Zuweisung von Förderstunden ist nicht ausreichend, um diesem Problembereich angemessen zu begegnen, zumal es immer wieder Stimmen gibt, die nachdrücklich darauf hinweisen, dass beantragte Förderstunden nicht genehmigt werden und damit gemeinsamer Unterricht nicht stattfindet. Für die Betroffenen ist ein solcher Bescheid eine schmerzliche Eingrenzung ihrer Möglichkeiten und Chancen und für die Pädagogen von Sondereinrichtungen eine herbe Enttäuschung, da sie mit ihrer Arbeit diesen jungen Menschen

den Weg in die Normalität ebnen wollten, aber durch bürokratische Hemmnisse zurückgeworfen werden. Hier findet der individuelle Förderanspruch des behinderten Kindes keine Berücksichtigung und man darf fragen, warum eigentlich nicht.

Um bei den Pädagogen zu bleiben, wie in jedem Bereich, haben wir auch im Bereich der Sonderschullehrer einen Mangel. Wie im allgemein bildenden Bereich werden ausgebildete Sonderpädagogen mit Kussband in den alten Bundesländern aufgenommen, da der Mangel dort ebenso vorhanden ist. Aber nicht nur die Bezahlung ist ein Wechselgrund. Besonders Sonderpädagogen haben einen hohen ethisch-moralischen Anspruch. Wenn die Rahmenbedingungen für ihre Arbeit mit behinderten Kindern und Jugendlichen optimal sind, dann verzichten diese Lehrer auch gerne auf die eine oder andere Mark, dessen bin ich mir ganz sicher. Das geht übrigens auch anderen Lehrern so. Aber wenn diese Lehrer das Gefühl haben, mit ihrer Arbeit gerade einmal das zu erreichen, was sie persönlich zu leisten selbst in der Lage sind, und darüber hinaus ihnen bürokratische Hemmnisse in den Weg gelegt werden, wenn es zum Beispiel um Förderstunden geht, dann kann man es ihnen nicht verdenken, dass sie sich einen anderen Wirkungskreis suchen, schweren Herzens sicher.

Zu den Rahmenbedingungen gehört auch, dass man den Sonderpädagogen für die Integration behinderter Kinder Konditionen einräumt, die dem Aufwand ihrer Arbeit gerecht werden. Trotz integrativer Beschulung von behinderten Kindern ist eine Betreuung der Kinder und der Lehrer dieser Klassen durch einen Sonderpädagogen unumgänglich. Die Betreuung wird zumeist von Kollegen gewährleistet, die eine reguläre Unterrichtstätigkeit an einer Sondereinrichtung leisten und darüber hinaus integrativ beschulte Kinder betreuen. Diese Betreuung ist dann mit einem erheblichen Aufwand an Kosten verbunden und derzeit gilt die Regelung, dass bei zwangsläufiger Nutzung des Privat-Pkw den Kollegen nur 30 Pfennig je Kilometer erstattet werden. Bei dem Umfang und der Bedeutung ihrer Betreuungsleistung wäre es mehr als gerechtfertigt, wenn man diesen betroffenen Kollegen den Pkw als Dienstwagen anerkennen würde, damit sie mit 52 Pfennig ihre zusätzlichen Kosten wenigstens annähernd gedeckt bekommen.

Meine Damen und Herren, solche kleinen Gesten können viel bewegen, ein Beispiel von vielen kleinen anderen Begebenheiten des Alltags. Die Möglichkeiten der Integration werden sich verschärfen. Gerade für behinderte Kinder sind längere Schulwege, die sich durch die neue Schulentwicklungsplanung abzeichnen, eine erhebliche Belastung. Die neue Schulentwicklungsplanung wird die Möglichkeiten der integrativen Beschulung von Kindern sicherlich reduzieren, und das besonders von behinderten Kindern aus dem ländlichen Raum. Dazu wird auch der Umstand einen Beitrag leisten, dass zu wenige Sonderpädagogen zu viele behinderte Kinder betreuen müssen. Auch für sie werden die Wege länger, um integrative Klassen zu betreuen. Aus dieser Perspektive scheint es um die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher nicht gut bestellt in unserem Land. Ein Grund mehr, meine Damen und Herren, um hier aktiver als bisher tätig zu werden.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, da Sie in dieser Landtagssitzung bisher keinem Antrag der CDU zugestimmt haben,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Böse, böse.)

sollten Sie jetzt die letzte Chance für ein Weihnachtsgeschenk an meine Fraktion wahrnehmen,

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

bei dem letzten Tagesordnungspunkt in diesem Jahrtausend unserem Antrag zuzustimmen. Sollten Sie sich zu diesem Weihnachtsgeschenk nicht in der Lage sehen und der Überweisung zustimmen, die hier von Frau Beyer beantragt wurde, dann bitte ich, dass nicht nur in den Sozialausschuss,

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist schon passiert.)

sondern auch in den Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturausschuss überwiesen wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Volker Schlotmann, SPD:

Und in den Innenausschuss. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Rechtsausschuss! Rechtsausschuss!)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Schnoor.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Koburger von der Fraktion der PDS.

**Annegrit Koburger,** PDS: Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Ja, das Anliegen Ihres Antrages ist sehr löblich. Jedoch schaut aus vielen Knopflöchern eine gewisse Portion Populismus mit heraus. Und ich sage ganz eindeutig, die Worte von Frau Schnoor hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

Zuvor noch ein paar Anmerkungen in die Geschichte hinein zum Umgang mit Menschen mit Behinderung, weil man sicherlich auch dann den schwierigen Prozess, in dem wir uns befinden, ein bisschen besser verstehen kann. Das spielte sich nicht nur in der BRD ab, sondern das war europaweit, weltweit so. Es war durchaus üblich, Menschen mit Behinderung zu separieren, sie entweder so aus dem Blickwinkel der normalen Gesellschaft zu nehmen, zumeist ohne besondere Förderung, also eher eine Verwahrung, und danach folgte die eher gut gemeinte Separation. Den Betroffenen sollte Förderung zuteil werden, entsprechend ihren spezifischen Beeinträchtigungen in speziellen Einrichtungen.

Dank der Wissenschaft und der in Gang gekommenen gesellschaftlichen Debatte insbesondere durch die Betroffenen, ihre Angehörigen und die verschiedenen Interessenvertretungen haben wir heute weitestgehend ein anderes Verständnis im Umgang mit Menschen mit Behinderungen. Wir wissen mittlerweile, dass es für die psychische und physische Entwicklung dieser Menschen überaus wichtig ist, in der Gesellschaft voll integriert zu sein, an allen Dingen, die ein normales Leben ausmachen, teilhaben zu können. Zunehmend wird erkannt, dass es auch für das soziale Gefüge und Zusammenleben in einer Gesellschaft wichtig und positiv ist, wenn Menschen mit und ohne Beeinträchtigung gemeinsam lernen, gemeinsam leben. Das sollte selbstverständlich so zeitig wie nur möglich geschehen. Darauf ausgerichtet sind die inzwischen unterschiedlichen Institutionen, Förderinstrumentarien, Gesetzlichkeiten, Rahmenbedingungen und – auch das gehört dazu – ein spezialisierter Markt für entsprechende Hilfsmittel. Das eben Erwähnte kann allerdings ein generelles Umdenken in allen Bereichen der Gesellschaft, die Politik selbstverständlich mit eingeschlossen, nicht ersetzen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch mal einige Fakten in Erinnerung rufen, an denen sich zeigt, dass wir noch einen weiten, wirklich sehr weiten Weg zurückzulegen haben. Erst 1994 wurde das Grundgesetz Artikel 3 Absatz 3 mit dem Satz ergänzt: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Und ich erinnere an die wirklich fast unendliche Debatte hier in unserem Hohen Hause um die Landesbauordnung bezüglich der Gewährleistung der Barrierefreiheit.

Oder etwas anderes spielte heute Vormittag schon mal eine Rolle, die Beschäftigungsquote für Schwerbehinderte, die nie wirklich umgesetzt worden war. Die Ausgleichsabgabe war augenscheinlich so gering, dass Unternehmen einschließlich des öffentlichen Dienstes sich eher freikaufen, als Arbeitsplätze für Schwerbehinderte zu schaffen. Noch immer fehlt in der BRD ein Gesetz, das die Gleichstellung von Menschen mit Beeinträchtigungen entsprechend den tatsächlichen Erfordernissen festschreibt. Da sind uns andere Länder, die wir manchmal abschätzig als Entwicklungsländer bezeichnen, weit voraus. Ich nenne nur zwei: Kenia und Nikaragua. Aber auch ärmere europäische Länder wie Portugal oder Spanien zeigen der reichen Bundesrepublik Deutschland, dass es geht. Vielleicht haben sie aber auch schon eher erkannt als wir, dass Integration nicht nur für die soziale und demokratische Entwicklung einer Gesellschaft wichtig ist, sondern auch volkswirtschaftlich kostengünstiger als Separation.

Meine Damen und Herren, ich will nun etwas näher auf die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen eingehen. Grundsätzlich sind wir der Auffassung, Integration hat Vorrang. Bisher ist das von der CDU immer verneint worden in allen Debatten der Jahre vorher. Ich meine, gut, man lernt ja nie aus. Das beinhaltet jedoch nicht gleichermaßen, dass alle Kinder und Jugendlichen mit Beeinträchtigung in integrativen Einrichtungen untergebracht werden müssen. Jedoch müssen, egal ob im Kita- oder Schulbereich, ausreichend Angebote vorhanden sein. Wir vertreten weiterhin die Auffassung, dass die Eltern ein weitestgehendes Wunsch- und Wahlrecht hinsichtlich der Wahrnehmung integrativer Angebote haben müssen, basierend auf Empfehlungen von Haus- und Spezialärztinnen und -ärzten und ausgerichtet auf die individuellen Beeinträchtigungen der Kinder und Jugendlichen. Daraus ergibt sich konsequenterweise, dass wir zudem spezielle Fördereinrichtungen benötigen, wenn die Eltern dieses Angebot für ihr Kind vorziehen oder die Art der Behinderung es erforderlich machen sollte. Für alle Einrichtungen gilt gleichermaßen, dass für diese Tätigkeit gut ausgebildete Fachkräfte vorhanden sein müssen. Hinzu kommen weitere Bedarfe:

Erstens. Pädagoginnen und Pädagogen integrativer Kindertageseinrichtungen und allgemein bildender Schulen müssen über Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zu einer sach- und fachgerechten Herangehensweise geschult werden bezüglich des Miteinanderlernens von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen.

Zweitens. Für spezielle Beeinträchtigungen bedarf es nach unserer Auffassung auch ganz spezieller Einrichtungen. So sehen wir insbesondere bei Hörgeschädigten oder bei Blinden solche spezifischen Bedarfe. In diesem Punkt sind wir uns auch einig mit den Vorstellungen der entsprechenden Betroffenenengruppen.

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Hohen Hause zahlreiche Debatten zur Integration von Kindern

und Jugendlichen mit Behinderungen geführt. Da gingen sehr oft die Meinungen weit auseinander, besonders vor dem Hintergrund der finanziellen Auswirkungen, zumindest habe ich das hier so wahrgenommen. Manchmal ist es da hilfreich, in alten Unterlagen zu stöbern. Während der Novellierung des Kita-Gesetzes 1995 wurde um Gruppengrößen, um die Erzieherin-Kind-Relation und andere qualitative Standards heftig gestritten, man kann schon sagen, gefeilscht. Die PDS-Fraktion brachte im damaligen Kultusausschuss für die Gruppengröße und Erzieherin-Kind-Relation bei integrativen Gruppen folgenden Änderungsantrag ein, zu dem wir auch heute noch stehen: „Zwei Fachkräfte betreuen 15 Kinder“, wovon maximal fünf Kinder mit Behinderungen oder von Behinderungen bedrohte Kinder sein dürfen. Bekanntermaßen fand dieser Vorschlag keine Mehrheit. Daher ist es schon erstaunlich und auch gleichzeitig erfreulich, dass bei der CDU hier doch ein Sinneswandel eingetreten ist.

(Heidemarie Beyer, SPD: Oh ja!)

Wir sind ja schließlich alle lernfähig, auch wenn es mitunter fünf Jahre dauert.

Wir können heute konstatieren, dass wir zwar gesetzliche Regelungen bezüglich integrativer Einrichtungen im Kita- wie im Schulbereich haben, wissen jedoch – und die Frau Ministerin hat es ausführlich dargelegt –, dass in der Realität noch nicht alles so umgesetzt wurde und wird, wie es möglich wäre. Am deutlichsten wird das am Hort. Die Ursachen dafür sind sicherlich sehr vielfältig. Eine Ursache sehe ich nach wie vor darin, dass der Hort generell aus der Schule herausgenommen wurde.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

Hinzu kommen – und das sind dann Folgewirkungen, die gleichzeitig wieder negative Ursachen bilden – die ungünstigen räumlichen Bedingungen in den Horten, die ungünstige Personalstruktur im Hort und die schlechten oder sehr komplizierten Bedingungen insbesondere im ländlichen Raum, zum Beispiel durch den SchülerInnenverkehr. Manchmal aber sind es auch nur die Barrieren im Kopf von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern der unterschiedlichen Ebenen.

Meine Damen und Herren, bezüglich der im Antrag der CDU aufgeführten Punkte zur integrativen Beschulung wäre derzeit festzustellen, dass pauschale Forderungen erhoben werden, die so nicht realisierbar sind, und dass eine Vermischung von Problemen zweier Ebenen vorgenommen wurde. Ihnen dürfte genauso bekannt sein, dass der Paragraph 35 Absatz 1 Schulgesetz zwei Ebenen unterscheidet, und daraus ergeben sich logischerweise die verschiedenen Problemfelder und Handlungsebenen, einerseits die Ebene des Lehrpersonals, für die das Land zuständig ist, und andererseits die Gewährleistung der räumlichen, sächlichen und personellen Bedingungen bezüglich der Erzieherinnen und Erzieher, für die die Schulträger einschließlich der Beförderung der Schülerinnen und Schüler verantwortlich sind.

Unstrittig ist, dass die im Antrag aufgelisteten Probleme in der Praxis schwierig zu handhaben sind, und da helfen eben pauschale Forderungen zum Beispiel bezüglich der Klassenfrequenzen und Mindestanzahlen von zu integrierenden Schülerinnen und Schülern wenig. Hier sind wegen der Art der Beeinträchtigungen die unterschiedlichen Auswirkungen auf die konkrete Ausgestaltung zu berücksichtigen. Wir müssen zudem konstatieren, dass

wir gegenwärtig einen Mangel an Fachlehrerinnen wegen Nichtbesetzung, wie das vorhin ja auch schon gesagt wurde, und Lehrern haben an den Förderschulen. Das hat selbstverständlich Auswirkungen auf die Umsetzung der entsprechenden Verwaltungsvorschrift zur Unterrichtsversorgung und natürlich auch heftige Beeinträchtigungen für die Kinder selber.

Meine Damen und Herren, neben den im Antrag angesprochenen Problemen wäre ergänzend auszuführen, dass Bedarfe hinsichtlich logopädischer und ergotherapeutischer Angebote in integrativen Einrichtungen geprüft und realisiert werden müssten. Auch bei der Sicherstellung der Förderung an integrativen Schulen sind weiterführende Überlegungen anzustellen. Dazu wäre trotz des Fachkräftemangels zu prüfen, wie die Nutzung der Potentiale der Landesförderschulen als Unterstützungslehrerinnen und -lehrer ermöglicht werden könnte. Mir ist durchaus bewusst, dass gerade auch bei diesen PädagogInnen noch eine große Überzeugungsarbeit geleistet werden müsste.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich war sehr gespannt auf die Ausführungen zu diesem Antrag, insbesondere hinsichtlich der finanziellen Untersetzung. Leider habe ich diesbezüglich nichts vernehmen können. Auch aus den Haushaltsberatungen, egal ob im Bildungsausschuss oder Finanzausschuss, ist mir nichts dergleichen bekannt geworden. Nun bleibt natürlich die spannende Frage: Welche finanziellen Konsequenzen ergeben sich aus den durchaus akzeptablen Vorschlägen

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Schulsanierungsprogramm.)

und wie sind diese Ihrer Meinung nach zu realisieren? Null Antrag in beiden Ausschüssen wie gesagt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das stimmt nicht,  
Schulbau- und Schulsanierungsprogramm.)

Doch. Das hat aber mit Integration noch relativ wenig zu tun.

(Wolfgang Riemann, CDU: Doch, doch, doch!)

Ich denke, daran wird auch der Populismus in Ihrem Antrag besonders deutlich. Der Antrag erweckt schon eher den Eindruck, dass Sie an der wirklichen Problemlösung nicht ernsthaft interessiert sind. Wir sehen aber durchaus Beratungsbedarf und schlagen daher ebenso, wie es die SPD schon getan hat, vor, diesen Antrag federführend in den Sozialausschuss und mitberatend in den Bildungsausschuss zu überweisen. Wir können ...

(Heidemarie Beyer, SPD, und  
Volker Schlotmann, SPD:  
Und in den Innenausschuss.)

In den Innenausschuss auch. Gut, ich nehme diese Anregung gerne auf.

(Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD,  
und Volker Schlotmann, SPD)

Hier kann auch noch mal überlegt werden, in welchem realistischen Zeitraum der Bericht vorgelegt werden sollte, und ich möchte ergänzen, dass hier ein erstes größeres Betätigungsfeld auch für den neu installierten Integrationsförrat möglich wäre, der sich hier in diese Debatte um die Thematik mit einbringen sollte und könnte.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und Volker Schlotmann, SPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Koburger.

Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1648 zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss sowie an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur zu überweisen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

(Beifall Hinrich Kuessner, SPD –  
Volker Schlotmann, SPD: Und jetzt  
kommt noch ein interfraktioneller Antrag.)

Ich rufe auf den **Zusatztagesordnungspunkt:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und PDS – Änderung der Anlage 3 der Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/1723.

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:  
Änderung der Anlage 3 der Geschäftsordnung  
des Landtages Mecklenburg-Vorpommern  
– Drucksache 3/1723 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Kuessner.

(Beifall Friedbert Grams, CDU –  
Volker Schlotmann, SPD: In diesem Jahr der  
letzte Antrag. – Kerstin Kassner, PDS:  
Geschickt eingefädelt.)

**Hinrich Kuessner, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Einer muss ja die letzte Rede in diesem Jahrtausend halten im Landtag.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

Die Verhaltensregeln für ...

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wer,  
wenn nicht der Präsident?!)

Nein, ich mache das als Abgeordneter.

Die Verhaltensregeln für Abgeordnete stellen eine Art Ehren- und Verhaltenskodex dar, dem sich die Mitglieder des Hauses unterwerfen. Es geht darum, dass alle Abgeordneten anzeigen, wenn sie von dritter Seite Zuwendungen und Vergünstigungen als Abgeordnete des Landtages erhalten. Abgeordnete sind bei ihrer Tätigkeit nur ihrem Gewissen unterworfen. Es muss für die Bürgerinnen und Bürger aber erkennbar sein, dass die Entscheidungen der Abgeordneten frei und nicht durch irgendwelche Zuwendungen beeinflusst sind. Als Präsident bin ich verpflichtet, die mir angezeigten Zuwendungen in einer Drucksache zu veröffentlichen. So haben wir es in diesem Jahr gehalten, als wir in einer Drucksache alle im Jahr 1999 erhaltenen Zuwendungen veröffentlicht haben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Diese Form der Veröffentlichung, die wir uns selbst auferlegt haben, war bundesweit einmalig.

(Volker Schlotmann, SPD: Kugelschreiber.)

Die Pflicht zur Anzeige und Veröffentlichung jeder Zuwendung und jeder Vergünstigung kennt kein anderes bundesdeutsches Parlament. Alle Parlamente haben

bestimmte Wertgrenzen eingeführt, bei denen die Anzeige- und Veröffentlichungspflicht einsetzt. Wir werden das jetzt auch vornehmen. Warum? Es geht uns weniger darum, dass wir uns in der Öffentlichkeit mit unserer bisherigen Regelung etwas lächerlich gemacht haben, einer Regelung, nach der der Erhalt jedes Werbekugelschreibers und jeder Wurst anzuzeigen und zu veröffentlichen war.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Es gab Glossen über diese Veröffentlichung in den Zeitungen und sogar der NDR brachte einen Bericht darüber. Nein, ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, so kann man  
berühmt werden. – Volker Schlotmann, SPD:  
Da ging's um die Wurst.)

Da ging es um die Wurst, aber nicht um die Berühmtheit.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeord-  
neten der SPD, CDU und PDS –  
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Nein, entscheidend ist, dass wir mit der Neuregelung dem Auftrag des Abgeordnetengesetzes nachkommen, denn Paragraph 47 des Abgeordnetengesetzes bestimmt nämlich, dass die Verhaltensregeln einen festgelegten Mindestbetrag enthalten sollen, bei dessen Überschreitung Einkünfte, Zuwendungen und Vergünstigungen beim Präsidenten anzuzeigen sind. Bisher hatten wir aber keinen solchen Mindestbetrag festgesetzt. Wir wollten in der Gründungsphase unseres Parlamentes ein höchstmögliches Maß an Transparenz zeigen und haben uns verpflichtet, jede Zuwendung unabhängig von ihrem Wert anzuzeigen. Wir haben erkennen müssen, dass diese Regelung unpraktikabel war. Gerade jetzt, gegen Ende des Jahres erhalten viele Menschen Zuwendungen, die sich völlig im Rahmen des Üblichen halten und nicht die Gefahr in sich bergen, dass die Entscheidungsfreiheit dadurch beeinträchtigt wird. Wie viele Bürgerinnen und Bürger haben auch wir Abgeordnete Kalender oder Werbestifte erhalten, die wir zum Teil weitergeben oder auch selbst behalten. Die Gefahr einer Beeinflussung ist durch derartige Präsente nicht gegeben.

Mit der jetzigen Änderung unserer Verhaltensregeln führen wir erstmals eine solche Mindestgrenze ein, bei deren Überschreitung alle Einnahmen, Zuwendungen und Vergünstigungen angezeigt und gegebenenfalls in einer Amtlichen Mitteilung veröffentlicht werden müssen. Anzuzeigen ist von jedem Mitglied des Landtages, wenn die Einnahmen oder die Zuwendungen und Vergünstigungen, die er beziehungsweise sie in einem Kalenderjahr von einem Zuwendungsgeber empfangen hat, die Höhe von 250 DM übersteigen.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
20 Landtagskalender macht 500 Mark. –  
Annegrit Koburger, PDS: Rechnen können wir  
alleine. – Volker Schlotmann, SPD: Der kann  
noch nicht mal am Schluss die Klappe halten.)

Herr Riemann, auch diese Frage wird objektiv geklärt, wenn Sie das wünschen.

(Lorenz Caffier, CDU: Wir arbeiten, du Knalli! –  
Heiterkeit und Unruhe bei den Abgeordneten –  
Heinz Müller, SPD: Ich wünsche das  
Wort „Knalli“ im Protokoll festzuhalten. –  
Barbara Borchardt, PDS: Zutreffend! –  
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich bin nicht zuständig für Ordnungsrufe hier.

Also es geht jetzt erst mal um die Höhe von 250 DM. In diesem Fall sind jeweils alle Einnahmen, die von diesem Zuwendungsgeber stammen, anzuzeigen, also nicht nur die, die den Betrag von 250 DM überschreiten. Die Wertgrenze für die Veröffentlichungspflicht wird so angesetzt, dass Einnahmen oder Zuwendungen und Vergünstigungen veröffentlichungspflichtig sind, wenn sie jeweils den Wert von 1.500 DM je Zuwendungsgeber in einem Kalenderjahr überschreiten. Diese Regelung gewährleistet weiterhin die erforderliche Transparenz bei Zuwendungen, die aufgrund ihrer Höhe dazu geeignet sein können, die Entscheidung eines Abgeordneten zu beeinflussen, die angezeigt und gegebenenfalls auch veröffentlicht werden müssen. Der Sinn und Zweck der Verhaltensregeln, die Unabhängigkeit der Abgeordneten aufzuzeigen und zu sichern, ist nicht beeinträchtigt. Gleichzeitig ist die Regelung aber praktikabel und für die Abgeordneten handhabbar, weil nicht mehr in jedem Fall der Erhalt eines Blumenstraußes, den man nach einem Vortrag auf einer Veranstaltung erhält, angezeigt und veröffentlicht werden muss.

Im bundesweiten Vergleich haben wir unsere Wertgrenzen, bei denen die Anzeige- beziehungsweise Veröffentlichungspflicht einsetzt, sehr niedrig bemessen. Die Wertgrenzen anderer Parlamente sind weitaus höher. Der Deutsche Bundestag zum Beispiel hat eine Wertgrenze von 10.000 DM im Kalenderjahr für die Anzeigepflicht von Zuwendungen eines Zuwendungsgebers und von 20.000 DM im Jahr für die entsprechende Veröffentlichungspflicht festgesetzt. Die gleiche Grenze für Anzeige- und Veröffentlichungspflicht gilt etwa im Landtag Schleswig-Holstein. Dagegen halten sich unsere Wertgrenzen von 250 DM für die Anzeigepflicht und 1.500 DM für die Veröffentlichungspflicht in sehr bescheidenem Rahmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von dieser Regelung ausgenommen sind übrigens Zuwendungen, die Sie im Kreise Ihrer Familie und Freunde – eventuell in zehn Tagen – möglicherweise erhalten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Angelika Gramkow, PDS:  
Danke. – Barbara Borchardt, PDS:  
Das ist aber nett. Wir sind stolz.)

Für diese Zuwendungen am Heiligen Abend gibt es auch nicht das Transparenzgebot, familiäre Weihnachtsgeschenke bleiben unveröffentlicht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und freundschaftliche Weihnachtsgeschenke?)

Ich nutze die Gelegenheit, um Ihnen schöne Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahrtausend zu wün-

schen, und ich bitte um Zustimmung zu diesem interfraktionellen Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS und einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Kuessner.

Es ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Den Zwischenruf des Abgeordneten ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Ordnungsruf, Frau Präsidentin! Ordnungsruf!)

Den Zwischenruf des Abgeordneten Herrn Caffier an den Abgeordneten Herrn Riemann werte ich als Sympathieausdruck

(Beifall und Heiterkeit bei den Abgeordneten)

und deswegen gebe ich keinen Ordnungsruf.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 3/1723. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Danke schön. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf der Drucksache 3/1723 einstimmig angenommen. Zum Abschluss des Jahrtausends einstimmig, da denke ich, das kann uns nur hoffnungsvoll stimmen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 31. Januar 2001, 10.00 Uhr ein. Damit ist die Sitzung geschlossen.

Meine Damen und Herren, auch wenn es dem Wetter noch nicht anzusehen ist, Weihnachten steht vor der Tür, das letzte Weihnachten und Silvester des Jahrtausends. Insofern möchte ich Ihnen für diese Feiertage Besinnlichkeit wünschen, Gottes Segen und viel Zeit für die Familie, für die Partnerinnen und Partner. Für den Jahreswechsel alles Gute! Ich wünsche Ihnen für das neue Jahr 2001 Gesundheit, Schaffenskraft und dass wir uns mit Lust und Freude dann im Januar wiedersehen.

(Beifall bei den Abgeordneten)

**Schluss: 18.30 Uhr**

Es fehlten die Abgeordneten Sylvia Bretschneider, Claus Gerloff, Herbert Helmrich, Dr. Klaus-Michael Körner, Caterina Muth und Dr. Harald Ringstorff.